Lichterketten und andere Irrlichter

Edition ID-Archiv
Berlin – Amsterdam

autonome l.u.p.u.s. gruppe

Lichterketten und andere Irrlichter

Texte gegen finstere Zeiten

Edition ID-Archiv

Berlin – Amsterdam

Editorische Notiz: Die autonome l.u.p.u.s. gruppe mischt sich seit 1986 öffentlich in militante Auseinandersetzungen (Libertäre Tage in Frankfurt/M., Startbahnbewegung, Anti-Repressions-Kampagne, Bundestagsblockade gegen die Abschaffung des Asylrechts) ein. Sie veröffentlichte bisher u.a. Texte in den Zeitschriften *Die Beute*, *ak*, *Schwarzer Faden*, *konkret*, *atom*, *radikal*, *swing*.
1992 erschien in der Edition ID-Archiv das Buch *Geschichte, Rassismus und das Boot*.
Kontakt für Anregungen, Kritiken und Interesse an Veranstaltungen ist die Verlagsadresse.

Die den einzelnen Texten vorangestellten Zeichungen sind von Ela. Wir danken Volker für die Repros dieser Bildseiten.

Wir widmen dieses Buch Danae Weigert.
Sie war eine der wenigen, deren unbändiger Zorn produktiv wurde.
Danae starb im Oktober durch einen Unfall beim Drogengebrauch.

Edition ID-Archiv
Postfach 360 205
10972 Berlin

ISBN: 3-89408-042-6

Oktober 1994

Titel
unter Verwendung eines Fotos von
Herby Sachs, transparent

Satz & Layout
seb, Hamburg

Druck:
Winddruck, Siegen

Buchhandelsauslieferungen:
BRD: Rotation Vertrieb, Berlin
Schweiz: Pinkus Genossenschaft, Zürich
Österreich: Herder-Auslieferung, Wien
Niederlande: Papieren Tijger, Breda

Inhalt

Vorbemerkung 7

Lichterketten und andere Irrlichter 16

Geschichte wird gemacht, es geht voran ... 38

Das Verlangen nach Herrschaft und der Wunsch nach Unterwerfung 62

Ein ganz gewöhnlicher Fahrplan Richtung Pogrom 86

Der Faschismusvorwurf 102

Ein Tag in Bonn: Nachfragen 116

Vorbemerkung

I.

Eigentlich ist alles in Ordnung. Der Sommer war heiß, aber fast pogromfrei. Die Brände in den türkischen Volkshäusern (Baden-Württemberg) wurden möglicherweise von kurdischen Extremisten gelegt, der Anschlag auf die Lübecker Synagoge hätte ja auch von arabischen Terroristen begangen worden sein können.

Dieses Buch ist von uns selbst geschrieben. Ein Buch, so gar nicht einverstanden mit den Ereignissen, gegen die es – dafür ist gesorgt – bestimmt nichts ausrichten kann. Gleichwohl ist es höllisch gefährlich, wie fast alles aus der linksextremen Ecke. Gut, auch das Buch ist keine Handgranate. Eher: in handliche Größe gepreßter Zorn, zuvor durchgekaut und luftgetrocknet. Und natürlich ist dieses Buch in dieser Zeit sinnvoll. Sonst stünde das so nicht hier.

Großereignisse wie Weltmeisterschaften, Skandale und Lottomillionen können diesen Texten nichts anhaben. Wir ignorieren sie einfach, was ungefähr so schwer wiegt wie die Tatsache, daß unsere beißende Kritik auch nicht besonders ernst genommen wird von den Bedeutungsträgern dieses schönen Polizeistaates.

Noch eine Frage, die in einem Vorwort dieses Zuschnitts unbedingt geklärt werden muß: Wie geht's den Autonomen? Und wie weiter? Um ehrlich zu sein, wir drücken uns. Diesbezüglich verweisen wir lieber auf den anstehenden Kongreß (voraussichtlich Ostern '95). Kommen wir zu etwas Näherliegenderem.

Das OF-Problem

Um das gleich vorneweg zu sagen: Wir haben nichts gegen Offenbacher. Alle von uns in Frankfurt/M. kennen irgendeinen Offenbacher, der fleißig, nett und anständig ist. Auch leben wir erwiesenermaßen in einer Großstadt mit Herz, weltmännisch und für jede kulturelle, also kulinarische Bereicherung offen. Doch was sich in den letzten Monaten in Frankfurt ereignet hat, geht wirklich zu weit. Die Grenzen der ökologischen Belastbarkeit sind erreicht.

Tag für Tag kommen 10 000 Offenbacher nach Frankfurt, verstopfen unsere Straßen, verpesten unsere saubere Luft, stören unseren Frieden und – seien wir ehrlich – gehen uns auf die Nerven. Wer morgens pünktlich zur Arbeit kommen will, der weiß, wovon wir reden. Staus, Verkehrsroudytum, Unfälle und Verspätungen sind fast normal geworden. Und wenn wir von der Arbeit nach Hause fahren, dem verdienten Feierabend entgegen, dann reißt einem endgültig der

Geduldsfaden: Vergeblich suchen wir nach einem Parkplatz. Breit und fett stehen sie da, die Schrottautos mit dem amtlichen Kennzeichen OF, besetzen unsere Parkplätze und stehen faul in der Sonne rum – alles auf unsere Kosten. Das ist kein Vorurteil, sondern statistisch belegbar.

Doch damit nicht genug. Während wir für unsere Chefs und für's Vaterland ranklotzen, treiben's die Offenbacher mit unseren Frauen. Ganz abgesehen davon, daß viele Offenbacher Scheinehen mit unseren Frankfurter Frauen eingehen, um sich so ins gemachte Nest zu setzen.

Und überhaupt. Was sind denn die sogenannten »Pendler« aus Offenbach anderes als Wirtschaftsflüchtlinge. Um das gleich klarzustellen: Wir haben nichts gegen Arme, wir haben sogar Mitleid und Mitgefühl. Nicht umsonst rangieren insbesondere wir Frankfurter Deutsche in der Liste der Spendenfreudigen ganz oben.

Als Frankfurter waren wir bisher immer großzügig gewesen. Wir haben Wirtschafts- und Entwicklungshilfe wie keine andere Stadt geleistet. Doch all das kann nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir können weder die Probleme Kalkuttas noch die Offenbachs lösen. Die Offenbacher müssen sich endlich selbst helfen. Die fetten Jahre sind ein für allemal vorbei. Vor allem für all die Offenbacher, die seit Jahren wie die Maden in unserem Speck sitzen und glauben, sich auch weiterhin auf unsere Kosten den Bauch vollschlagen zu können. Das betrifft insbesondere Obdachlose, Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosengeldabsahner.

Und wer als gerngesehener Gast oder echter Frankfurter unsere Äppelwoi-Kneipen, also unsere Kultur schätzen gelernt hat, der weiß, wovon wir jetzt sprechen. Seit Jahren schauen wir tatenlos zu, wie die Offenbacher mit Billigimporten den Frankfurter Äppelwoi-Markt überschwemmen und so unsere Wirtschaftskraft und Leistungsfähigkeit untergraben. Das bringt das Faß zum überlaufen. Denn, wer etwas von Frankfurter Brautum versteht, der weiß, daß uns jegliche Reinheit am Herzen liegt. Kurzum, unser seit Jahrzehnten gelobtes Reinheitsgebot ist in Gefahr. Es ist höchste Zeit zu handeln.

Von der Politik fühlen wir uns im Stich gelassen. Anstatt dem OF-Problem entschieden die Stirn zu bieten, wird zusätzlich Öl ins Feuer gegossen. Letztes Beispiel ist der Amtsantritt des Oberbürgermeister Gerhard Grandke in Offenbach. Zu diesem Anlaß überreichte ihm unser Frankfurter Oberbürgermeister Andreas von Schoeler ein Modell der Straßenbahnlinie 16. Von Schoeler merkte hintersinnig an, die Bürger der Nachbarstadt müßten auch weiterhin die Möglichkeit haben, mit der Tram in die Frankfurter Schwimmbäder und Kultureinrichtungen zu fahren. Das reicht nun wirklich. Anstatt mit ihnen, wie es der SPD-Ministerpräsident Farthmann schon lange andernorts fordert, »kurzen Prozeß« zu machen, »an Kopf und Kragen (zu) packen und raus damit«, werden

sie hier noch abgeholt. Damit ist kriminellen Schlepperbanden Tür, Tor und Bahn geöffnet.

Auf ein letztes Wort ... Schaut her, die bösen Frankfurter? Dummes Zeug!

In ganz Deutschland werden die Proteste gegen die massenhafte Einwanderung von Wirtschaftsflüchtlingen, darunter ein Großteil sogenannter Pendler, die den wirklich Hilfsbedürftigen schaden, zunehmen. Leider wird es auch vermehrt gewalttätige Aktionen geben ... Das schadet unserem Ansehen im Ausland ... Und wieder einmal sei es geschrieben: Die Politiker sind gefordert. Nicht morgen oder übermorgen, sondern heute.

Wir handeln jetzt.

Deshalb fordern wir:

- Bundesgrenzschutz an die Frankfurt/Offenbacher Grenze!
- Einstellung der Straßenbahnlinie 16!
- Visapflicht für alle Offenbacher!
- Sofortige Abschiebung aller kriminellen Offenbacher!
- Rückbau des Kaiserlai in ein Sammellager für stadtflüchtige Offenbacher!
- Androhung von Wirtschaftssanktionen, falls die Offenbacher Stadtregierung keine eigenen Maßnahmen ergreift, um die Lage zu entspannen!
- Annulierung aller Scheinehen zwischen Offenbachern und Frankfurtern!
- Frankfurt den Frankfurtern!

II.

Ob wir sie noch alle haben? Das kann man/frau sich wirklich fragen. Zwei Jahre nach »Geschichte, Rassismus und das Boot« ein weiteres Buch vorzulegen, geleitet von der Vorstellung, inhaltliche Lücken des Vorangegangenen zu füllen (zum Beispiel zur Geschichte und Bedeutung des Völkischen oder dem Faschismus-Begriff). Eine wirklich romantisch anmutende Kontinuitätsvorstellung!

Aber wie soll ein Mensch noch auseinanderhalten können, was Verharren in längst überkommenen Moden ist und was die konstruktive Verweigerung am Mainstream? Nehmen wir nur mal die Revolution. In den sozialen Bewegungen und politischen Kämpfen Anfang der 80er gab es unter den AkteurInnen herzlich wenige, die ernsthaft an eine Revolution im Verlaufe ihres irdischen Daseins glaubten. Einige gestrenge Strategen runzelten zwar die Stirn, wenn SpötterInnnen meinten, das wäre in der Tat eine Glaubensfrage und müßte daher in der Kirche erörtert werden, ansonsten einigte man/frau sich aber darauf, keine reformistische, sondern eben revolutionäre Politik machen zu wollen und das Substantiv für Ereignisse in Lateinamerika aufzubewahren.

Zwischenzeitlich, will heißen: im Zuge wachsender Bedeutungslosigkeit militanter Politik, wurde auch das Gerede von revolutionärer Politik zunehmend ärgerlich. Diverse GenossInnen scherten sich einen Dreck um die Stimmigkeit

ihrer Analysen oder um Sinn und Legitimität ihrer Aktionen, hatten sie erst einmal klar, daß sie zum revolutionären Widerstand gehörten. Frontbewußtsein macht immun gegen Kritik.

Ein paar historische Umbrüche später geraten den einstigen ProtagonistInnen von »revolutionären Potentialen« und »revolutionären Strategien« die Rückblicke beschönigend, die unangenehmen Wahrheiten in Vergessenheit und ihre Kritik (an »den Menschen«) affirmativ. Kein Wunder, sie müssen sich ihre soziale Basis in einem Land zusammenschustern, in dem es heute nur punktuell Widerstand zur Herrschaft gibt, und in einer Zeit, in der die linken Paradigmen mißtrauisch auf Materialfehler untersucht werden. Zudem agieren inzwischen ganz andere Kreise gegen »die Bonner Clique« – im Bewußtsein einer recht ansehnlichen sozialen Basis. Deren nationale Selbstfindung hat durchaus nichts Abgehobenes, siehe Rostock. Das Völkische kleidet sich gern als Revolte. So wie »Bewegung« hat auch »Revolution« etwas von jenem mythischen Überhang, der sich gut zur Begeisterung der »dummen Kerle« eignet. Ein Effekt, von dem die Linken mehrmals in diesem Jahrhundert fälschlicherweise glaubten, er sei von links wendbar.

Nein, wir werden nicht über den Umweg einer notwendigen Revision linker Revolutionsbegriffe und -mythen in den Chor derer einstimmen, die nach dem Ende des Sozialismus von Kapitalismuskritik nichts mehr wissen wollen und nun Demokratie und Marktwirtschaft lobpreisen. Eine der wenigen Möglichkeiten, die Idee der sozialen Revolution in die Öffentlichkeit zu überführen, ist die schonungslose Kritik des Bestehenden, die Negation der herrschenden Verhältnisse. Das ist ein Aspekt, unter dem die Texte dieses Buches geschrieben wurden. Anleitungen, wie über diese negatorische Bestimmung hinaus die Idee der sozialen Revolution zu beleben sei, wird man/frau jedoch vergebens suchen. Wenn der leiseste Hauch befreiender gesellschaftlicher Veränderung fern ist, gerade dann ist die Kluft zwischen Kritik und praktischer Konsequenz am größten. Einer der Gründe, wieso wir überhaupt die »Gnade« erhielten, in der publizistischen Abteilung der Linken auftreten zu dürfen, ist unser »aktionistischer Hintergrund«. Tatsächlich haben wir als Subjekte inzwischen enorme Schwierigkeiten, unsere Überlegungen in Praxis zu überführen. Ein konsistenter Ansatz für eine verallgemeinerbare militante Politik fehlt. Letzlich ist es oft eine Frage persönlicher Integrität, mit welcher inneren Konsequenz sich man/frau in den alltäglichen Widersprüchen bewegt. Und da ist Spielraum. Wir sind der Überzeugung, daß es auch nach dem Blick in den Krater möglich ist, immer wieder die Kluft zwischen den ernüchternden Einsichten und den notwendigen Konsequenzen, zwischen Ekel und Leidenschaft, zwischen Resignation und Wut zu überbrücken.

Ja, wir haben bereits die Stimmen im Ohr, denen das alles zuviel Pathos, sprich: Herumgerede ist. Wer es also ganz genau, sprich: ganz konkret wissen will, hier unser Patentrezept:

»Krafttrunk: Sicher hat dieses Getränk alle Chancen, Ihr täglicher ›Haustrunk‹ zu werden. Ihren Tee oder Kaffee können Sie dafür ruhig schwächer zubereiten. Zusammen mit den übrigen Zutaten wird daraus ein bekömmliches Getränk, dessen langanhaltende Wirkung auf seinem Gehalt an Lezithin und hochwertigem Eiweiß beruht.

Zutaten für eine Tasse: zwei gestrichene Teelöffel Vollsojamehl oder Sojamehl fettarm; eventuell eine Messerspitze Vanillepulver oder Zimt; ein Teelöffel Honig; eine Tasse Tee oder Kaffee; Milch oder Kaffeesahne nach Belieben.

Etwa 220 Joule/50 Kalorien, Zubereitungszeit: 1 Minute.«

(Das Große GU Vollwert Kochbuch, S. 22)

III.

Ein paar Worte zu den Zeichnungen, gedacht als Kontrapunkt: Brechts "Seeräuber-Jenny oder die Träume eines Küchenmädchens" – Lieblings-Gewaltphantasie der Zeichnerin. Hier erlaubt und traut sich eine all das, und noch dazu siegreich, was uns – aus guten Gründen – nicht oder nicht mehr möglich ist bzw. aus moralischen und politischen Erwägungen ohnehin fragwürdig scheint, von der Kleinigkeit der nicht vorhandenen Stärke mal ganz abgesehen: Sie schlägt zurück, und zwar gewaltig. Sie zeigt's allen und das derart vehement, daß ihnen das Lachen im Halse stecken bleibt – solange sie noch einen haben. Beneidenswerte Seeräuber-Jenny: So ein klarer Feind, solch erfolgversprechende Vorstellungen, wie der zu bekämpfen sei, und so eine ungemein schlagkräfige Streitmacht.

Ironischerweise – oder folgerichtig ein Schiff als Vehikel. Die Bootssymbolik mal positiv besetzt, doch auch hier natürlich als Kollektivsymbol. Aber wir wollen nun nicht der Gewohnheit der Texte verfallen, abzuwägen und zu relativieren. Zeichnungen und Gedicht sollen den Raum füllen, den die Durchdachtheit der Texte, unsere Schwierigkeit Worte zu finden, die nicht zweifelhaft sind, offen lassen müssen.

Der Schwerpunkt liegt hier auf dem befreienden Moment ihrer/unserer Phantasie, auf dem Moment des Sammelns aller Kräfte, allen Mutes, der knappen Situation einer erst- und einmaligen Überlegenheit, der so seltenen Stärke, dem kurzen Augenblick des Zurückschlagens, dem Heraustreten aus dem Schatten, dem Aufprall der Kanonenkugel. Das Dann, die Konsequenz, der Umschlag von Gegenmacht in Herrschaft, von Rache in Sadismus ist Element der Phantasie nicht.

Das ist ihr eindeutiger Vorteil gegenüber einer wie auch immer gearteten Praxis. In der Phantasie gibt es keine realen Toten, kein Blut, keinen Schmerz

der anderen – nun unterlegenen. Der gesamte Raum ist gefüllt von der eigenen Wut und Stärke.

Ganz so leicht, wie gedacht, ließ sich diese jedoch nicht in Zeichnungen umsetzen. Denn was Jenny sich da erträumt, wäre in der Realität nicht grad haarscharf an der schmutzigen, blutigen Seite der Gegenmacht vorbei, sondern manchmal deutlicher Teil davon. Bei Jenny rollen die Köpfe. Was davon ist uns darstellbar, aus der sprachlichen Imagination in Zeichnungen zu holen? Der einen war die Feuersymbolik einer brennenden Stadt angesichts der Enteignung des Feuer-und-Flamme-Bildes durch rassistische BrandstifterInnen zweifelhaft geworden, der andere verortete die Kopf-ab-Hoppla-Szene als fern seiner Gewaltphantasien. So mußten wir die Grenzen, selbst nur in der Phantasie zurückzuschlagen, feststellen. Segen und Fluch zugleich, denn sicher ist in der realen Gegenmacht der Begriff der Macht potentiell enthalten, wie das die Genossinnen der Roten Zora in »Mili's Tanz auf dem Eis« beschrieben.

Noch ein kleiner Ausflug ins Land der Männerphantasien. Durch die Arbeit und Diskussionen an den Zeichnungen tauchte die Frage nach den Unterschieden der Gewaltphantasien von Männern und denen von Frauen auf. (Mal ausgeblendet, daß Brecht der Urheber der ›Seeräuber-Jenny‹ ist und er sich in eine Frau hineinphantasierte.) Wichtig ist für uns, wie eine solche Phantasie daherkommt, ob, wo und wer sie mit welchen Mitteln ausdrückt und damit einen Schritt weit ins Manifeste rückt. Wäre Jenny ein Jonny, so wäre der Zeichnerin das Gedicht zweifelhafter gewesen, hätte sie sich nicht so einfach hineinfinden können. Denn: Über die Unterschiedlichkeit der Aggressionen und Gewaltphantasien von Frauen und Männern kann mensch diskutieren, deutlich verschieden ist jedoch zumeist der Umgang damit. Ein Beispiel: Auf Szenekneipen-Männerklos findet frau die Killerwünsche mancher Männer in Graffitiform ausgedrückt als »Bedürfnis, einmal aufzustehen und blind in die Menge zu ballern«, was mann als revolutionär deklariert. Zusätzlich wird all denen, die dieses »Bedürfnis« nicht verspüren, mitgeteilt, sie seien damit Teil des herrschenden Systems und trügen ihren »Wanst ständig auf Schußhöhe«. Hier macht die Anonymität eines Klos es möglich, mal so richtig vom Leder zu ziehen. Der Verfasser entzieht sich ausdrücklich einer Beleuchtung, Auseinandersetzung mit dieser Phantasie. Wichtigster Unterschied zur Seeräuber-Jenny ist für uns jedoch die repressiv-affirmative Geste. Die Phantasie wird dominant in den Status der Wahrheit und Realität gehoben. Sie wird als revolutionäres Muß verbraten. Doppelt zynisch angesichts der Tatsache, daß Männer sich oft genug »gestatten«, diesem »Bedürfnis« nachzukommen. Schläger, Amokläufer sind – in aller Regel – Männer. Die Getroffenen in erster Linie Frauen. Hier wird gewalttätige, sexistische Realität – im Kostüm pseudorevolutionärer Phantasie verborgen – als befreiendes Moment erlebt.

Wie dem auch sei, jenseits all dieser Überlegungen ist die Scheidelinie zwischen »guten« und »schlechten« Machtphantasien fließend genug, um wirklich spannend zu sein. Und das nicht nur in der Phantasie.

autonome l.u.p.u.s. gruppe, Herbst 1994

Die Seeräuber-Jenny

1
Meine Herren, heute sehen Sie mich Gläser abwaschen
Und ich mache das Bett für jeden.
Und Sie geben mir einen Penny und ich bedanke mich schnell
Und Sie sehen meine Lumpen und dies lumpige Hotel
Und Sie wissen nicht, mit wem Sie reden.
Aber eines Tages wird ein Geschrei sein am Hafen
Und man fragt: Was ist das für ein Geschrei?
Und man wird mich lächeln sehn bei meinen Gläsern
Und man sagt: Was lächelt die dabei?
  Und ein Schiff mit acht Segeln
  Und mit fünfzig Kanonen
  Wird liegen am Kai.

2
Man sagt: Geh, wisch deine Gläser, mein Kind
Und man reicht mir den Penny hin.
Und der Penny wird genommen, und das Bett wird gemacht!
(Es wird keiner mehr drin schlafen in dieser Nacht.)
Und Sie wissen immer noch nicht, wer ich bin.
Aber eines Abends wird ein Getös sein am Hafen
Und man fragt: Was ist das für ein Getös?
Und man wird mich stehen sehen hinterm Fenster
Und man sagt: Was lächelt die so bös?
  Und das Schiff mit acht Segeln
  Und mit fünfzig Kanonen
  Wird beschießen die Stadt.

3
Meine Herren, da wird wohl Ihr Lachen aufhörn
Denn die Mauern werden fallen hin
Und die Stadt wird gemacht dem Erdboden gleich
Nur ein lumpiges Hotel wird verschont von jedem Streich
Und man fragt: Wer wohnt Besonderer darin?
Und in dieser Nacht wird ein Geschrei um das Hotel sein
Und man fragt: Warum wird das Hotel verschont?
Und man sieht mich treten aus der Tür gen Morgen
Und man sagt: Die hat darin gewohnt?
  Und das Schiff mit acht Segeln
  Und mit fünfzig Kanonen
  Wird beflaggen den Mast.

4
Und es werden kommen hundert gen Mittag an Land
Und werden in den Schatten treten
Und fangen einen jeglichen aus jeglicher Tür
Und legen ihn in Ketten und bringen vor mir
Und fragen: Welchen sollen wir töten?
Und an diesem Mittag wird es still sein am Hafen
Wenn man fragt, wer wohl sterben muß.
Und da werden Sie mich sagen hören: Alle!
Und wenn dann der Kopf fällt, sag ich: Hoppla!
  Und das Schiff mit acht Segeln
  Und mit fünzig Kanonen
  Wird entschwinden mit mir.

Bertold Brecht

(aus: Die Dreigroschenoper, in: Die Gedichte von Bertold Brecht in einem Band, Frankfurt/M. 1981)

Lichterketten und andere Irrlichter

Im Kerzenschein der Lichterketten soll das Grundrecht auf Asyl abgeschafft werden. Ein Grundrecht, das wie kein anderes die Erinnerung an die nationalsozialistische Vergangenheit wachhält, ein Grundrecht, das an die Einzigartigkeit deutscher Verbrechen erinnert und daraus – widerwillig – eine Verpflichtung für das Nachkriegsdeutschland machte.

»Man hat sich bemüht« steht auf dem Grabstein von Willi Brandt. 20 Jahre haben sich die herrschenden Parteien abwechselnd alle Mühe gegeben, das Grundrecht auf Asyl einzuschränken, auszuhöhlen, bis davon nur noch die Fassade stehen blieb. 20 Jahre wurde hinter der Fassade alles weggeräumt, entkernt – auf ganz demokratische und parlamentarische Weise: vom Ausländerrecht über das deutsche Arbeitsrecht bis hin zu den Asylverfahrensgesetzen. Die Fassade wahrend, wurde das Ziel erreicht: über 90 Prozent der Flüchtlinge wurden zuletzt nicht mehr als Asylsuchende anerkannt. Damit war der juristische/administrative Grundstein für den »Scheinasylanten« gelegt.

Und wie jeder auf Sicherheit bedachte Mensch erahnen kann, wird eine mit Mühe aufrechterhaltene Fassade auf Dauer einfach eine Belastung, eine ständige Gefahrenquelle – ganz abgesehen von jenen, die sich und andere beharrlich fragen, was da eigentlich dahinterstand.

Es war also nur eine Frage der Zeit, daß auch die Grundrechtsfassade abgerissen, das historische Terrain eingeebnet und planiert würde. Der Historikerstreit, die Angleichung deutscher Verbrechen an die EG-Kriegsnorm, die Gleichsetzung der NS-Diktatur mit dem SED-Regime, kurzum: mit der so sehnlichst erwünschten »Normalisierung« der deutschen Geschichte wurde die Vorarbeit zur »Harmonisierung« des Asylrechts geleistet.

Der Export von Grundrechten

Kommen wir einer übertriebenen Annahme zuvor: Um die Anzahl der Flüchtlinge zu »regulieren«, um die über 90 Prozent der Flüchtlinge, denen die Anerkennung verweigert wurde, auch abschieben zu können, hätte es keiner Verfassungsänderung bedurft. Das neue Ausländerrecht, das am 1.1.92 in Kraft trat und das neue Asylbeschleunigungsgesetz, das ab 1.7.92 wirksam wurde, stellten all die administrativen und juristischen Mittel schon bereit, um Deutschland de facto »flüchtlingsrein« zu machen.

Bei der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl geht es nicht um die kapitalistische Steuerung imperialer Fluchtfolgen. Um die Kontingentierung vernutz-

barer Arbeitskräfte einerseits, die Abschiebung »überflüssiger Esser« andererseits, also die Selektion in nützliche und unnütze AusländerInnen durchzusetzen, wäre weder die Drohung mit dem »Staatsnotstand« (H. Kohl) noch eine Verfassungsänderung notwendig gewesen. Das Instrumentarium, um das Grundrecht auf Asyl außer Kraft zu setzen, Schutzrechte gegenüber dem Staat (was die Grundrechte, verfassungspatriotisch formuliert, einmal sein sollten) in Verfügungsrechte des Staates zu transformieren, stand längst bereit.

Die Abschiebung des Asylrechts in »sichere Drittstaaten«, der Verfassungsclou, Grundrechte – wie jede andere Ware auch – zu exportieren, hat also andere als »marktwirtschaftliche« Gründe. Die Verfassungsänderung hat im wesentlichen keine Steuerungsfunktion gegenüber Flüchtlingen, sondern Steuerungsfunktion für den rassistischen Konsens in diesem Land. Sie signalisiert Übereinstimmung mit und Anerkennung von rassistischen Grundhaltungen und rassistischem Handeln in einem Maße, wie es im Nachkriegsdeutschland bisher einzigartig ist. Zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte der BRD spiegelt die 2/3 Mehrheit im Bundestag, die für die Abschaffung des Artikels 16,2 stimmen wird, mehr wider als eine parlamentarische Mehrheit. Noch nie waren sich Volk und Führung (einschließlich der Repräsentanten der Opposition) ohne Ansehen ihrer Klasse und ihres Geschlechts so nahe, so einig. In den »zentralen Fragen unseres Volkes«, in der Zementierung dieses rassistischen Konsens, verschmolzen Regierung und Opposition, parlamentarische Linke und Rechte, Frauen und Männer, oben und unten zum Volksganzen.

Mit der Abschaffung des Artikels 16,2 verteidigt dieses Deutschland mehr als seine nationalen Interessen. Es feiert vor allem eine völkische Übereinkunft, in der die Ausweisung von Jüdinnen und Juden, die Deportation von Roma und Sintis, die Abschiebung von Flüchtlingen nicht massenhaft Widerstand gegen die Herrschenden, sondern Identifikation mit ihnen auslöst. Mit der Abschaffung des Artikels 16,2 soll der Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit gezogen werden, um ohne Tabus und »ewige Schuld« – zumindest teilweise – an diese anknüpfen zu können. Sich endlich nichts mehr dabei denken müssen, wenn in Rostock »Zigeuner« verbrannt werden sollten. Sich nichts dabei denken müssen, wenn die Bundesregierung dieses Pogrom aufgreift, um es politisch durch ein staatliches Deportationsabkommen mit Rumänien zu vollenden. Sich einfach nichts dabei denken müssen, wenn in einer »linken« Gewerkschaftszeitung die Aufforderung steht, endlich »diese zweifelhafte Geschichtsmetaphysik klar zurückzuweisen, die ›die Deutschen‹ offenbar für Generationen unter Faschismusverdacht stellen will.« (»Erziehung+Wissenschaft«, 2/93)

Die Anzahl der Menschen, die hier als Asylbewerber »anerkannt« wurden, entsprach zu keiner Zeit der Anzahl von Menschen, die – egal aus welchen Gründen – hier leben wollten. Die sogenannte Anerkennungsquote war schon

immer das entsprechende Instrumentarium, um die Anzahl der hier lebenden Flüchtlinge mit den Bedarfsrechnungen aus Industrie und Wirtschaft in Übereinstimmung zu bringen. Entsprechend wurde das Asylrecht entweder liberal gehandhabt oder verschärft. Mit der geplanten Verfassungsänderung wird das rassistische Konstrukt in den Verfassungsrang gehoben, der Andrang von Flüchtlingen mache es notwendig, das alte Asylrecht zu ändern. Damit steht endgültig fest, wer die Pogrome in Hoyerswerda oder Rostock zu verantworten hat: die Flüchtlinge selbst. Oder mit den treffenden, schon etwas älteren Worten des Berliner Senatsdirektors: »Das Asylrecht lebt davon, daß es nicht in Anspruch genommen wird.« (Frankfurter Rundschau, 14.6.85) Wer es dennoch beansprucht, riskiert sein/ihr Leben.

»Freiheit bedeutet doch nicht, daß 600 Millionen Menschen frei entscheiden können, wo sie leben wollen ... Wir können ... nicht das ganz christliche Prinzip anwenden: macht hoch die Tür, die Tor macht weit, für alle dieser Welt. Das geht nicht.« (Engholm, SPD)

»Wir können nicht das Sozialamt der ganzen Welt sein.« (Schönhuber, REP)

»Deutschland kann nicht die Probleme Kalkuttas lösen.« (CDU)

Schon verblüffend, wie einträchtig sich Faschisten und Demokraten äußern können. Vielleicht bringen wir jetzt etwas durcheinander. Aber wir verstehen diesen plötzlichen Drang zur Bescheidenheit nicht. Wenn wir uns recht erinnern, war mit der Gründung der europäischen Nationalstaaten immer die hehre Absicht verknüpft, die Welt mit dem Fortschritt und der Kultur des Abendlandes zu beglücken. Selten begnügte man sich damit, vor der eigenen Haustür zu kehren. Jede Einmischung in die »inneren« Angelegenheiten eines anderen Staates, jede Militärintervention, jeder Versuch, andere Staaten wirtschaftlich oder politisch unter Druck zu setzen, wurde mit dem selbstlosen Anliegen begründet, überall auf der Welt für die elementarsten Grund- und Menschenrechte einzutreten.

Der Golfkrieg sollte zu einer Lehrstunde des abendländischen Selbstverständnisses werden, in dem der missionarische Eifer ganz oben rangierte. Immer wieder wurde uns gesagt, daß es im Krieg gegen den Irak nicht ums schnöde Öl oder gar um die gewaltsame Durchsetzung imperialistischer Ziele geht. Von rechts bis links wurden uns die Ohren vollgedröhnt, daß es in diesem Krieg um die Bewahrung und die Durchsetzung »universalistischer Werte« (Dan Diner) geht, die der Westen überall auf der Welt zu verteidigen bereit ist. Plötzlich wurde die Welt ganz klein – und die Verpflichtung für sie ganz groß. Extra für diesen Krieg schrumpfte eine Welt voller Nationalismen und Grenzen zu einer einzigen »Weltinnenpolitik« (Micha Brumlik), in der es keine »fremden« Interventionsarmeen mehr gibt, sondern nur noch »gerechte« Aktionen einer globalen Weltpolizei. Eurocop im Weltmaßstab. Und Geld spielte dabei auch keine

Rolle. In Windeseile lagen 45 Milliarden Dollar in der Kriegsschatulle der One-World-Cops. Von Bescheidenheit war also nie die Rede.

Auch nach Abschluß des Kaufvertrags über die DDR sehen sich Regierung, Opposition und Volk wieder zu Großem berufen und verpflichtet. In den Worten der Wachstumsmetaphorik: Mit dem größer gewordenen Deutschland wächst auch die politische und militärische Verantwortung, die in der ganzen Welt auf die BRD wartet. Kein Medien-Tag vergeht, an dem Deutschland nicht »be-und gedrängt« wird, endlich seine ökonomische Weltmachtstellung auch politisch und militärisch einzunehmen. Fast könnte dabei der Eindruck entstehen, die BRD werde zum Imperialismus gezwungen. Daß dem nicht so ist, daß die Stimmen von außen nur der inneren Stimme folgen, kann Bundeskanzler Kohl gewiß bestätigen: »Deutschland hat mit seiner Geschichte abgschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und sollte diese ausweiten«.

Während also die BRD ideologisch, politisch und militärisch mobil macht – ob als zukünftiges Mitglied im Weltkriegsrat oder im Rahmen globaler Krisensteuerung –, leidet sie als einer der reichsten Staaten der Welt angesichts von ein paar hunderttausend Flüchtlingen im Inneren an »Überforderung«. Man muß heute kein/e FaschistIn sein, um Angst bei der Vorstellung zu bekommen, alle Flüchtlinge der Welt könnten ungehindert in die BRD gelangen, wenn die »Zuwanderung« nicht politisch und militärisch gesteuert würde. Die Forderung nach einem »Bleiberecht für alle« weckt nicht nur bei Rechten apokalyptische Visionen.

Stellen wir uns einen Augenblick vor, diese Forderung wäre durchsetzbar und Millionen von Flüchtlingen würden tatsächlich hier Schutz suchen. Was wäre eigentlich so schlimm und furchterregend, wenn diese BRD das nicht »verkraften« könnte, wenn sie damit »überfordert« wäre? Gibt es irgendeinen Grund, die BRD vor den Folgen imperialistischer Politik in Schutz zu nehmen?

Wieviel »Gemeinwohl« muß man verinnerlicht haben, um sich im Verein mit den Herrschenden um den Fortbestand dieser BRD zu sorgen?

Die Virulenz des Rassismus entscheidet sich nicht an der Anzahl der potentiellen Opfer, sondern an der Bereitschaft der TäterInnen

Wie wenig der Rassismus mit der Anzahl der »Fremden« zu- oder abnimmt, wie sehr die von allen demokratischen Parteien umworbene »berechtigte Angst und Verunsicherung« der Deutschen eine rassistische Größe ist, die sich in ihrer Beliebigkeit jeder Aufklärung entzieht, verdeutlicht alleine ein kurzer Blick in die Geschichte der Asylflut-Produzenten. Die Schlagzeile 1978 war schon so fett wie heute: »Mißbrauch des Asylrechts gerät zu sozialem Sprengstoff«. Damals waren es gerade 33 000 Leute, die in der BRD um Asyl nachsuchten!

Wie wenig es darauf ankommt, als Deutsche/r jemals eine/n »Fremde/n« zu Gesicht bekommen zu haben, um sich »bedroht« zu fühlen, zeigt auch ein schlichter Vergleich. Nach einer Infas-Studie strebten 51 Prozent der Ostdeutschen mit der Parole »Deutschland den Deutschen« die Vereinigung und den Anschluß an die »unterbrochene« deutsche Geschichte an. In der DDR hatte gerade ein Prozent der dort Lebenden eine nichtdeutsche Staatsbürgerschaft. Das waren vor allem VertragsarbeiterInnen aus den sozialistischen Schwester- und Bruderstaaten, die von der »einheimischen« Bevölkerung weitgehend abgeschottet arbeiten und leben mußten.

Wie zynisch das Argument von der »Bedrohung« ist, wie ungetrübt der Rollentausch vom Täter zum Opfer funktioniert, veranschaulicht der Antisemitismus in Deutschland auf bezeichnende Weise. Vor 1993 lebten über 500 000 Jüdinnen und Juden in Deutschland (Raul Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden), heute sind es 55 000. Daß die Macht aufklärender Fakten dem Antisemitismus wenig anhaben kann, belegt eine Befragung in der Ex-DDR: »1990 schätzten 30 % der Ostdeutschen die Zahl der Juden in der Ex-DDR auf über 100 000, 10 % gaben sogar Zahlen in Millionenhöhe an. In Wirklichkeit sind es höchstens 4 000 Juden«. (Jürgen Elsässer, Antisemitismus – das alte Gesicht des neuen Deutschland)

Millionen Jüdinnen und Juden wurden unter der klassenübergreifenden Teilnahme fast der gesamten deutschen Bevölkerung industriell ermordet. Nicht dennoch, sondern deswegen gilt der ungebrochene Haß auf alles »Jüdische« nicht nur den Überlebenden, sondern gerade auch den Toten. In den Schändungen von jüdischen Friedhöfen, in den Brandanschlägen auf jüdische Gedenkstätten drückt sich nicht das Vergessen, sondern die Erinnerung an Auschwitz aus. Die Einebnung jüdischer Gedenkstätten ist die Fortsetzung des Historikerstreits mit anderen Mitteln. Der »Weg zur Selbstfindung der Deutschen«, schrieb Thomas Assheuer in der Frankfurter Rundschau, »führt über die Trümmer der KZ-Gedenkstätten.« Das antisemitische Bild vom »ewigen Juden« braucht die Lebenden nicht. Am 14.11.92 wurde ein Mann zusammengeschlagen und verbrannt, nachdem er sich gegen Hitler ausgesprochen hat. Er mußte ein Jude gewesen sein.

Konsens der Demokraten

Millionen von Menschen sind auf die Straße gegangen und haben Flagge gezeigt gegen »Ausländerfeindlichkeit und Gewalt« und für »Toleranz«. In einem Meer von Lichterketten sollte das Bild vom häßlichen Deutschland ertränkt werden. Von Kiel bis München standen sie alle in einer Reihe, Gleiche unter Gleichen, ohne Unterschied, nach Dienstschluß, nachdem die Arbeit getan war: Der Chef und seine Angestellten, der Arbeitgeber und seine Gewerkschaft, die SPD und

ihre Grünen, die Polizisten und ihre DemonstrantInnen. Praktizierte Sozialpartnerschaft, ein »Sozialpakt« der Straße. Es kam zusammen, was zusammengeht. Wenn es um das Ansehen Deutschlands geht, kennt auch das anständige Deutschland weder Leichtlohngruppen noch Spitzenverdiener, weder Hausbesitzer noch Obdachlose, weder politisch Verantwortliche noch politisch Folgsame, weder Waffenproduzenten noch Gewaltfreie. Es gibt wieder etwas Höheres als Klassen, Geschlechter und andere Unversöhnlichkeiten. Die zur (zweiten) Natur gewordene Ordnung von oben und unten, arm und reich demonstrierte Gemeinsamkeit, Verbundenheit.

Als in Berlin am 8.11.92 unter dem Motto »Die Würde des Menschen ist unantastbar« die Regierenden das Volk zusammenriefen, um gemeinsam dafür zu demonstrieren, daß die Pogrome von Hoyerswerda bis Rostock nun endlich einem rechtsstaatlich-geordnetem Verfahren zugeführt werden, störten noch einige das Bild« das um die Welt gehen sollte. Der Startschuß – allzu sichtbar von oben abgegeben – war verpatzt.

»›Muß ich jetzt ausmachen?‹, fragte eine Frau die andere, als sich der Zeiger kurz vor 18 Uhr auf die volle Stunde zubewegt. Fünf Minuten lang, so sieht die Regie vor, sollen alle Lichter erlöschen. ›Jetzt wohl‹, weist der Familienvater die Seinen an. Die Bestrahlung an Fernsehturm, Marienkirche, Dom, Siegessäule und Brandenburger Tor ist schon ausgeknipst.« (FR, 2.2.93)

Platzen wir ein wenig voreilig und ungeduldig in diese Choreographie. Kann sich irgendjemand daran erinnern, daß sich ähnliches in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau oder Rostock ereignete? Ist es wirklich ein Zufall, daß die Lichterketten mit dem Allparteien-»Kompromiß« vom 6.12.92, mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, zusammenfallen?

Ist es ein Zufall, daß dieselbe Polizei, unter deren Schirmherrschaft in Hoyerswerda tage- und nächtelang ein Flüchtlingslager bis zu dessen »Evakuierung« angegriffen wurde, unter deren aktiver Teilnahmslosigkeit in Rostock ein Flüchtlingslager in Brand gesteckt wurde, nun von Kiel bis München tatkräftig Lichterketten mitorganisierte?

Aber lassen wir uns nicht provozieren und kehren zu den Lichterketten zurück. Frankfurt war am Zug. Als im Mai '92 in Mannheim-Schönau fünf Tage lang – von SPD und Polizei unbehelligt – das dortige Flüchtlingsheim belagert wurde, waren es ein paar hundert Leute, die das nicht normal und verständlich fanden. Man/frau in der nahegelegenen »multikulturellen« Stadt Frankfurt ließ sich davon nicht aus der Ruhe bringen. Doch dann waren sie auf einmal alle da.

Am 22.12.92, kurz vor Weihnachten, gingen 100 000 Menschen in Frankfurt auf die Straße. Ein vorweihnachtlicher Abend voller Ungewöhnlichkeiten: »Und es geschah, was Frankfurt noch nicht erlebt hat: Polizeibeamte (›wir ma-

chen das gerne‹) schickten die 100 000 Demonstranten per Megaphon von den Plätzen auf die Strecke rund um die Stadt«. (FR, 23.12.92) Polizeibeamte gaben gar die Empfehlung aus: »Sie können die Straße benutzen, bedenkenlos.« Wer will da nachtragend sein, sich daran erinnern, wie die Polizei Anfang der 80er Jahre 10 000 DemonstrantInnen vom Römer prügelte, um das Recht der NPD durchzusetzen, das zu propagieren, was heute alle demokratischen Parteien sagen. Oder sich daran erinnern, daß seitdem fast jedes antifaschistische Vorgehen gegen Veranstaltungen faschistischer Parteien in der Stadt mit Festnahmen, Verletzten und Urteilen gegen AntifaschistInnen endete? Doch all dies konnte und sollte den Glanz der Lichterketten nicht trüben. Denn nicht nur die Polizei stand dem Gelingen tatkräftig zur Seite, auch der Verband der Kerzenhersteller – das ist jetzt kein Scherz – nutzte die Gunst der Stunde und zeigte sich von der ganz großzügigen Seite. Er ließ Kerzen gratis verteilen.

Und da jede/r weiß, daß in dieser Republik erst etwas passiert ist, wenn es im Fernsehen erscheint, wußten die nun unauffälliger agierenden Betreiber und Sponsoren der Lichterkette, daß es wie bei jedem ›event‹ auf professionelles Marketing ankommt. Wir wissen zwar nicht, was sie gestern vermarktet haben, an diesem Tag jedenfalls haben sie das Marketing der Lichterkette übernommen: die Kommunikationsagentur von Burson-Marsteller. Benneton läßt grüßen.

Nun, wir kennen die Motive der einzelnen Menschen nicht, die sich an diesen Lichterketten beteiligten. Sie blieben, und sollten wohl auch, im Dunklen. Das einzig Erhellende waren die Kerzen. Wofür stehen Lichterketten gegen »Fremdenhaß« und »Gewalt« und für »Toleranz«? Soll damit der Bauunternehmer angeprangert werden, der gegen polnische und rumänische Hilfsarbeiter nichts hat, weil er sie für einen Lohn von fünf Mark die Stunde schuften lassen kann? Oder gründet die Sorge um den »Fremdenhaß« in der Angst, künftig vielleicht nicht mehr an fernen Küsten unbehelligt in der Sonne brutzeln zu dürfen? Sind mit »Gewalt« nur die Brand- und Mordanschläge denunziert, oder auch die Abschiebungen tausender AsylbewerberInnen in »sichere« Drittländer, sogenannte Nichtverfolgerstaaten?

In einem Staat, in dem die Polizei – begleitend und beispielgebend – Flüchtlingsheime selbst überfällt, wie in Dresden (FR, 13.6.92) oder in Schwäbisch-Gmünd (FR, 4.8.92) oder in Augsburg (FR, 12.11.92); in einem Land, in dem die demokratischen Parteien den Pogromen die – mittlerweile im demokratischen Diskurs integrierten – rassistischen Stichworte liefern (von der »Asylantenflut« bis zum »Asylmißbrauch«) und damit einen wesentlichen Beitrag zur ›Entnazifizierung‹ rassistischer Ideologien leisten; in einem Land, in dem Polizei und Führung Schirmherren rassistischer Angriffe sind, muß eine »antirassistische Manifestation« stutzig machen, die von bürgerlichen Parteien, Wirt-

schaft und Polizei gemeinsam getragen wird. In einem Land, das in seiner Geschichte unzweideutig den Beweis erbracht hat, daß Rassismus und Antisemitismus nicht gegen eine Mehrheit, sondern mit ihr mächtig wurde, ist jede Vieldeutigkeit aus dieser Geschichte heraus zu deuten.

Bei aller Zwielichtigkeit des Kerzenscheins, bei aller Schattenhaftigkeit der Ziele, für die die Lichterketten stehen – eines halten zumindest die KommentatorInnen dieses Ereignisses für ausgemacht: »Die Lichterkette gegen den Rassismus ist zu einer großen, fast feierlichen Darbietung eines neuen Gemeinschaftsgefühls geworden«. (FR, 23.12.92) Ein Gemeinschaftsgefühl, das alle Schichten und Klassen ergreift: »Überall Familien mit tausenden von Kindern, dazwischen ostermarsch-gestählte Ehepaare, Schulklassen, Jugendgangs oder ergraute Einzelgänger – und die ewig Eiligen, die nach der Arbeit oder dem Einkauf mit Tüten, Taschen, Schirm und Kerze jonglierten«. (FR, 23.12.92) Hier wird mit mehr jongliert als nur mit Tüten, Taschen, Schirm und Kerze. Mit welch atemberaubender Schnelligkeit dabei ein »neues« Gemeinschaftsgefühl entsteht, grenzt an Simulation und Gedächtnisschwund. Oder geht es darum, ein »neues« Gemeinschaftsgefühl in den Wettbewerb zu werfen, das woanders längst blutige Realität geworden ist? Ein Gemeinschaftsgefühl, das auch »durch alle Schichten und Altersgruppen« geht: vom SPD- bis zum DVU-Wähler, von der Glatze bis zum Rentner, von »Heimatvertriebenen« bis zu den unteilbaren Deutschen.

Es geht um Führungskämpfe, wie es Björn Engholm formulierte: »Am Ende fürchte ich, wenn die Bevölkerung sieht, daß wir das Gesamtproblem Zuwanderung auf diesem Kontinent nicht lösen, dann wird unser Volk auf die Idee kommen können, andere mit dieser Aufgabe zu betrauen«. (FR, 24.10.92) Zumindest die »Idee«, dem Volk zuvorzukommen, ist weder neu noch besonders erfolgreich gewesen – geschichtlich betrachtet.

Es gibt wieder einen Run auf das »neue« Gemeinschaftsgefühl, das man früher »Volksgemeinschaft« nannte und sicherlich im Rahmen der »Normalisierung« der deutschen Geschichte bald wieder beim Namen nennen darf. Die Diagnose teilen alle, ob CDU oder Grüne, ob Sozialplaner oder Kriminalitätsforscher, ob Philosophen oder Therapeuten. Die Rede ist von fehlenden sozialen Bindungen, vom Verlust positiver Werte, von Desintegration und Individualisierungsschub, von gewalttätigen Egoismen und Modernisierungsverlierern.

Was macht man/frau aber in einer Zeit, wo die Ursachen nicht zur Disposition stehen, wo der Kapitalismus nicht das Problem ist, sondern als »einzige Alternative« gefeiert wird? Wie heilt man eine Gesellschaft, in der die Krankheit das einzig Verbindend-Verbindliche ist: Geldverdienen, koste es, was es wolle? Man sucht nach einem Gemeinschaftsgefühl, das sich dessen nicht mehr schämt, das – neudoitsch – einfach dazu steht, das – altdeitsch – einfach stolz ist auf das,

was »wir« geleistet haben. Ein Gemeinschaftsgefühl, das endlich Schluß damit macht, sich für die deutsche Vergangenheit »ewig schuldig« zu fühlen. Oder – um uns im positiven Denken zu üben: Es geht um ein neues deutsches Selbstbewußtsein, das offen zur Schau stellt, daß Deutschland nicht zu den Verlierern des 2. Weltkriegs, sondern zu den Gewinnern zählt. Die ökonomischen Fakten sprachen schon lange dafür. Nun kommt die Zeit, dies auch alle deutlich spüren zu lassen.

»Muß ich mich als Deutsche der Nachkriegszeit ewig schuldig fühlen?« Um in den Genuß dieser Art von Selbstbesinnung zu kommen, braucht man heute nicht die »Deutsche Nationalzeitung« zu kaufen. Es genügt, AbonnentIn einer linken Gewerkschaftszeitung wie »Erziehung+Wissenschaft« zu sein. Die Notwendigkeit der Suche nach jenem »neuen Gemeinschaftsgefühl« – bleiben wir bei dieser sprachlichen Übergangslösung – ist bereits Konsens. Das Gerangel geht nur noch um Auslegung und Funktionalität. An die Startplätze haben sich jedenfalls – fast – alle begeben: die Grünen mit ihrem im Golfkrieg erprobten Modell der »zivilen Gesellschaft«, die Gewerkschaftsspitze mit der Forderung nach einem »neuen Nationalbewußtsein« (GEW-Vorsitzender Wunder), die SPD und Teile der Wirtschaft mit ihrem von nationalen Interesse geleiteten »anständigen Deutschland« oder eben das Völkische, das in der Kritik des Bestehenden das Verlangen nach »ewiger« Ordnung und Unterordnung ausdrückt, die Lösung aller sozialen Widersprüche.

Die Bedeutung, die die Lichterketten bekommen sollten, die Bedeutung, die Hoyerswerda und Rostock für das »wahre Deutschland« haben, signalisieren unterschiedliche Ansprüche auf ein- und dasselbe Gemeinschaftskonstrukt. Eine Gemeinschaft, die erst in der Leugnung gesellschaftlicher und sozialer Antagonismen im Inneren und in der Bekräftigung der globalen Ordnung von Hunger und Ausbeutung zu sich selbst findet.

Lassen wir erstmal unbeantwortet, ob sich das völkische oder das nationale Verlangen nach einer neuen deutschen Identität durchsetzen wird.

Lichterketten – oder die größte Unschuldskampagne nach dem »gewonnenen« 2.Weltkrieg

Fast zwei Jahre lang – bis zum Mordanschlag in Mölln am 22. 11. 1992 – galt unter anständigen Deutschen die mit Routine vorgetragene Zwei-Komponenten-Formel:

Teil 1: Eine kurze, sachliche Mitteilung über die neuesten Angriffe auf AsylbewerberInnen in Flüchtlingsheimen und auf andere Leute, die für Ausländer gehalten werden.

Teil 2: Erster Halbsatz, ein aus dem Halbschlaf gestanztes Bedauern, oder je nach Verletzungsgrad auch Entsetzen, um mit dem zweiten Halbsatz die Dring-

lichkeit einer Grundgesetzänderung, die Abschaffung des Asylrechts zu unterstreichen. So brachte es CDU-Innenminister Seiters fertig, ein paar Tage, nachdem das Flüchtlingsheim in Rostock unter den Rufen »Deutschland den Deutschen« und »Zugabe« bis auf die Grundmauern abbrannte, folgende »Lehre« aus dem Brand- und Mordanschlag zu ziehen: »Die Vorgänge der letzten Tage machen deutlich, daß eine Grundgesetzänderung dringend notwendig ist.«

Zwei Jahre lang wurde »politischer Handlungsbedarf«, »staatliche Handlungsunfähigkeit« inszeniert, um die Übernahme rassistischer Handlungen von unten in ein staatlich gelenktes Verfahren von oben, als humane Lösung erscheinen zu lassen. Zwei Jahre lang wurde die Regierung – in Fragen des »Asylrechts« – ans Volk abgegeben, um zu zeigen, was gemeint ist, wenn die Regierung von der »Verkürzung des Asylverfahrens« redet und das Volk dies versteht – also kurzen Prozeß macht. Zwei Jahre lang zeigten sich Polizei und Führung »überfordert«, gegen rassistische AngreiferInnen vorzugehen, während sie von Wyhl bis Brockdorf, von der Startbahn West bis Wackersdorf demonstrierten, wie sie auch mit paramilitärischen Mitteln jeden Widerstand zu zerschlagen bereit sind. Genauso lange konnte der Verfassungsschutz und das BKA beim besten Willen keine »organisierten Strukturen« entdecken, die für diese Pogrome mitverantwortlich sind, sondern nur »Einzeltäter« – während gegen Linke in der Vergangenheit bereits eine »Willensgemeinschaft« ausreichte, um Festnahmen, Verfahren und Isolationshaft zu rechtfertigen.

Flüchtlingsheime zu schützen, Notruftelefone einzurichten, Selbstschutzstrukturen aufzubauen, das Zusammenspiel von Führung und Volk anzugreifen, die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung mit deren Schweigen und Klatschen, deren Mitmach-Qualitäten zu konfrontieren – all dies blieb wenigen Jugendgangs, MigrantInnengruppen, antifaschistischen und autonomen Gruppen überlassen. Das Leben von Flüchtlinge zu schützen, ist keine bürgerliche Selbstverständlichkeit (mehr). Es wurde zur militanten Aufgabe von mehr oder weniger erklärten Verfassungsfeinden. Die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit, die in den 70er und 80er Jahren noch zwischen Staat und außerparlamentarischer Opposition zu vermitteln suchte, existiert heute nicht mehr. Die kritische Distanz, die sie gegenüber dem Staat und der militanten Opposition hielt, hat sie – bereits Mitte der 80er Jahre – einseitig und zugunsten des Staates aufgegeben. Und doch, wenn man genauer hinschaut, gibt es sie noch – mit einer neuen Aufgabenstellung. Sie hat ihren Platz in der neuen politischen Geographie gefunden und eingenommen. Hat sie sich in den 70er und 80er Jahren immer wieder bemüht, die Anti-AKW-Bewegung oder die Häuserkampfbewegung in ihrem »berechtigten Anliegen«, in ihrer »verständlichen Sorge« in Schutz zu nehmen, d.h. radikale Minderheiten für eigene Reformvorstellungen zu instrumentalisieren, so geht es heute darum, den »starken Arm« der Mehrheiten zu demobilisie-

ren, d.h. glaubhaft zu versichern, daß die heutigen »berechtigten Anliegen« in den Händen des Staates bestens aufgehoben sind. Und so hören wir von allen Seiten, daß es jetzt darauf ankäme, die rassistischen Akteure und Claqueure nicht »vorschnell« und »pauschalierend« zu brandmarken, um ihre Wiedereingliederung in die schweigende Mehrheit nicht zu erschweren – als wäre es gerade in Deutschland ein Problem, voreilig als RassistIn beschimpft zu werden. Primäres Ziel jener bürgerlich-liberalen Öffentlichkeit ist Entlastung – das reicht vom runden Tisch mit Nazis bis zur sozialpädagogischen Betreuung des Fascho-Nachwuchs. So werden in Magdeburg-Nord im Projekt »Brunnen« unter sozialpädagogischer Anleitung Skinheads mit Faschomusik, Billiard-Spielen und Hanteln-Stemmen auf den rechten Weg geführt. Daß diese staatlich geförderten Fascho-Treffs von rechten SozialarbeiterInnen geleitet werden, erklärte ein zuständiger Sozialminister damit, daß schließlich früher linke Projekte auch von linken SozialarbeiterInnen betreut wurden. Das ganze wird im Rahmen des jährlich 700 000 DM schweren »Aktionsprogramms gegen Agression und Gewalt« finanziert, das unter der Obhut des Bundesministeriums für Jugend, Frauen und Gesundheit steht.

Doch so »häßlich« und »gewalttätig« die Mittel jener völkischen Opposition auch sind, das Verständnis für ihre »sozialen Ängste, Verunsicherungen und Empfindungen« ist nicht nur pädagogischer Art. Es geht um gemeinsame Betroffenheit. Gerade die ehemals kritische, liberale Öffentlichkeit weiß sehr wohl um den Zusammenhang von wirtschaftlicher Ausbeutung, politischer Unterdrückung, Hunger und Flucht. Gerade weil es ihr weder an Fakten, noch Aufklärung fehlt, weiß sie, daß der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank viel wirksamere Instrumente sind, um Regime der 3. Welt zu regieren, als die in den 70er Jahren noch eingesetzten und protegierten (Militär-)Regierungen. Die Monetarisierung politischer Herrschaft im Trikont hat die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung in einem nie dagewesenen Ausmaß vorangetrieben. Nicht aus Unwissenheit, sondern im Wissen darum verweigern die aufgeklärten »Citoyens« sich jeder radikalen Konsequenz. Es geht um die gemeinsame Verteidigung des Status Quo, um die Verteidigung dieser Welthungerordnung.

Wenn die »Bild« wie die CDU und »die Straße« von der »Asylantenflut« spricht, dann redet das anständige Deutschland von »Migrationsdruck« und »globalen Wanderbewegungen«. Wenn die Straße »Scheinasylanten« meint, dann redet das anständige Deutschland von »Wirtschaftsflüchtlingen«. »Deutschland den Deutschen« heißt in der Übersetzung des anständigen Deutschland, die »Ein- und Zuwanderung zu steuern«. Da liegen keine Welten mehr dazwischen, es geht um Nuancen, die dennoch bedeutsam sind. »Der Straße« wie dem anständigen Deutschland geht es weder um das Leben der

Flüchtlinge, noch um die Beseitigung der Fluchtursachen. Es geht um den ökonomischen Nutzen, und der ist je nach Klassen- und Geschlechtslage sehr variabel.

Daß die Lichterketten und die sie begleitende bürgerliche Öffentlichkeit nicht die Sorge um das Leben der Flüchtlinge umtreibt, sondern die Sorge um den eigenen Status Quo, belegt der rechte Zeitpunkt ihres Auflackerns. Als über zwei Jahre, im Wechselspiel von Glatzen und Schlipsen, (Staats-)Notstand und kurzem Prozeß, hunderte von Flüchtlingsheimen angegriffen und über 30 Menschen ermordet wurden, brannten keine Lichterketten, sondern Flüchtlingsheime. Die wenigen Versuche, den rassistischen Angriffen etwas entgegenzusetzen, wurden von der Tatenlosigkeit und dem vieldeutigen Schweigen der Mehrheit der Bevölkerung begleitet. Gerade in dieser Zeit, als Angriffe auf »Fremde« so alltäglich wurden wie Meldungen über Verkehrsunfälle, wurde die Bereitschaft zur Wiederholung deutscher Verbrechen zur allgegenwärtigen Drohung gegenüber allen, die sich offen dem entgegenzustellen wagten. Die Abwesenheit der – in vielen Gedenkreden so geforderten – »Zivilcourage«, das Fehlen selbst »bescheidenen Mutes« wurde zum tragenden Bestandteil des rassistischen Konsens.

Die Lichterketten entzündeten sich zu einem Zeitpunkt, an dem bereits klar war, daß auch die Parteien mit einer 2/3 Mehrheit dafür sein würden, das umzusetzen, was mit Springerstiefeln, Baseballschlägern und Brandsätzen im »Einzelfall« praktiziert wurde: die Verfolgung und Vertreibung der Flüchtlinge. An den Mitteln mögen sich einige gestört haben, die blutigen Bilder im Fernsehen mögen einige berührt haben. Doch es wurde erst »gegen Gewalt« Stellung bezogen, als die Abschaffung des Asylrechts de facto durchgesetzt war und keine Gefahr mehr bestand, daß jemand »für Bleiberecht« heraushören würde. Die bürgerliche Grundausstattung – Anteilnahme und Zivilcourage – kam zum Tragen, so sich das »Entsetzen über die Morde von Mölln« mit dieser Gewißheit paarte.

Die demokratisch legitimierte, bürokratische Macht hat für die meisten Untertanen etwas Beruhigendes an sich. Staatsverbrechen wurden in Deutschland selten im spontanen Exzeß verübt. In der Vergangenheit waren es in der Regel immer »nur« Gesetzesvorschriften, die pflichterfüllt, reibungslos und ohne innere Anteilnahme vollzogen wurden. Mit dem Satz »was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein« verteidigte der ehemalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger mehr als seinen persönlichen Karrierebeginn als NS-Richter. Er brachte das bis heute ungebrochene »Rechtsempfinden« all derer, die »damals« nur ihre Pflicht taten, auf den Punkt. Heute wissen wir, daß dieser Satz nicht nur auf die (deutsche) Vergangenheit zielte, sondern als Programmatik für die nachfolgenden und zukünftigen (Richter-) Generationen verstanden werden muß.

Mit den Petersberger Beschlüssen der SPD, mit der darin erklärten Bereitschaft, die »Asylfrage« mittels Abschaffung des Asylrechts aus der Welt zu schaffen, war der Tag in greifbare Nähe gerückt, an dem der breite rassistische Konsens der »Mitte« endlich legalisiert wird. Mit der Zustimmung zur Abschaffung des Artikels 16,2 machte die SPD den Weg frei, die Verfassung an die rassistische Praxis anzugleichen.

Einige Wochen nach jener traditionell sozialdemokratischen Wendung war es dann soweit. Den Verfolgungsinteressen von oben und unten wurde in ganzer Breite Rechnung getragen. Mehr noch: Der Wortlaut jenes Allparteien-Kompromisses überholt die verbalen Zurückhaltungen und Einschränkungen all jener, die in Mannheim-Schönau oder Rostock Regierungsinitiative gezeigt haben. War doch dort – wie im Regierungsjargon – immer wieder zu hören, daß man nichts gegen politische Flüchtlinge hätte, sondern nur gegen »Wirtschaftsflüchtlinge« sei. Der neue Verfassungstext macht selbst diese bemühte Selbstentlastung ein für allemal überflüssig. Er exportiert das ganze Asylanerkennungsverfahren schlicht ins Ausland, in sogenannte sichere Drittländer und Nichtverfolgerstaaten. Damit ist die Parole »Deutschland den Deutschen« – im Hinblick auf Flüchtlinge – in den Verfassungsrang gehoben worden.

»Schreckliche« Bilder wird es – aller Voraussicht nach – nicht geben. Sie sind zumindest nicht vorgesehen. Dafür wird gesorgt. Die Flüchtlingsheime werden Zug um Zug geräumt, ohne die Gebäude und das Ansehen Deutschlands in Mitleidenschaft zu ziehen. Die über 400 000 Flüchtlinge, denen die Anerkennung verweigert wurde, werden in aller gebotenen Stille mit Grenzschutzbegleitung außer Landes gebracht – das ist das einzige, was »sicher« ist. Und auch die Amtssprache wird ihren Teil dazu beitragen, daß man nichts Böses mehr dabei denken wird. Normale Vorgänge eben. Es wird von »Rückführung« die Rede sein, wenn Deportationen gemeint sind. Es wird von »sicheren Drittländern«, von »Nicht-Verfolgerstaaten« die Rede sein, wenn gerade nicht von Deutschland die Rede ist. Es wird um die Einrichtung von »Sammellagern« gehen, als ginge es um Altglaskontainer.

Nachdem also mit den Petersberger Beschlüssen der SPD zur Grundgesetzänderung klar wurde, daß die Räumung der Flüchtlingsheime nicht mehr in der Regierungsverantwortung von unten steht, nachdem sich abzeichnete, daß einer staatlichen Übernahme weder die Geschichte noch die Verfassung länger im Weg steht, war der »Mut« plötzlich da, mit der Kerze in der Hand auf die Straße zu gehen.

In den friedlichen Bildern der Lichterketten spiegelt sich das Bewußtsein wider, daß nun alles seinen rechten Gang gehen wird. Wer käme schon, bei so viel Erleichterung, auf die Idee, die Züge der deutschen Bundesbahn in die Tschechei oder die Flüge der deutschen Lufthansa nach Rumänien mit den

Brandsätzen und Baseballschlägern »der Straße« gleichzusetzen. Ein Vergleich, der von der Koalition der Abschieber weit von sich gewiesen würde.

Ein Lichtlein brennt, erst eins, dann zwei, dann ...

Am 22.11.92 wurde ein Brandanschlag auf ein von türkischen Familien bewohntes Haus in Mölln verübt. Drei Türkinnen kamen in den Flammen um. Die politische Führungselite ließ sich die Gelegenheit nicht nehmen, sich gegenseitig mit Abscheu und Entsetzen zu überbieten. Trauertourismus war angesagt. Der Ministerpräsident fuhr vor, ließ sich zum Krankenbett führen und schüttelte den anwesenden Kameras die Hand. Spuren wurden verwischt, die Seite unauffällig gewechselt. Mörder wurden gesucht, die Fahndung eingeleitet. Der Polizeiapparat arbeitete sichtbar auf Hochtouren. Eine Sonderkommision wurde eingesetzt und die ersten Verdächtigen waren auch bald gefunden. Diesmal tappte die Polizei nicht im Dunkeln, ermittelte nicht nach »allen« Richtungen. Die Alibis von Staatssekretären und Politikern wurden nicht überprüft, der Frage nach einer möglichen »Willensgemeinschaft« nicht nachgegangen. Die Richtung sollte eindeutig bleiben. Dafür hat man ja die Faschos. Die ersten Verdächtigen wurden auch prompt als Mitglieder einer »rechtsextremen Gruppe« vorgestellt. Weitere Hausdurchsuchungen, Verhaftungen von Tatverdächtigen folgten. Und plötzlich gab es Zusammenhänge, die es zwei Jahre lang nicht gab. Nur fünf Tage nach dieser Tat, am 27.11.92, wurde die faschistische Nationale Front (NF) verboten. Bald darauf wurden zwei weitere faschistische Organisation verboten (die Deutsche Alternative [DA] und die Nationale Offensive [NO]). TV-gerechter Antifaschismus wurde ins Bild gesetzt. Aufnahmen von Razzien bei faschistischen Führungskadern flimmerten über die Mattscheibe, Polizeibeamte mit Aktenordnern und anderem sichergestellten Beweismaterial liefen geschäftig vor laufenden Kameras auf und ab. Reality-TV. Die Message lautet: der Staat hat nun wieder alles im Griff und wird mit dem »braunen Spuk« aufräumen. Seit 1985, sieben Jahre lang, existierte die Nationale Front, ohne daß dem Staat deren »verfassungsfeindlichen Ziele« aufgefallen wären? Zwei Jahre lang konnten Polizei und Verfassungsschutz hinter den mehr als 2 000 rassistischen Angriffen seit der Vereinigung nur »Einzeltäter« entdecken und nun plötzlich geht ihnen ein Licht auf?

Wenn wir also, ganz rechtsstaatlich, davon ausgehen müssen, daß der Polizei und dem Verfassungsschutz die Existenz von faschistischen Organisationen in der BRD lange vor Mölln bekannt war, wenn wir davon ausgehen müssen, daß die »schnellen« Verbotsverfügung nach Mölln ohne die bereits lange vorher getätigten Ermittlungen nicht möglich gewesen wären, dann macht der Zeitpunkt dieser Staatsaktion mehr als stutzig. Wenn wir zudem davon ausgehen können, daß die Rechtsgrundlage, die Jahre lang nicht ausreichte, um faschisti-

sche Organisationen und Parteien zu verbieten, dieselbe geblieben ist, mit der jetzt Verbote begründet werden, dann haben diese Verbote verdammt wenig mit einem entschiedenen Vorgehen gegen faschistische Organisationen zu tun. Wenn es den Herrschenden nur eine Sekunde um den Kampf gegen Rassismus ginge, warum handeln sie dann erst nach Mölln? Immerhin gingen diesem tödlichen Brandanschlag schon über 30 rassistisch motivierte Mordtaten voraus.

Für uns sind vier Gründe entscheidend, die die Regierungsoffensive nach Mölln erklären helfen:

1. Mit dem parteiübergreifenden Beschluß, das Asylrecht abzuschaffen, beweisen sich die herrschenden Parteien selbst, daß es in wesentlichen Fragen keine parlamentarische Opposition gibt. Damit erübrigt sich – was die »Asylfrage« anbelangt – die Notwendigkeit, weiterhin außerparlamentarische Mehrheiten zu mobilisieren, um den Druck auf parteipolitische Einigungen zu erhöhen. Das völkische Standbein kann ein wenig zurückgezogen werden.

2. Die Verbotsverfügungen gegenüber einigen faschistischen Parteien verfolgen zwei wesentliche Ziele:

a) Es geht darum, den gerade auch in bürgerlich-liberalen Kreisen wiederholt erhobenen Verdacht aus dem Weg zu räumen, der »Rechtsstaat kapituliere vor den rechten Gewalttätern« (wie in Hoyerswerda und Rostock unübersehbar). Mit dem demonstrativen Vorgehen gegen den »Rechtsextremismus« und dem üblichen Vorgehen gegen »linke Gewalttäter« sollte eine Balance inszeniert werden, innerhalb der der Rechtsstaat sich wieder in der Mitte postieren kann.

b) Mit dem Verbot einiger faschistischer Parteien war zugleich das machtpolitische Kalkül verknüpft, den Sieg jener rassistischen/völkischen Massenmobilisierung nicht mit faschistischen Parteien teilen zu müssen. Daß diese Absicht weder per Verbotsverfügung, noch durch die teilweise Übernahme faschistischer Programmatik aufging, läßt sich aus dem Ausgang der Hessenwahlen vom März ’93 ableiten, aus denen die Republikaner (REP) mit Regionalergebnissen von weit über 10 % als eindeutige Sieger hervorgingen.

Der Versuch, den »kontrollierten Status« faschistischer Parteien aufrechtzuerhalten, die einmal mobilisierten RassistInnen wieder demokratisch einzubinden, scheint gescheitert. Faschistische Organisationen sind wieder eine ernstzunehmende eigenmächtige Kraft geworden.

3. Nachdem die rassistische Mobilmachung ihr parlamentarisches Ziel erreicht hat, kommt es den Regierenden darauf an, die Eigendynamik, die diese Pogromstimmung erzeugt hat, zu kanalisieren, Steuerungsfunktionen – auch repressiv – nachzukommen. Das »entschlossene Vorgehen« des Staates nach Mölln sollte signalisieren, daß ausländische BürgerInnen, die zum BRD-Wohlstand beitragen, also gebraucht werden, unter (Verwertungs-)Schutz stehen.

4. Die Verbotsverfügungen gegen faschistische Organisationen tragen der zum Teil massiven Kritik aus dem Ausland, insbesondere aus Israel, Rechnung, die in der Schändung von jüdischen Friedhöfen, der Verwüstung von jüdischen Gedenkstätten und den zunehmenden Drohungen gegenüber jüdischen Menschen Parallelen zu den antisemitischen Ausschreitungen der 30er Jahre zieht. Es ging darum, die rassistische Massenmobilisierung in Richtung eines offenen Antisemitismus wieder einzudämmen, oder sagen wir's positiv, produktiv zu steuern.

Zwischen dem Antisemitismus der 30er Jahre und dem heutigen liegen zwar keine Welten, dafür zwei – zumindest noch – bedeutsame Hindernisse: Die »Einzigartigkeit von Auschwitz« und die Existenz Israels! Während man »Auschwitz« auf verschiedenen, sich gegenseitig kreuzenden Wegen einzuebnen versucht (sei es über den Historikerstreit, über die Gleichsetzung nazistischer Verbrechen mit anderen Staatsverbrechen, oder ganz einfach mit Brandsätzen), bleibt Israel ein machtpolitischer Faktor, an dem heute – noch – keine deutsche Außenpolitik vorbeikommt. So hat die Androhung eines Boykotts deutscher Waren in Israel oder der Aufruf Ralf Giordanos zur »Selbstbewaffnung« mit Sicherheit mehr ausgelöst als die vielen rituellen Mahnungen, aus der »leidvollen« deutschen Geschichte doch endlich zu lernen.

Der wirtschaftliche Rassismus – oder die rassistische Vorteilssteuerung

Auch die führenden Vertreter aus Industrie und Wirtschaft haben sich für den parlamentarischen Weg entschieden, sich ganz in den Glanz der Lichterketten gestellt. Bereits lange vor Mölln haben sie gegen die rassistischen »Vorurteile« auf die rassistische Vorteilssteuerung gesetzt.

Auf der einen Seite betonen sie immer wieder die Notwendigkeit, »die Einwanderung zu steuern«, das heißt eben auch das Grundrecht auf Asyl den wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten anzupassen. Auf der anderen Seite ging es ihnen bereits sehr früh darum, eine Grenze zu ziehen zwischen völkischem Verlangen und nationalen Interessen. Für völkisches Handeln ist es unerheblich, ob ein Japaner oder Vietnamese verfolgt wird; für das Kapital kommt es jedoch sehr wohl auf diesen Unterschied an. Dem völkisch Handelnden ist es egal, ob es sich um einen »überflüssigen Esser«, das heißt Flüchtling, oder um einen ausländischen Arbeitnehmer handelt; die deutsche Wirtschaft hingegen lebt gerade von diesem Unterschied. Ein Unterschied, den sie (mit-)produziert hat und ausbeutet.

Um diesen Unterschied deutlich zu machen, um ihn weiterhin ungestört zu nutzen, wurde die Bevölkerung einer Kapitalschulung unterzogen. Eine Art Fernkurs in Volks- und Betriebswirtschaft. Es wurde Kassensturz gemacht. Ein Blick in den Rentenfonds sollte belegen, daß ausländische ArbeitnehmerInnen

mehr einzahlen als rausnehmen. Derselbe gewinnende Blick galt den Steuer- und Sozialabgaben, die sich für ausländische ArbeitnehmerInnen auf 57 Milliarden DM im Jahr 1991 beliefen. Die CDU-Gewerkschaftler vom CDA dazu: »Dem stehen ungefähr folgende Kosten gegenüber: rund 16 Milliarden DM im Jahr 1991 für öffentliche Zuwendungen an Zuwanderer ... Vergleicht man diese beiden Positionen, so ergibt sich ein Gewinn ... alleine von 41 Milliarden DM für 1991.« Gute, lohnende Gründe also, um 1991 auf der Vollversammlung des deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), ganz nüchtern, Bilanz zu ziehen: »Seit vielen Jahrzehnten wohnen Millionen von Menschen aus vielen Ländern in Deutschland und tragen mit ihrer Arbeitskraft erheblich zum Wohlstand und zur hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei.« Es gibt allen Grund, beim Melken freundlich zu bleiben. Oder mit den Worten des damaligen CDU-Innenministers Schäuble: »Wir brauchen Ausländer. Deshalb sind wir ausländerfreundlich.« Nur keine falschen Gefühle. Bleibt nur noch die Frage, was ist, wenn »wir« diese »Ausländer« nicht mehr brauchen. Die Tür zum Völkischen, zur Verfolgung und Vernichtung öffnet sich hinter dem Bruttosozialprodukt.

Sehr früh hat die Wirtschaft versucht, den Rassismus von unten über Nützlichkeitskriterien zu regulieren. Damit wurde am Rad einer »Volkswirtschaft« gedreht, die bekanntlich kein oben und unten kennt, sondern nur den gemeinsamen Gewinn. Der Vorteil des weißen Deutschen, zum Beispiel Vorarbeiter einer ausländische Putzkolonne zu werden oder als weißer Küchenchef ausländische Küchenhilfen zu kommandieren, ist mit dem Vorteil der Konzerne, über ausländische Arbeitskräfte ihre Lohnkosten zu senken und ihre Profite zu steigern, zum nationalen Gesamtinteresse verschmolzen. Wenn also in diesem Zusammenhang von »Ausländerfreundlichkeit« und »Toleranz« die Rede war und ist, dann kann man eines ganz sicher annehmen: es geht nicht um den Kampf gegen eine imperiale Weltordnung, deren Reichtum auf dem Hunger und Elend ganzer Kontinente beruht, sondern um deren Verteidigung. Mit den Appellen für »Ausländerfreundlichkeit« und »Toleranz« ist schlicht ein Betriebsklima gemeint, in dem man die Vorteile einer Welthungerordnung reibungslos und störungsfrei genießen kann.

Gerade der – von Wirtschaft und Politik – immer wieder hervorgehobene gemeinsame Nutzen verweist auf die Begrenztheit der von bürgerlichen und von Teilen der Linken wiederholten These vom irrationalen rassistischen Vorurteil. Das anständige Deutschland, die Betonung des gemeinsamen Nutzens, verweist gerade auf das Gegenteil: das Wissen um den eigenen rassistischen Vorteil, den man daraus zieht, daß Nicht-Deutsche mit ihrem Körper und ihrer Arbeitskraft, mit ihrer Hautfarbe und ihrer ›Kultur‹ zur Bereicherung deutscher Lebensqualität beitragen. Ein Wissen, daß sich nicht im »Fidschis-Klatschen« erst selbst

bestätigen muß, um unmittelbar zu werden, sondern in der billigen Anwesenheit eines philippinischen Kindermädchens – für einige – selbstverständlich präsent ist. In einem Staat jedoch, in dem nicht jede deutsche Familie ein philippinisches Kinder- oder Hausmädchen hat, muß die notwendige Anwesenheit von Nicht-Deutschen immer wieder über den gemeinsamen Nutzen sichtbar gemacht werden. Eine Abstraktion, die sich auf unterschiedliche Weise den Weg in den Alltag schlägt, in dem kollektiven Wissen um das »mehr«, das einer und einem zusteht.

Diese rassistische Vorteilssteuerung hatte im großen und ganzen Erfolg. Die rassistischen Angriffe konzentrieren sich auf Flüchtlingsheime, Flüchtlinge (und andere Menschen, die für solche gehalten werden). Indem die Nützlichkeit eines Menschen zur Rechtfertigung seiner Anwesenheit wurde, war zugleich dem Pogrom die Richtung gegeben. Die Anweisung wurde weitgehend befolgt. Doch so unmöglich es ist, einen »Juden« zu erkennen, so unmöglich ist es, einen »nützlichen« von einem »überflüssigen« Ausländer zu unterscheiden. Zwar wurde zur Kenntlichmachung des »überflüssigen« vieles unternommen, von der Kasernierung der Flüchtlinge bis zur Ausgabe von Wertmarken als öffentliches Zahlungsmittel, doch nicht immer sollten diese Stigmatisierungsversuche greifen.

So wurden Jugendliche in Ostdeutschland festgenommen, nachdem sie Menschen »fremden« Aussehens angegriffen und zusammengeschlagen hatten. Als die Polizei ihnen erklärte, daß es sich bei den Opfern um Japaner handelte, entschuldigten sie sich. Sie dachten, es wären Vietnamesen gewesen. – Von wem haben sie wohl diese Unterscheidungskriterien? Von der DVU oder dem anständigen Deutschland? Daß diese Pogromsteuerung auch im internationalen Tourismus und Businessverkehr Anerkennung und Berücksichtigung findet, belegt eine Anweisung des japanischen Außenministeriums. Es rät den Reisenden aus Japan, »sich ordentlich anzuziehen, um nicht mit Vietnamesen verwechselt zu werden.« (FR, 20.2.93)

Die Freundlichkeit und Toleranz dem eigenen Vorteil gegenüber hat seine vernichtende Kehrseite in der Überflüssigmachung derer, die nicht (mehr) gebraucht werden. In der Logik der rassistischen Vorteilssteuerung stellen Flüchtlinge nur unnötige Kosten dar, in ihrer Gestalt materialisiert sich die rassistische Ideologie vom »unwerten« Leben. Auch hier handelt es sich keineswegs um ein »Vorurteil«, sondern um den ideologischen Vollzug einer imperialistischen Weltordnung, die viele Nationen, manchmal fast ganze Kontinente, ökonomisch und machtpolitisch längst überflüssig gemacht. Was anderes umschreibt die demographische Floskel von der »Überbevölkerung«?

Überbevölkerung wurde noch vor 80 Jahren in Deutschland in erster Linie im hiesigen Proletariat verortet. Der Kapitalismus definierte »Kranke, Kriminelle und assoziale Elemente« innerhalb der »eigenen« Bevölkerung immer als

diejenigen, die zuviel seien. Die Kolonialmacht Deutschland, »ein Volk ohne Raum«, betrachtete die in den Kolonien lebenden Menschen als Inventar, noch nicht als Bevölkerung. Doch die Ehre, demographisch erfaßt zu werden, zeugt nicht von einer weniger menschenverachtenden Politik. Der (deutsche) Blick hat sich in Richtung Weltbevölkerung geweitet. Zur Bevölkerung zählt weiterhin nur, wer ökonomisch gebraucht wird; im »über« werden all jene erfaßt, die verhungern oder verrecken können.

Mit den Angriffen auf Flüchtlinge wird nicht die »falsche«, sondern die klare Entscheidung getroffen, das Privileg zu verteidigen, weiterhin ausgebeutet zu werden. »So entsteht eine Welt, in der das ›ausgebeutet‹ werden ein Privileg wird. Der Arbeiter fühlt sich immer weniger als ausgebeuteter, wenn ihm klar wird, daß er gegenüber all denen, die überflüssig geworden sind, ein Privileg hat.« (El Ñato, Zwei Welten, in: Odranoel »Die Linke zwischen den Welten«)

Auch die Wirtschaft nahm Mölln zum Anlaß – welch zufällige Übereinstimmung mit den Lichterketten –, ein Zeichen zu setzen. Begnügte sie sich bis Mölln mit der – oben skizzierten – rassistischen Vorteilssteuerung, so bot Mölln, der Tod von drei türkischen Menschen, »die hier seit Jahren lebten und arbeiteten«, die Gelegenheit, den Preis für rassistisches »Fehlverhalten« ein wenig anzuheben.

Wir können uns nicht daran erinnern, daß die Wirtschaft Kopfgelder zur Ergreifung der TäterInnen von Hoyerswerda, Mannheim-Schönau oder Rostock, für die Ergreifung der politisch Verantwortlichen in Parteien und Administration ausgesetzt hätte. Nach dem Mordanschlag in Mölln jedenfalls bewies die Wirtschaft, wie einfach es ist, den Preis für rassistisches Handeln in die Höhe zu treiben: Der Opel-Konzern in Rüsselsheim setzte 100 000 DM Belohnung zur Ergreifung der Täter aus. (FR, 25.11.92)

Sicherlich: Will man den Verlautbarungen aus Industrie und Wirtschaft Glauben schenken, haben die blutigen rassistischen Angriffe der Wirtschaft geschadet, das Investitionsklima negativ beeinträchtigt, das Ansehen Deutschlands in der Welt getrübt. Das war der Preis dafür, die »Asylfrage« ans Volk abgegeben zu haben. Und so gehört es zu den Perversionen dieses anständigen Deutschlands, daß dieselben Politiker, die sich morgens schnell zur Brandstelle chauffieren ließen, mittags eiligst nach Bonn weiterfuhren, um dort die Allparteienregelung zur Abschaffung des Asylrechts unter Dach und Fach zu kriegen. Was uns als äußerster Zynismus erscheint, ist Ausdruck eines ruhigen Gewissens, das ihnen sagt: Ein Verbrechen, das von Staatswegen verordnet wird, auf Gesetz und Recht fußt, administrativ ausgeführt und fahrplanmäßig vollzogen wird, zu dessen Gelingen nur plichtbewußtes, korrektes Handeln gehört, ist in Deutschland noch nie als Verbrechen verstanden, geschweige denn als Teilnahme an Verbrechen empfunden worden.

Nachdem klar war, daß die rassistische Massenmobilisierung ihre parlamentarische Vertretung in einer komfortablen 2/3 Mehrheit gefunden hat, galt es erstens, eine verstärkte Demobilisierung des »häßlichen« Deutschen einzuleiten, und zweitens, das anständige Deutschland millionenfach ins Bild zu setzen. Haben sich führende Vertreter aus Industrie und Wirtschaft bis Mölln dezent im Hintergrund gehalten, so ging es nach Mölln darum, nachhaltig und demonstrativ Präsenz zu zeigen.

Die Wirtschaft ließ sich nicht lumpen. Millionen von DM flossen aus den Werbeetats in Plakatserien, Aufrufe, Anzeigen und Werbespots. Nun galt es, das Ansehen Deutschlands zu liften. Mit freundlicher Unterstützung von Mercedes Benz wurden Taxis mit der Aufschrift: »Mein Freund ist Ausländer« versehen. Die deutsche Lufthansa glänzte mit der Anzeige: »Wir sind jeden Tag Ausländer«. Reisebüros dekorierten ihre Schaufenster mit Slogans »Auch Sie sind Ausländer in fast all unseren Reisezielen – sogar auf Mallorca«. – Wer hätte das noch für möglich gehalten! Und die Supermarktkette Tengelmann überraschte ihre KundInnen mit den Worten: »AusländerInnen sind bei uns herzlich willkommen«.

Der deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehaga) startete in selbstloser und beherzter Weise eine Aktion unter dem Motto »Wir sind alle Freunde« und mit »Hand und Fuß« – selbstverständlich gewaltfrei – ging es »mit einer in der Geschichte des deutschen Sports einzigartigen Veranstaltung in 14 Sportarten gegen den Rassismus in Deutschland«, gesponsort von Bild bis taz, von der deutschen Städtereklame und Mercedes Benz. Nichts sollte bleiben, wie's war. Nach einhelliger Auffassung aller demokratischen Parteien im Frankfurter Römer hieß Frankfurt nicht mehr Frankfurt, sondern »Toleranz/Main«!

Mehr als zwei Jahre fragten wir uns immer wieder, wie antirassistische Arbeit aussehen könnte, und kriegen nun mit, wie einfach es doch ist: Mann/frau muß nur mit dem Taxi zum Flughafen fahren, mit der deutschen Lufthansa nach Mallorca fliegen, von Frankfurt am Main – Pardon, von Toleranz/Main natürlich, eine dieser 14 Sportarten betreiben, um sage und schreibe fünf mal an einer antirassistischen Aktion beteiligt gewesen zu sein. Denn auch hier gilt: Wer schweigt, stimmt zu. Wer jedoch nicht so viel Geld für antirassistisches Engagement locker machen kann, der kriegt's auch billiger. Er/sie braucht nur in eine dieser »besseren« Kneipen in Frankfurt gehen und ein Bier bestellen. Mit etwas Glück bekommt er/sie einen Deckel, wo drauf steht, worum's jetzt geht: »Gerade jetzt! Gegen Gleichgültigkeit.« Prost. Und wem's zu kalt war, als die Lichterketten brannten, oder wer berechtigte Angst vor Wachsflecken hatte, dem/der gilt folgender Hinweis: Allen Ernstes konnten auf der Frankfurter Konsummesse »Ambiente« die ersten industriell gefertigten »Lichterkettenkerzen« bewundert werden. Das erste Modell war mit der Aufschrift »Gegen Fremdenhaß«

verziert, das zweite ist ohne Aufschrift, dafür »mit Henkel versehen, praktisch anzufassen und ziemlich problemlos«.

Deutschland wird bald »flüchtlingsrein« sein – und die Frage, ob es sich bei einem Flüchtling um einen »Wirtschafts-«, »Schein-« oder gar »SPD-Asylanten« handelt, wird bald der Vergangenheit angehören. »Scheinasylanten ausweisen«, »Kein Wahlrecht für Ausländer« – Wahlkampfparolen der DVU im hessischen Wahlkampf im März 1993. Wer sich für diese Lösung entschieden hat, braucht deshalb keine faschistische Partei zu wählen. Er/sie kann sich ganz in die demokratische Mitte stellen und sicher sein, dort gut vertreten zu werden.

(März 1993)

Geschichte wird gemacht, es geht voran ...

(Fehlfarben)

Wir sind ja nicht die einzigen, die sich gelegentlich noch mal umschauen und sich fragen: Gibt es sie noch, »die« Autonomen? Und wenn ja, was ist ihnen gemeinsam?

Sicherlich war es auch schon früher zu den Hochzeiten der Bewegung ein Mythos, von »den« Autonomen zu reden. Denn gerade Bewegungen sind weniger von der gemeinsamen Aneignung von Geschichte und/oder Theorie geprägt als vielmehr von Ereignissen. Lebensgefühl und Rotzigkeit sind wichtiger als zum Beispiel eine pingelige und trockene Parlamentarismus- oder Staatskritik.

Daran hat sich bis heute gar nicht so viel geändert. Vielleicht hat sich nur der Grad der Beliebigkeit, der zufälligen Übereinstimmung, der theoretischen Ungewißheit und der alltäglichen Ohnmacht noch vergrößert.

Kurzum, wer heute Autonome/r wird, hat weder den Wind der Geschichte hinter sich noch allzuviel zu gewinnen. Das mag zwar viele bewegungsgestylte SurferInnen abhalten, auf die nächste Welle zu warten, und einige wenige edle, hartnäckige Haltungen hervorbringen. Doch insgesamt ist das Gefühl nicht ganz abzuschütteln, zu einer aussterbenden Spezies zu gehören, die trotzig Artenschutz betreibt und den Gedanken an Vermehrung einfach nicht aufgeben will. Autonomie, was sonst ...

Wenn wir im folgenden Text einige wesentliche Positionen der »Autonomia« umreißen, die sich in den Kämpfen der 70er Jahre in Italien herauskristallisiert haben, dann machen wir das aus zwei Gründen:

Erstens ist die Annahme weder bösartig noch überheblich, davon auszugehen, daß die Kämpfe der ›Autonomia‹ und die daraus entwickelten theoretischen Grundlagen heute kaum noch präsent sind.

Zweitens bilden diese Überlegungen einen wesentlichen Teil des Hintergrundes, vor dem wir heute diskutieren und Position beziehen. Dabei geht es uns weniger darum, historische Authenzität zu reklamieren, als den eigenen Ausgangspunkt – auch für andere – sichtbar zu machen.

I. Ein kurzer Orientierungsflug in die autonome Geschichte

Vorneweg möchten wir der unausgesprochenen Annahme widersprechen, der Autonomie-Gedanke sei eine (west-)deutsche Erfindung. Die ersten Ansätze autonomer Theorie und Praxis sind Anfang der 70er Jahre in Italien entstanden.

Erst als diese sich dort zum Kristallisationspunkt militanter Auseinandersetzungen entwickelten, als der Autonomia-Gedanke in einer breiten Massenbewegung aufging und damit auch machtpolitisch eine Alternative zu den reformistisch-dominierten Klassenkämpfen wurde, sprang der Funke auch auf Westdeutschland über. Die Autonomia wurde zum Exportschlager militanter Theorie und Praxis. In der BRD fanden diese Erfahrungen vor allem in den von militanten Gruppen wie dem Revolutionären Kampf (RK) mitinitiierten betriebsinterventionistischen Kämpfen (z.B. die wilden Streiks bei Ford und Opel) und kurze Zeit später in den Häuserkämpfen 1971-73 ihren ersten eindrucksvollen Niederschlag.

Es ist ganz und gar nicht zufällig, daß der Autonomia-Gedanke gerade in Italien entstanden ist, wo – im Gegensatz zu Westdeutschland – kommunistische Gewerkschaften und Parteien nicht nur relativ stark waren, sondern zugleich seit Jahrzehnten Form und Inhalt oppositioneller Politik zu dominieren versuchten. An den klassischen, reformkommunistischen Positionen rieb und entzündete sich der Gedanke der italienischen Autonomia. Die Unzufriedenheit gegenüber der staatsloyalen Parteipolitik der KPI, die Kritik an den reformistisch ausgerichteten Betriebs- und Lohnkämpfen sozialistischer und kommunistischer Gewerkschaftszentralen suchte nach neuen theoretischen Ansätzen, nach anderen Organisationsvorstellungen und nach einer wirksamen militanten Praxis.

Es ging darum, die kommunistische Theorie und Praxis auf den Kopf zu stellen (einige wollten sie auch rettend auf die Füße stellen ...), um nicht länger integraler Bestandteil des bürgerlichen Fortschritts und Anteilseigner der kapitalistischen Wachstumsphilosophie zu sein. Die Autonomia wollte nicht länger Teil der (sozialstaatlichen) Lösung sein, sondern deren unversöhnlicher Widerspruch. Es ging nicht um das heute Mögliche, sondern um das realistisch Unmögliche, nicht um das Sozialverträgliche, sondern um das eigentlich Unerträgliche, nicht um das Maßvolle, sondern um das unverschämt Maßlose.

Es ging um eine militante Theorie und Praxis, die den Kapitalismus nicht länger (er-)nährt, sondern aushungert. Oder mit den Worten des Autonomia-Theoretikers Tronti:«Wir, auch wir, haben immer zunächst die kapitalistische Entwicklung in Betracht gezogen und uns erst danach den Arbeiterkämpfen zugewandt. Das ist aber ein Irrtum. Man muß die ganze Problemstellung umkehren, deren Vorzeichen verändern und von vorne neu anfangen: Am Anfang steht der Kampf der Arbeiterklasse.« (M.Tronti, »Arbeiter und Kapital«)

Die Kritik richtete sich gegen zentrale Pfeiler marxistisch-leninistischer, orthodox-kommunistischer Theorie und Politik. Ganz zentral war die Aufkündigung einer Solidarpakt-Ideologie zwischen Gewerkschaften, Kapital und Staat, der zufolge betriebliche Kämpfe ausschließlich unter der Maxime des »gerech-

ten« Lohnes standen. Weder stellen diese Kämpfe in Frage, was produziert, noch wie produziert wird. Ihnen geht es hauptsächlich darum, am Produktivitätswachstum »angemessen« beteiligt zu werden. Dieser Verteilungsgerechtigkeit unter Anerkennung kapitalistischer Rentabilitätslogik kündigte die Autonomia die Freundschaft auf. Kurzum: die militanten Kämpfe sollten nicht länger gerecht und ausgewogen, sondern ruinös und herzlos sein.

Damit wurde eine wesentliche Säule des sozialistisch/kommunistischen Selbstverständnisses erschüttert: der glorifizierte Arbeitsethos, der sich immer an der geleisteten und nicht an der verweigerten (Lohn-)Arbeit mißt. Der Autonomia ging es nicht um gerechte Entlohnung, sondern um die Zerstörung des Lohnarbeitssystems. Diese in Ansätzen entwickelte Anti-Ethik gegen die »heroischen« Arbeiterhände drückte sich in der schlichten und einsichtigen Losung aus: Nicht-Arbeit ist Nicht-Kapital.

Diese auf den Kopf gestellte Arbeitsethik führte fast zwangsläufig zu völlig neuen Kampfformen und Zielsetzungen. ArbeiterInnenkämpfe sollten nicht länger zum Ritual einer streitbaren Demokratie verkommen und zur Vitalisierung kapitalistischer Effizienz beitragen, sondern die Logik von Mehrarbeit, Produktivitätswachstum und Verteilungsgerechtigkeit durchbrechen. Betriebssabotage, Krankfeiern, Betriebsbesetzungen, direkte Angriffe auf Fabrikdirektoren und leitende Angestellte, wilde Streiks und unverschämte Forderungen waren die dafür angemessene Kampfformen. Nicht Schadensbegrenzung, sondern Schadensmaximierung war das Leitziel betrieblicher Kämpfe. Diese Kämpfe gerieten unweigerlich in Gegnerschaft zu den kommunistisch und sozialistisch ausgerichteten Lohnkämpfen – eine Gegnerschaft, die zum Teil in direkte Auseinandersetzungen zwischen Autonomia und reformistischer Unternehmenspolitik mündete. Auf dem Höhepunkt autonomer Fabrikkämpfe hatte die Bewegung nicht nur das Kapital, den Staatsapparat und die Polizei zum Feind, sondern gleichermaßen die staatsloyalen Apparate sozialistischer und kommunistischer Reformpolitik.

Parallel zur Zuspitzung betrieblicher Kämpfe breitete sich der Autonomia-Gedanke auch jenseits der Fabriktore aus. Damit geriet – weniger gewollt als zufällig und faktisch – das Primat der Fabrikkämpfe, das Dogma von der Avantegarde der Arbeiterklasse ins Wanken. Eine Entwicklung, die im wesentlichen weniger theoretischen Einsichten folgte als der enormen Ausbreitung von Kämpfen jenseits des geheiligten Produktionssektors – in den Stadtteilen, in den Schulen, an den Universitäten u.s.w.

Die Kritik an sozialistischer und kommunistischer Parlaments(mit-)arbeit, deren devote Einbindung in das gesellschaftliche Gesamtinteresse, ihre korrupte Teilhabe am staatlichen Machtmonopol, deren zwangsläufige Verselbständigung als Politikerkaste führte innerhalb der Autonomia zu einer überwiegend

anti-parlamentarischen Haltung. Gerade die bisherigen Erfahrungen mit sozialistischen und kommunistischen Abgeordneten stellten anschaulich unter Beweis, daß Parlamentarismus, die Inszenierung einer pluralen, konsensualen Gewalt nicht durch konstruktive Teilnahme zu entblößen ist, sondern durch konsequente Teilnahmslosigkeit oder parlamentarische Obstruktionspolitik (Versandung des parlamentarischen Betriebs). Die Autonomia suchte nicht nach besseren Volksvertretern, sondern nach Möglichkeiten, den Glauben an die Delegation eigener Interessen zu zerstören. Das Prinzip der Selbstorganisation, die Rückgewinnung gesellschaftlicher Verantwortung sollte das Vertrauen in die eigene Kraft und nicht das Vertrauen in irgendwelche Parteiabgeordnete stärken.

Verworrener und widersprüchlicher blieb die ansatzweise formulierte Kritik am »demokratischen Zentralismus« von Partei- und Gewerkschaftsstrukturen. Hierarchische und autoritäre Organisationsstrukturen, Kaderdisziplin und Führerkult wurden zwar oft – vor allem am Gegner – kritisiert, doch dieser Kritik wurde recht unterschiedlich Rechnung getragen. Die Bewegungs-Autonomia versuchte dies durch die Schaffung basisdemokratische Rätestrukturen umzusetzen, während andere Fraktionen der Autonomia wie der operaistische Flügel an der Kaderpolitik festhielten.

Erst gegen Ende der Bewegung, vor allem verursacht durch den massiven Widerspruch sich zunehmend selbstorganisierender Frauen, brachen die Auseinandersetzungen um Befreiungsvorstellungen, Machismo und militaristischer Männergewalt in aller Schärfe aus. Es ist bezeichnend, daß an diesen Auseinandersetzungen die Autonomia nicht wuchs, sondern mit zerbrach.

II. Stand autonomer Bewegung

Seit ein paar Monaten laufen in fast allen Städten und autonomen Zusammenhängen Diskussionen über Fehler und Perspektiven autonomer Politik. Dieser Text kann sich verständlicherweise im wesentlichen nur auf Erfahrungen beziehen, die wir in Rhein-Main-Zusammenhängen gemacht haben. Dennoch glauben wir, daß wir im großen und ganzen im bundesrepublikanischen Trend liegen. Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen sind also weniger zufällig als typisch.

Daß gerade in den letzten Monaten eine gemeinsame Auseinandersetzung um Perspektiven entbrannt ist, hat für uns eine entscheidende Ursache: Viele scheinbar unumstößliche Klarheiten, Mythen, Front- und Kampflinien sind zerbrochen, beginnen sich aufzulösen und zu zersetzen. Plötzlich scheint nichts mehr klar zu sein, stattdessen gibt es viele Widersprüche und Ungereimtheiten. Da werden HausbesetzerInnen »krimineller Fluchtburgen« von Nichtverhandlern zu Verhandlern, werden Häuser gegen »fette« Abfindungen freiwillig geräumt (z.B. DM 300 000 »Umzugsbeihilfe« für die Siesmayerstr. 6 in Frank-

furt), da beginnen Militante mit Staatsknete die Renovierung ihrer ehemals besetzten, nun legalisierten Häuser, da verschwinden die härtesten FighterInnen fast spurlos von der militanten Bühne, um im bürgerlichen Leben ihr Comeback – in aller Stille – zu feiern, da fliegen WGs auseinander, deren BewohnerInnen von den vielen Fetzereien entnervt nun in Zweizimmerwohnungen mit FreundIn (und Kind) Ruhe und Geborgenheit suchen, da gehen nicht wenige, desillusioniert und unter dem Druck, Kohle machen zu müssen, Arbeitsbedingungen ein, an denen sie schier ausflippen ...

Einige von uns wollen diese Widersprüche immer noch nicht wahrhaben, andere schminken sich alle Ansprüche ab und kümmern sich nur noch um ihren eigenen Kram. Für uns sind diese aufbrechenden und nicht selten erschreckenden Widersprüche eine Chance, offen und selbstkritisch damit umzugehen. Denn diese Widersprüche sind nicht neu und ganz plötzlich da: Sie spielten nur scheinbar keine Rolle, als die Bewegung vor Kraft und Selbstüberschätzung strotzte. Es liegt an uns, diese Widersprüche nicht als Schwäche zu begreifen, sondern als Möglichkeit, Radikalität nicht daran zu messen, wer alles klar hat, sondern wie ehrlich und solidarisch wir mit unseren eigenen Widersprüchen umgehen. Für uns ist ein Punkt gekommen, wo wir so nicht weitermachen wollen. Wir hatten in den letzten Jahren oft genug das Vergnügen, bestimmte Fehler immer wiederholt zu haben, ohne aus ihnen zu lernen. Im Gegenteil: Wir machten unsere Fehler zu Markenzeichen autonomer Politik, vom großmäuligen, breitbeinigen Auftreten bishin zur gänzlichen Selbstüberschätzung autonomen Vorgehens.

Für die von uns, die die geplanten Projekte in diesem und im kommenden Jahr (Volkszählung, Internationaler Weltwirtschaftsgipfel etc.) wie die Fahnenstangen eines autonomen Slaloms umkurven, wird sich nicht viel ändern. Für uns dagegen zählt erst einmal weniger den Blick auf den Feind zu richten, als den Blick auf uns selbst zu lenken, der Versuch, genauer klarzukriegen, was sich unter uns tatsächlich verändert hat. Ist es uns tatsächlich gelungen, die kritisierten autonomen Strukturen zu verändern, das heißt, diese vor allem überhaupt erst zu entwickeln? Gelang es uns in den letzten Jahren, militante Politik nicht (nur) an den Mitteln, sondern auch an unseren Inhalten festzumachen? Gibt es Ansätze, die die gängige Praxis militanter Feuerwehrpolitik durch eine kontinuierliche Praxis sozialer Gegenmacht einmal überflüssig machen könnten? Können wir ernsthaft sagen, unsere politischen Strukturen sind besser geworden? Oder wiederholen wir im kleinen das, was wir im großen so radikal ablehnen? Haben sich tatsächlich die Strukturen unter uns Typen, von Fightern und Schissern, von »Bring-erstmal-was«- und »Was-willst-denn-du«-Haltungen wirklich verändert? Ist unser Verhältnis zu Frauen genauso wichtig wie Wackersdorf oder erst dann, wenn wir als Kämpfer aus der Schlacht zurückkehren? Haben wir nicht nur am Bauzaun, sondern auch an unseren Alltagsstrukturen gerüttelt? Ist

es nicht so, daß die Trennung von Politik und Alltag in dem Maße größer geworden ist, wie unser Alltag mehr und mehr von Kohleproblemen, Lohnarbeit und Freizeit bestimmt wurde? Ist es nicht so, daß gerade das, was unseren Lebensvorstellungen und Utopien den Boden unter den Füßen wegzieht, immer mehr zur individuellen Kiste jeder/s einzelnen wird?

Das Schlimme an all diesen Fragen ist wahrscheinlich gar nicht das Ketzerische, sondern die Tatsache, daß all das uns schon längst nicht mehr provoziert. Wie oft sind diese Fragen so oder so ähnlich gestellt worden, wie oft haben wir Konsequenzen gefordert, ohne sie zu ziehen, wie oft sind unter uns Worte gefallen wie Schnee von gestern: Kontinuität, Strukturen aufbauen, kollektive Lebensformen, solidarischer Umgang, militanter Alltag ...?

Genau an diesem Punkt sind bereits mehrere militante Bewegungen zerbrochen: die 68er Studentenbewegung, die autonomen Betriebskämpfe der 70er Jahre, die Häuserkämpfe '72, die Häuserkämpfe 1980/81. Was spricht eigentlich dafür, daß es uns nicht genauso ergeht wie jenen radikalen Bewegungen vor uns?

Es gibt noch einen anderen Punkt, warum uns Konsequenzen unter den Nägeln brennen. Wir gehören zu den »Alten« der militanten Bewegung – manche bezeichnen uns bereits als Opas und Omas. Nirgendwo ist der Alterungsprozeß krasser als in unserer militanten Szene. Traue keinem über 30. In der Tat: Es ist etwas dran an dem Generationskonflikt der Militanten. Viele von uns können an zwei Händen aufzählen, wer übriggeblieben ist. Die meisten von uns haben resigniert, aufgegeben und sich zurückgezogen. Uns geht es dabei nicht um diejenigen, für die ihre Jugendsünden nur der Einstieg in alternative Karrieren waren. Uns schmerzen diejenigen von uns, die wir selbst nicht mehr überzeugen konnten, weil auch wir ihre Kritik teilten, ohne jedoch unsere Hoffnungen und Utopien aufgegeben zu haben. Wir alle hatten es uns zu einfach gemacht und Resignation, Perspektivlosigkeit zum individuellen Problem gemacht. Oft hatten und haben wir den Eindruck, diese Gefühle deshalb nicht an uns herankommen zu lassen, weil wir sie selbst in uns verspürten. Und so wiederholt sich etwas in der autonomen Szene, was in anderen radikalen Bewegungen gleichfalls zum »ehernen Gesetz« wurde: Die Jungen wiederholen mehr oder weniger die Fehler der Alten, während sich die Alten Zug um Zug zurückziehen, weil sie in der Wiederholung der eigenen Fehler keine Perspektive entdecken können. Eine Bewegung jedoch, die nicht alt wird, die nur aus Jugendsünden besteht, die gemachte Erfahrungen nicht mit neuen verknüpfen kann, die aus gemachten Fehlern nicht lernt, sondern diese geradezu ritualisiert, kann nicht wachsen – sie stirbt von innen.

Gerade weil wir die Arroganz und Selbstgefälligkeit vieler Altlinker und Ex-Militanter satt haben, verlangen wir von uns selbst eine radikale Kritik der eigenen Geschichte.

1. Unter uns Autonomen hat sich ein Begriff von Militanz entwickelt, der sich eher der Logik der Gewaltfrage unterordnet als unseren Utopien von sozialer Gegenmacht.

Gerade die Großdemos nach Tschernobyl haben uns wieder einmal recht schmerzhaft gezeigt, daß wir weder die Möglichkeiten haben, noch die gesellschaftlichen Bedingungen dergestalt sind, daß wir mit militärischer Stärke unsere politischen Ziele durchsetzen könnten. Unausgesprochen bestand die Hoffnung, durch Massenmilitanz das Atomprogramm über den Haufen zu rennen. Die weitverbreitete Angst, die um sich greifende Verunsicherung, die demoskopischen Mehrheiten für den Ausstieg aus der Atomenergie schienen uns Indikatoren genug zu sein für eine Verbreiterung und vor allem Radikalisierung sozialer Bewegungen. Doch so sehr das »Geschäft mit der Angst« ein Mittel der Herrschenden ist, so sehr haben auch wir insgeheim darauf gesetzt, die Angst der Bevölkerung und die politische Verunsicherung der Herrschenden für eine Art Überraschungscoup nutzen zu können.

Um so größer ist nun unsere Frustration und Ratlosigkeit angesichts der Tatsache, daß wir unserem Ziel »sofortiger Ausstieg aus dem Atomprogramm« kaum einen Schritt näher gekommen sind. Im Gegenteil: Während unsere Massenmilitanz an die Grenzen staatlicher Gewalt gestoßen ist, hat der Staat in einem Maße aufgerüstet, daß die Hindernisse, die wir nun zu überwinden haben, eher größer als kleiner geworden sind.

Wie sehr wir uns überschätzt haben, zeigt auch unsere Reaktion auf die Diskussion und die darauf folgende reibungslose Verabschiedung der neuen Sicherheitsgesetze. Wir verhielten uns, als ob es uns nichts anginge, einfach gar nicht. Wir haben uns zwar gelegentlich mehr zaghaft als überzeugend dagegen gewehrt, die Gewaltfrage zur Bestimmung unseres Widerstandes zu machen, doch letztendlich haben wir sie selbst gestellt und verloren.

2. In vielen Kämpfen der letzten Zeit haben wir die Mittel militanter Politik selbst zum Ziel gemacht.

Das liegt sicherlich einmal daran, daß uns die Mittel einfach näher liegen als unsere Ziele. Wann haben wir wirklich einmal unsere Ziele aus der sozialen und gesellschaftlichen Realität heraus entwickelt und daran überprüft? Wie oft war unser praktisches Handeln vom Vorgehen staatlicher Gewalt bestimmt anstatt von unseren eigenen Zielsetzungen? Wären uns die Ziele klarer, das heißt eben auch der Weg dorthin, dann könnten wir auch unsere Mittel aus diesen Zielsetzungen heraus bestimmen. Doch da es nichts Vageres gibt als unsere konkreten Ziele, bleiben gezwungenermaßen unsere Mittel oft wahllos, zufällig und austauschbar. Für diese Art von Politik auf Durchreise ist auch kennzeichnend, daß wir die »Brennpunkte« wechseln wie Hemden, spätestens dann, wenn uns der Boden zu heiß wird – dann also, wenn es wirklich darauf ankäme.

Hätten wir tatsächlich das gemeinsame Ziel vor Augen, immer mehr Menschen für einen radikalen Bruch mit diesem Staat zu gewinnen, dann müßten wir uns nicht immer wieder in den Mittelpunkt eines Widerstands drängen, der von den Augenblicken großer Schlachten lebt, sondern würden von den Möglichkeiten und Erfahrungen derer ausgehen, die ihn alltäglich umsetzen.

3. Unsere politische Militanz hinkt hinter der praktischen hinterher, anstatt ihr vorauszugehen.

Eine Passage aus der Karlsruher Stadtzeitung bringt es auf den Punkt: »Gerade in den Hochburgen der Autonomen (...) ist es in den letzten Jahren zu einer Arbeitsteilung zwischen Autonomen und Grünen gekommen. Wir machen Putz, und die Grünen vermitteln das ganze politisch. Solange die Militanten selbst nicht in der Lage sind, diese Arbeitsteilung (...) zu durchbrechen, hat Stoltenberg den Nagel auf den Kopf getroffen, wenn er sagt, daß die Militanten der bewaffnete Arm der Grünen sind.« (Karlsruher Stadtzeitung, Nr. 39, 1986) Wir brauchen nur auf die Anti-AKW-Kämpfe nach Tschernobyl zurückblicken, um genau diese Arbeitsteilung bestätigt zu sehen. Während wir uns in den Auseinandersetzungen mit den Bullen aufrieben und verausgabten, zogen die Grünen in aller Seelenruhe an uns vorüber, um sich als einzige politische Alternative zu profilieren. Wie in der Friedensbewegung machten sie sich – fast unangefochten – zu Sprechern der Anti-AKW-Kämpfe. Und je mehr es den Grünen gelang, sich als einzige politische Opposition darzustellen, um so unvermittelter blieb unser praktisches Vorgehen, um so mehr reduzierte es sich auf ein militärisches Schauspiel. Denn dort, wo wir wirklich hätten gewinnen können, in der politischen Auseinandersetzung um gesellschaftliche Alternativen, waren wir nicht präsent. Im Gegenteil: In der Auseinandersetzung zwischen Autonomen und Staat haben sie uns nur gestört, die Unentschlossenen, die Aufgeschreckten, die Gewaltfreien, die Becquerel-Muttis, die Neuen. Während sich die »neue« Anti-AKW-Bewegung um so »Banales« und »Privates« wie gesundes Leben sorgte, machten wir unbekümmert knallharte Politik; so als ob uns Cäsium und Plutonium nichts angingen, so als ob unser Kampf am Bauzaun nicht auch etwas mit unserer Angst vor verstrahlter Nahrung zu tun hätte. Anstatt unseren Kampf gegen dieses System mit den Kämpfen um radikale Lebensvorstellungen zu verknüpfen, stellten wir sie gegeneinander. Das, was unsere Stärke hätte sein können, Politik und Alltag zu verbinden, machten wir zur Trennungslinie.

So war es für die Grünen ein einfaches, sich gerade für jene als Anwalt anzubieten, die erst einmal Fragen stellten und nach gesellschaftlichen Alternativen suchten. Die Grünen organisierten landauf, landab Veranstaltungen, versuchten gerade jene zu erreichen, die nicht auf Demos gehen, sondern eher in die Kirche. Sie sammelten geschickt die kritische Intelligenz um sich, gaben ihr Raum

und Zeit, sich öffentlich einzumischen und entwickelten als einzige ein »Ausstiegsszenario«, das zumindest die Angst (und die Argumente) vor dem drohenden Steinzeitalter als Kastrationsangst industrieller Omnipotenz bloßstellte. Sie machten mit politischem Erfolg genau das, was unsere Stärke hätte sein müssen: den politischen und ökonomischen Feind mit seinen eigenen Waffen schlagen. Es hätte an uns gelegen, in der offensiven Auseinandersetzung um Alternativen in diesem System gerade auch die Grenzen eines grünen, reformistischen Reparaturbetriebs aufzuzeigen.

4. Die Häufigkeit von Anschlägen und Sabotage ist für uns (noch) kein Zeichen einer neuen Qualität des radikalen Widerstands. Sie ist erst einmal vor allem eine Reaktion auf die staatliche Repression gegen öffentliche Formen von Massenmilitanz.

Wenn wir die letzten Ereignisse noch einmal in Erinnerung rufen, so müssen wir doch – bis auf ein paar Ausnahmen – feststellen, daß es sich bei den meisten Demonstrationen eher um Demonstrationen staatlicher Gewalt handelte als um einen machtvollen Ausdruck sozialer Gegenmacht (Brokdorf, Hamburger Kessel, Wackersdorf, Häuserräumungen, Duisburg, Hamburg und Bremen etc.). Unsere Massenmilitanz ist an die Grenzen der gegnerischen Gewalt gestoßen, einer Staatsgewalt, der wir auf gleicher Ebene nichts entgegenzusetzen haben. Wir sind heute an Grenzen gestoßen, an die auch viele soziale Bewegungen vor uns gekommen sind. Jedesmal standen diese militanten Kämpfe vor der vom Staat erzwungenen Alternative: entweder sich auf die vorgegebene militärische Auseinandersetzung einzulassen, oder aber langfristig die militanten Kämpfe sozial und politisch zu verankern, mit dem Eingeständnis, erkämpfte Freiräume (wie besetzte Häuser, Jugendzentren etc.) mit Gewalt nicht halten zu können. Doch vor diese Alternative gestellt, war der Druck des Augenblicks, des Reagierens bereits so groß, daß eine eigene Entscheidung nicht mehr möglich war. Die Kräfte waren aufgezehrt, die (erzeugte) Sympathie der kritischen Öffentlichkeit verbraucht, die Spitze des Skandals gebrochen, der reformierbare Teil des »Mißstands« in die politischen Apparate integriert, der antagonistische polizeilich und ideologisch eingekreist. Von der Dynamik dieser Auseinandersetzung überrollt, wurden wir eher zum Objekt staatlicher Lösungen, als daß wir uns als Subjekte militanter Perspektiven verhalten konnten.

Und wie damals, so befürchten wir auch heute eine Situation, in der wir von der Dynamik staatlicher Repression überrollt werden. Denn nun stehen wir vor der Alternative, uns entweder auf ihre militärische Auseinandersetzungen im weitesten Sinne einzulassen, oder aber unsere ganze Kraft auf die Entwicklung einer sozialen Gegenmacht zu konzentrieren, die endlich die Stärke besitzt, sich weder der Logik und Dynamik staatlicher Gewalt zu opfern, noch sich an dieser zu messen.

Wenn wir also an die Entwicklung und das Scheitern anderer radikaler Bewegungen erinnern, dann aus der Einschätzung heraus, daß die Sabotagewelle nicht Ausdruck unserer Stärke, sondern oft unser letztes Mittel ist, überhaupt noch unseren Widerstand wirksam zur Geltung zu bringen. Denn geradezu zwangsläufig werden unsere militanten Angriffe in dem Maße Symbole von Widerstand, wie sie Ersatz und nicht Mittel militanter Strategien werden. Und so sehr wir uns auch über mehr als 150 gefällte Strommasten freuen, so gefährlich halten wir es, Sabotage als militante Politik zu begreifen, mit der man/frau – nicht selten pädagogisch – in soziale Bewegungen hineinwirkt, anstatt zu allererst innerhalb sozialer Bewegungen militante Perspektiven zu entwickeln und zu verbreitern. Nicht an Stelle militanter Perspektiven Sabotage zu organisieren, kann unser Ziel sein, sondern aus klaren Perspektiven heraus Sabotage als ein Mittel von vielen zu entwickeln und politisch einzubinden.

Die Schwierigkeit, Sabotage nicht als Ersatz, sondern als ein Mittel militanter Perspektiven zu begreifen, hatten wir während der ganzen Startbahnbewegung. Wenig Probleme hatten wir meist, praktische Formen militanten Widerspruchs zu entwickeln. Unsere größten Schwierigkeiten bestanden damals wie heute darin, unser praktisches Vorgehen in eine konkrete und für alle nachvollziehbare Strategie einzubinden. Allzuoft hatten wir der reformistischen Strategie politisch nichts entgegenzusetzen.

Dieses Dilemma autonomer Politik wiederholte sich in der Friedensbewegung wie in den letzten Anti-AKW-Kämpfen. Anstatt uns an eine langfristige Entwicklung und Verankerung radikaler Perspektiven zu machen, versuchten wir unsere Vorstellungen auf der Straße anstatt zu allererst in den Köpfen der Menschen durchzusetzen. Kein Wunder also, daß wir trotz breiter Verunsicherung nach Tschernobyl weder nennenswert mehr geworden sind, noch daß es uns gelungen ist, die politische Dominanz grüner Realpolitik zu durchbrechen. Geradezu symbolhaft konnte der letzte BUKO-Kongreß in Nürnberg nur unter dem Schutz eines grünen Parteitages stattfinden, nachdem uns klar wurde, daß wir alleine nicht in der Lage sind, einen Kongreß politisch, geschweige denn praktisch durchzusetzen.

Vielleicht ist es gerade diese politische Schwäche, die uns allzu schnell dazu verleitet, den materiellen Schaden von Sabotage und militanten Aktionen überzubewerten. Keine Frage, 150 gefällte Strommasten tun der Atomindustrie weh. Doch solange diese im Verbund mit dem Staat in der Lage ist, politisch den Schaden umzuwälzen (durch zusätzliche Bereitstellung von Geldern, durch Umverteilung im Bundeshaushalt und Strompreiserhöhungen), bleibt der materielle Schaden gering. Der politische Schaden verkehrt sich dann sogar – schlimmstenfalls – in sein Gegenteil. Erst wenn es uns gelingt, den politischen Spielraum herrschender Politik, das heißt in diesem Fall, privatkapitalistische Verluste zu

vergesellschaften, einzuengen, wäre Sabotage tatsächlich ein wirksames Mittel, ihre Projekte im wahrsten Sinne des Wortes unprofitabel zu machen.

Diese Erfahrungen mußten wir auch an der Startbahn machen. Wir haben uns zwar äußerste Mühe gegeben, nichts ganz zu lassen, doch letztendlich stand das Projekt nur ein einziges Mal auf der Kippe, als nämlich die SPD-Regierung befürchtete, ihre eigene politische Basis aufs Spiel zu setzen, bzw. diese zu verlieren. Interessanterweise zu einem Zeitpunkt, als die Parteienkoalition von CDU bis DKP innerhalb der Startbahnbewegung noch den größten Einfluß auf diese hatte. Wir Autonome begriffen damals mehr vereinzelt als gemeinsam und erst allmählich die Dimension, die der Kampf um ein paar Hundert Hektar Wald angenommen hatte. Es war die Angst vor der Unregierbarkeit einer ganzen Region, die Angst vor dem irreparablen Schaden, die das Projekt für Augenblicke ins Wanken brachte. Weder die Radikalisierung der Startbahnbewegung noch die weit verbreiteten Sabotageaktionen konnten diese Bedingungen wiederholen.

Vielleicht machen diese Beispiele deutlich, daß es letztendlich nicht darauf ankommt, wieviele Strommasten fallen. Politisch entscheidend wird sein, in wievielen Köpfen die Masten fallen. Erst wenn es uns gelingt, dafür die sozialen und gesellschaftlichen Bedingungen zu schaffen, wird nicht nur der materielle Schaden größer – sondern vor allem der politische. Denn eines ist den Herrschenden klar: Der materielle Verlust ist reparabel, der ideelle Verlust an politischer Glaubwürdigkeit dagegen, der Verlust der politischen Legitimität staatlichen Handelns ist schwerer ersetzbar.

5. Solange wir die Systemfrage nur stellen und nicht danach handeln, verbreiten wir mehr Ohnmacht als Gegenmacht, mehr Angst als Mut.

Auch nach Tschernobyl passierte genau das, was wir als Routine längst drauf haben. Wir forderten nicht nur den sofortigen Ausstieg aus dem Atomprogramm, sondern in aller Bescheidenheit »die Stillegung der herrschenden Klasse«. Da wir uns wieder einmal auf ganz Grundsätzliches beschränkten, verfingen wir uns erst gar nicht in den Details politischer Durchsetzbarkeit und Umsetzbarkeit. Wir hielten uns also gar nicht erst größer an der Technik- und Ökologiekritik auf, verschwendeten kaum einen Gedanken darauf, welche Bedingungen wir geschaffen haben, um die AKW-Frage nicht nur verbalradikal, sondern ganz praktisch zur Systemfrage zu machen. Gar völlig verpönt war der Gedanke, uns in den Kampf um Alternativen innerhalb des Systems einzumischen, mit dem Ziel, politische Spielräume zu schaffen, die uns einem Kampf darüber hinaus tatsächlich ein paar Schritte hätte näher bringen können. Wir ließen sie einfach alle rechts liegen. Die Mütter gegen Atom, die Ökologen, die Radikaldemokraten, die Gewaltfreien, die Reformisten, Technik- und Wissenschaftskriti-

ker. Statt dessen läuteten wir – wie so oft – zur letzten Runde ein und stellten kurz und bündig die Systemfrage, um sie alsbald in aller Ausführlichkeit zu beantworten: Hau weg den Scheiß!

Vielleicht liegt es an der Unvorstellbarkeit von revolutionären Veränderungen hier, daß wir uns nicht die Mühe machen, den Weg, die Schritte dorthin, genau zu benennen. Wenn wir uns der Anstrengung stellen würden, nicht nur radikale Gedanken im Kopf zu haben, sondern sie auch auf die Füße zu stellen, dann müßten wir auch von vielen pflegeleichten, sozialromantischen Vorstellungen autonomer Politik Abschied nehmen. Denn autonome Politik wird letztendlich nicht an den guten Absichten gemessen, sondern an den realen Erfolgen und Verbesserungen, die sie erreicht. Und wenn ein elementarer Grundsatz autonomer Politik ist, bereits heute das vorwegzunehmen und zu leben, was morgen erst gesellschaftliche Realität wird, dann werden wir auch um Veränderungen *innerhalb* des Systems kämpfen müssen. Reformen sind kein Geschenke von oben, sondern waren und sind immer auch ein Resultat sozialer und ökonomischer Kämpfe. So sind die Mieterschutzrechte, die veränderte Baupolitik, das Sozialbindungspapier, die Hochschulreform, die Finanzierung und Legalisierung von alternativen Wohnprojekten und selbstverwalteten Betrieben, von »anerkannten« Frauenhäusern bis hin zur Frauenbeauftragten kein Geschenk des Staates, sondern allesamt Resultat verschiedener Kämpfe der 60er und 70er Jahre. Daß sich die Früchte jener Kämpfe mehr in der Machbarkeit und Modernität herrschender Politik gegen uns kehren, als daß wir sie als politischen Freiraum für weitergehendere Kämpfe nutzen konnten, liegt schlicht an uns selbst: an jenen, die ihre revolutionären Kämpfe zugunsten etablierter Sicherheiten eintauschten, und an uns, die wir nicht in der Lage sind, die Kämpfe in ihrer Radikalität weiterzuführen.

Entweder wir nutzen die erkämpften Verbesserungen dazu, den Geschmack auf den ganzen Kuchen zu schärfen, oder aber wir müssen uns mit den Brosamen abfinden, die vom Tisch herrschender Politik herunterfallen. Wir werden also Forderungen formulieren müssen, die das System (gerade) noch erfüllen kann, und wir werden für weitergehende Ziele Bedingungen schaffen müssen, die das System auf jeden Fall zu verhindern versucht.

Erst wenn es uns gelingt, zum Beispiel dezentrale und kommunale Energieversorgungsalternativen (wie Sonnenenergie, Wärmekraftkopplung) mit unserem Ziel der Zerschlagung von (Energie-) Monopolen zu verknüpfen oder z.B. die Forderung nach Volksbegehren und Planungsmitbestimmungsrechten mit eigenen Formen von Selbstbestimmung und Selbstorganisation zu verbinden, erst dann vertrösten wir uns und andere nicht immer auf morgen, sondern erkämpfen uns bereits heute das, was die Lust auf morgen erst richtig möglich macht.

6. Unsere soziale Verwurzelung entspricht dem Wurzelbett eines Plastikbaumes.

Für einige von uns waren die letzten Jahre keine schlechten Jahre. Überall wo es brannte, waren die Autonomen dabei, wo es Putz gab, mischten wir kräftig mit, ganz nach dem Motto: Wo wir sind, geht nichts mehr, aber wir können ja nicht überall sein. Der Spiegel widmete uns eine ganze Serie unter dem aufreißerischen und schmeichelhaften Titel »Schlacht um die Kernkraft«. Und unser Innenminister Zimmermann konstatierte wie bei einer Flutkatastrophe das Anschwellen der Zahl der Militanten von 500 auf 3 000 bis auf 10 000 zu aller Gewalt Entschlossenen. Mit verdüsterter Miene warnte er vor einer Welle der Gewalt, die die BRD zu überschwemmen droht. Und während die, die dieses Schreckensszenario verbreiten und ausmalen, es dazu nutzen, ihr »Modell Deutschland« noch sicherer zu machen, genießen einige von uns den Rummel, das grelle Scheinwerferlicht der Medien und die Aufmerksamkeit, die dabei abfällt. Bei manchen haben wir das Gefühl, daß sie selbst beginnen, sich in diesem vom Staat aufgebauten Szenario wohlzufühlen, daß sie anfangen, sich in das Bild zu verlieben, das der Staat und die Medien von uns zeichnen – gerade weil wir diese Gefährlichkeit, Macht und Bedrohlichkeit nur in ihren Horrorvisionen haben und weit davon entfernt sind, diese Gefahr real darzustellen.

Ein weiteres Kennzeichen autonomer Politik der letzten Jahre ist, daß wir uns mehr oder weniger wie ein/e SeiltänzerIn von Großprojekt zu Großprojekt hangeln, ohne wirklich mit den Füßen den Boden berührt zu haben. Fast ausschließlich orientieren sich unsere Kämpfe an der Aktualität eines Themas anstatt an seiner Bedeutung innerhalb einer militanten Perspektive. In viele Themen und Auseinandersetzungen steigen wir erst ein, wenn sie heiß sind, in der Öffentlichkeit diskutiert und von den Medien aufgegriffen werden. Erst dann gewinnen diese Auseinandersetzungen für uns an Wichtigkeit. Doch sobald das Thema out ist, die Medien ihre Teleobjektive einziehen, das Projekt steht oder der zähe Alltag spektakulären Aktionen weicht, sind wir meist wieder auf der Suche nach neuen, brennenden Themen, die gerade angesagt sind. Von Friedensbewegung, Anti-Nato-, Anti-Kriegs-, Antifa-, Anti-AKW-, WAA-, WWG- und Volkszählungsboykott-Gruppen haben viele von uns alles oder vieles davon mitgemacht. Meist hielten sich diese Gruppen ein paar Monate, höchstens ein bis zwei Jahre, zerfielen dann, um sich in wechselnder Zusammensetzung bei einem neuen Thema wiederzusehen. Man/frau wird nicht alt, die Auseinandersetzung miteinander und um das Thema bleibt oft flüchtig und oberflächlich. Und je mehr wir diesen Jahrmarkt aktueller Themen betreiben, desto mehr müssen die Hoffnungen auf soziale Ausweitung den Fähigkeiten eines Allround-Künstlers untergeordnet werden: Wir wissen von allem etwas und von Genauerem nichts. Wir sind überall dabei und nirgendwo richtig. Dabei haben sich Strukturen eines Kleinfamilienunternehmens entwickelt. Fast jede/r kennt jede/n, wir sind al-

le voll im Streß, haben vor lauter Terminen kaum Zeit, haben meist mehr politisch zu tun, als wir bewältigen können. Der harte Kern des Unternehmens rackert sich ab, tanzt oder besser rotiert auf verschiedenen Hochzeiten, während sich der Großteil der Familie erst blicken läßt, wenn die Firma alles gut vorbereitet hat. Bei jedem Fest dabei ...

Wenn wir also hinter die spektakulären Großereignisse blicken, dann stellen wir fest, daß wir uns zwar in den Schlagzeilen herrschender Politik breitmachen konnten, aber noch lange nicht in den Köpfen und Handlungen anderer Menschen. Wir brauchen nur die soziale Verankerung militanter Politik heute mit der militanten Geschichte 1972 vergleichen, um uns im klaren darüber zu sein, wie schmal der Steg ist, auf dem sich heute autonome Politik bewegt. Denn im Gegensatz zu heute drohte damals tatsächlich ein Flächenbrand militanter Unruhe, der sich fast in alle gesellschaftlichen Bereiche ausbreitete. Da waren die Jungarbeiter- und die Lehrlingsbewegung, die Betriebskämpfe, die an allen Orten der BRD entstandenen Jugendzentrumsbewegung, die Emigrantenarbeit, die Schülerstreiks, die Studentenunruhen an den Hochschulen, die Internationalismusgruppen, die Stadtteilgruppen, Häuser- und Mieterräte. Sie verkörperten in der Tat ein Stück Gegenmacht. Momente einer erlebbaren Utopie, die sich atmosphärisch für Monate im Leben der Stadt niederschlug und gelegentlich sogar als neues Lebensgefühl bestimmend war. Es lag an der Vielschichtigkeit, Verschiedenheit, an der Vermischung und Verbindung einzelner Kämpfe, die es Staat, Medien und Polizei über lange Zeit hinweg schwer machte, den Brandherd schnell zu lokalisieren.

Denn überall dort, wo er mit aller Gewalt zu löschen versuchte, trat genau das Gegenteil ein: statt Demobilisierung Mobilisierung, statt Einschüchterung Mut, statt Eindämmung Ausweitung des Konflikts. Solange das praktische Vorgehen auf der Straße Ausdruck und nicht Ersatz alltäglicher Kämpfe in Schule, Fabrik und Wohnvierteln blieb, war der Staat gezwungen, den Konflikt politisch anzuerkennen. Die Waffen staatlicher Gewalt blieben solange stumpf, wie es den verschiedenen Kämpfen gelang, auf das gewaltsame Vorgehen des Staates mit der sozialen Ausdehnung des Konflikts zu antworten.

Wenn also viele von uns die Kämpfe 1972 vor allem mit den spektakulären Hausbesetzungen, -räumungen und Straßenschlachten in Verbindung bringen, dann vergessen wir die jahrelangen, alltäglichen, unspektakulären Kämpfe, aus denen heraus sich erst der Häuserkampf entwickeln konnte.

Doch wir brauchen nicht so weit zurückblicken, um zu erkennen, wie schwach der Windstoß sein muß, um uns umzublasen. So bedurfte es während der Häuserkämpfe 1980/81 in Frankfurt nur des Konstruktes eines »Schwarzen Blocks«, einer sogenannten kriminellen Vereinigung (es kam zur Verhaftung von vier »Mitgliedern«, die nach ein paar Monaten freigelassen wurden), um die

dünnen Fäden politischer und sozialer Gemeinsamkeiten zu zerreißen. Mit der staatlichen Repression mehr oder weniger auf uns alleine gestellt, zerrieben wir uns noch untereinander und zerstreuten uns schließlich in alle Windrichtungen.

Wenn wir uns also ohne Selbstbetrug eingestehen, daß unsere autonomen Positionen nach wie vor kaum politisch und sozial eingebunden und verankert sind, wenn wir uns eingestehen, alleine weder politisch noch praktisch reale Gegenmacht zu sein, dann müssen wir schleunigst den Laufstall autonomer Politik verlassen. Die bereits beschriebene Ignoranz und Selbstüberschätzung gegenüber anderen Gruppierungen innerhalb der Anti-AKW-Bewegung lassen sich ohne weiteres auch auf den allgemeinen Zustand in den Städten übertragen. Vielleicht ist Frankfurt ein krasses Beispiel für die Isoliertheit einzelner Gruppen und Initiativen und für einen autonomen Alltag, der sich oft nur über irgendwelche Großereignisse herstellt, ansonsten jedoch dem »Zufall« persönlicher Verbindungen überlassen bleibt.

Autonome Politik hat sich hier in Frankfurt seit Jahren nicht mehr kontinuierlich in die öffentliche Auseinandersetzung eingemischt. Sie hat sich in überwiegendem Maße auch außerhalb unseres alltäglichen Lebens in dieser Stadt abgespielt.

Darüber können auch die Günther-Sare-Demos nicht hinwegtäuschen. Erst im letzten Jahr entstanden wichtige kleine Ansätze, aus unserem Alltag heraus soziale, politische und kulturelle Zusammenhänge zu entwickeln, seien es Stadtteilgruppen oder auch das neu gegründete Libertäre Zentrum. Sicherlich, es fällt auch uns oft unendlich schwer, Gedanken und Vorstellungen zu entwickeln, was wir hier in der Stadt – überhaupt noch – wollen, wo inmitten der erdrückenden Betonburgen noch Platz und Raum für unsere Utopien sein könnte. Wie wir die Vorzüge einer Metropole (alternative Kneipen, Cafés, Kino etc.) nicht nur privat verkonsumieren, sondern auch dem programmierten (in Beton gegossenen) Geld-, Konsum- und Menschenverkehr eigene, radikale Vorstellungen von (Zusammen-)Leben entgegensetzen können.

Es hat für uns viel mit der fehlenden Faszination und Ausstrahlung autonomer Politik zu tun, daß wir große Bereiche unseres Alltags abgehakt und aufgegeben haben, was sich in den Formen autonomer Politik eher widerspiegelt als bricht. Es sind eben nicht die 10 Prozent autonome Politik, sondern die 90 Prozent Alltag, die unsere Utopien wie ein Schwamm aufsaugen.

Einen letzten Punkt in diesem Zusammenhang wollen wir hinzufügen: unser Verhältnis zu den Grünen. Unsere weitverbreitete Ablehnung gegenüber jeglicher grüner Politik hat oft weniger etwas mit radikalem Antiparlamentarismus zu tun, als vielmehr mit der Angst und Unfähigkeit, uns mit grüner Politik genau und differenziert auseinanderzusetzen. In dem Maße, wie wir uns selbst schwer damit tun, ein gemeinsames Selbstverständnis zu formulieren (und offensiv zu

vertreten), haben wir schlichtweg Schiß, von grünen Politprofis über den Tisch gezogen zu werden, sobald wir uns auf sie einlassen.

Denn trotz unseres klaren Antiparlamentarismus muß uns klar sein, daß auch (und gerade) für uns kein Weg an grüner Politik vorbeigeht. Gerade wenn es uns darum geht, die bereits beschriebene Arbeitsteilung von militantem Vorgehen und grüner Vermittlung zu durchbrechen, müssen wir uns politisch offensiver mit jenen Positionen auseinandersetzen. Die »Fundamentalisten« innerhalb der Grünen sind nicht nur ein Alibi grüner Realpolitik. Sie verkörpern auch einen Versuch, radikale Vorstellungen jenseits konjunktureller Bewegungen als Widerspruch innerhalb und außerhalb parlamentarischer Institutionen zu formulieren. Und etwas ganz Entscheidendes können wir von den »Fundis« lernen: ihre Anstrengungen und Bemühungen, Vorstellungen von radikalen Utopien in konkrete und greifbare Konzepte zu übersetzen.

Solange diese ihre parlamentarische Präsenz als Hemmnis herrschender Politik und nicht als Gleitmittel begreifen, halten wir es für wichtig, nach Möglichkeiten von Zusammenarbeit zu suchen.

7. Unsere Verhaltens- und Lebensweisen haben sich in den letzten Jahren in einer Art autonomer Doppelmoral eingerichtet: Was wir politisch kompromißlos angreifen, leben wir untereinander manchmal geradezu selbstgefällig aus.

Obwohl dieser Teil am Ende steht, müßte er am Anfang jeder radikalen Politik stehen. Doch auch uns fällt es schwer, den Wust aus Alltag, Verdrängung, Gewöhnung und Sicherheiten durchdringbar zu machen. Je näher wir zu uns selbst kommen, desto mehr verschlägt es uns die Sprache. Einmal, weil wir es nicht mehr hören können, zum anderen, weil wir selbst in einem Maße darin verstrickt sind, daß unser Handeln oft mehr von Sicherheiten und Gewohnheiten bestimmt ist als von der Lust und Kraft, ein neues Risiko einzugehen. Diese stumme Anpassung drückt sich auch darin aus, daß die kollektiven Auseinandersetzungen im Alltag mehr und mehr ins Private verdrängt werden.

Für die meisten von uns sind Job, Kohle, Wohnung und Beziehung Probleme, mit denen sie alleine fertig werden müssen. Man/frau arbeitet völlig vereinzelt, große WGs sind nervig und ätzend geworden, man/frau zieht die Zweizimmerwohnung wieder vor, und manche genießen gar die Vorzüge des Single-Daseins, ziehen und wohnen alleine, um endlich tun und lassen zu können, was ihm/ihr paßt. Und je mehr uns die Arbeit aufsaugt, je abstrakter unsere Politik wird, um so existentieller wird die kuschelig-weiche Beziehung, in die wir uns – unbeobachtet – fallen lassen können, in der wir endlich einmal so sein können wie wir sind – oft fertig, gestreßt und ausgebrannt. Eine Beziehung also, in der wir all das versuchen zu bekommen, was wir weder auf der Arbeit noch in der militanten Politik kriegen: Geborgenheit, Wärme, Vertrauen, Nähe und Inten-

sität. Je mehr also Zweierbeziehungen all das erfüllen sollen, was das Leben uns draußen versagt, desto mehr werden diese Bedürfnisse zum individuellen Glücksspiel (nicht selten Drama) in Zweierbeziehungen, anstatt daß sie noch länger Bestandteil radikaler Lebens- und Gesellschaftsvorstellungen wären. Solange Geborgenheit, Vertrauen und Nähe ein Privileg von (Zweier-)Beziehungen bleibt, taugt radikale Politik nichts. Sie bleibt Abbild bürgerlicher Macho-Politik, anstatt sich gerade davon radikal zu unterscheiden.

Und wenn wir unsere autonome Politik betrachten, dann ist sie doch im klassischen Sinne Männerpolitik. Nicht nur, weil Männer und Mannsbilder dominant sind, sondern gerade deshalb, weil die wenigen Frauen nur dann etwas zu sagen haben, wenn sie sich diesen Strukturen anpassen, das heißt eben oft, wenn sie 150-prozentige männliche Leistung bringen. Der weibliche Anteil autonomer Politik besteht viel zu oft darin, Wunden männlicher Fighter zu lecken, Anerkennung und Bewunderung zu zollen, und gerade jene Bedürfnisse zu befriedigen, die innerhalb dieser Strukturen nicht gefragt sind. Es bleibt den autonomen Frauen überlassen, unter der harten Schale unseren weichen Kern zu entdecken. In unseren Rhein-Main-Zusammenhängen haben wir einen Punkt erreicht, wo einige Frauen aufgegeben haben, sich gegen diese männlichen Strukturen noch behaupten zu wollen. Denn es gibt eine typische autonome Form von »repressiver Toleranz«: Wir leugnen nicht bestimmte Macho-Strukturen unter uns Männern und gegenüber Frauen, nur wir überlassen es den Frauen, sich damit auseinanderzusetzen. Keine autonome Demo ohne frauenspezifischen Beitrag, keine Libertären Tage ohne eine »Frauen-Ecke«. Was die Frauenbeauftragte für grüne Realpolitiker ist, ist der autonome Frauenbeitrag für militante Politik.

Viele von uns haben keine Angst, Bullen anzugreifen, sind aber zu feige, unter Männern Kritik zu üben. Das fängt mit dummen, aufgeblähten Machosprüchen an, die mit einem kumpelhaften Lächeln verbraten werden, bis hin zu alltäglichen Verhaltensweisen, die stillschweigend hingenommen werden, weil wir Angst vor einer echten Auseinandersetzung haben, die viele scheinbare Männerfreundschaften in Frage stellen würde. Solange wir selbst nicht das Bedürfnis danach verspüren, unsere Lebens- und Verhaltensweisen radikal zu verändern, bewirkt die Kritik der Frauen bestenfalls eine opportunistische Anpassung (zum Softi) anstatt eine wirkliche Veränderung.

Diese Radikalität in unserem Leben verlangen wir nicht (nur), weil wir mit der Kritik der Frauen umgehen wollen. Wir machen uns selbst kaputt, wenn wir in der Leistungsmentalität weitermachen. Gerade weil wir bereits seit 15 Jahren in diesen Zusammenhängen stecken, können wir mit Sicherheit sagen, daß gerade »Härtner« und Hardcore-Männer (und manche Frauen) die ersten sind, die dem inneren und äußeren Druck nicht mehr standhalten und zerbrechen. Viele

von ihnen machten jahrelange knallhart Politik, ohne zu merken, daß sie keine wirklichen Freunde haben, daß sie inmitten ihrer Kämpfe eigentlich alleine blieben. Bezeichnenderweise finden sich viele ehemalige Hardcore-Fighter heute in den kleinbürgerlichsten Verhältnissen wieder.

Ein weiter(er) Bereich unseres Alltags scheint sich außerhalb autonomer Politik zu bewegen: Die (Lohn-)Arbeit. Abgesehen von den Jobber-Inis scheint die (Lohn-)Arbeit mehr und mehr die Kiste jeder/s einzelnen zu sein. Ob Lehre, Jobs, »garantierte« Arbeit oder alternative Betriebe, jede/r muß alleine schauen, wo er/sie bleibt. Diese extreme Individualisierung existentieller Bedingungen hat für uns zwei Ursachen.

Erstens: Eine militante, autonome Perspektive innerhalb von Lohnverhältnissen existiert seit Jahren nicht mehr. Militante Kämpfe finden zwar außerhalb statt, aber bezeichnenderweise nicht dort, wo sich die Gewalt und Herrschaft dieses Systems ganz zentral ausdrückt: im Produktionssektor. Dem Kapital ist es gelungen, militante Kämpfe aus den empfindlichen (Sicherheits-)Zonen seiner Herrschaft zu verdrängen, gerade dort also, wo zunehmende Technologisierung und Computerisierung den ökonomischen Sektor immer anfälliger und verletzbarer für militante Kämpfe (inkl. Sabotage) macht.

Zweitens: Es existiert keine militante Perspektive, jenseits von Lohnverhältnissen eigene Arbeits- und Lebensvorstellungen zu entwickeln. Die Faszination alternativer, selbstbestimmter Betriebe ist an der kapitalistischen Realität – der sich auch alternative Betriebe stellen müssen – erblindet.

Die politische und soziale Bedeutung von selbstbestimmten Lebensbereichen ist geschwunden, oftmals bleibt nur das ökonomische Kalkül: die Kohle. Auf der einen Seite der Rechnung steht die Verantwortung für alle und alles, zähe, zeitaufwendige und nervige Diskussionen, auf der anderen Seite ein mickriger Lohn, der an Selbstausbeutung grenzt. Der politische Anspruch bleibt vielfach nur noch Dekor für knallharte Professionalisierung: Manche der »alternativen« Cafés und Kneipen haben heute mehr Angestellte und Aushilfen als Kollektivmitglieder. Ganz nach dem Prinzip: Hire and Fire (ohne Sozialversicherung, Arbeitsvertrag, Anspruch auf Krankheit und Urlaub).

Und nicht wenige von uns treibt die Angst vor diesem Jobberdasein zu neuen Stufen der Qualifizierung. Man/frau beginnt (noch einmal) eine Lehre, eine neue Ausbildung, oder der Abschluß an der Uni wird wieder mit aller Verbissenheit gesucht. Mögen einige von uns auch »das letzte Drittel« als revolutionäres Potential – neu – entdeckt haben, so versuchen viele von uns gerade nicht dazuzugehören, d.h. durch (Nach-)Qualifikation die Chancen auf einen Platz »im zweiten Drittel« zu bewahren. Die Kluft zwischen der politischen Theorie »vom letzten Drittel« und unseren eigenen Bemühungen um Qualifikation und gesicherten Arbeitsbedingungen, der Graben zwischen der politischen Theorie

von den Subsistenzkämpfen und unseren Schwierigkeiten, eigene Arbeits- und Lebensformen jenseits von Wertarbeit umzusetzen, wären für uns zwei zentrale Schnittpunkte, entlang derer wir unser Verhältnis zur Arbeit bestimmen müßten. Denn solange wir keine militante Perspektive innerhalb und außerhalb von Lohnarbeitsverhältnissen entwickeln, wird sich (auch) unter uns nur eines durchsetzen: die gnadenlose Individualisierung und Konkurrenz.

Eine militante revolutionäre Perspektive wird nicht umhin können, sich eigene ökonomische Strukturen zu schaffen. Nur die politische und soziale Bestimmung und letztendlich Verankerung selbstverwalteter Projekte im Rahmen einer revolutionären Perspektive kann den Freiraum innerhalb kapitalistischer Rationalität groß genug halten, um unsere Ansätze von Gegenmacht darin zu verankern. Wir brauchen nicht nur Drucker-, Schreiner-, Metaller-, Schrauber-, ElektronikerInnen etc. unter uns, sondern vor allem Bedingungen, unter denen sie als Militante arbeiten können. (Das fängt bei illegalen Druckerzeugnissen an bis hin zu Orten, wo wir gemeinsam ungestört reden können.)

Wenn wir nicht – wie so oft – von der Zufälligkeit persönlicher Beziehungen und Hilfen abhängig sein wollen, dann müssen wir die fehlenden Strukturen nicht nur immer wieder beklagen, sondern selbst schaffen. Zu einer langfristigen Perspektive gehört für uns eine gemeinsame Anstrengung um den Aufbau und die Vernetzung militanter Projekte. Diese können und sollen nicht alleine privatkapitalistisch vor sich hin wurschteln, sie müssen kollektiver Bestandteil unserer Strukturen werden. Das heißt, der Preis für die Projekte darf sich nicht nur an ihrer Wirtschaftlichkeit, sondern auch an der Notwendigkeit im Rahmen einer revolutionären Perspektive orientieren.

8. Unsere Strukturen entsprechen dem eines Hobbyclubs, anstatt daß sie eine revolutionäre Perspektive haben.

Wenn wir die militanten Strukturen heute mit denen vor sechs Jahren vergleichen (oder gar mit jenen während der Kämpfe von 1971/72), dann wird die ganze Schwäche und asthmatische Kurzlebigkeit autonomer Politik deutlich. Ohne die Strukturen von 1980/81 zu verherrlichen, so gab es doch zumindest ein autonomes Plenum, eine eigene Zeitung (»Vollautonom«), ein illegales Radio (»Radio Isnogood«) und mehrere Gruppen, die in der Lage waren, gemeinsame Aktionen zu tragen. Heute existiert kaum noch etwas davon. Die wenigen Zusammenhänge sind vereinzelt und stellen sich zudem meist über persönliche Beziehungen her. Die Startbahnstrukturen sind derzeit die einzigen Zusammenhänge, die aufgrund ihrer Kontinuität und Erfahrung handlungsfähig geblieben sind. Ansonsten sind die meisten Treffen und (Vorbereitungs-)Gruppen an kurzfristige Ereignisse und aktuelle Anlässe geknüpft. Da man/frau kaum auf etwas zurückgreifen kann, muß vieles aus dem Stegreif und unter dem Druck aktueller

Ereignisse organisiert werden. Die immer selben Gesichter teilen zähneknirschend die viele Arbeit unter den wenigen auf. Die inhaltliche Auseinandersetzung, die über den Anlaß hinaus hätte geführt werden müssen, fällt unter den Tisch, da die praktischen Vorbereitungen fast den ganzen Raum einnehmen. Für Erfolg oder Nichterfolg spielen dann mehr Zufall, Glück oder völlig unerwartete Umstände eine Rolle als unser eigenes Konzept. Manch ein »Erfolg« kam für uns überraschender und unerklärlicher als für die Bullen.

Diese fehlende soziale und materielle Infrastruktur drückt sich zwingendermaßen in oft schlecht vorbereiteten und durchgeführten Aktionen aus. Der Effekt einer dreifachen Demobilisierung stellt sich ein.

Erstens: Diejenigen, die unter dem Druck der Ereignisse keine Chance mehr sehen, dem etwas entgegenzusetzen, ziehen sich zurück.

Zweitens: Diejenigen, die nicht direkt beteiligt sind, haben keine Lust (mehr), sich als Kulisse hirnrissiger Aktionen verheizen zu lassen, weil das militante Vorgehen für sie oftmals keinen kollektiven Schutz mehr bietet, sondern ein verstärktes Risiko darstellt, und sie die negativen Konsequenzen militanten Vorgehens individuell auszubaden haben.

Drittens: Jene, die unbedingt ihre Aktion durchziehen müssen, geben damit genau dem Bild Nahrung, das Staat und Presse so gerne über uns verbreiten: das Bild von den unverantwortlichen, ziellosen, menschengefährdenden und unschuldige Opfer in Kauf nehmenden autonomen Gewaltverbrechern. Eine rein aktionistische Politik verleitet viele dazu, die Schlachten an den Bauzäunen der Großprojekte wie Perlen zu einer Kette autonomer Erfolge aufzureihen. Und je weniger militante Kämpfe in unserem Alltag stattfinden und Fuß fassen, desto mehr romantisieren wir gerade diese Ereignisse, die aus unserem ätzenden Alltag herausstechen. Diese Mystifizierung des Feuerscheins ist im großen Maße ein Ausdruck fehlender Strukturen und Perspektiven innerhalb unseres Alltags.

Aus diesen Fehlern zu lernen, hieße für uns, nicht nur – wie bereits vorgeschlagen – Strukturen nach außen aufzubauen, sondern auch Strukturen unter uns zu entwickeln, die sich nicht an sporadischen Anlässen und Kampagnen orientieren, sondern an unserem langfristigen Ziel radikaler gesellschaftlicher Veränderung. So mußten die Günter-Sare-Demos geradezu zwangsläufig im Sande verlaufen, nachdem klar wurde, daß wir nicht in der Lage sind, inhaltlich und praktisch über den eigentlichen Anlaß hinauszukommen. So blieb die Parole: »Wut und Trauer in Widerstand verwandeln!«, auf unseren Transparenten haften, anstatt sich in unserem Handeln umzusetzen. Über den Anlaß hinauszugehen hätte bedeutet, sich langfristig mit den Methoden und Zielen des staatlichen Gewaltapparats auseinanderzusetzen, also gerade dort einzugreifen, wo staatliche Gewalt Alltag ist, in den Polizeirevieren, auf den Kommissariaten, bei der Ausländerpolizei, den Fahndungsapparaten, im Justiz- und Knastapparat.

Es müßte unser Ziel sein, diesem Gewaltapparat eigene, kontinuierliche Strukturen entgegenzusetzen. Ihn politisch dort anzugreifen, wo er am empfindlichsten ist: in seinem Bedürfnis nach Anonymität. Ihn praktisch dort zu verunsichern und zu stören, wo er sich am sichersten wähnt: in der Technologisierung von Überwachung und Prävention. Das fängt also bei Initiativen wie »Bürger beobachten die Polizei«, Justiz- und Knastgruppen an und geht bis zur kontinuierlichen Gegenobservation (Abhören, Veröffentlichung von Personen und Methoden ziviler Fahndung und Observation) oder der Nutzung und Verbreitung der »Jugend forscht«-Ergebnisse (Störsender, Funk etc.). Wenn wir die »Systemfrage« nicht nur verbal stellen, sondern auch ernst meinen, dann genügt es eben nicht, erst dann zu handeln, wenn ein Toter auf der Straße liegt. Dann ist es – wieder einmal – zu spät. Dieses Beispiel läßt sich sicherlich auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen.

Der Aufbau und die Vernetzung militanter Kerne ist für uns Voraussetzung dafür, den Kreislauf sich wiederholender Bewegungsrhythmen zu durchbrechen, Bindeglied zwischen Bewegung und Alltag zu sein. Eine Organisation, die über beides hinausgeht und doch aus beidem bestehen muß.

Es gibt noch einen anderen Grund, warum wir uns für verbindliche Strukturen stark machen. Wir lehnen aus gutem Grund hierarchische und autoritäre Strukturen ab. Denn sie verkörpern genau das, was wir politisch bekämpfen. Doch was wir im Kopf vielleicht klar haben, kommt gerade in vielen aktionsbezogenen Zusammenhängen zum Tragen. Je undurchsichtiger und unverbindlicher die Struktur, desto ungreifbarer und unfaßbarer bleibt sie für jene, die sich darin verlieren bzw. nicht behaupten können. Denn es gibt eine autonome Variante des kooperativen Führungsstils: Ohne jemanden sichtbar aus Entscheidungen auszuschließen, werden allzuoft Entscheidungen von wenigen getroffen, von jenen, auf die es – unausgesprochen – ankommt.

Für uns ist eine klare, sichtbare und offene Struktur kein Hindernis, sondern Voraussetzung für militanten Widerstand. Wenn wir militanten Widerstand nicht an Kleingruppen delegieren wollen, dann müssen wir Strukturen schaffen, in denen es möglich ist, offen darüber zu streiten und zu diskutieren. Dann müssen wir Orte und Bedingungen schaffen, wo gerade jene uns treffen können, die eben nicht durch persönliche Beziehungen oder Zufall in unsere Zusammenhänge geraten sind. »Militanter Widerstand ist möglich« bedeutet gerade auch, diesem – soweit möglich – das Geheimnisvolle zu nehmen, Bedingungen zu schaffen, aus denen heraus er massenhaft möglich ist. Eine breite Basis – die sich nicht in spekulativer Zustimmung, sondern in wachsender Teilnahme ausdrückt – ist der beste Schutz für militanten Widerstand.

Wir sind nicht für ein Autonomes Plenum alten Stils, wo viele zwar überall dabei sind, aber dafür nirgendwo richtig. Uns geht es darum, gemeinsam zu

überlegen, welche langfristigen Projekte und Kerne wir aufbauen und vernetzen wollen, an welchen Inhalten und praktischen Notwendigkeiten sich militante Kerne entwickeln müssen (von Ökologie über »Schattenwirtschaft« bis hin zu eigenen Medien, radikaler Medizin, Werkstätten und Sportvereinen ...). Die Bedeutung und Wichtigkeit solcher Kerne bestimmt sich für uns daran, inwieweit wir selbst in der Lage sind, unsere Vorstellungen von einer herrschaftsfreien Gesellschaft in Keime von Gegenmacht, hier und jetzt, zu verwandeln.

Eine autonome Organisation hätte nur Sinn, wenn sich darin militante Kerne wie Mosaiksteine zueinander und ineinander fügen, wenn sich jenseits von Aktualität und Bewegung eine Kontinuität und Verbindlichkeit jener Kerne entwickelt, in denen Politik und Alltag, gegenseitiges Vertrauen und Kompetenz, Lust und Ausdauer, Geborgenheit und Risiko miteinander verschmelzen.

(1986)

Time-Bandit

Der Text ist alt, gute 8 Jahre alt – für autonome ZeitnehmerInnen eine kleine Ewigkeit. Eigentlich Schnee von gestern. Hätten wir bestimmte zeitliche Zuordnungen gänzlich aus dem Text herausgenommen, wäre dieser als aktueller Beitrag (fast) unbemerkt durchgegangen.

Wir hätten uns lieber gewünscht, die auf seine Erstveröffentlichung folgenden Ereignisse und Zeiten hätten ihn überholt, die Weiterentwicklung autonomer Theorie und Praxis hätte ihn im besten Sinne kompostiert. Davon kann wohl nicht die Rede sein. Damit ist einiges über den Stand autonomer Bewegung gesagt.

Das Verlangen nach Herrschaft und der Wunsch nach Unterwerfung

Annäherungen

1. Bereits in »Geschichte, Rassismus und das Boot« (Edition ID-Archiv, 1992) spürten wir dem Begriff des »Völkischen« nach. Schließlich sollte das Besondere am deutschen Faschismus, das Spezifische am Zusammenwirken von Herrschaftspolitik von oben und der überwältigenden (An-)Teilnahme von unten auch begrifflich deutlich gemacht werden. Je genauer wir uns jedoch damit auseinandersetzten, je mehr wir uns bemühten, den Begriff auch für gegenwärtige Entwicklungen nutzbar zu machen, desto mehr verhedderten wir uns in Zuschreibungen und Abgrenzungen. Allzu schnell wurde das »Völkische« zum Sammelbecken für alles, was nicht »normal« ist, was von der kapitalistischen EG-Norm abweicht, also besonderer Erklärung bedarf. Manchmal erwischten wir uns selbst dabei, das »Völkische« nur noch als Steigerungsform von rassistisch zu benutzen, um so unseren besonderen Haß auf alles »typisch Deutsche« loszuwerden. Das tut zwar gut, wie leicht wir damit jedoch bei negativen Ethnifizierungen landen, braucht hier nicht weiter ausgeführt zu werden.

Sollte also das Wort »völkisch« nicht zum magischen Schlüssel für alles spezifisch Deutsche werden, geht kein Weg daran vorbei, sich mit der völkischen Geschichte, die bis an das Ende des 18. Jahrhundert zurückreicht, genauer auseinanderzusetzen. Um diese Ausgrabungen kommen wir auch in dem Maße nicht herum, wie wir merken, daß bereits unter dem Begriff »Rassismus« Ideologien, Lebenshaltungen und Herrschaftsvorstellungen subsumiert werden, die so – umstandslos – nicht kurzzuschließen sind.

Wenn es uns darum geht, Widerstand zu entwickeln, dann kommt es sehr wohl darauf an, zwischen völkischen, antisemitischen, nationalistischen und faschistischen Programmatiken unterscheiden zu lernen. Dazwischen liegen wahrlich keine Welten. Und doch macht erst ihre Unterscheidung möglich, verschiedene Herrschaftsansprüche und -interessen zu erkennen, die sich gegenseitig bedienen, aber sich auch konkurrierend gegenüberstehen können. Wie notwendig diese Unterscheidungen sind, wie existenziell sie werden können, läßt sich am Wechselspiel vom »häßlichen« und »anständigen« Deutschland geradezu mustergültig zeigen.

Als die Pogromstimmung mit Hoyerswerda, Mannheim-Schönau und Rostock ihren Ausnahmecharakter verloren hatte, als offene Angriffe auf Migran-

tInnen, Behinderte, linke »Zecken« und alles, was so aussieht, Normalität wurden, als offensichtlich wurde, daß diese Pogrome nicht nur erwünscht, sondern unter Schirmherrschaft von Polizei, Politik und Medien stattfinden, wurde vielen von uns eines zumindest erschreckend klar: Wir können diese in Volksfeststimmung verübten Pogrome nicht aufhalten – wir sind schlichtweg zu wenige. Doch nicht nur den rassistischen Angriffen der Straße konnten wir kaum etwas entgegensetzen. Im Feuerschein dieser Pogrome wurde ganz legal das Grundrecht auf Asyl liquidiert, begleitet von ständigen Verschärfungen des Asylrechtverfahrens.

Doch dann kam auch für uns so nicht absehbar die scheinbare Wende. Die Lichterketten zogen quer durchs Land. Die Zivilgesellschaft inszenierte sich selbst, erhob sich aus den komfortablen ZuschauerInnenrängen und bot millionenhaft und mediengerecht ihre Assesoirs an: »Mit«menschlichkeit, Zivilcourage, Toleranz und Ausländerfreundlichkeit. Schlagartig erholte sich das staatliche Gewaltmonopol von seiner schweren Ohnmacht. Von nun an standen allzu öffentliche Pogrome und neonazistische Aufmärsche weitgehend unter polizeilichem Verbot, Festnahmen waren wieder möglich, und auch die Justiz erinnerte sich ganz behutsam daran, daß z.B. Angriffe auf Menschen anderer Hautfarbe – im Prinzip – derselben Strafverfolgung unterliegen. So heuchlerisch und schmierig die ganze Inszenierung dieses »anständigen« Deutschlands auch war und ist, sie zeigte Wirkung. Denn nicht wir – ob Antifa, Autonome oder MigrantInnen – waren in der Lage, die öffentlichen Pogromhandlungen zu stoppen, sondern der Staat mitsamt seinen zivilgesellschaftlichen Zutaten. So schmerzlich es auch ist: Ob in Hoyerswerda, Mannheim-Schönau oder Rostock, unsere Gegendemonstrationen blieben meist eine Reaktion auf Pogromhandlungen, die bereits stattfanden. In den seltestens Fällen gelang es uns, sie schon im Entstehen zu verhindern bzw. die Beteiligten mit unserer Präsenz unmittelbar zu konfrontieren.

Wir würden es uns zu leicht machen, die staatliche »Erfolgsbilanz« alleine auf das Bemühen zu reduzieren, das Ansehen Deutschlands im Ausland zu bewahren. Es geht um mehr als Imagepflege. So wichtig die Pogrome als Signal- und Bodenfeuer in Richtung Abschaffung des Asylrechts auch waren, so bedrohlich rüttelten die darin hochgespülten Vorstellungen von einer völkischen Wiedergeburt am (noch) herrschenden Politikverständnis. Mit der »Asyldebatte« und dem parteiübergreifenden Wunsch, die deutsche Vergangenheit und die sich daraus ergebenden Verpflichtungen einzuebnen, sind zugleich völkische und antisemitische Ideologien aus einer einst faschistischen Programmatik herausgebrochen und damit entfesselt worden. Sich dazu zu bekennen, ohne registrierter Nazi zu sein oder sein zu müssen, durchbrach das enge Korsett faschistischer (Partei-)Zugehörigkeiten. Damit wuchs für die bürgerlichen Regierungsparteien die Gefahr, dieses freigelegte Potential nicht mehr in den »Kon-

sens der Demokraten« einbinden zu können. Der nun einsetzende »Kampf gegen den Rechtsradikalismus« kann durchaus als ein Mittel angesehen werden, einen Mitkonkurrenten um diese rassistische Massenbasis aus dem Feld zu schlagen. Dabei geht es nicht um die Zerschlagung faschistischer Parteien und Organisationen, sondern um die Beschneidung ihres Aktionsradius und ihres Wirkungsgrades, um die Wiederherstellung eines staatlich kontrollierten Status (neo-)nazistischer Parteien. Dazu zählt das (Auftritts-)Verbot einiger faschistischer Organisationen genauso wie die Observation der Republikaner durch den Verfassungsschutz. So wenig es dabei um Antifaschismus oder gar Antirassimus geht, so wenig geht es um den puren Schein. In diesem staatlichen Vorgehen spiegeln sich in der Tat unterschiedliche Herrschaftsvorstellungen und Deutschlandbilder wider. Repression ist die eine Seite der Medaille, der Kampf um ideologische Hoheitsrechte, um die Definitionsmacht »nationaler Fragen« die andere. Wenn in der Politikersprache immer wieder die Rede davon ist, sich mit den »rechtsradikalen« Parteien auch inhaltlich auseinanderzusetzen, dann ist im Klartext damit gemeint, sie dadurch überflüssig zu machen, indem »rechtsradikale« Themen selbst besetzt werden. So haben sich alle bürgerlichen Parteien, von schwarz bis grün, zur Gemeinsschaftsaufgabe gemacht, die Frage nach der »nationalen Identität« aus dem faschistischen Kontext herauszutrennen, um sie – ohne Anrüchigkeit – zum Kernbestand demokratischer Selbstfindungsprozesse machen zu können. Wieder ohne schlechten Beigeschmack »deutsch« zu sein, wieder national denken und handeln zu können – ohne Übersteigerungen, versteht sich – gehört mittlerweile zum Programmenü aller bürgerlichen Parteien.

So verwundert es nicht, wenn die sozialdemokratische Frankfurter Rundschau seit Monaten regelmäßig die »Nationaldebatte« führt, in der verschiedene prominente Anbieter um die beste Software streiten dürfen. Dabei zieht sich ein roter Faden durch alle Texte: Das Konstrukt von der nationalen Identität darf nicht dem – nach wie vor favorisierten – Europaprojekt, der Internationalisierung von Wirtschafts- und Kapitalmärkten, widersprechen, sondern muß darin aufgehen. Das heißt in der Konsequenz, daß jeder »überschüssige« Nationalismus/Rassismus, der sich diesen Zielsetzungen widersetzt, politisch wie repressiv bekämpft werden muß. Dazu zählen insbesondere völkische Ideologien.

Diese euro-frisierte »deutsche Identität« verträgt sich nicht mit einem bornierten, weidenumzäunten Nationalismus, mit einer dem Fortschritt und der Modernität abgewandten ländlichen Rückbesinnlichkeit. Dem neudeutschen Nationalcharakter soll nicht das richtige Blut, sondern verstärkt Verfassungspatriotismus injiziert werden. Statt der Reinheit des Volkskörpers Priorität zu geben, gilt es, bevorzugt auf die Bereicherung multikultureller Vielfalt zu verweisen. Statt in jedem Ausländer zuallererst einen »überflüssigen Esser« zu sehen, wird seine Anwesenheit nachrechenbar an seiner Nützlichkeit taxiert.

Der Kampf um die ideologische Vorherrschaft scheint – vorläufig – von den bürgerlichen Staatsparteien gewonnen worden zu sein. Das einst als DVU- oder REP-ausgewiesene »Protest«wählerpotential kann getrost seinen Denkzettel den bürgerlichen Parteien zurückgeben. Zumindest die ersten Ergebnisse der Kommunal- und Landtagswahlen 1994 belegen dies mit überraschender Deutlichkeit.

2. Die zweite Annäherung an den Begriff des Völkischen betrifft seine Geschichtseinweisung. In vielen Auseinandersetzungen ist uns aufgefallen, daß das Völkische mehr oder weniger mit der nationalsozialistischen Ideologie gleichgesetzt wird. Unausgesprochen ist das Völkische ein Synonym für Nazi-Ideologie. So verstanden fragten wir uns, inwieweit es möglich ist, das Völkische aus dem nationalsozialistischen Kontext herauszutrennen, ohne Gefahr zu laufen, damit die These von der faschistischen Kontinuität – indirekt – zu bestätigen.

Der Rückgriff auf die Geschichte der völkischen Ideologie und Bewegung brachte uns zu – wir greifen hier voraus – vier Klarstellungen:

Erstens: Die völkische Ideologie und Bewegung ist vor dem NS entstanden, also auch ohne den NS denkbar. Nicht der NS ist der Schlüssel zum Völkischen, sondern umgekehrt.

Zweitens: Das Völkische ist geschichtlich und damit auch aktuell als eigenständige, eigenmächtige Kraft zu begreifen.

Drittens: Die völkische Ideologie ist nicht festgelegt auf Faschismus, sondern durchaus kompatibel mit »nationalrevolutionärem«, konservativem, bürgerlichem und linkem Politikverständnis.

Viertens: Die völkische Ideologie ist Herrschaftsideologie, aber nicht unbedingt die Ideologie der Herrschenden. Sie kann sogar in Widerspruch zu aktuellen Herrschaftsinteressen stehen.

3. Wir widersprechen den Historikern und Politikern der »Stunde Null«, die den deutschen Faschismus zum (Betriebs-)Unfall machen wollen, zum dunklen Ausnahmekapitel deutscher Geschichte. Wir halten vielmehr dagegen, daß der NS gerade nicht als »Bruch« mit der deutschen Geschichte begriffen werden kann, sondern als deren konsequentes Zuendebringen. Der NS kann sich zu recht als legitimer Erbe eines Deutschtums verstehen, in dem die Ziele des NS bereits weitgehend vorformuliert waren:

– Der imperiale Anspruch auf »Lebensraum im Osten« war ganz und gar nichts »Singuläres«.

– Der Kampf gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung«, die Judenverfolgung, die Ermordung von KommunistInnen, SozialistInnen und AnarchistInnen war nichts originär Faschistisches.

– Die Ideologie von der arischen Herrenrasse, der Germanenkult, samt Son-

nenwende und Hakenkreuz, waren keine Erfindungen der Nazis, sondern wesentliche Bestandteile einer völkischen Bewegung, auf die der NS nur zurückgreifen mußte.

– Die Propagierung von »unwertem« Leben, der Gedanke an »Ausmerzung«, die Ideen von Rassenzucht, -hygiene und -reinheit sind keine Erfindungen des NS. Er hat sie nur aufgegriffen, systematisiert und mit aller tödlichen Konsequenz vollendet.

Der deutsche Faschismus war alles andere als der barbarische Einfall in eine zivilisierte, demokratische Gesellschaft, oder wie es neudeutsch heißt, gar ein Anschlag auf den Rechtsstaat. Er war vielmehr nur möglich, weil er sich der deutschen Geschichte bedienen konnte, sich aus ihr heraus erklären konnte. Das Versprechen von einem »Tausendjährigen Reich« war keine nazistische Anmaßung, sondern Ausdruck einer völkisch-nationalen Gesinnung, die in der Verwirklichung »wahrer Führerschaft« ihre Erfüllung sah.

Keine Frage, der NS ist auch mittels der Hilfe des Kapitals, mittels der Reichswehr und der deutsch-nationalen Parteien an die Macht gebracht worden. Aber, und darauf kommt es hier an, der NS hätte niemals diese Unterstützung erfahren, wenn es ihm nicht gelungen wäre, sich als wahrer Vollstrecker deutscher Interessen durchzusetzen. Das war so schwer nicht. Denn nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848, nach der kalten, militärischen Staatsgründung von oben 1878, nach der Niederschlagung der sozialrevolutionären Aufstände von 1918/19 gab es nur noch eine »Revolution«, die Siegheil versprach: die völkische – die Revolutionierung von Herrschaft zum (Massen-) Erlebnis.

Wir werden also im folgenden versuchen, nachzuzeichnen, daß der NS ohne die völkische Ideologie, ohne die völkische Bewegung nicht zu verstehen ist, weder ideologisch noch machtpolitisch. Zum anderen wird dadurch hoffentlich auch nachvollziehbar, warum wir zu recht das Völkische aus dem nationalsozialistischen Kontext heraustrennen und als eine spezifisch deutsche Denk- und Lebenshaltung zu beschreiben versuchen, die weit vor dem NS ihren Anfang nahm und gerade auch heute, ohne NS und Faschismus, eine »Bewegung« prägt, aus der heraus sich Rassismus und Deutschtum erklärt.

4. Die letzte Annäherung an den Begriff des Völkischen ergab sich aus der immer wieder gestellten Frage, wie wir uns die Unterschiedlichkeiten zwischen dem deutschen und dem italienischen Faschismus erklären können? Oder: wieso die Aufforderung berechtigt ist, zwischen Faschismus und NS zu unterscheiden. Warum zum Beispiel die Idee und die Umsetzung der Judenvernichtung in Deutschland entwickelt wurde und nicht im faschistischen Italien? Gerade diese Fragen haben uns immer wieder dazu angehalten, Antworten nicht so sehr im

Faschismus/NS alleine zu suchen, sondern in den unterschiedlichen Entwicklungen dorthin.

Die Geschichte und Präsenz völkischer Ideologien und Lebenshaltungen in Deutschland

Wenn wir im folgenden die wesentlichen ideologischen Einschnitte und die darin reflektierte geschichtliche Entwicklung des völkischen kursorisch zusammenfassen, dann beziehen wir uns dabei ganz wesentlich auf das Buch von George L. Mosse »Die völkische Revolution«.

Vorneweg eine Definition des Völkischen, die Mosse an den Anfang seiner Untersuchung stellt: »Der Terminus ›völkisch‹ geht auf jenen verwirrenden deutschen Begriff ›Volk‹ zurück, dessen Konnotation weit über die eigentliche Bedeutung des Wortes hinausgeht. Seit dem Beginn der deutschen Romantik im späten 18.Jahrhundert bezeichnete der Begriff ›Volk‹ für deutsche Denker eine Gruppe von Menschen, denen eine metaphysische ›Wesenheit‹ eigen ist. Diese ›Wesenheit‹ konnte ›Natur‹, ›Kosmos‹, oder ›Mythos‹ genannt werden, aber sie war in allen Bereichen mit der innersten Natur des Menschen verbunden und repräsentierte die Quelle seiner Schöpfungskraft, die Tiefe seiner Gefühle, seine Individualität und seine Verbundenheit mit den anderen Mitgliedern des Volkes.« – Esoterik auf altdeutsch.

Die Ideologie des Völkischen ist keine in sich geschlossene, sich scharf abgrenzende Ideologie. Sie nahm vielmehr geistige und gesellschaftliche Strömungen in sich auf, verknotete sie mit literarischem Zeitgeist und »wissenschaftlichen Erkenntnissen« (von der Romantik angefangen bishin zur sozialdarwinistischen Rassenlehre). Und wie jede andere Ideologie auch stritt sie um Ausdeutungen und Gewichtungen, was sich in dem Maße verschärfte, wie die völkische Ideologie nicht mehr eine elitäre Abkehr vom bürgerlich-materialistischen Leben verkörperte, sondern zum wesentlichen Bezugspunkt für die »wahre« nationalsozialistische Revolution wurde. Auf dem Weg von einer völkischen Geisteshaltung als Privileg verschwörerischer Männerbünde zum Ferment einer Massenbewegung und politischen Parteinahme wurden machtpolitisch störende Elemente abgeschwächt, umgedeutet und aussortiert.

So bediente sich zum Beispiel das ursprünglich antiwissenschaftliche und antirationalistische Denken völkisch Gesinnter zunehmend »wissenschaftlicher« Rassenbegründungen und -theorien. So vertrug sich das völkische Urbild vom bäuerlichen, ländlichen Leben alsbald mit dem proletarischen, städtischen Arier und die Verherrlichung des nordischen, blonden Rassenmenschen vertrug sich letztendlich auch mit einem Führer, der eher aus dem »Süden« kam.

So wenig sich der NS um die Verwirklichung der völkischen Utopie scherte, so entscheidend war für den Sieg des NS, daß er jene Denk- und Lebenshaltun-

gen gewinnen und mobilisieren konnte, die von der völkischen Ideologie maßgeblich geprägt waren.

Die völkische Ideologie nahm erste Gestalt an, als die industrielle Revolution bäuerlich ländliches Leben, absolutistische, feudale und gottergebene Lebensgewohnheiten und -werte grundlegend erschütterte. Die rasche Industrialisierung Deutschlands schuf städtische Strukturen, die nicht nur neu und fremd waren, sondern zugleich dem Land als primäre Reichtumsquelle den Rang streitig machten. Die Taylorisierung von Arbeits- und Lebensabläufen schuf einen neuen Menschentyp und stattete ihn mit einer neuen maschinengerechten Arbeitsethik und -disziplin aus, die den bahnbrechenden Gesetzen des Geldes und der (Kapital-)Akkumulation Rechnung trugen. Mit dem Machtverlust bäuerlich, ländlicher Existenz ging auch ein Bedeutungsverlust bodenständiger, feudalständischer Wert- und Ordnungsvorstellungen einher. In anderen Ländern, wie z.B. in Frankreich, hatte der beginnende kapitalistische Industrialisierungsprozeß eine bürgerliche Revolution zur Folge, die das Interesse des aufkommenden (Handels-)Bürgertums, die absolutistische Macht des Feudal/Landadels auch politisch zu brechen, mit dem Interesse des »3. und 4. Standes« verband, aus den gottgewollten Knechtschaftsverhältnissen auszubrechen.

In Deutschland mißlang sowohl dieses Bündnnis als auch die bürgerliche Revolution. Beides scheiterte 1848 kläglich. Das Bürgertum arrangierte sich schnell mit der Macht der Kirche und des Feudaladels. Die Forderungen der Landknechte, der Fabrikarbeiter und der fortschrittlich gesinnten Gilden blieben auf der Strecke. Während sich mit der siegreichen französischen Revolution von 1789 die Kämpfe und Forderungen von unten auch in das sich formierende »Nationalbewußtsein« einschrieben, besiegelte die gescheiterte bürgerliche Revolution in Deutschland das reaktionäre Bündnis aus Adel, Kirche und Bürgertum.

Was 1848 nicht gelang, wurde 1878 zu einem kalten Staatsakt von oben. Die deutsche Nation wurde das Ergebnis eines militärischen Unterwerfungsaktes, eine Zwangsvereinigung unter der Vorherrschaft des siegreichen Preußens. Zum ersten deutschen Kaiser wurde der preußische König gekürt. Die Einführung einer Sozialgesetzgebung, die Festschreibung bürgerlicher Rechte durch Bismarck waren demzufolge keine Zugeständnisse an Kämpfe von unten, sondern Resultat einer pragmatischen Machtpolitik, die mit gewissen Reformen möglichen (Klassen-)Auseinandersetzungen zuvorkommen wollte – gerade auch mit Blick auf die unruhigen Ereignisse in Frankreich. In der Ausrufung des deutschen Reiches spiegelten sich also nicht die Kämpfe von unten wider, sondern ihr Scheitern.

So sehr auch diese »Einheit« von vielen bürgerlich Gesinnten ersehnt war, so groß waren zugleich Enttäuschung und Ernüchterung, die der tatsächlichen

Reichsgründung folgten. Diese Desillusionierung verwob sich mit grundlegenden Veränderungen, in denen sich viele nicht wiederfanden – zumindest nicht auf der Sonnenseite. Diese Mischung aus drohender bäuerlicher Deklassierung und unerfüllten Glücksversprechungen des industriellen Zeitalters suchte nach einem Ausweg. Was konnte jedoch der Bezugspunkt sein, wenn es weder dieser Kapitalismus noch diese Nation sein sollten? Die Romantik bot sich dafür geradezu an, die Suche nach einer inneren, geistigen Einheit, abseits der Gesellschaft. Der Kapitalisierung und Rationalisierung von Arbeits- und Lebensbedingungen stellte sie die Naturalisierung entgegen. Die Einheit suchte sie in der Natur und nicht in der Nation. Der Entwurzelung bäuerlicher Existenz, den bodenlosen, städtischen Existenzen stellte sie die Verwurzelung mit dem Land, das Eins-Sein mit der Natur und ihren Gesetzen entgegen. Der Aufklärung und dem wissenschaftlichen Rationalismus setzte die Romantik die mystische Verherrlichung von Boden und Natur entgegen, dem Materialismus und Universalismus des industriellen Zeitalters die kosmische, pantheistische Verbundenheit von Mensch und Natur. Die Romantik war die regressive Antwort auf eine gesellschaftliche Entwicklung, der sie enttäuscht den Rücken kehrte – sie floh im wahrsten Sinne des Wortes aufs Land (jede Ähnlichkeit mit neuzeitlichen Alternativbewegungen bis hin zur Esoterik sind weder zufällig noch übertrieben). Ganz im Zeichen erdiger Ursprungssuche entdeckte sie Symbole, Mythen, Spuren und, nicht zu vergessen, kosmische Kräfte und Quellen von unvorstellbarer Reinheit. Auf dem Weg zum ursprünglichen Leben wurden der »Natur« Gesetzmäßigkeiten abgelauscht, als hätte der »Schöpfer« irgendwo seine Aufzeichnungen liegengelassen. Die Natur wurde zum Maß allen wahrhaften Lebens, zur Rohsubstanz aller Lebensentwürfe, unbehandelt und unverdünnt.

Die Romantik war ein Übersetzungsbüro: Die Landschaft, der Boden wurde zum entscheidenden Symbol für ein unentfremdetes, natürliches Dasein. Der Baum wurde zum Inbegriff eines Volkes, dessen Wurzeln tief in der (verschütteten) Vergangenheit ruhen, während seine Krone dem Kosmos, dem Wahrhaftigen zustrebt. Der Bauer wurde zum Prototyp eines Menschen, der verwurzelt ist, im Licht (der Sonne) steht – im Gegensatz zu den städtischen Existenzen, die sich wurzel-, also heimatlos in dunklen und schmutzigen Gassen herumtrieben. Das Land stand für die Werte der einfachen Gerechtigkeit und Ehrbarkeit – im Gegensatz zur Stadt, in der Sittenverfall, Zügellosigkeit und Laster regierten.

So »selbstverständlich« sich die wahren Werte des Lebens aus dem Eins-Sein mit der Natur ergaben, so »selbstverständlich« wurden soziale Klassenunterschiede mit der Topographie der Landschaft erklärt. Harmonie in Unterwerfung. So natürlich der Gegensatz von Feld und Wald ist, so »natürlich« sollte der Klassenunterschied zwischen Herrn und Knecht sein bzw. werden. Und so weit die Natur zurückreicht, so weit reicht die »Utopie« der romantischen und

völkischen Denker zurück: In der mittelalterlichen Ständegesellschaft entdeckten sie die Zukunft eines Lebens in ewiger Ordnung und naturgegebener Vorsehung. »Natur« als Platzanweiser.

Der völkische Ökologiegedanke eines Herrn Gruhl (einst bei den Grünen, dann Gründer der ÖDP) hat hier seine geistigen Ursprünge. Dennoch hatte die romantische Bewegung einen Haken. Sie hat zwar wesentlich dazu beigetragen, aus vermeintlichen Naturgesetzen eine menschliche Sozialordnung abzuleiten, doch in der romantischen Vorstellung hätte das jedes Volk sein können, wenn es nur eins mit der Natur ist. Der Übergang vom romantischen Denken zur völkischen Ideologie besteht gerade darin, Gründe zu schaffen, damit es eben nicht jedes Volk sein kann. Die völkische Zutat bestand darin, der romantischen Mystik eine rassistische Auslese zugrunde zu legen. Damit wurde ein weiterer Naturalisierungsprozeß eingeleitet. Die Verfolgungsgeschichte gegenüber Menschen anderer Hautfarbe und/oder anderen Glaubens sollte in der »Natürlichkeit« von »Rassenunterschieden« zum Verschwinden gebracht und damit verewigt werden. Damit kündigt sich zugleich der völkische Anspruch an, ein besonderes Privileg zu besitzen, die Welt zu ordnen und zu fügen.

Galt die Sozialisierung »ewiger Naturwerte« als Voraussetzung zur Volksfindung, so war die mystische Geschichtsschreibung Voraussetzung für völkische Vorsehungen. Bei der Wiederentdeckung der Germanen ging es den völkischen Interpreten nicht um Sozialgeschichte, sondern um die Wiederentdeckung ewiger Naturkräfte im historischen Gewand. Um im Bild des Baumes zu bleiben: Die Krone, die kosmische Verbindung von Mensch und Natur war bereits hergestellt, jetzt ging es darum, die Wurzeln des Baumes bio-geschichtlich im Germanentum zu verankern. »Man bespöttelt uns als ›Teutsche‹, wenn wir auf die Vorbilder unserer germanischen Ahnen weisen. Mit sehr viel Vorbedacht! Kaum etwas ist so stärkend für ein Geschlecht als die Erinnerung an seine Vergangenheit. Nicht nur fühlt es sich durch den Stolz auf die Leistung seiner Vorfahren erhoben, nicht nur fühlen sich alle lebenden Abkömmlinge des Stammes durch die gemeinsamen Ahnen verbunden: sondern sie holen sich auch aus der Wesensart der lebenskräftigen Vorfahren Richtlinien für ihre Einstellung in der weniger zielsicheren Gegenwart. (...) Selbst wenn jene Idealgestalten nicht die gewesen sein sollten, als die wir sie heute ansehen wollen, so müssen wir dennoch unsere Vorstellungen von einer idealen Verkörperung unseres Volkstums in eine solche Entfernung schieben, daß sie jeder bemäkelnden Kritik unerreichbar sind.« (Poller, 1920, zitiert nach Karlheinz Weißmann: »Druiden, Goden, Weise Frauen«)

Konstruktions- und Verkabelungsarbeiten standen also an, das Erdreich wurde ausgehoben. Biotech-mäßig schien eines für ausgemacht: Je tiefer die Wurzeln eines »Volkes« reichten, desto ursprünglicher und reiner galt seine

Herkunft, desto epochaler mußte der (Wieder-)Eintritt in die Weltgeschichte ausfallen. Soviel oder sowenig die tatsächliche Geschichte der Germanen auch dafür hergibt, es ging darum, den Mythos vom »einen Volk« erdreich zu verifizieren. So zerrissen und gespalten das völkische Denken das erste deutsche Reich erlebte, so wenig es sich mit dieser Nation identifizieren wollte, so sehr wurde das »Volk« zum Gegenpol, auf dem alles vereinigt wurde, was zur Rekonstruktion nötig war: ein bißchen Geschichte, viel Natur, reichlich Mystik, mit allerhand Vorsehung abgeschmeckt.

Der Rückgriff auf das Germanentum hatte mehrere wichtige Funktionen in der völkischen Ideologie:

1. Es ging darum, Symbole, Riten und Mythen auszugraben, um die sich besagtes Volk – geschichtsträchtig – scharen konnte (Runenzeichen, Sonnenwendkult, Hakenkreuz ...). Es ging schlicht um die Schaffung von Erkennungszeichen.

2. Die völkische Geschichte vom Germanentum soll belegen, daß es sich nicht um irgendein Volk handelt, sondern um ein auserwähltes, das die geschichtliche Mission hat, die Menschheit zu retten. Ein »Volk«, das nicht nur für sich selbst spricht, sondern für die ganze Menschheit. Der Eintritt germanischer Stämme in das historische Bewußtsein wird als etwas Größeres beschrieben, als ein Unternehmen, das gerade noch rechtzeitig das Erbe und Vermächtnis des untergehenden Römischen Reiches übernehmen konnte. Die siegreichen Germanen waren also keine einfachen Krieger, sondern verkörperten einen »rettenden Engel, den Spender eines neuen Menschheitsmorgens« (Chamberlain). Die völkische Geschichtsschreibung hat sich zur Aufgabe gemacht, die banalen Herrschaftsinteressen »der Deutschen« in Bio-Geschichte zu transformieren. Die germanischen Stämme verkörperten also das Gute, Tugendhafte, Siegreiche – das untergehende Römische Reich das Schlechte, Lasterhafte, Verschwenderische. Looser eben.

3. Das Germanentum diente zur Beschreibung der Physiognomie des Siegers, des Prototyps des deutschen Helden. Modelliert wurde ein »nordischer Typ«, von der Sonne umworben, der der Vorstellung von männlicher Schönheit Konturen und geschichtliche Größe gab und in den sich letztendlich das Bild des »Ariers« einschrieb. Über den Umweg ins Germanentum verpaßte die völkische Ideologie dem Deutschtum eine Identität.

Mit einem zweiten Schritt trat das völkische Denken aus den Schatten seiner romantischen Vordenker. Es ging um die Architektur eines Feindes, um Feindversinnlichung. In ihr vermischte sich Bio-Macht mit der »Propaganda der Erinnerung«, in ihr verbanden sich biologistische mit kulturalistischen Ableitungen. Da das Völkische ja keine Klassen, keine sozialen Antagonismen kennen will, sondern nur »natürliche« Ordnungen, konnte der Feind nur aus dem Ge-

genbild zum »Volk« gewonnen werden. Doch wer war nun der »Volksfeind«, der »Volksschädling«? Wenn in der völkischen Ideologie Herrschaft das »Volk« nicht bedroht und unterdrückt, sondern führt, in ihm aufgeht, muß eine andere a-soziale Größe gefunden werden, die für Bedrohungen und Gefahren verantwortlich gemacht werden kann. Da in der völkischen Ideologie Herrschaft und Unterdrückung, Reichtum und Armut im Volkskörper harmonisch aufgehen, konnte der Feind des »Volkes« nur außerhalb entdeckt werden. Da das Völkische im Germanentum den reinsten Ausdruck eines Volkes, die »natürliche« Überlegenheit der germanischen Rasse entdeckt hat, konnte der Feind nur noch »Gegenrasse« sein. Die Geschichte der jahrhundertelangen Verfolgung sollte zum sichtbarsten »Rassemerkmal« werden.

War das Konstrukt »Volk« über das Konstrukt »Rasse« erstmal abgesichert, konnte ohne große Mühen eine rassistische Dublette, als Negativ, angefertigt werden. Dabei griffen viele völkische Theoretiker die sozialdarwinistischen Thesen auf, um ihrem Rassenkampf eine wissenschaftliche Note zu verleihen. Lange vor dem NS, bereits Ende des 19. Jahrhunderts, nutzten völkische Ideologen diese wissenschaftlichen Begründungen und koppelten die Legitimation der Vernichtung von »Lebensuntüchtigen« mit der Vernichtung »niederer Rassen«. Rassenhygiene, Rassenveredelung und Rassenzüchtung wurden gängige Begriffe, um die herum sich völkische Überlegungen spannten.

Konnte die völkische Ideologie das Volk nicht über die(se) Nation definieren, mußte ein anderes Konstrukt her, um dem »Volk« Homogenität zu verschaffen. Waren es nicht die nationalen Grenzen, mußten biologistische und kulturalistische Grenzwerte definiert werden, die das »Volk« eingrenzbar, »Volksfremdes« ausgrenzbar machten. Im »Volkskörper« verwandelte sich Sozialpolitik zur medizinischen Vorsorge, die Sehnsüchte nach sichtbaren Veränderungen wurden zu einem Fall plastischer Chirurgie, die Bekämpfung von »Fremdkörpern« eine Frage von Leben und Tod.

Mit der Bezugnahme auf das Germanentum, mit der Einbindung von Rassentheorien und Sozialdarwinismus war es nicht nur gelungen, das Volk in eine Rasse zu transformieren, sondern auch eine »natürliche« Hierarchie der »weissen Rassen« selbst zu begründen. Übrigens zeigt sich hier sehr gut, daß biologistische und kulturalistische Rassenmerkmalbestimmungen sehr früh bereits miteinander verzahnt wurden – alles andere also als eine Erfindung der »neuen« Rechten. Die »neue« Rechte kann jedoch den Vorteil nutzen, auf eine koloniale und imperialistische Zurichtung zurückgreifen zu können, die in einem Maße Spuren hinterlassen hat, daß biologistische Merkmalbestimmungen zugunsten kultureller zurücktreten können. Es genügt heute, die Einschreibungen, die Unterdrückung und Ausplünderung hinterlassen haben, als kulturelle und soziale Wesensmerkmale anderer Völker auszugeben.

Die Aktualisierung des »äußeren« Feindes im Inneren

Eigentlich blieb der »äußere« Feind solange abstrakt, wie er spiegelbildlich nur zur Beschreibung der eigenen Höherwertigkeit diente. Für die Enttäuschungen, Brüche und Widersprüche, die die kapitalistische Entwicklung in Deutschland auslöste, mußte jedoch ein Feind gefunden werden, der greifbar ist, ein Feind, der nicht jenseits der nationalen Grenzen lauert, sondern im Inneren am Werk ist. Da im Völkischen ja Volk und Nation (noch) nicht eins sind, galt es, einen Feind auszumachen, der dieses Eins-Sein hintertrieb. Ein Feind, der nahe genug ist, um ihn von innen heraus zu bekämpfen, weit genug weg, um ihn mit all dem zu infizieren, was die Nation unvollkommen und fremd machte.

Die völkische Ideologie brauchte diesen inneren Feind nicht erst zu erfinden, sie mußte ihn nur aktualisieren. Der christliche Antijudaismus hat »den Juden« seit Jahrhunderten bereits stigmatisiert, zugerichtet und mit allen kirchlichen und weltlichen Mitteln verfolgt. In der christlich-abendländischen Kulturgeschichte galt »der Jude« fortan als »Verräter« – ein im wahrsten Sinne des Wortes aus der Taufe gehobener Sündenbock für alles. Wer hören will, wie weit diese christliche Botschaft reicht, braucht nur in ein x-beliebiges deutsches Stadion zu gehen und sich die »Judas! Judas!«-Schlachtrufe dort reinzuziehen – gelten sie einem »gekauften« Schiedsrichter oder einem Fußballspieler, der sich von einem anderen Verein hat kaufen lassen.

Diese jahrhundertelange Verfolgung hat Spuren bei den Opfern hinterlassen. Das religiöse Stigma konnte somit durch das Stigma der Verfolgung selbst abgelöst werden. Die unsichtbaren Zeichen religiöser Zugehörigkeit verwandelten sich mit der Verfolgung in sozial sichtbare Zeichen »jüdischer Besonderheit«.

Es waren vor allem die sichtbaren Zeichen dieser Verfolgung, die der völkische Antisemitismus dazu benutzte, diese abermals gegen die Verfolgten zu wenden. Was sozialer Ausdruck ihrer jahrhundertelangen Ausgrenzumg war, machte der Antisemitismus zum Wesenszug »jüdischer Existenz«. Was eigentlich die Verfolger anklagen müßte, wurde Begründung zur fortgesetzten Verfolgung. Der Antisemitismus kann als eine Transformationsleistung der Verfolger begriffen werden, das eigene, fortgesetzte Gewaltverhältnis in der »inneren Natur des Judentums« zum Verschwinden zu bringen.

Was wurde also das Kennzeichen »des Juden«? Das, was die Verfolger Besonderes mit jüdischen Menschen gemacht haben: Ghettos, Pogrome, kirchliche Verdikte, Verbote, ein Handwerk auszuüben, der Zwang, Handel und/oder Zinsgeschäfte zu machen ... Zinsgeschäfte waren Christen verboten. Da Jüdinnen und Juden von Handwerksberufen ausgeschlossen waren, blieb einigen nichts anderes übrig, als sich mit Zinsgeschäften über Wasser zu halten. Wenn

also in Handwerksbetrieben keine jüdischen Menschen arbeiteten, in Zinsgeschäften – relativ – viele, dann mußte das auffallen. Wenn Zinsgeschäfte nach christlicher Lehre etwas Verwerfliches waren, dann konnte es bei den »jüdischen« Geschäften nur mit dem Teufel zugehen ...

Die völkische Ideologie mußte jedoch in der Zuschreibung dessen, was jüdisch sei, weitergehen. Ging es ihr doch darum, jemanden für die mißlichen Erscheinungen des Kapitalismus verantwortlich zu machen, einen Adressaten auszumachen, der an der Verstädterung und Proletarisierung, an der Auflösung traditioneller bäuerlicher Lebensverhältnisse, an der Macht des Geldes und anderer Rauschmittel schuld war.

Die Aktualisierung »des Juden« im Völkischen bot die einzigartige Möglichkeit, die Kritik an der Moderne nicht im Wesen des Kapitalismus, sondern im Wesen des Jüdischen zu begründen. Ging es dem Völkischen doch gerade nicht um Kritik von Herrschaft, sondern um deren Vollendung.

In der völkischen Ideologie wurde das antisemitische Stereotyp mit all den Zuschreibungen aufgeladen, die mit den »Schattenseiten« des Kapitalismus in Verbindung gebracht wurden: »Der Jude« war Materialist, der »Gipfel des aufsässigen, bösartigen und faulen Proletariats«. Er war habgierig, gefühllos und – wo man schon dabei ist – seelenlos. Mit ihm wurde die materielle und soziale Armut in den Ghettos leiblich. Und wenn von dunklen, schmutzigen Straßen, von Trunkenheit und Sittenverfall die Rede war, dann war »der Jude« nicht weit. »Der Jude wurde als Verkörperung von Unehrlichkeit und Egoismus, rücksichtslos in seinem Machtstreben, dem friedlichen, herzlichen Deutschen gegenübergestellt, der das Ende der Zerrissenheit modernen städtischen Lebens herbeisehnte.« (Mosse)

Indem das Jüdische nicht nur als »Gegenrasse« konstruiert, sondern zugleich als Verursacher kapitalistischer Mißstände gebrandmarkt wurde, verwandelte sich auch der Bedeutungsgehalt des antijüdischen Stereotyps. Wurde »der Jude« in früheren Zeiten meist als groteske und komische Figur dargestellt, so nahm er in der völkischen Ideologie lebensbedrohende Gestalt an. Er wurde mit Omnipotenz, ökonomischer Macht und internationalen Verbindungen ausgestattet, denen mann und frau nicht länger mit Geringschätzung und/oder Gleichgültigkeit begegnen konnte, sondern einzig und allein mit dem Willen, den Kampf um Leben oder Tod aufzunehmen. »Der Jude« im Völkischen mußte Karriere machen, mußte aufsteigen. Dazu gehörte, »die Juden« aus den dunklen, schmutzigen Straßen der Ghettos in die höchsten Etagen eines weltumspannenden Finanzkapitals zu liften. Dem vernichtenden »Verzweiflungskampf der arischen Völker mit dem Judentum« wurde damit – lange vor dem NS – das ideologische Fundament geliefert. Kam die Kritik kapitalistischer Industrialisierungsprozesse in der Romantik im wesentlichen ohne einen leibhaftigen Feind

aus, beschränkte sich die Romantik noch fast durchgängig auf die Beschreibung mystischer Gegensätze, die zumeist in idealistische Rückbesinnungen und reale Rückzüge mündeten, so verlieh das Völkische dem Feind »die jüdische Gestalt«, konkretisierte »im Juden« die Abstraktion kapitalistischer Gesetzmäßigkeiten.

Von einer elitären Heilslehre zur völkischen Massenbewegung

Wie unhaltbar die Annahme ist, die völkische Ideologie sei eine fanatische Lebensvorstellung einiger weniger gewesen, wie hilflos der Versuch ist, die völkische Ideologie an den Rand der Gesellschaft – entweder (ökonomisch) ganz nach unten (an die Deklassierten, das Lumpenproletariat) oder ganz weit nach oben (»Hinter dem Faschismus steht das Kapital«) – zu transportieren, mit wievielen optischen Aufhellern gearbeitet werden muß, um die Behauptung zu halten, die nationalsozialistische Ideologie hätte die Menschen verblendet und dann verführt, belegt der Wandel, den die völkische Ideologie von einer elitären, nostalgischen Heilslehre zur massenhaften Bewegung Anfang des 20.Jahrhunderts gemacht hat. Dieser kurze Rückblick müßte zudem deutlich machen, wie tief und weitverbreitet völkisches Denken und antisemitische Lebenshaltungen in der Bevölkerung verankert waren – lange bevor die NSDAP beides miteinander verzahnen konnte.

Und mit Blick auf heute läßt sich eine Parallelität ausmachen. Wenn heute davon die Rede ist, daß die »neue« Rechte ganz stark über die Feuilletons verschiedener bürgerlicher und liberaler Zeitungen (vom Spiegel über die FAZ bis zur SZ) ihren Einfluß geltend mache, so lassen die Quellen, auf die sich zum Beispiel Mosses' Untersuchung stützt, die Vermutung zu, daß bereits Ende des 19.Jahrhunderts die völkische Ideologie vor allem in erzieherischen, schulischen, kulturellen und literarischen Bereichen eine dominante Position einnehmen konnte. Aus der konservativen bürgerlichen Mitte heraus gelang es, die Entwicklung der konservativ-reaktionären Jugendbewegung (»Die Wandervögel«), der studentischen Verbindungen (»Burschenschaften«) bis hin zum »Bund der Landwirte« und zum »Alldeutschen Verband« völkisch zu prägen. Die Behauptung mag überspitzt klingen, daß 1 000 Lehrer des republikanischen Deutschlands, die die völkische Ideologie von Lagarde und/oder Langbehn verehrten und verbreiteten, ebenso wichtig waren wie die Millionen von Reichsmark, die die NSDAP von der Industrie bekam. Dieser Vergleich mag zumindest deutlich machen, welchen Wirkungsgrad die völkische Ideologie hatte, in welchem Maße sie institutionell und gesellschaftlich Fuß fassen konnte, oder – mit den Worten Gramscis – auf welche »kulturelle Hegemonie« sie zusteuerte. Daß führende Vertreter aus Industrie und Wirtschaft bereits damals etwas von »Kultursponsoring« verstanden, bevor sie offen die NSDAP mitfinanzierten, sei hier nur erwähnt.

So belegen Analysen deutscher Geschichtsbücher sehr anschaulich, welchen Einfluß germanische Urmythen und völkische Weltbilder vom Beginn des 19. Jahrhunderts an, auf die Lehrinhalte an Schulen und Universitäten hatten. Ein Einfluß, der schließlich Ende letzten Jahrhunderts in die von Lehrern und Eltern erhobenen Forderung mündete, »Heimatkunde« in den Lehrplan mitaufzunehmen. So war auch die Debatte um die Schulreform in jenen Tagen ganz wesentlich davon geprägt, Kinder und SchülerInnen verstärkt auf die elementaren Werte »germanischer Tugenden« zu verpflichten, die Liebe zum Vaterland über die Liebe zur Heimat zu stiften, abstraktes Wissen durch die Vermittlung handwerklicher Traditionen und schöpferischer Werte zu ersetzen.

Die Naturalisierung sozialer Ordnungsvorstellungen, die Gleichsetzung der Erst- und Letztinstanz Gott mit Naturgesetzlichkeiten gewann nicht nur innerhalb staatlicher Erziehungseinrichtungen an Bedeutung. Gerade außerhalb davon, zu einer Zeit, als sich das Völkische noch elitär verstand, wurden Privatschulen gegründet, die sich ohne staatliche Reglementierungen ganz der Vermittlung völkischer Lebensweisen widmeten. So entstand die Landerziehungsheim-Bewegung des Schulreformers Hermann Lietz, der das Landleben, die wachsende Vertrautheit mit Natur und Boden, die Kenntnis des einfachen bäuerlichen Lebens in den Mittelpunkt seines Erziehungsauftrages stellte. Die erste Schule wurde 1898 gegründet, und bis 1920 gab es mindestens 40 dieser Art, die bei aller Verschiedenheit ihre Ursprungsgedanken Lietz zu verdanken hatten. Was dieser und andere völkische Schulreformer unter »natürlicher Ordnung« verstanden, wurde alsbald deutlich, als er die anfangs eingerichteten Schülerselbstverwaltungen wieder abschaffte. Stattdessen wurden »Familien« geschaffen, in denen – ganz natürlich – der Lehrer als (Ober-)Haupt fungierte. Denn so sehr die Kritik am autoritären staatlichen Schulsystem ein Ausgangspunkt der Landerziehungsheim-Bewegung war, so schnell wurde klar, daß Führerschaft und autoritäre Lebensvorstellungen nicht der Streitpunkt waren. Es ging um »wahre« Führerschaft. So wie seine Schule, so sollte nach Lietz der Staat wie »ein gut geführter Bauernhof sein, wo jedes Ding den ihm gebührenden Platz einnehme«.

Zu diesem Erziehungsauftrag gehörte – ganz natürlich – auch eine antisemitische Einstellung. So beschloß die Lehrerkonferenz bereits 1910, daß alle jüdischen Kinder zur Aufnahme eine besondere Empfehlung benötigten und außerdem einen höheren Beitrag zu zahlen hätten. Diese antisemitischen Diskriminierungsmaßnahmen gingen zeitgleich mit der Forderung völkisch Gesinnter einher, alle Nichtarier mit einer Doppelsteuer zu belegen.

Die Heimatschulen, die in den 20er Jahren entstanden, sahen sich in derselben völkischen Tradition, mit dem Unterschied, daß sie der verbreiteten rassistischen und antisemitischen Grundhaltung akzentuierter und nachdrücklicher

Geltung verschafften. Neben der Bedeutung der Natur legten sie gesteigerten Wert darauf, den Charakter im Kampf um die wahre Nation zu stählen und leisteten mit ihren praktizierten Rassenstudien einen wichtigen Beitrag zur Verwissenschaftlichung des bevorstehenden »Rassenkrieges«.

Die Jugendbewegung

Die Jugendbewegung, die Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer starken, antibürgerlichen Kraft wurde, ist ein weitere gesellschaftliche Kraft, die von völkische Lebensvorstellungen maßgeblich beeinflußt wurde. Wir sind hier nicht in der Lage, die verschiedenen Wendungen und Strömungen innerhalb der Jugendbewegung nachzuzeichnen. Mosse kommt zu dem Schluß, daß die Jugendbewegung in einem bedeutenden Maße von völkischen Lebensvorstellungen und germanischen Ursprungsideen geleitet wurde. Es wäre sicherlich spannend, den Bemühungen von linker Seite nachzugehen, auf die Jugendbewegung revolutionär einzuwirken. Interessant deshalb, weil der damalige Versuch, auf die »berechtigten Sorgen und Ängste« einzugehen, Parallelitäten zu heute aufwerfen. Belassen wir's bei der Feststellung, daß die gescheiterte Einflußnahme darauf zurückzuführen ist, daß Nietzsches »Willenskraft« und die männliche Heldenverehrung nicht so einfach wendbar sind, daß es politisch fatal ist, männliche Idealisierungen zum gemeinsamen Ausgangspunkt linker Politik und revolutionärer Veränderungen zu machen.

Im Gegensatz zu anderen Staaten wie Frankreich behielt die »Jugendrevolte« in Deutschland einen konservativen Charakter, deren antibürgerlicher Momente nicht ins Revolutionäre, sondern ins Völkische umschlugen.

Die »Jugendrevolte« war – wen wundert's – eine Rebellion gegen die Eltern. Die preußisch-viktorianische Lebenshaltung, die Sexual- und Körperfeindlichkeit, die heuchlerische Moral, die elende Unterwürfigkeit unters Gegebene waren wesentliche Katalysatoren für die jugendliche Unruhe. Doch wie die Romantik war die Jugendbewegung in ihren Anfängen eine Rückbesinnungsbewegung, die sich eher von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen abkehrte, anstatt in diese einzugreifen. In vielen Verweigerungshaltungen griff sie auf romantische Muster zurück – besann sich auf Natur und Traditionen, auf altes (deutsches) Liedgut und »germanische Ursprünge«. Sie blieb der Idee vom »Volk« treu – als romantisch-völkisches Gegenbild zu einem Staat, den sie als fremd, korrupt und verlogen empfand.

Die Wandervogel-Bewegung Anfang des 20.Jahrhunderts entwickelte in diesem Spannungsverhältnis eine große Anziehungskraft und Eigendynamik. Sie vertraute mehr den Wertsetzungen der »Natur« als den eigenen Vorstellungen von einer Gesellschaft ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Natur, Heimat und Volk verschmolzen abermals zu etwas mystisch Ganzem. So verwundert es

nicht, daß viele Wandervögel-Gruppen Riten germanischen Ursprungs wie die Sonnwendfeier ausgruben und wiederbelebten. Gegen die körperlose, anonyme Macht kapitalistischer Verhältnisse, gegen die Feigheit und Duldsamkeit ihrer Eltern setzten sie das germanische Heldentum – den obligatorischen Sprung durch das Feuer. Gegen die parlamentarischen »Quasselstuben« setzten die Wandervögel die natürliche Führerschaft, gegen die sexuelle Prüderie der wilhelminischen Gesellschaft den germanisch geprägten Körperkult als ursprünglichen Ausdruck männlicher Schönheit, Stärke und Macht. Die Freikörperkultur floß zwar in die Jugendbewegung mit ein, setzte der bürgerlichen Scham vor Nacktheiten die Natürlichkeit des Körpers entgegen, doch im Kern zirkulierte die neu-entdeckte Schönheit um das Ideal eines aufrechten, männlich athletischen Körpers.

War Natürlichkeit und Schönheit erstmal männlich kodiert, so blieb Frauen in der Wandervogel-Bewegung eine untergeordnete Rolle vorbehalten. Die Wandervögel waren organisatorisch und ideologisch ein Männerbund, in dem Frauen als Gleichberechtigte nicht vorkamen – auch wenn sie später ihre eigenen Gruppen gründeten und nach dem Ersten Weltkrieg gemischte Gruppen entstanden.

Auch was den Antisemitismus innerhalb der Wandervogel-Bewegung angeht, stand sie der bürgerlichen antisemitischen Grundhaltung in nichts nach. In ihren Begründungen vermischten sich bereits damals kulturalistische Ableitungen mit biologistischen Rechtfertigungen. So gab es zur »Judenfrage« innerhalb der Wandervogel-Bewegung vier Positionen. Einige Gruppen traten dafür ein, »assimilierten Juden« die Teilnahme an der Bewegung zu erlauben – wobei die geforderte Anpassungsleistung bereits die Existenz einer »jüdischen Rasse« unterstellt. Eine andere Fraktion, die vor allem nach 1918 immer stärker wurde, bestand auf der Minderwertigkeit der »jüdischen Rasse«, was ihren strikten Ausschluß zur Folge haben sollte. Eine dritte Position vertrat den (differentialistischen) Standpunkt, »die Juden« als eigenständiges »Volk« anzuerkennen, was sich in der Sympathie gegenüber der zionistischen Bewegung und der Unterstützung der Forderung nach einem eigenständigen israelischen Staat ausdrückte. Nur eine kleine Gruppe innerhalb der Wandervögel verfocht eine uneingeschränkte Teilnahme für jüdische Menschen. Wie sich die unterschiedlichen antisemitischen Positionen in der Alltagsorganisation der Wandervögel niederschlugen, belegt eine Untersuchung, die zwischen 1913 und 1914 gemacht wurde. Derzufolge hatten »92 Prozent der Ortsgruppen keine jüdischen Mitglieder«. (Mosse) Wie wenig dabei der Zufall eine Rolle spielte, verdeutlicht die Tatsache, daß »in 84 Prozent der Fälle dies auf ›antisemitischen Beschlüssen‹ beruhte«. Der ›Arier-Erlaß‹ war also de facto lange vor der nationalsozialistischen Machtübernahme eine weit verbreitete Praxis deutscher Organisationen und Parteien.

Der alldeutsche Verband – die Bündelung völkischer Kräfte

Kurz vor der Jahrhundertwende entstanden neben den Bünden einige Organisationen und Parteien, die sich zur Aufgabe setzten, die verschiedenen zersplitterten, patriotischen Gruppen zusammenzuschließen, mit dem Ziel, die völkischen Gruppen in einer gemeinsamen politischen Plattform zusammenzufassen. Dieser Rolle wurde bis Anfang der 30er Jahre der Alldeutsche Verband gerecht, der 1891 entstanden war. So zählten der Soziologe Max Weber, der Politiker Gustaf Stresemann, der Historiker Karl Lamprecht genauso zu seinen Mitgliedern wie der Sozialdarwinist Ernst Haecker, der beim völkischen Publikum beliebte romantische Schriftsteller Ratzel oder der ehemalige Direktor des Krupp-Imperiums Alfred Hugenberg. Dem Alldeutschen Verband gelang es, die unterschiedlichen völkischen Strömungen, sei es aus der Wissenschaft, der Literatur oder dem Erziehungswesen mit politischen, industriellen und militärischen Machtzentren zu verkoppeln – auch wenn das letztendliche Ziel, alle völkisch Gesinnten unter ein Parteikommando zu bringen, nicht diesem, sondern der NSDAP gelingen sollte. Dennoch leistete er wichtige Vorarbeit. Alfred Hugenberg knüpfte die Verbindungen zur Industrie. Hohe Militärs und Regierungsstellen bedankten sich für die üppigen Geldspenden des Alldeutschen Verbandes, die den Ausbau der deutschen Kriegsflotte vor dem Ersten Weltkrieg mitfinanzieren halfen. Für die deutsch-nationale Propaganda, die die Kapitulation von 1918 als Vaterlandsverrat und Dolchstoß brandmarkte, revanchierten sie sich beim Alldeutschen Verband durch offene Sympathie und Parteinahme.

Politisch war der Alldeutsche Verband Ghostwriter nationalsozialistischer Eroberungs- und »Lebensraum«pläne, indem er die Ausweitung deutscher Gebiete innerhalb Europas und der Kolonien forderte. Ganz im völkischen Sinne vertrat er Rassenreinheit und -hygiene, um dem deutschen Geist die führende Rolle zukommen zu lassen, die ihm gebührte. Nur konsequent betrieb er antisemitische Feldzüge, in denen »die Juden« als Verfechter des modernen Materialismus und als Lebensgefahr für die germanische Ursubstanz gegeißelt wurden. Die völkisch-antisemitische Einstellung gipfelte in Forderungen nach einem staatlichen Einwanderungsverbot für Juden und 1928 in der Unterstützung der sogenannten »Judenordnung« – einem Vorläufer der Nürnberger Gesetze, die jüdische Menschen systematisch aus allen »lebenswichtigen« Bereichen ausschließen sollten.

Von der völkischen Bewegung zur nationalsozialistischen »Revolution«

Aus dem Vorangegangenen müßte deutlich geworden sein, daß der NS die völkische Ideologie und Lebenshaltung vorfand – nicht erfinden, sondern nur zu Ende bringen mußte. Er nahm sich heraus, was er brauchen konnte, verstärkte

bestimmte Elemente, schwächte andere ab, baute sie abermals um – je nach aktueller Lage. So gingen zum Beispiel die antikapitalistischen und antibürgerlichen Elemente in der völkischen Bewegung mit der bürgerlichen Machtübergabe an die NSDAP ganz und gar im Antisemitismus auf, die antibürgerlichen Protesthaltungen wurden auf puritanische, sittliche Werte zurückgestutzt. In diesem Sinne ließ Göring 1934 auch das Nacktbaden – einst Ausdruck unverhüllter Schönheit und Natürlichkeit – verbieten. Und schließlich wurde der anfangs offene Kampf gegen das »judaisierte« Christentum im Zuge der kirchlichen Beistandspolitik zugunsten der Nazis zurückgenommen und eingestellt. Manch ein völkisch Gesinnter, der an den romantischen Utopien festhalten wollte, wurde im Zuge dieser Umbauarbeiten als »Sektierer« gebrandmarkt und ein für alle mal kaltgestellt. Einige (wenige) völkische Vordenker sahen darin einen Grund, den Nazis den Mißbrauch ihrer Ideen vorzuwerfen. Sie verweigerten ihnen die Gefolgschaft und gerieten – in ganz wenigen Fällen – sogar in aktive politische Gegnerschaft. Vordergründig mag es sich hier um Erbstreitigkeiten handeln.

Im Kern jedoch kam ein Widerspruch zum Tragen, den die völkische Bewegung weder aufheben wollte noch konnte. Denn die Verwirklichung der völkischen Utopie – eine ständisch organisierte, agrarisch bäuerliche und natürlich organische Gesellschaft – hätte zu einem systemüberwindenden Kampf führen müssen, zu einem Kampf gegen führende deutsche Kapitalinteressen, denen alles andere als ein mittelalterlicher Ständestaat vorschwebte. Dies war weder beabsichtigt noch so gemeint. Innerhalb kapitalistischer Verhältnisse war also die völkische Utopie als ländliche Lebensrealität nur für wenige zu haben. So ist es nur konsequent, daß der NS die Verwirklichung der völkischen Utopie nicht zum Ziel hatte, sondern die Verfügbarmachung einer völkischen Lebenshaltung, die Herrschaft nicht in Frage stellte, sondern sich ihrer »wahrhaft« vergewissern wollte.

Der Übergang von der völkischen Bewegung zum NS bestand demnach darin, völkisches Denken und Handeln nicht länger an abseitigen Orten zu belassen, sondern zu einem Herrschaftserlebnis für (fast) alle zu machen – so sie »arisch«, fleißig, gesund und gehorsam waren. Dem NS gelang es, die völkische Ideologie als Masseninszenierung erlebbar zu machen, indem er gegen die körperlose, abstrakte, undurchsichtige und individualisierte bürgerliche Ordnung die Herrschaft des Sichtbaren, des Eindeutigen und Faßbaren organisierte. Das »Tausendjährige Reich« war das Phantasma einer Gesellschaftsordnung, in der alle sozialen Widersprüche ausgelöscht sind, in der alles seinen Platz hat, für immer und ewig. So hat der NS es verstanden, die völkische Ideologie zu dem zu machen, was sie ist: Eine Gegenutopie, ein ewiges, totales Jetzt – die Negation jeder Überschreitung, jeder Transzendenz.

Auf dem Weg dorthin organisierte das bürgerliche Regime aktive Beihilfe. Die sozialrevolutionären Erhebungen nach 1918 wurden allesamt blutig niedergeschlagen, von den verschiedenen ArbeiterInnenaufständen bis zur Münchner Räterepublik. Bereits damals klappte das Zusammen- und Wechselspiel zwischen bürgerlich-konservativen, sozialdemokratischen und faschistischen Kräften ausgezeichnet – geeint in dem Schrecken vor jedweder revolutionären Unruhe. Das eine Mal waren es die Freicorps, die später zur wesentlichen, paramilitärischen Stütze des NS wurden, ein anderes Mal sozialdemokratische Polizeipräsidenten wie Noske und Zörgiebel, die aufbegehrende ArbeiterInnen zusammenschießen ließen, oder deutsch-nationale Kreise, die angesichts der beschworenen »kommunistischen Gefahr« Geld, Medien und Militärs mobilisierten. Die Niederlage der Aufständischen von 1918/19 sollte allen vor Augen führen, daß die Verwirklichung einer Utopie von einem Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung ein tödliches Unterfangen sei. Die Erfahrung, daß eine Utopie, die die Beseitigung kapitalistischer Herrschaft zur Bedingung hat, zum Scheitern verurteilt ist, hat wesentlich dazu beigetragen, die völkische Utopie als einzige Alternative zwischen bürgerlicher Ordnung und orthodoxem Kommunismus wahrzunehmen.

Wollte der NS aus dem Schatten völkischer Zirkel heraustreten, um eine Massenbewegung zu werden, mußte er auch die Enttäuschungen gerade proletarischer Schichten mit aufnehmen und bearbeiten. Denn bis 1918 blieb die völkische Bewegung trotz Zulauf und Verbreitung ein im wesentlichen bürgerlich/bäuerliches Unternehmen. Die Verknüpfung antikapitalistischer Elemente (Brechung der Zinsknechtschaft, Abschaffung des nicht durch Arbeit verdienten Einkommens ...) mit antisemitischen Zuweisungen (das »jüdische und raffende« Kapital ...) befriedigte antikapitalistische Sehnsüchte, ohne die kapitalistischen Verhältnisse selbst anzutasten. Dieser völkische Antikapitalismus hatte in dem Maße Erfolg, wie sozialistische und kommunistische Parteikader Antisemitismus außerhalb und innerhalb ihrer eigenen Reihen nicht bekämpften, sondern als ›halben Schritt‹ zur revolutionären Tat begrüßten. So äußerte sich zum Beispiel das ZK-Mitglied Ruth Fischer in ihrer Berliner Rede 1923 wie folgt: »Wer gegen das Judenkapital aufruft ..., ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß. Tretet die Judenkapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!«. (zitiert nach konkret 1/1991, S. 45)

Nicht viel anders verhielt es sich mit Führerkult, Vaterlandsliebe und partriarchalen Lebenshaltungen. Sie wurden nicht in Frage gestellt, sondern als selbstverständliche Grundausstattung sozialistischen und kommunistischen Parteilebens – gegen jede Art der Abweichung – verteidigt. Die Entfesselung der völkischen Ideologie zur NS-Bewegung ist – bei allen bürgerlich-reaktionären Hilfestellungen – nicht zu begreifen ohne die bittere Tatsache, daß der antifa-

schistische Widerstand in der Weimarer Republik den Nazis vieles entgegensetzen konnte: Mut, Entschlossenheit, Ausdauer und Aufopferungsbereitschaft, doch genau dort, wo der faschistischen Ideologie eine andere Wirklichkeit hätte entgegensetzt werden müssen, konnte zu oft nur eine andere Ideologie verkündet werden – und bezogen auf patriarchale, autoritäre und soldatische Lebenshaltungen zumeist nicht einmal das. Der Kampf um eine andere Wirklichkeit wurde nicht nur auf der Straße verloren, sondern »zu Hause«, in den eigenen Reihen – kampflos.

Die Bereitschaft, Antisemitismus auf dem Weg zum »wahren« Antikapitalismus – erzieherisch – zu begleiten, anstatt zu bekämpfen, die Weigerung, Antisemitismus als Entfesselung bürgerlich-kapitalistischer Verhältnisse zu begreifen und eben nicht als »Sozialismus der dummen Kerle« (August Bebel), führte geradezu zwangsläufig dazu, den Kampf gegen Faschismus auf ein Klassenverhältnis zu reduzieren. Weder Sozialisten noch Kommunisten wollten begreifen, daß die ausgebeutete Klasse nicht nur etwas zu verlieren hatte, sondern – im Völkischen – auch etwas zu gewinnen: den Herrenstatus, unabhängig von Geschlecht und Klassenzugehörigkeit. Ein Privileg, das durchaus auch gegen die eigene Klassenlage eingenommen werden kann, ohne »falsches« Bewußtsein, sondern in vollem Bewußtsein um den rassistischen Vorteil.

Der Wahlerfolg der NSDAP sollte zeigen, daß der deutsche Faschismus nicht durch einen institutionellen Putsch (wie Mussolini in Italien) an die Macht kam, sondern durch eine in allen Schichten verankerte Massenbasis, die ihr 1932 ganz legal zur Macht verhalf. Die ca. 14 Millionen Deutsche (37,4 % der Wahlbevölkerung), die 1932 die NSDAP zur stärksten Partei machten, waren noch nicht das durch Terror erzwungene Ergebnis, sondern der Erfolg einer nationalsozialistischen »Bewegung«, die die völkische Weltsicht großer Teile der Bevölkerung, von arm bis reich, von unten bis oben, von (antisemitisch) »links« bis rechts, von Frauen bis Männern zu einer klassen- und geschlechtsübergreifenden Volksorganisation formen konnte.

Bei aller Kritik sozialistischer und kommunistischer Faschismuserklärungen bleibt jedoch festzuhalten, daß der NS das Kapital nicht gegen sich hatte, sondern spätestens Anfang der 30er Jahre – mit seinen gewichtigsten Fraktionen – hinter sich.

Die militärische Kapitulation 1918 hatte nicht nur die kaiserlich-wilhelminische Ära begraben, sondern zugleich den Kapitalismus in eine aussichtslose Lage versetzt. Das Land war ziemlich ruiniert, der Versailler Friedensvertrag war mit Reparationszahlungen an einstige Kriegsgegner verbunden, die eine unbeschwerte Kapitalakkumulation beeinträchtigten. Die deutschen Kolonien mußten abgetreten werden, und die Entmilitarisierungsmaßnahmen der Siegermächte ließen eine »normale« imperialistische Außenpolitik nicht zu. Diese

Kriegslasten und -folgen paarten sich mit einer kapitalistischen Weltmarktentwicklung, in der das deutsche Kapital kaum oder nur sektoral konkurrenzfähig blieb.

Da der Anspruch, an der Aufteilung und Ausbeutung der Welt beteiligt zu sein, weder durch die Kriegserfahrungen noch durch die Folgen der Kapitulation beschädigt wurde, drängten sich »extralegale« Wege zur Wiedererlangung deutscher Weltmachtpositionen geradezu auf. Auch das war kein spezifisches nationalsozialistisches Anliegen, sondern Konsenshaltung aller bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik. Die Freicorps, die an der Niederschlagung der revolutionären Aufstände von 1918–23 maßgeblich beteiligt waren, wurden mit Zustimmung und Duldung bürgerlicher Parteien aufgestellt – wohlwissend, daß dies gegen den Versailler Friedensvertrag verstieß. Auch die »Schwarze Reichswehr«, die illegal in den 20er Jahren aufgestellt und ausgerüstet wurde, auf die der NS seine Kriegs- und Aufrüstungspolitik aufbauen konnte, entstand im Schutz national-bürgerlicher Interessen. Es ging darum, so schnell wie möglich Anschluß an die anderen Imperialmächte zu bekommen – auch unter Umgehung der Kapitulationsbedingungen. In dem Maße, wie sich die kapitale Einsicht durchsetzte, daß die Kriegsfolgen nicht mit gesteigerten Ausbeutungsverhältnissen im Inneren zu kompensieren waren – dafür waren die ArbeiterInnenorganisationen zu stark –, gewann die Überlegung Oberhand, nicht über die Einhaltung internationaler Vereinbarungen und Verträge wieder Weltmachtpositionen einzunehmen, sondern mit Hilfe einer nationalsozialistischen »Bewegung«, die den Kampf gegen das »Diktat von Versailles« als integralen Bestandteil ihres Kampfes gegen die »jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung« propagierte.

Damit war der Schulterschluß zwischen national-bürgerlichen, militärischen, kapitalistischen Interessen und der nationalsozialistischen »Bewegung« besiegelt, geeint in dem übereinstimmenden Interesse, die kapitalistischen Verhältnisse zu »überspringen«, indem man sie in ihrer ganzen Herrlichkeit enthüllte.

Zurück in die Gegenwart

In vielen Auseinandersetzungen und Diskussionen sind wir immer wieder mit zwei Rassismuserklärungen konfrontiert worden, die sich nach wie vor hartnäckiger Beliebtheit erfreuen. Erklärungen, die ganz wesentlich die Praxis heutiger Antifa-Politik prägen:

1. Rassismus/Antisemitismus sei ein Spaltungsmittel und eine Ideologie der Herrschenden, ein Kommandounternehmen von oben gegen ganz unten. Dahinter stehe das strategische Kalkül der Herrschenden, vom »eigentlichen« Kampf abzulenken.

2. In Rassismus und Antisemitismus drücke sich die »entfremdete Form eines berechtigten Protests« (W. Haug) aus, oder mit den Worten eines »neuen« Antiimperialismus: »In der Gewalt der Zukurzgekommenen sehen wir eine Form der proletarischen Selbstfindung unter schlechten Emblemen ...« (Materialien für einen neuen Antiimperialismus Nr. 5/1993: Thesen zur Rassismusdebatte, S. 24).

Wir haben bereits an anderer Stelle ausgeführt, daß diese Positionen, sprachlich vielleicht ein bißchen gelenker, dennoch so neu nicht sind. Sie geben in wesentlichen Teilen nur die sozialdemokratischen und kommunistischen Faschismuserklärungen der 20er und 30er Jahre wieder. Gerade vor dem Hintergrund der hier skizzierten völkischen Geschichte müßte klar werden, daß diese Erklärungen nicht nur damals falsch waren, sondern auch heute falsch sind. Wir wären ein ganzes Stück weiter, wenn wir uns zumindest darin einig wären:

– daß Rassismus und Antisemitismus kein (Rand-)Problem »Zukurzgekommener« ist, sondern eine Lebenshaltung, die sich aus der Mitte dieser Gesellschaft speist,

– daß sich Rassismus und Antisemitismus nicht an der Höhe des Einkommens mißt, sondern an dem, was einem/einer zusteht,

– daß Rassismus/Antisemitismus kein »Protest« ist, der »eigentlich ganz anders gemeint« ist, sondern eine Entscheidung, die gegen die eigene soziale Erfahrungen erst willentlich eingenommen werden muß,

– daß Rassismus und Antismentismus nicht zu bekämpfen ist, indem mann und frau aufklärerisch die »Embleme« und/oder den »Feind« austauscht,

– daß Rassismus und Antisemitismus weder der halbe Weg noch ein Schleichweg zur »proletarischen Selbstfindung« ist,

– daß das klassengebundene Subjekt nur dann »entfremdet« handelt, wenn es von der kommunistischen Theoriespur abweicht, ansonsten aber, im wirklichen Leben, durchaus in der Lage ist, sich mittels Rassismus und Antisemitismus zu »verwirklichen«.

Wenn wir das zum kleinsten gemeinsamen Nenner antifaschistischer, autonomer Politik machen könnten, hätten wir zumindest einen Feind weniger: den Zwang, die Geschichte zu wiederholen, das zweite Mal – so ist zu hören – nur noch als eine einzige Farce.

Ob das reicht, um erfolgreich(er) zu sein, möchten wir, mit bescheidener Zurückhaltung, nicht versprechen.

(1993)

Ein ganz gewöhnlicher Fahrplan Richtung Pogrom

Zum Beispiel Mannheim-Schönau

Bereitstellung

Mannheim-Schönau zählt zu den klassischen Arbeitervororten, beschaulich, grau, mit ein wenig Grün drum herum und viel geselligem Vereinsleben.

Mannheim-Schönau zählt zu den traditionellen SPD-Hochburgen. Früher, als sie noch nicht verboten war, war dort auch die KPD recht stark.

Mannheim-Schönau ist heute eine REP-Hochburg. Dort erreichten sie mit zuletzt knapp 17 Prozent der Stimmen ihr bestes Wahlergebnis von ganz Mannheim.

Mannheim-Schönau wird heute sozialplanerisch als »sozialer Brennpunkt« geführt: hohe Arbeitslosigkeit, viele SozialhilfeempfängerInnen, Drogenprobleme, Kriminalität. Statistisch gesehen, von allem zuviel.

Mannheim-Schönau hat auch eine leerstehende ehemalige Gendarmeriekaserne. Eigentlich hat die Stadt versprochen, dort ein Jugendprojekt einzurichten, eine Autowerkstatt oder etwas ähnliches, was die Jugendlichen auf andere Gedanken bringt. Doch daraus wurde nichts. Im Februar 1992 wurde dort ein Sammellager für Flüchtliche eröffnet.

Mannheim-Schönau hat auch ein Freizeitheim (Jugendzentrum) und Sozialarbeiter, die einfach wissen, daß Flüchtlinge Rauschgiftdealer sind. Das wissen sie aus Funk und Fernsehen, haben es also mit eigenen Augen gesehen. Als die Bitte an sie herangetragen wurde, die Flüchtlinge die Sporthalle mitbenutzen zu lassen, lehnten sie ab. Vor ihren Augen taten sich nur noch Drogendepots und angefixte Jugendliche auf, sie sahen rot. Ihr Widerspruch hatte Erfolg: »Inzwischen ist es den Betreuern des Jugendfreizeitheimes gelungen, diese Besuche der Asylbewerber abzustellen«, berichtete der Mannheimer Morgen (MM) am 9.4.92.

Mannheim-Schönau hat BürgerInnen, denen es schlecht geht und die wissen, wem es zumindest schlechter gehen müßte. »Wenn ich morgens arbeiten geh', liegen die Asylanten schon faul in der Sonne.« Eine verkehrte Welt. »Das hat mit Ausländerfeindlichkeit überhaupt nichts zu tun, schreiben Sie das, die sollen sich nur anständig benehmen, uns reicht's jetzt nämlich.« (Anzeiger 3.6.92)

Mannheim-Schönau hat einen SPD-Oberbürgermeister, der nicht wie manch einer seiner Parteigenossen zappelt, sondern Haltung annimmt, wenn es

um die Schicksalsfragen der deutschen Nation geht. Das verschaffte ihm als Ehrengast auf einem CDU-Parteitag einen Platz an der Sonne, ganz vorn in der ersten Reihe. Unter dem Jubel der Anwesenden verkündete er, daß man »vor einer Grundgesetzänderung (des Asylrechtsartikels 16,2, d.V.) nicht zurückschrecken« dürfe. In Bonn gäbe es zwar ständig Gesprächsrunden, »aber in Wirklichkeit geschieht nichts«. (MM, 27.1.92)

Mannheim-Schönau hat eine (lokale) Presse, die es versteht, mitzuzündeln und sich gleichzeitig um die erhöhten Emissionswerte sorgt: »Auf ein Wort ... Schaut her, die bösen Schönauer? Dummes Zeug!

In ganz Deutschland werden die Proteste gegen die massenhafte Einwanderung von Asylbewerbern, darunter ein Großteil Wirtschaftsflüchtlinge, die den wirklich Hilfsbedürftigen schaden, zunehmen. Leider wird es auch vermehrt gewalttätige Aktionen geben. Das schadet unserem Ansehen im Ausland. Und wieder einmal sei es geschrieben: die Politiker sind gefordert.

Nicht morgen oder übermorgen, sondern heute.« (Joachim Faulhaber, Anzeiger 3.6.92)

Mannheim-Schönau erfüllt alle Voraussetzungen für einen »berechtigten Protest«.

Abfahrt

26./27.5.1992

Das Gerücht, eine 16jährige Deutsche sei von Bewohnern des Flüchtlingsheimes vergewaltigt worden, macht bereitwillig die Runde. Etwa 150 Menschen ziehen vor das Flüchtlingsheim und verbreiten Lynchjustiz-Stimmung. Die Polizei verhindert die Erstürmung des Sammellagers.

28.5.1992

Vatertag. In Anschluß an ein Vatertagsfest ziehen Hunderte von BesucherInnen vor das Flüchtlingsheim. Pogromstimmung ist angesagt. Das spricht sich rum, und ganz schnell wächst die Menge auf über 500 Menschen an.

»Asylantenschweine raus«, »Ausländer raus«, »Nur ein toter Neger ist ein guter Neger«. Die Polizei fordert Verstärkung an.

Oberbürgermeister Widder ist auch an Ort und Stelle des Geschehens. Er äußert Verständnis für seine »aufgebrachten« BürgerInnen und verspricht, wie der Mannheimer Morgen zwei Tage später berichtet, »sich um die Probleme zu kümmern«. Als die Polizei die Menge zurückdrängte, blieb Widder als Stadtoberhaupt unter seinen Bürgern.

1.6.1992

Anfang Juni erreichen das Frankfurter Antirassistische Notruftelefon genauere Details über die Ereignisse in Mannheim-Schönau.

3.6.1992
Die erste Mobilisierung aus dem Rhein/Main-Gebiet nach Mannheim-Schönau erfolgte an diesem Tag. Etwa 150 AntirassistInnen beteiligten sich daran. Ziel war, den belagerten Flüchtlingen Unterstützung und Solidarität zu zeigen und, wenn möglich, die Konfrontation mit den BelagerInnen zu suchen. Das konnte nicht gelingen, da die Polizei den Auftrag verfolgte, einerseits die Flüchtlinge vor den AnwohnerInnen zu schützen und gleichzeitig die AnwohnerInnen vor uns. Der Abend endete pluralistisch: an der einen Absperrung versammelten sich die BelagerInnen, an der anderen wir – überall und dazwischen die Polizei. Daraufhin wurde der Beschluß gefaßt, tags und nachts Wachen mitzuorganisieren und die regionale Mobilisierung für eine Demo am 6.6. anlaufen zu lassen.

Fahrplanstörungen

Erste Kontroversen entzündeten sich um Ort und Ziel der geplanten Demonstration. Grob gesagt, standen sich zwei Positionen gegenüber:

1. Die eigentlichen Verantwortlichen dieses Pogromes sind die Politiker, samt ihrer verfehlten Sozialpolitik. Die BewohnerInnen auf der Schönau werden als Opfer wahrgenommen, deren »berechtigter Protest« verständlich ist, aber den »falschen« Feind treffe. Hier wird Rassismus nur als Mittel der Herrschenden wahrgenommen, die damit von den eigentlichen Problemen und »wahren« Schuldigen ablenken wollen. Kaum treffender spiegelt sich diese Position in einem Flugblatt zur 6.6.-Demonstration wieder:

»Rebellion ist gerechtfertigt. Aber so geht's nicht!

Es gibt gute Gründe, auf die Straße zu gehen. Wohnungsnot, Mieten, Löhne- kurz gesagt, das Gefühl, ständig 'was weggenommen zu kriegen. Es gibt auch gute Gründe, gegen die Scheiße hier mit Gewalt vorzugehen ... Wir gehen davon aus, daß auch in Schönau einige dieser Gründe eine Rolle gespielt haben.

Aber Aggressionen, die sich statt gegen die Herrschenden gegen die Schwächsten in dieser Gesellschaft richten, sind entweder die Unfähigkeit, sich gegen die Richtigen zu wehren, oder die Feigheit des ›kleinen Mannes‹: gegen oben ducken – gegen unten treten.

Es bieten sich viele Ziele an: Makler, Chefs, Politiker, Banken, Bullen etc. ... Es ist vollkommen klar, daß die Unterbringung von über 200 Menschen auf engstem Raum, die darüber hinaus noch aus verschiedenen Kulturkreisen kommen, zu Spannungen führt. Es ist nachvollziehbar, wenn es zu Problemen zwischen den Flüchtlingen und der Bevölkerung kommt ...

Aber das entschuldigt gar nichts!«

In der Praxis führte dieses Verständnis unter anderem dazu, die Absetzung des SPD-Oberbürgermeisters Widder zu fordern und den Demonstrationsort von der Schönau in die Mannheimer Innenstadt zu verlegen.

2. Unsere Position bestand darin, die TeilnehmerInnen an diesem Pogrom sehr wohl als eigenständig Handelnde zu begreifen, die eine Wahl haben und sich sehr bewußt für etwas entschieden haben. Für uns sind sie nicht Opfer, sondern zuallererst TäterInnen. In den rassistischen Angriffen drückt sich also nicht der Funke einer »Rebellion« gegen soziale Ungerechtigkeiten aus, sondern der Wille, weiterhin – als Teil der Herrenrasse – bevorzugt zu werden.

Es konnte uns also nicht um Verständnis und Aufklärung gehen, sondern um unmittelbare Konfrontation. Wichtigstes Ziel mußte sein, die rassistischen Angriffe vor Ort zu stoppen und den dort lebenden Flüchtlingen erfahrbar zu machen, daß es Menschen gibt, die ihr Dasein begrüßen und sich mit ihrem Kampf um ein menschenwürdiges Leben verbunden fühlen.

Diese unterschiedlichen Positionen kamen in den Vorbereitungstreffen nur sehr bruchstückhaft zum Vorschein. Meist prallten nur die unterschiedlichen Schlußfolgerungen aufeinander, was sehr schnell dazu führte, die möglichen Streitpunkte in das Bild einer Auseinandersetzung von »Provinz« (Mannheim) gegen »Metropole« (Frankfurt) umzuwandeln.

Die Entscheidung fiel zwar mehreitlich für eine Demonstration in Mannheim-Schönau aus, doch es sollte sich sehr schnell zeigen, daß dieser Beschluß dem »Druck der Ereignisse« nicht standhalten konnte. Als klar war, daß die Demonstration dort verboten und Mannheim-Schönau total abgeriegelt würde, wurde in letzter Minute die Demonstration in die Mannheimer Innenstadt verlegt. So wenig die Entscheidung für Mannheim-Schönau inhaltlich getragen wurde, so verlockend schien die angebliche Zusage der Polizeiführung (oder der sich darin ausdrückende Wunsch einiger, die großen OrganisatorInnen spielen zu dürfen), zumindest in der Mannheimer Innenstadt ungestört eine Demonstration machen zu können.

Es sollte ganz anders kommen. Bereits der Kundgebungort wurde nach wenigen Minuten angegriffen, jeder Versuch, sich an einem anderen Ort zu sammeln, wurde zerschlagen. Es gab mehrere Schwerverletzte und über 140 Festnahmen. Die Polizei bewies zumindest – was eigentlich nicht mehr beweisbedürftig ist –, daß sie jede Ansammlung auseinandertreiben kann, wenn es von den politischen Auftraggebern erwünscht ist.

Waren die allabendlichen Angriffe auf das Flüchtlingheim bestenfalls eine lokale Randnotiz wert, so schaffte diese antirassistische Demonstration zumindest eines: sie geriet ins bundesrepublikanische Scheinwerferlicht. Wenn man/frau den Erfolg einer Demonstration an der Größe der Schlagzeilen und an der Zeilenlänge mißt, dann konnte man/frau sicherlich mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wenn man/frau jedoch bedenkt, daß eine Berichterstattung, die die Verhältnisse auf den Kopf stellt und den eigentlichen Grund der Demonstration

zum flüchtigen Nebensatz macht, gar nichts vermittelt außer die herrschenden Verhältnisse, dann bleibt dieser Medienerfolg mehr als fragwürdig, gerade dann, wenn es unsere Absicht ist, nicht die Auseinandersetzung mit der Polizei in den Mittelpunkt zu stellen, sondern das, was in diesem Land unter Polizeischutz steht. Denn zur selben Zeit, als wir in der Mannheimer Innenstadt gejagt und verprügelt wurden, konnten sich abermals hunderte »besorgte BürgerInnen« vor dem Flüchtlingsheim sammeln – in aller Seelenruhe und gänzlich ungestört.

So verwundert es nicht, wenn Schönauer BürgerInnen – von der Polizei, den örtlichen Politikern und den Medien weitgehend gedeckt – weiterhin ihrem allabendlichen rassistischen Feierabendvergnügen nachgingen. Das Verlangen, Mannheim-Schönau »flüchtlingsfrei« zu machen, wurde zur Selbstverständlichkeit, mit der von Staatsseite so umgegangen wurde wie mit einem Fastnachtsumzug: Seit dem 2.6. wurde die Lilienthalstraße, die direkt am Flüchtlingslager vorbeiführt, jeden Abend ab 17 Uhr von der Polizei ordnungsgemäß gesperrt. Die Angriffe auf das Flüchtlingsheim bekamen so ihr geregeltes, institutionalisiertes Verfahren. Auf der einen Seite verhinderte die polizeiliche Präsenz tatsächlich, daß das Flüchtlingsheim gestürmt und abgebrannt werden konnte. Auf der anderen Seite sorgte sie dafür, daß die Drohung im Blick blieb, das Flüchtlingsheim eigenhändig zu räumen, wenn sich die demokratischen Parteien nicht endlich auf eine »Lösung des Asylproblems« einigten. Oder mit den Worten von August Mehl, dem ErstenVorsitzenden der Kultur- und Interessensgemeinschaft Mannheim-Schönau e.V., in der sich 26 ortsansässige Vereine und Geschäftsleute zusammengeschlossen haben: »Der Bürger erwartet Lösungen«, und wenn nichts geschieht, »dann stehen vielleicht bald nur noch die Mauern der Gendarmeriekaserne«. (MM, 5.6.92) Die Herstellung eines Problems, die Inszenierung eines Problemdrucks und die Logik, dafür eine Lösung finden zu müssen, greifen geschmeidig ineinander.

Die kurzfristig in die Mannheimer Innenstadt verlegte Demonstration vom 6.6. und ihre Zerschlagung verschärften die Auseinandersetzungen in den Vorbereitungsgruppen für eine bundesweit ausgerufene Demonstration am 13.6.92. Zwar blieb der Demonstrationsort nach wie vor Mannheim-Schönau, doch die Wichtigkeit, – jetzt erst recht – daran festzuhalten, wurde weiterhin ziemlich unterschiedlich gesehen. Auch diesmal gelang es nicht, die inhaltlichen Differenzen und die sich daraus ergebenden unterschiedlichen Praxisvorstellungen zur Sprache zu bringen. Anstatt sich darüber zu streiten, wurden die Gegensätzlichkeiten mehr denn je am »Metropolen-Provinz-Gefälle« zwischen Frankfurt und Mannheim festgemacht und noch vertieft. Daß diese notwendigen Kontroversen weniger irgendwelchen Hausmachtsallüren geschuldet waren, sondern daß inhaltlichen Unterschiedlichkeiten zu Grunde lagen, fiel dabei mehr und mehr unter den Tisch. Ähnlich beschrieben es die HerausgeberInnen der Dokumenta-

tion »Mannheim-Schönau: 26.5.-27.6.1992«: »Am 9.6. findet wiederum ein Plenum zur Vorbereitung der 13.6.-Demonstration statt. Die schon (oben) genannten Kontroversen treten hier in zum Teil noch schärferer Form auf. Es geht diesmal unter anderem um die Frage des Demonstrationsortes. Wieder gelingt es – verständlicher Weise (Zeitdruck) – kaum, die Auseinandersetzung, deren zusätzlicher Hintergrund nun das Desaster des 6.6. ist, inhaltlich zu führen. Das Ergebnis: die Demonstration soll weiterhin auf der Schönau stattfinden. Die Stimmung bei vielen ist aber irgendwo zwischen Abgenervtsein und Spaltung. Trotzdem ist auch allen klar, irgendwie weitermachen zu müssen. Genauer ist das bis heute nicht gefaßt!« (S.4) ... Irgendwie ... ist da was dran ...

In vielen Diskussionen in Frankfurt ging es nicht darum, etwa am Demonstrationsort Mannheim-Schönau unsere Allmachtsphantasien auszutoben. Die Notwendigkeit, die Demonstration bundesweit anzulegen, ist ja bereits das Eingeständnis, nicht einmal mit regionalen Kräften eine Demo durchsetzen zu können. Uns ging es vielmehr darum, unserer Einschätzung Ausdruck zu verleihen, in den am Pogrom beteiligten BürgerInnen aktiv handelnde RassistInnen zu sehen, die über ihr Tun nicht erst aufgeklärt werden, sondern zuallerst daran gehindert werden müssen. Dabei waren wir uns sehr wohl unserer bescheidenen Möglichkeiten bewußt. In unseren Vorbereitungen ging es also immer wieder darum, nicht das zu erwartende Demoverbot zum Gradmesser unseres Handelns zu machen, sondern das eigene Ziel: unter den genannten Bedingungen so nah wie möglich an die »einheimischen Gegner des Asylantenheimes« (so die liebevolle Selbstbezeichnung) heranzukommen. Dabei hatten wir weniger Feldschlachten und Geländegewinne im Kopf als Gewitzheit, ein bißchen Schläue und viel Beweglichkeit. Die Vorstellung, uns von allen möglichen und unmöglichen Orten aus Mannheim-Schönau zu nähern, während ein wie immer überdimensionierter Polizeiapparat sich ständig in dem Versuch selbst karikiert, jede Straße, jeden Rad- und Schleichweg dicht zu bekommen, beflügelte eins ums andere Mal unsere Anstrengungen. Schließlich wollten wir auch nicht ausschließen, daß uns mit dieser Demonstrationstaktik etwas gelingt, was wir mit einer Demo allein nicht erreichen können: eine Situation offensichtlich zu machen, in der rassistische Handlungen »der Straße« zu einem staatsaktähnlichen Szenario verschmelzen, in dem sich demokratische Politiker, PogromteilnehmerInnen, Polizei und Medien gegenseitig an die Hand nehmen, um für »Ruhe und Ordnung« zu sorgen. Ganz in diesem politische Grenzen überwindenden Sinne wandte sich der SPD-OB Widder in einem offenen Brief an seine »liebe[n] Mitbürgerinnen und Mitbürger auf der Schönau«, um einen Tag vor der geplanten Demo zu verkünden: »Nachdem in unserer Stadt ... längst wieder Ruhe eingekehrt ist, bereiten uns aus dem gesamten Bundesgebiet zureisende militante Kräfte erhebliche Sorgen ... Ungeachtet des von mir verfügten Verbots ...,

ist damit zu rechnen, daß versucht wird, die Demonstration durchzuführen. Die Polizei ist darauf vorbereitet, die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten. Ich bitte Sie deshalb erneut sehr eindringlich, jeglichen Ansammlungen und Aktionen fernzubleiben, womit Sie die Arbeit der Polizei erheblich untersützen ...«

Zurück zur Demovorbereitung. Ergebnis der gemeinsamen Absprachen war, sich in zwei Demozügen bzw. Konvois Mannheim-Schönau zu nähern. Konsens bestand zugleich darin, bis zu den Absperrungen zu gelangen, sich zu sammeln und das weitere Vorgehen dort zu beschließen. Ein Durchbrechen der Absperrungen wurde von den meisten als unrealistisch eingeschätzt. Ein, zwei Tage vor dem 13.6. begann das übliche Aufwärmtraining der Presse. Medienfeuer. Krawalle und militante Reisekader, Hundertschaften und Verstärkung aus befreundeten Bundesländern, Gewalt und brave BürgerInnen wurden erwartet. Das reichte, um den wackligen Konsens in der Demokoordination zum Einsturz zu bringen. Wieder in letzter Minute, ohne gemeinsame Absprache, wurde vom südlichen Versammlungsort aus erst gar nicht der Versuch unternommen, nach Mannheim-Schönau zu gelangen – ganz abgesehen von den vielen in den Autos, die an den weiträumigen Kontrollpunkten der Polizei festgesetzt wurden. Demonstrationsziel war so wieder die Mannheimer Innenstadt geworden, in der sich bis in die Abendstunden hinein ca. 3 000 Menschen versammelten und ohne polizeiliche Angriffe demonstrieren durften. In unserem Autokonvoi hielten wir vom Norden kommend an der vereinbarten Konzeption fest, über viele vorher erkundete Wege und Umwege so nah wie möglich an Mannheim-Schönau heranzukommen. Tatsächlich gelang es uns auch, mit etwa 300–400 Leuten an das vorher ausgemachte Ziel zu gelangen. Das Bild werden noch einige von uns im Gedächtnis haben, als wir in einem langgezogenen Konvoi mit ca. 80 Autos über einen schmalen Feldweg, entlang brachliegender Felder, Mannheim-Sandhofen erreichten. So ganz hatten wir ja selbst nicht daran geglaubt. Eigentlich war es von dort aus nur noch ein Katzensprung bis nach Mannheim-Schönau. Ausgemacht war, dorthin als Demonstrationszug zu gelangen und irgendwann auf die »anderen« zu stoßen. In Wirklichkeit stießen wir auf schnell herbeigerufene Polizei, die uns bereits während des Abstellens der Autos einkesselte und so jede weitere Demonstration – außer der ihren – verhinderte. Über eine Stunde dauerte es dann, bis sich ein Einsatzleiter für diese Situation verantwortlich zeigte, nochmal genauso lang, bis seine Zusage, die Kessel – mit denen er eigentlich nichts zu tun hätte – aufzulösen, auch umgesetzt wurde. Nach insgesamt drei Stunden Verzögerung konnte so etwas ähnliches wie »Demonstrationsfreiheit« – auf Mannheim-Sandhofen begrenzt – stattfinden.

Wir hatten mehrere Redebeiträge vorbereitet, unter anderen den folgenden, den wir hier dokumentieren. In diesem ging es uns darum, am Beispiel Mann-

heim-Schönau zu konkretisieren, warum für uns Rassismus kein Fall für eine Klassenanlayse, also auch kein Sozialfall ist:

An die Bürgerinnen und Bürger auf der Schönau

Nicht für Sie, aber für uns fing alles mit einer gerade 12zeiligen Kurzmeldung in der FR vom 30.5.92 an: »Am Donnerstag abend waren in Mannheim 30 betrunkene Männer von einem Vatertagsfest aus zu einem Asylbewerberheim gezogen und hatten in Sprechchören den Ausländern Gewalt angedroht. Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an. Das Gebäude wurde abgeriegelt, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Sie nahm mehr als 20 Unruhestifter fest. Dabei wurden zwei Beamte durch Glassplitter von Bierflaschen leicht verletzt.«

Man/frau muß diese kleine, unscheinbare Nachricht mehrmals lesen, um Wort für Wort die Widerwärtigkeit dieses Ereignisses zu begreifen. Daß am Vatertagsfest Männern nicht mehr einfällt, als sich zu besaufen, gehört seit Jahren zum Ritual jenes Feiertages. Daß sie sich dabei ankotzen und bestätigen, gehört zu dieser Art von Männerfreundschaft, die hier gepflegt wird – wie der Vorgarten, das Auto, das kleine Häuschen und der Gartenzwerg. All das hat seine Ordnung.

Völlig in Ordnung war auch, daß der Höhepunkt dieses Vatertagsfestes ein Angriff auf ein Flüchtlingslager war. Das war zwar – spätestens seit Hoyerswerda – nichts Neues mehr, aber für die Schönauer Bevölkerung wohl höchste Zeit, und alles andere als zufällig.

So besoffen diese 30 Männer waren, so genau wußten sie, wohin sie gehen, so einig waren sie sich, wer jetzt keinen Grund hat zu feiern, wer in ihrem aufgeräumten Vorort nichts zu suchen hat.

»Ihr aggressiver Krawall zog etwa 300 Schaulustige an«, so die Zeitungsmeldung weiter. Das klingt nach Attraktion, nach Spektakel, ein bißchen Lärm, ein wenig Übermut und zwei Bier zuviel. In einem Land, wo Pogrome und Judenhaß nicht die Handlung von wenigen war, sondern eine rassistische Lebenshaltung von Millionen; in einem Land, wo Selektion und Vernichtung von unwertem Leben nicht gegen die Bevölkerung, sondern mit deren Duldung und Unterstützung möglich wurden, ist eine solche Pressenotiz mehr als Verharmlosung und Entschuldigung. Als handele es sich hier um Entgleisungen – und nicht um Gleise, die gestern nach Auschwitz führten und heute zielsicher vors Flüchtlingslager. Als handele es sich hier um blinde Gewalt, um eine Schnapsidee und eben nicht um eine rassistische Lebenshaltung, die im Exzeß nur öffentlich macht, was viele denken und fühlen und einige schon immer sagen.

»300 Schaulustige« zog dieser rassistische Angriff an. Und wir fragen Sie, die Schönauer Bevölkerung: Was zog Sie an, was machte Sie an, wo Sie ansonsten bei »Krawall« gewöhnlich die Türen schließen und die Polizei rufen?

Was zog Sie an, auf die Straße, vors Flüchtlingslager, wo Sie doch ansonsten so für Ruhe und Ordnung eintreten? Und wir fragen Sie, die braven und rechtschaffenen BürgerInnen von Schönau: Was war an diesem Abend, vor dem Flüchtlingslager »lustig«?

Was fanden Sie an diesem »Krawall« so lustig, wo Sie doch ansonsten »Krawall« so verurteilen? Anders gefragt: Was machte Ihnen so viel Mut, wo Sie doch ansonsten soviel Angst vor »Ausschreitungen« haben?

Was uns entsetzt, sind nicht die 30 Vaterlands-Männer, die die Sau rauslassen, sondern Sie, die Schaulustigen, die Gefallen und Genugtuung daran gefunden haben. Sie, die sich ganz und gar nicht als Minderheit fühlen, sondern stellvertretend für die Mehrheit in Schönau Ihre Zustimmung und Unterstützung kundtaten.

Es wäre ganz und gar falsch, wenn man Sie mahnend an Hoyerswerda erinnern wollte, als hätten Sie – wieder einmal – etwas vergessen. Im Gegenteil: das Bezeichnende an Ihrer Haltung ist, daß Sie gerade nicht vergessen haben, sondern dabei sind, es zu wiederholen!

Sie, Schönauer Bürgerinnen und Bürger, sind gerne und bevorzugt »Opfer«: Opfer einer verfehlten Sozialpolitik, Opfer einer geschwätzigen Asyldebatte, Opfer einer tatenlosen Parteipolitik und zuletzt Opfer einer Vergewaltigung, die ein »schwarzer« Asylbewerber an einer 16jährigen Schönauerin begangen haben soll. Das hat das Faß zum Überlaufen gebracht, wo Sie sich so lange haben zusammenreißen müssen.

Sie sind so viel »Opfer« wie das Nazi-Deutschland 1939, das von Polen »angegriffen« wurde und deshalb ab 5.30 Uhr morgens begeistert dem Führerbefehl folgte, »zurückzuschießen« ...

Sie wissen so gut wie wir, daß die meisten Vergewaltigungen nicht von »Fremden«, ob schwarz oder weiß, versucht oder begangen werden, sondern von Bekannten, Verwandten, von sogenannten unbescholtenen (Familien-)Vätern. Kurzum aus Ihrer Mitte heraus, im Schutz Ihres Stillschweigens, also mit Ihrer Duldung und Zustimmung.

Sie wissen sicherlich besser als wir, wieviele Vergewaltigungen in Ihrer Siedlung, in Ihrem Bekanntenkreis, in Ihrer eigenen Familie versucht oder vollendet wurden. Wir wissen von keinem einzigen Versuch, dieses Haus, diese Wohnung zu belagern, Tag für Tag, bis es für jeden Vergewaltiger unerträglich wird, aus Ihrer Mitte heraus zu agieren.

Genau deshalb ist die Vergewaltigung einer 16jährigen Schönauerin durch einen »schwarzen« Asylbewerber mehr als »frei erfunden« (FR, 6.6.92). In ihr tobt sich nur der eigene Wunsch aus, sich das von niemand (anderem) nehmen zu lassen. Deshalb ist es auch falsch, das Gerücht von einer Vergewaltigung als

Versuch zu werten, von den eigentlich rassistischen Motiven abzulenken. Im Gegenteil: Kaum anschaulicher demonstriert es, wie ganz alltägliche sexistische Gewalt(-phantasien) mit rassistischen Lebenshaltungen zusammenwirken und ineinandergreifen.

Doch seien Sie beruhigt. So sehr Sie sich auch als »Opfer« der Politik oder sonst etwas fühlen, so sicher können Sie sich ihrer sein. Einen Tag nach dem Vatertagsexzeß unterbreitet Ihnen OB Widder in einem offenen Brief das Angebot, künftig bevorzugt nicht mehr »alleinstehende, junge Männer«, sondern vielmehr »Flüchtlingsfamilien mit Kindern« auf dem Gelände unterzubringen.

Schneller kann mann ein freierfundenes Gerücht – über den Umweg einer Maßnahme gegen Flüchtlinge – nicht zur angenommenen Tatsache machen. Ganz abgesehen davon, daß der Oberbürgermeister mit dieser Maßnahme die Schutzbehauptung regierungsamtlich macht, daß von (Familien-)Vätern weniger sexistische Gewalt ausgehe als von »alleinstehende(n) junge(n) Männer(n)«.

Wenn in Zeitung, Rundfunk und Fernsehen nichts mehr seit jenem Vaterlandstag zu lesen, hören und zu sehen ist, dann heißt das noch lange nicht, daß seitdem nichts passiert wäre. Es herrscht nur Nachrichtensperre, wobei es auch dafür keines Erlasses bedarf, sondern nur einer guten Portion Selbstzensur. Freie Berichterstattung heißt eben gerade auch die Freiheit, nicht zu berichten. Was nur auffällt: daß genau dies alle (Medien) gleichzeitig tun.

Weder die organisierten Schläger noch die Schaulustigen, noch die Schönauer Bevölkerung brauchen sich gerade jetzt alleine zu fühlen. Sie können sich der Komplizität der Medien, der (lokalen) Parteipolitik und der Polizei sicher sein. Sie können ungestört in aller Ruhe weitermachen. Seit dem 29.5. wird Abend für Abend, nach der Tagesschau, das Flüchtlingslager belagert und angegriffen. Die Flüchtlinge trauen sich kaum noch aus dem Lager, und wenn doch, können sie sich Anpöbeleien und (tätlicher) Angriffe sicher sein. Sie sollen Stunde um Stunde, Nacht für Nacht um ihr Leben fürchten, nachdem sie, aus Furcht um ihr Leben, aus ihren Heimatländern geflüchtet sind, in der Hoffnung, hier sicher zu sein.

Daß Menschen anderer Hautfarbe, auch ohne Hunger und Krieg, hier um ihr Leben bangen müssen, das demonstriert ihnen die Schönauer Bevölkerung Tag für Tag. Die »Entgleisungen« nehmen organisierte Züge an.

Während die Polizei Gelassenheit und Besonnenheit gegenüber dieser völkischen Gesinnung signalisiert, die Pressestelle der Polizei jeden Fahrraddiebstahl zur Meldung macht und über die allabendliche Belagerung des Flüchtlingslagers »Stillschweigen bewahrt«, zeigt die Polizei dennoch, wovon die Gefahr »eigentlich« ausgeht. Sie »riet« den Flüchtlingen, das Lager nicht zu verlassen und zog zur Unterstreichung ein zwei Meter nach innen versetztes zusätzliches Absperr-

gitter um das Flüchtlingslager. Auf die viel naheliegendere Maßnahme, für Schönau eine abendliche Ausgangssperre zu erlassen, kommt sie nicht.

Für Sie, Schönauer BürgerInnen, ist es kein Widerspruch, für Ruhe und Ordnung zu sein und gleichzeitig das Leben der Flüchtlinge hier zur Hölle zu machen. Ihre Ruhe und Ordnung ist – in der Tat – die Hölle: die Bereitschaft, alles zum Verschwinden zu bringen, auszulöschen, was Sie mit einem anderen Leben, mit Unbekanntem und Verschiedenheit konfrontieren könnte. Sie haben in der Tat Angst – nicht vor den Flüchtlingen, sondern vor einem Leben, das Ihr eigenes zu Tode geregeltes und voller Vorsorge entstelltes Leben in Frage stellen, ins Wanken bringen könnte.

Die Flüchtlinge sind Ihnen völlig egal – im wahrsten Sinne des Wortes gleichgültig. Sie sind heute Objekt Ihres Lebenshasses und Unterwerfungswillens, wie es früher Jüdinnen und Juden waren, wie es heute immer noch Schwule und Lesben, KommunistInnen und Oppositionelle sind. Ihre Objekte sind austauschbar, Ihre eigene Lebenshaltung immer dieselbe – ungebrochen.

Sie sagen – im Jahrhundertreim –, die Flüchtlinge nähmen Ihnen die Arbeit, die Wohnung, die Sozialhilfe weg. Wir wünschten uns in solchen Momenten wie diesen, all das wäre keine Projektion, sondern Wirklichkeit. Es gäbe gute Gründe dafür – nicht nur für Flüchtlinge. Wir können uns vorstellen, daß die meisten von Ihnen keinen Flüchtling selbst umbringen wollen und können. Was Sie aber alle können und tun, ist ein Klima zu schaffen, das Flüchtlinge dazu treiben soll, abzuhauen, bevor es zu so etwas kommt.

Sie, Schönauer BürgerInnen, wollen in Ruhe und Frieden hier leben und machen den Flüchtlingen das Leben zur Hölle – indem Sie schweigen, nichts tun, indem Sie applaudieren, anfeuern und selbst Hand anlegen.

Wir wollen Sie nicht mit der deutschen Vergangenheit belästigen. Wir wollen nur alles tun, damit Sie nicht in Ruhe und Frieden das Leben anderer zur Hölle machen können. Wir geben zu, es wird nicht leicht sein, Sie aus Ihrer Ruhe und Fassung zu bringen. So sehr Sie auch auf die »große Politik« schimpfen mögen, so viel Rückendeckung und Schutz bietet sie Ihnen an.

Sieben Tage nach dem Vatertagsexzeß, nach sieben Tagen allabendlicher, genehmigter Belagerung des Flüchtlingslagers, meldete sich der OB Widder nochmals in einem offenen Brief an die »liebe[n] Mitbürgerinnen und liebe[n] Mitbürger auf der Schönau« zu Wort: »Die Ansammlungen vor der Landesunterkunft für Asylbewerber in der Lilienthalstraße haben ... eine neue Qualität erreicht, indem ... sie zum Anziehungspunkt auswärtiger militanter Kräfte werden. Ich bitte Sie ..., Konfrontationen mit diesen Kräften zu meiden.«

Bei aller Kritik an der »großen Politik«, Schönauer Bürgerinnen und Bürger: demonstrativer kann sich ein Stadtoberhaupt nicht vor Sie stellen und den Rest auf den Kopf!

Sieben Tage lang störten weder Sie noch den OB, noch die Polizei die allabendlichen Angriffe aufs Flüchtlingslager. Das war und ist für Sie und den OB – wahlweise – in Ordnung, verständlich und/oder nicht einmal der Erwähnung wert. Von »neuer Qualität« ist erst die Rede, als wir das gute und mittlerweile geübte Zusammenspiel von Schönauer BürgerInnen und Polizei, Parteipolitik und Medien zu stören begannen – in der Tat, überwiegend von »außerhalb«, weil bis zu 400 SchönauerInnen täglich nicht gegen die Bevölkerungsmehrheit, sondern mit ihrer Zustimmung und Duldung vor dem Flüchtlingslager die Sau rausließen. Wenn sich ein Volk so einig ist, verdient das nicht nur politische Anerkennung, sondern auch Polizeischutz – mit allen Mitteln. Diesen versichert der OB im selben offenen Brief: »Die Polizei hat mit besonnenen Einsätzen in den letzten Tagen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewährleistet und wird mit verstärkter Präsenz auch den neuen Herausforderungen gerecht werden und diesen in aller Entschiedenheit entgegentreten«.

Dazu darf man/frau wohl das Demonstrationsverbot in Schönau und sonstwo am 6.6.92, den blutigen Polizeieinsatz in Mannheim am selben Tag, die über 140 Festnahmen, die unzähligen Kopf- und Platzwunden und Hundebisse, den Einsatz von SEK (Sondereinsatz-Kommandos) und zivilen Greiftrupps, die Stürmung des Mannheimer Jugendzentrums usw. zählen. Damit sich der völkische Mob wieder in Ruhe vor dem Flüchtlingslager in Schönau versammeln kann.

So viel der OB Widder in seinem offenen Brief auch auf den Kopf stellt, so sehr hat er doch den Nagel auf den Kopf getroffen, als er das enge Band zwischen Schönauer Bevölkerung und Polizei zu würdigen wußte: »Die Polizei hat bei den Einsätzen gegen die auswärtigen Störer die Zustimmung und das Verständnis der Schönauer Bevölkerung erfahren. Dafür danke ich allen, die damit einen Beitrag für die Sicherheit auf der Schönau und der Stadt insgesamt leisten.«

Soll uns niemand kommen und sagen, völkische und rassistische Gesinnung könnten sich hier nicht einer breiten sozialen Basis, der »großen Politik« und des polizeilichen Begleitschutzes sicher sein.

Es liegt an uns, an unserer Kraft, an unserer Ausdauer und Entschlossenheit, nicht den Rauch zu vertreiben, sondern die Feuerstelle selbst zu bekämpfen. Diese liegt nicht am Rand dieser Gesellschaft, sondern mittendrin.

Stillegung

Nach den Demonstrationen in Mannheim-Sandhofen und in der Mannheimer Innenstadt brach das städteübergreifende »Bündnis« in sich zusammen. Zwar war noch ein Fest mit den Flüchtlingen zusammen geplant, doch weder die Kraft noch die dafür notwenige Ausdauer waren vorhanden.

Auch wenn wir sagen können, daß wir unsere Möglichkeiten weitgehend ausgespielt haben, so sind wir hier doch an die Grenzen interventionistischer

Politik gestoßen – was weder verwunderlich noch allzu neu ist. Im besten Fall haben wir einen rassistischen Exzeß verhindert, ganz realistisch gesehen haben wir zur Wiederherstellung der Normalität beigetragen.

Die BürgerInnen sitzen wieder vor ihren Fernsehern, die Flüchtlinge hinter doppeltem Stacheldraht, ihre Anwesenheit löst wie überall normale Feindschaft aus, die Asylbehörden arbeiten mehr denn je reibungslos und immer schneller, innerhalb von sechs Wochen sind über 90 Prozent der dort untergebrachten Flüchtlinge abgeschoben. Verschwunden. In der Stadt ist wieder Ruhe eingekehrt, die BürgerInnen haben wieder Vertrauen in die demokratischen Institutionen und Parteien. Man/frau geht wie eh und je »beim Türken einkaufen, beim Griechen essen und [lassen sich] beim Italiener [die] Haare schneiden.« (August Mehl) Man/frau haben ja nichts gegen Ausländer ...

Endstation

So maßgeblich gerade demokratische Institutionen und Parteien am Zustandekommen des Pogromes beteiligt waren, so naheliegend ist es, daß sie auch den Schlußakkord unter das Kapitel »Mannheim-Schönau« setzen.

Es gibt ja immer noch Menschen, die behaupten, die Justiz sei auf dem rechten Auge blind, ihr demokratischer Auftrag müsse doch sein, den »Rechtsradikalismus« gleichermaßen wie den »Linksradikalismus« zu bekämpfen. Manch ein aufrechter Demokrat bemüht dazu die Anti-AKW- oder Häuserkampfzeiten oder das staatliche Vorgehen gegen die RAF, bei denen es doch auch mit allen Mitteln des Rechtstaates gelang, eine unerwünschte Opposition zu zerschlagen.

Doch wenn wir auf die Ereignisse in Mannheim-Schönau zurückblicken, so machen solche Vergleiche mehr als stutzig. So unvereinbar sicherlich der Besitz von Häusern und das Besetzen derselben ist, so schwer ist es doch, zwischen einem »aufgebrachten Bürger«, der »Asylanten raus« brüllt und einem Politiker, der dies in Gesetze gießt, zu unterscheiden. Dies ist längst keine bösartige Annahme von linken Staatsfeinden mehr, sondern das Problem der Herrschenden selbst.

Der Streit unter Demokraten, wer überhaupt noch rechts von ihnen Verfassungsfeind sein könnte, ist durchaus verständlich. Denn immerhin zählt die Verbreitung der »Auschwitzlüge« – mittlerweile mit höchstrichterlichen Segen – zum normalen Inventar der Meinungsfreiheit, so wie es ebenfalls zur Freiheit der herrschenden Meinungsäußerung gehört, die NS-Verbrechen mit denen des SED-Regimes gleichzusetzen. Feine Nuancierungen auf dem Weg zum Gemeinschaftsprojekt »Normalisierung der deutschen Geschichte«, an dem sich bürgerliche wie nicht bürgerliche Kräfte vereint beteiligen.

Nicht nur uns fällt es zunehmend schwerer, zwischen faschistischen und (noch) demokratischen Verhältnissen zu unterscheiden – dem bürgerlichen Staat

selbst schwinden die Unterscheidungskritierien. War noch vor ein paar Jahren die Forderung nach Abschaffung des Verfassungsartikels 16,2 eindeutiges Merkmal faschistischer (Partei-)Programmatik, so kann man heute nur noch lapidar feststellen, daß diese »verfassungsfeindliche Zielsetzung« zum Kernbestand von »Verfassungspatrioten« worden ist. Der Versuch demokratischer Parteien, sich vom »Rechtsextremismus« noch unterscheidbar zu machen, führt allmählich zu absurden Situationen. So etwa im Baden-Württembergischen Landtag, als am 7.2.94 eine Rechtsextremismus-Ausstellung eröffnet wurde und die Republikaner dagegen protestierten, daß sie darin aufgeführt wurden. Von Biedermännern und Brandstiftern handelte diese Ausstellung, die REP-Partei sollte damit gemeint sein. Dieser blieb es vorbehalten, den Kreis derer, die dazugehören, parteiübergreifend zu erweitern. So zitierten sie auf Plakaten unter anderen den SPD-Ministerpäsidenten Farthmann mit den Worten: »Kurzen Prozeß – an Kopf und Kragen packen und raus damit« oder einen Herrn Stoiber, der sich zur »Überfremdung« äußerte – alles untertitelt mit der rhetorischen Frage: »Ein Extremist und Brandstifter?«

Was soll also die Justiz, deren entschiedenes Vorgehen immer wieder gefordert wird, noch verfolgen, wenn das, was einst als »verfassungsfeindliche Zielsetzung« galt, heute legaler Bestandteil der Verfassung ist? Oder anders gefagt: Warum soll die Justiz rassistische Handlungen wie in Mannheim-Schönau ahnden, wenn diese BürgerInnen doch nur von demokratischen Parteien ausgegebenen Schlüsselworte wie »Überfremdung« und »Durchrassung« aufgriffen, nicht lange fackelten und zur Tat schritten?

Warum sollen BürgerInnen für ihre Pogromteilnahme bestraft werden, wo sie doch nur – anerkanntermaßen – auf eine »verfehlte Politik« verwiesen und damit nichts anderes taten, als sich am politischen Selbstfindungsprozeß zu beteiligen, der schließlich zur »Wende in der Asylpolitk« führte?

Fast zwei Jahre nach den Angriffen auf das Flüchtlingsheim zieht jedenfalls die Mannheimer Polizei und Staatsanwaltschaft Bilanz: Nicht eine Person von bis zu 500 Beteiligten ist juristisch belangt oder gar verurteilt worden. Damit nicht genug. Die Polizei verzichtete auf die Erstattung von Anzeigen, und die Staatsanwaltschaft sah überhaupt keine Veranlassung, selbst Ermittlungen einzuleiten. Dieser staatliche Flankenschutz kann sich sehen lassen und nicht minder die Begründung des Mannheimer Polizeisprechers: »Es war nicht die Absicht, betrunkene, aber nicht kriminelle Bürger mit Straftverfahren zu überziehen.«

Der Unterschied zwischen BürgerInnen, die die »Asylfrage« selbst in die Hand nehmen, und denen, die dafür juristisch und administrativ zuständig sind, liegt demzufolge darin, daß erstere sich dazu »Mut« antrinken müssen, während letztere dies ganz nüchtern tun. Wer wirklich als kriminell zu gelten hat, braucht

in diesem Abschlußbericht schon gar nicht mehr erwähnt werden. Es sind all diejenigen, die Rassismus nicht als einen Akt bürgerlicher Freiheit begreifen, sondern diesen bekämpfen. Alleine über 150 Strafverfahren sind in Mannheim gegen AntirassistInnen eingeleitet worden.

Fast hätten wir es vergessen: »Die Daten der an den fremdenfeindlichen Ausschreitungen Beteiligten [sind] nicht mehr vorhanden.« (FR 26.3.94) Perfekte Spurenvernichtung.

Der Faschismusvorwurf

– oder die linke Illusion vom bürgerlichen Staat

Gesellschaftliche Entwicklungen, denen wir besonders ohnmächtig gegenüberstehen, als faschistisch zu bezeichnen, ist nicht neu. Spätestens mit der Verabschiedung der Notstandsgesetze 1968 häuften sich innerhalb der außerparlamentarischen Linken die Mutmaßungen und Analysen, daß die innere und äußere Mobilmachung der BRD Ausdruck einer wachsenden (Re-)Faschisierung sei. Die Zerschlagung der außerparlamentarischen Opposition, der gigantische Ausbau von Polizei- und Sicherheitsapparaten, die Verschärfung des politischen Strafrechts (§88a, §130a, §129a), die Wirtschaftskrise 1972, die Kriminalisierung der »wilden« Streiks und die Beteiligung der BRD an der Etablierung und Aufrechterhaltung diktatorischer Regime (Persien, Vietnam, Chile ...) schienen die vom Kommunistischen Bund (KB) vertretene These von der »Faschisierung von Staat und Gesellschaft« – die bereits Anfang der 70er Jahre formuliert wurde – zu bestätigen.

Auch innerhalb der Anti-AKW-Bewegung Ende der 70er Jahre, als Massenmilitanz und Sabotage an ihre Grenzen stießen, als der Kampf gegen das Atomprogramm paramilitärische Dimensionen angenommen und zunehmende Repressionen zur Folge hatte, verwoben sich die Erfahrungen der Niederlage mit der politischen Analyse, daß dieser »Atomstaat« selbst den bürgerlichen Konsens aufkündige und als Staat im institutionalisierten Ausnahmezustand seine eigenen bürgerlich-liberalen Grundlagen außer Kraft setze.

Auch die RAF und der sich an ihr orientierende antiimperialistische Widerstand kamen zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Bereits Mitte der 70er Jahre war für die RAF der bürgerliche Staat gestorben und das »imperialistische Projekt des globalen Faschismus« auf der Tagesordnung. Die Herrschenden hätten die »Militärstrategie zum Angelpunkt« gemacht, in der »die Politik gestorben« (Erklärung der Gefangenen der RAF '77) sei. Nur konsequent begriffen sie ihre eigenes Handeln im Rahmen einer »Entscheidungsschlacht, (...) weil die reformistische Variante, Sozialdemokratismus und verdeckter Krieg auf allen Ebenen aufgelaufen ist« (Gefangene der RAF, April '85).

Wen wundert's, daß wir auch heute mit einer Faschismusanalyse konfrontiert sind, die die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen seit der Vereinigung von DDR und BRD in der These vom »4. Reich« (Radikale Linke, KB-Minderheit, Antifa-Gruppen) kurz und bündig zusammenfaßt.

Keine Frage, die innere und äußere Remilitarisierung der BRD, das Abschütteln von historischem »Ballast«, der nach der militärischen Niederlage des

NS als Verpflichtung in die Verfassung dieses BRD-Staates eingeschrieben wurde, zeigten Wirkung. »Mehr Demokratie wagen« wurde zu einer existentiellen und manchmal lebensbedrohlichen Angelegenheit – sei's in Form der Berufsverbote oder in Gestalt von Isolationshaft und Mord. Viele soziale Bewegungen konnten dieser wachsenden polizeilichen Repression und der sie begleitenden politischen und strafrechtlichen Kriminalisierung nicht standhalten und wurden zerschlagen.

Doch bleiben folgende Fragen offen:

Wieviel hat das alles mit Faschismus zu tun, wieviel mit diesem bürgerlichen Staat? Wieviel hat das mit faschistischen Kontinuitäten zu tun, wieviel mit Illusionen, die sich auch die Linke von diesem Staat gemacht hat und macht? Wären diese Entwicklungen weniger bekämpfenswert, gäbe es weniger Gründe, diesen Staat zu bekämpfen, wenn wir ihn als bürgerlichen und nicht als faschistischen begreifen würden? Würde sich an den Notwendigkeiten, Widerstand zu leisten, etwas ändern, wenn es sich hier nicht um Faschismus handeln würde? Oder können wir uns einfach nicht eingestehen, daß unser militanter Widerstand eben nicht nur an der nackten Gewalt des Staates gescheitert ist, sondern auch an seiner Fähigkeit, große Teile einstiger Opposition zu integrieren und zum innovativen Kernbestand des »anderen« Deutschlands zu machen?

Wofür stehen denn die kurz skizzierten Entwicklungen der letzten 20 Jahre? Sie stehen vor allem für das Verlangen dieser BRD, innerhalb kapitalistischer und imperialistischer Konkurrenz endlich auch militärisch hemmungslos agieren zu können, das heißt, die längst anerkannte ökonomische Vormachtstellung Deutschlands in Europa auch militärisch-strategisch sichtbar zu machen (Aufnahme in UN-Sicherheits-/Kriegsrat, Verfolgung und Umsetzung eigener imperialistischen Ziele u.a. im Rahmen von Euro-Truppen (WEU)). Es ging und geht vor allem darum, die sich aus der »besonderen Verantwortung« ergebenden Einschränkungen, vom Defensivcharakter der Bundeswehr bis hin zum Asylrecht auszuhebeln – materiell und ideologisch. Neudeutsch gesagt: einen Schlußstrich unter die deutsche Vergangenheit zu ziehen, um ohne »ewige Schuld« dieselben Schweinereien machen zu können, wie alle anderen imperialistischen Mitkonkurrenten auch. Für einen genauen Umgang mit dem Faschismusbegriff wäre bereits viel gewonnen, wenn wir uns zumindest darüber einig wären, daß die Enttäuschung über einen »Rechtsstaat«, der sich einen Dreck um seine (Verfassungs-)Ideale schert, nicht auf Faschismus verweist, sondern zuallererst auf einen »linken Verfassungspatriotismus«. Diese Haltung kann nur einnehmen, wer tatsächlich den bürgerlichen Staat damit beauftragt sieht, die Grund- und Menschenrechte zu verwirklichen und die Lehren aus dem NS zu ziehen – ganz in antifaschistischem Sinne, versteht sich. Solange wir Repression und Knast, Unterdrückung und Mord immer wieder mit Faschismus gleichset-

zen, sollten wir die Verteidigung bürgerlicher Ideale nicht mit Antifaschismus verwechseln.

Faschismus – ein Kommandounternehmen von ganz oben gegen ganz unten?

Im folgenden geht es darum, uns mit der kommunistischen Faschismusanalyse auseinanderzusetzen, die in den 30er Jahren entwickelt wurde und bis heute von einigen Antifa- und Autonomen Gruppen – mehr oder weniger ausgeführt – geteilt wird. Für diese ist »Faschismus an der Macht (...) die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« (Georgi Dimitroff, für die Kommunistische Internationale, 1935). Weniger adjektivistisch ausgedrückt ist der Faschismus demzufolge ein Kommandounternehmen von ganz oben gegen unten, gegen die Arbeiterklasse, gegen die revolutionäre Klasse gerichtet. So sehr sich damit die kommunistische Faschismusanalyse auch bemüht, die »Schuld« für die nationalsozialistische Diktatur in die Oberklasse zu projizieren, so haarsträubend ist die sich daraus ergebende Konsequenz, die über 14 Millionen NSDAP-WählerInnen von 1932 zu Opfern faschistischer Verblendung machen zu müssen. Ganz zu schweigen von der im »Endsieg« getränkten Treue und Ergebenheit der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem »Tausendjährigen Reich« selbst angesichts der unmittelbar bevorstehenden militärischen Niederlage. Eine militante Kritik am Faschismus kommt nicht umhin, die Millionen von Menschen wahrzunehmen, deren Wille nicht gebrochen werden mußte – die sich vielmehr in aktiver Teilnahme an Kriegsverbrechen, an der Vernichtung von Jüdinnen und Juden, an der Verfolgung und Liquidierung von Oppositionellen, an der Selektion und Ausmerzung »unwerten Lebens« ausdrückte. (Volks-)Massen, die Führerkult, bedingungslosen Gehorsam und soldatische Lebenskonditionierung nicht als Unterdrückung empfunden haben, sondern als (Ver-)Sicherung ihrer eigenen autoritären, patriarchalen Lebensvorstellungen. »Volksgenossen«, die mit rassistischer Ideologie, Auslese und Vernichtung nicht Verbrechen verbunden haben, sondern eigene Privilegien – als arisch-weiße Herrenrasse, mögen sie innerhalb des eigenen Rassekonstrukts noch so arme Schweine geblieben sein. Eine wirkliche Kritik am deutschen Faschismus schließt das historische Wissen mit ein, daß die Teilhabe am Faschismus sich nicht an der Frage der Klassenzugehörigkeit entscheidet, sondern an der Frage der »Volkszugehörigkeit«, in der sich arm und reich, oben und unten, antisemitisch-links und völkisch-rechts nicht unversöhnlich gegenüberstehen, sondern im »Volksganzen« organisch aufgehen. Nur wer den deutschen Faschismus auf die terroristische Diktatur des (Finanz-)Kapitals verkürzt, bleibt der Tatsache gegenüber verständnis- und fassungslos, daß Rassismus und Antisemitismus

nicht nur die Ideologie der Herrschenden war und ist, sondern eine Lebenshaltung, die bis weit in die Arbeiterklasse hinein geteilt wurde. Nur so ist zu verstehen, daß die KPD z.B. Rassismus und Antisemitismus in ihren eigenen Reihen nicht kompromißlos bekämpfte, sondern als halben Schritt hin zur revolutionären Tat verbog. Statt Antisemitismus als wesentlichen Bestandteil faschistischer Ideologien kompromißlos zu bekämpfen, kamen KPD-Funktionäre der nationalsozialistischen Ideologie vom »jüdischen/raffenden Kapital« einen halben Schritt entgegen. Nicht anders ist auch die Berliner Rede des ZK-Mitglieds Ruth Fischer von 1923 zu werten, die in der Losung gipfelte: »Wer gegen das Judenkapital aufruft ..., ist schon Klassenkämpfer, auch wenn er es nicht weiß.«

Eine radikale Kritik an der gesellschaftlichen Basis des NS mündet für uns in die Notwendigkeit, Antifaschismus eben nicht nur als Kampf gegen das Kapital, gegen die herrschende Klasse zu begreifen, sondern gleichermaßen als einen radikalen Bruch mit all den Strukturen und Alltagsverhältnissen, die auch im antifaschistischen Widerstand der 20er und 30er Jahre weitgehend unangetastet blieben: Führerkult, autoritäre Parteisoldaten-Tugenden und patriarchale Selbstherrlichkeiten, Antisemitismus und Rassismus.

Wenn wir hier die Faschismusthese von Dimitroff zum Ausgangspunkt unserer Kritik genommen haben, dann muß im zeitlichen Rückblick dazu gesagt werden, daß diese Faschismusdefinition erst nach 1935 die Politik der KPD bestimmte: zu einem Zeitpunkt, als klar war, daß das kommunistisch dominierte Volksfrontkonzept die Machtübernahme der NSDAP 1933 nicht hatte verhindern können – weder parlamentarisch noch außerparlamentarisch. Mit der Übernahme der Dimitroff-Thesen ging es der KPD darum, der neuen Situation Rechnung zu tragen, daß KPD und SPD plötzlich, ohne eigenes Zutun, etwas gemeinsam hatten: die Illegalisierung ihrer Mitglieder, die Zerschlagung ihrer Parteiapparate, die scheinbare Bedeutungslosigkeit politischer Gegensätze angesichts der sich abzeichnenden Ausschaltung jeder Opposition gegenüber dem NS-Regime. Mit der Verfolgung von KPD und SPD schien die in der Weimarer Republik handlungsbestimmende Sozialfaschismusthese der KPD gegenstandslos zu werden, in der die SPD-Führung als Steigbügelhalter des Faschismus angegriffen und zum Feind erklärt wurde (»Wer hat uns verraten, die Sozialdemokraten«). So falsch und verheerend die Sozialfaschismusthese war und ist – in ihrer Zuspitzung wurden NSDAP und SPD gleichgesetzt –, so bleibt dennoch festzuhalten, das diese These die Erfahrung aufgriff, daß die SPD maßgeblich an der Zerschlagung der Revolution von 1918/19, an der Restauration der kapitalistischen Verhältnisse, an der Niederschlagung von ArbeiterInnenkämpfen und -aufständen beteiligt war. Allein schon vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen wird die Dimitroff-These von der »offene[n] Diktatur der reaktionärsten, am

meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals« zu einem geradezu halsbrecherischen Wendemanöver.

Lassen wir einmal unberücksichtigt, inwieweit das Faschismusverständnis der KPD generell eher taktischen als analytischen Überlegungen gehorchte. Was bleibt, ist die Tatsache, daß Dimitroff und mit ihm die Kommunistische Internationale (KI)/KPD im Wunsch nach einem möglichst breiten Bündnis gegen das NS-Regime den Kreis derer, die den Faschismus aktiv mittrugen, analytisch geradezu verschwörerisch klein machte.

Wer »nur« reaktionär, chauvinistisch und imperialistisch war, konnte demzufolge bereits AntifaschistIn sein bzw. werden. Der bereits seit langem unternommene Versuch verschiedener KP-Funktionäre, die Verantwortung für den Faschismus möglichst weit nach oben zu transferieren, endet mit der Dimitroff-These in einem Zwang zur Steigerung, die angesichts der millionenhaften Teilnahme am »Tausendjährigen Reich« nur noch lächerlich wirkt. Doch die These von einer kleinen, minoritären faschistischen Clique hatte zweifellos ihre Vorteile. Sie war und ist ohne große Mühe und Verrenkungen mit der bürgerlichen Faschismuskritik kompatibel, die den NS gerne als Vergewaltigung bürgerlich-demokratischer Verhältnisse sehen möchte und nicht als eine mögliche Konsequenz, sie zu Ende zu bringen, sich eingeübter Herrschaftsverhältnisse »wahrhaft« zu vergewissern. Faschismus zum barbarischen Einfall in eine ach so gesunde demokratische Kernlandschaft zu machen, macht nur Sinn, wenn man die demokratische Mehrheit zu Opfern einer Giftmischung aus NS-Verblendung und -Terror macht, anstatt sich einzugestehen, daß gerade der legale, parlamentarische Siegeszug der NSDAP und die Integration bürgerlicher Apparate in den NS-Staat Beweis genug dafür sein müßten, daß der deutsche Faschismus ohne die reibungslose und pflichtbewußte Teilnahme der »bürgerlichen Mitte« – von der Ärzteschaft übers Beamtentum bis zur Justiz – nicht machbar gewesen wäre.

Es gibt für uns noch einen weiteren Grund, der kommunistischen Faschismusthese zu widersprechen. Er liegt in der von rechts bis links praktizierten stillen Übereinkunft begründet, den Unterschied zwischen bürgerlicher und faschistischer Herrschaft wesentlich über das Verhältnis zur staatlichen Gewalt zu definieren. Bis heute ist es gang und gäbe, im Unterschied zur bürgerlichen Rechtsordnung Faschismus als »offene terroristische Diktatur« zu kennzeichnen und damit dem Naziterror einen wesentlichen Stellenwert beim Zustandekommen des faschistischen Volkskörpers einzuräumen. Es müßte bereits stutzig machen, daß diese Grenzziehung gerade bürgerlichen Faschismusanalysen die Hand reicht, die im NS vor allem einen »Unrechtsstaat« am Werke sehen, in dem Willkür, Terror und Gesetzlosigkeit an der Tagesordnung waren. Auch dieser Brückenschlag ist kein Zufall, denn beiden, den bürgerlichen wie kommunistischen Faschismusanalysen liegt ein gemeinsames Interesse zugrunde: Anstatt

die Normalität bürgerlicher Gewaltverhältnisse zum Ausgangspunkt ihres antifaschistischen Widerstands zu machen, anstatt patriarchale, ökonomische und rassistische/antisemitische Gewaltverhältnisse als Basissubstrat faschistischer Lösungen zu begreifen, werden sie zum Verschwinden gebracht.

Es gehört gerade heute im Nachkriegs- bzw. Vorkriegsdeutschland zum Einmaleins des staatlich integrierten Antifaschismus, immer wieder den Naziterror hervorzuheben, um so den Eindruck vorzutäuschen, der NS sei nur mit äußerster Gewalt zustande gekommen – gegen den erklärten Willen bürgerlicher Eliten und ihrer Kernmitglieder. Wie wenig Widerstand jedoch nach 1933 zu brechen war, wieviel Widerstand der bürgerliche Staat bereits selbst beiseite geräumt hatte, wie konstitutiv die freiwillige Teihalbe an der »nationalsozialistischen Revolution« war, sollte den Versuch, Faschismus und bürgerliche Ordnung an derem Verhältnis zur staatlichen Gewalt zu scheiden, mehr als fragwürdig machen. Gehört es doch gerade zu den Besonderheiten des deutschen Faschismus, nicht putschistisch an die Macht gekommen zu sein, sondern nach allen Regeln demokratischer Kunst. Das Verlangen nach Unterwerfung und der Wunsch nach Unterworfensein war kein erzwungenes Verhältnis, sondern Ausdruck einer erdrückenden Übereinkunft.

Nachdem wir versucht haben, zu erklären, warum wir die kommunistische Faschismusanalyse für falsch halten, liegt mit Sicherheit vielen die Frage auf der Zunge: Was ist dann für euch Faschismus?

Wir werden uns einem Faschismusbegriff über zwei wesentliche Merkmalsbestimmungen nähern. Zum einen versuchen wir damit, unserer Kritik am ökonomistischen Faschismusbegriff Rechnung zu tragen. Zum anderen geht es uns darum, anhand einiger Beispiele den Unterschied zwischen bürgerlicher und faschistischer Herrschaft deutlicher herauszuarbeiten.

Der deutsche Faschismus ist für uns mehr als die diktatorische Form kapitalistischer Herrschaft, ist für uns mehr als die terroristische Durchsetzung und Absicherung bürgerlicher/imperialistischer Interessen. Der deutsche Faschismus bezog seine Anziehungskraft und Ausstrahlung aus dem Vorhaben, eine antibürgerliche Revolution zu entfesseln – gegen die Scheinheiligkeiten demokratischer Gepflogenheiten, gegen die Verlogenheit eines bürgerlichen Humanismus, gegen das bürgerliche Geschwätz vom demokratischen, fairen Wettstreit unterschiedlicher Interessen. Dagegen setzte der deutsche Faschismus eine antibürgerliche Ideologie, die die Gegensätze von arm und reich, oben und unten nicht verschleiert, sondern zur natürlichen Ordnung einer Volksgemeinschaft erhebt. Eine faschistische Ideologie, die der alltägliche Erfahrung von Herrschaft nicht widerspricht, sondern in ihrer »Ursprünglichkeit« und »Wahrhaftigkeit« unmißverständlich bestätigt. Zentral für den deutschen Faschismus ist

die offene Propagierung und ideologische Begründung der Ungleichwertigkeit der Menschen. Damit stellt sich die faschistische Ideologie in klaren Widerspruch zu bürgerlichen, die sich »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« auf die Fahnen geschrieben hat. Die offene Propagierung der Ungleichwertigkeit der Menschen »ersparte« die versteckten Formen der Diskriminierung und Verfolgung innerhalb bürgerlicher Ordnungen. Die Vernichtung »unwerten« Lebens wurde zum Programm faschistischer Herrschaft. Gegen die bürgerliche Phrase »Alle Menschen sind Brüder« erhob der NS die kapitalistische Wirklichkeit zur sozialen Ordnung: Zucht und Auslese. Die faschistische Ideologie bezieht also ihre Kraft und Überzeugung nicht aus dem Spannungsverhältnis von kapitalistischer Wirklichkeit und politischer Ideologie. Ihre Dynamik gewinnt sie aus dem Wechselverhältnis von Verlangen und Wunsch nach Widerspruchlosigkeit und Unbedingtheit. In gewissem Sinne ist es Kapitalismus sans phrase.

Ein zweites wesentliches Merkmal faschistischer Herrschaft schließt sich hier an. In der faschistischen Ideologie von der Volksgemeinschaft wird die »soziale Frage«, das Spannungsverhältnis sozialer Gegensätze nicht verfügbar gemacht, sondern (tendenziell) aufgehoben. Es geht nicht um die Nutzbarmachung sozialer Widersprüche, sondern um ihre Eliminierung. Die propagierte Identität von Führer und Volk erlaubt keinen Dissens, keine soziale Abweichung. Energetisch zielt Faschismus auf ein Stadium der Reibungslosigkeit, während bürgerliche Herrschaft soziale Spannungen in dem Maße fördert, wie sie zur Abschöpfung außergewöhnlicher Energien dienlich sind. Während der deutsche Faschismus soziale Abweichungen und Gegensätze nur als Destruktion am »Volkskörper« begreifen kann, vermochte der BRD-Staat gerade der 70er und 80er Jahre dieses Spannungsverhältnis als (unbezahlbare) Produktivkraft zu nutzen – für längst überfällige Reformen und Veränderungen innerhalb des Systems. Dieses neu gewonnene Selbstverständnis beschrieb Ex-Kanzler Helmut Schmidt einmal treffend, als er gegen seine christdemokratischen Kollegen gerichtet festhielt, daß »wir nicht die Interessenskontraste zwischen den Individuen und den sozialen Gruppen abgeschafft haben oder daß wir sie ignorieren ... Was wir beseitigt haben, ist der Klassenkampf«. Denn nach seiner Auffassung bestehen die sozialen Gegensätze »wirklich und sind daher ununterdrückbar, man kann sie sogar als untentbehrlich ansprechen, weil sie das Zeichen dafür sind, daß die Gesellschaft lebt und tätig ist und eine der fundamentalsten Triebfedern der sozialen Entwicklung darstellen«.

Wie die Beseitigung des »Klassenkampf«-Anteils und die Nutzbarmachung sozialen Engagements ineinandergreifen, wie sich Repression und Integration aufeinander beziehen, macht ein kurzer Blick in die Geschichte der Anti-AKW-Kämpfe deutlich. So sehr auch unser militantes Vorgehen immer wieder von der Repression bestimmt wurde, so falsch wäre es, die Qualität staatlichen Handelns

nur am Grad der Repression zu messen. Es war eben nicht allein das staatliche Gewaltmonopol, das die Anti-AKW-Bewegung zerschlagen hat, sondern gerade auch die Fähigkeit dieses Staates, Protestpotentiale abzuspalten und einzubinden und einen Gutteil ihrer Kompetenz für innovative Veränderungen am System zu nutzen. Auch wenn es uns nicht paßt – und die Ziele unserer Kämpfe auf den Kopf stellt, die Anti-AKW-Bewegung hat ganz wesentlich zum relativ hohen Sicherheitsstandard der AKWs made in Germany beigetragen, hat dem dort entwickelten Ökologiegedanken in den Rang ökonomischer Gesamt- und Folgekostenabschätzung gehoben. Damit ist für uns ein wesentlicher Unterschied zwischen bürgerlicher und faschistischer Herrschaft beschrieben. Die Dynamik sozialer Gegensätze soll nicht im Keim erstickt, sondern als Aggregat, als Motor produktiver Wertschöpfung genutzt werden. Das schließt die Fähigkeit und Weitsicht mit ein, sich Protestbewegungen wie Wachhunde zu »halten« – als gemeinnütziges Korrektiv gegenüber kapitalistischen Privatinteressen. Was die Zerschlagung antagonistischer und widerspenstiger Kerne nicht ausschließt, sondern zur Voraussetzung hat.

Machen wir diesen Unterschied nochmal an einem anderen Beispiel fest, am Verhältnis zur Homosexualität. Im deutschen Faschismus wurde jede Form sozialer und sexueller Abweichung als existentielle Bedrohung des »Volkskörpers« begriffen und verfolgt. Für Schwule, Lesben, Transvestiten war dies gleichbedeutend mit KZ und/oder Liquidierung. Ein Überleben war nur in absoluter Verleugnung möglich – öffentlich und privat. Es gehört nicht viel dazu, festzuhalten, daß auch heute Homosexualität nicht eine von vielen Leidenschaften ist, sondern eine, die nach wie vor Diskriminierungen ausgesetzt ist. Doch die Unterdrückung der Homosexualität erfolgt heute anders: weniger über die Macht des Verbots und der Repression als über die Dominanz sexueller Normiertheit. So wenig es dem bürgerlichen Staat um die Auflösung sexueller Normen und Zwänge geht, so wenig geht es ihm um die Vernichtung des sexuell »Anderen«. Die Selbstorganisation von Schwulen und Lesben wird in einem gewissen Maße sogar gefördert. Städtisches Zutun wie anläßlich der Schwulen- und Lesben-Woche in Frankfurt am Main ermöglicht eine Repräsentanz der kulturellen Vielfalt, in der individuelle Abweichung von gesellschaftlicher Norm als Attraktion geduldet wird. Doch entscheidend für dieses Herrschaftsverständnis bleibt: Zugewinn, Bereicherung und Abschöpfung der selbstinduzierten Spannung. Anstatt Schwule und Lesben dazu zu zwingen, ihre ganze Kraft in das Verbergen ihrer »Abweichung« zu verausgaben, spekuliert diese Art der Toleranz geradezu auf die Energie, die frei wird, wenn man/frau sich gegen die Mehrheitsnorm behaupten will. Es geht also heute nicht so sehr darum, Schwul- und Anderssein zu verfolgen, sondern zu einer (Hoch-)Leistung zu zwingen, die dann abschöpfbar und konsumabel ist. Eine Anstrengung, die den »Abweichenden« einen hohen

Preis (materiell wie psychisch) abverlangt und gleichzeitig der Mehrheit ein relativ billiges Vergnügen bereitet – das Goutieren einer kulturellen Vielfalt, ohne sich dabei selbst zu bekleckern. Foucault beschreibt in »Sexualität und Wahrheit« recht anschaulich, daß die Macht bürgerlicher Verhältnisse gerade nicht darin besteht, das »Abweichende« zum Verschwinden zu bringen, sondern es erst in der Sichtbarmachung verfügbar zu machen. Vor diesem Hintergrund formuliert Foucault seine Kritik an einer Linken, die bürgerliche Macht und Herrschaft im wesentlichen auf ein repressives, destruktives Verhältnis reduziert:

»Ihre (die der Linken, d.V.) Definition ist merkwürdig beschränkt: Diese Macht wäre zunächst arm an Ressourcen, haushälterisch in ihrem Vorgehen, monoton in ihren Taktiken, unfähig zur Erfindung und gleichsam gezwungen, sich ständig zu wiederholen. Sodann wäre es eine Macht, deren Mächtigkeit sich darin erschöpfte, Nein zu sagen, außerstande, etwas zu produzieren, nur fähig, Grenzen zu ziehen, wesenhaft Antienergie; ihre Wirksamkeit bestünde in dem Paradox, daß sie nichts vermag, als dafür zu sorgen, daß die von ihr Unterworfenen nichts vermögen, außer dem, was die Macht sie tun läßt. Endlich handelt es sich um eine Macht, deren Modell wesentlich juridisch ist, einzig und allein auf die Verkündung des Gesetztes und das Funktionieren des Verbots ausgerichtet. Alle Arten der Beherrschung, Unterwerfung und Verpflichtung laufen somit am Ende auf Gehorsam hinaus.

Warum akzeptieren wir diese juridische Konzeption der Macht so ohne weiteres? Und lassen damit alles unter den Tisch fallen, was die produktive Effizienz, den strategischen Reichtum und die Positivität der Macht ausmacht? In einer Gesellschaft wie der unseren, in der die Apparate der Macht so zahlreich, ihre Rituale so sichtbar und ihre Institutionen letzten Endes so sicher sind, in dieser Gesellschaft, die jede andere an Erfindungsreichtum in subtilen und raffinierten Machtmechanismen übertrifft – woher kommt die Tendenz, die Macht nur in der negativen und fleischlosen Form des Verbots zur Kenntnis zu nehmen?« (M. Foucault, Sexualität und Wahrheit – Der Wille zum Wissen, Frankfurt, 1983)

Es gab in all den Jahren der gesellschaftlichen Modernisierung des postfaschistischen Deutschlands faschistische Parteien und paramilitärische Organisationen, rassistische Angriffe und antisemitische Handlungen in Wort und Tat, bürgerliche Parteien und Institutionen, die all dies bagatellisiert, gedeckt und in ihrem Sinne genutzt haben. Das Entscheidende an der Entwicklung der letzten Jahre ist, daß faschistische Gruppierungen und Parteien mehr Raum haben: politisch, medial und auf der Straße. Daß faschistische Programmatik, insbesondere rund um Volk und Nation, innerhalb konservativer und bürgerlich-liberaler Kreise diskutiert und aufgenommen wird – somit in die Mitte gesellschaftspoli-

tischer Auseinandersetzungen gerückt ist. Eine wesentliche Entwicklung im Vergleich zu den 20 Jahren zuvor sehen wir in der Offenheit, mit der rassistische und völkische Ideologien propagiert werden, und dem Grad der öffentlichen Teilhabe der einstmals schweigenden Mehrheit.

Diese Entwicklung ging mit der Zerschlagung linker Systemopposition einher. Bis in die 80er Jahre hinein waren linke Kritik, Herrschaft in Frage stellende Lebensvorstellungen, Herrschaft überwindende Utopien noch wesentliche Bestandteile öffentlicher Auseinandersetzung. Um die linke Opposition herum entspann sich ein öffentlich wirksamer Diskurs, mit einer medialen und integrativen Verarbeitung. Es ging um die Verwertung »linker Energien« – von der Sonnenenergie angefangen, übers »schöner Wohnen« bis zur Gründung der Grünen Partei. Die Dominanz, die Schrittmacherfunktion hat die Linke allgemein in den 80er Jahren verloren. Links ist mega-out. Im Mittelpunkt der demokratischen »Streitkultur« steht nicht mehr die Kritik an Herrschaft, sondern die Gestaltung der Unterwerfung.

Diese rechte Dominanz ist nicht auf Faschos, neonazistische Organisationen und faschistische Größen begrenzbar. Ihr Gewicht liegt gerade darin begründet, daß rassistische und völkische Ideologien in dem Maße den Makel faschistischen Gedankenguts verloren haben, wie sich bürgerliche und »über allen Verdacht erhabene« Persönlichkeiten und Institutionen ihrer Rehabilitation annahmen. Für diese Begegnung bürgerlichen Unbehagens mit völkisch/rassistischen Ideologien war der Historikerstreit bahnbrechend – den viele von uns noch als intellektuelles Hickhack in die Bedeutungs- und vor allem Folgenlosigkeit verwiesen hatten. Tatsächlich jedoch hatte er die wesentliche Funktion bzw. Wirkung, die Einzigartigkeit deutscher Verbrechen nicht durch die Leugnung von Auschwitz (wie von neofaschistischer Seite aus), sondern durch seine Gleichsetzung mit anderen (Kriegs-)Verbrechen in Frage zu stellen. Was 20 Jahre lang die Deutsche Nationalzeitung, die NPD und faschistische Historiker wie Irving ohne öffentlichen Erfolg betrieben, gelang aus der demokratischen Mitte heraus geradezu handstreichartig. Was einst neofaschistisches Anliegen war, ist heute bürgerlicher Standard. Die Materialisierung des Historikerstreits läßt sich bereits bewundern, in der Gedenkstätte des KZ Sachsenhausen beispielsweise, wo den Opfern des NS- und des Sowjet-Regimes nun gleichermaßen gedacht wird. Damit war der bürgerlich-demokratische Grundstein gelegt, ein weiteres Hindernis auf dem Weg zum »normalen« Umgang mit der deutschen Geschichte beiseite geräumt: Die politischen Einschränkungen, die sich aus der Einzigartigkeit deutscher (Staats-)Verbrechen ergaben – verfassungsrechtlich und materiell. Mit der Einebnung deutscher (Staats-)Verbrechen auf EG-Kriegsnorm wurde nicht nur der einst neofaschistische Versuch, Auschwitz zu leugnen, demokratisiert. Es wurde der Weg freigemacht für eine BRD, die mindestens so imperialistisch sein

darf wie alle anderen Mitkonkurrenten auch – ohne ständig mit der »ewigen Schuld« gegängelt zu werden. Die Maxime ist klar umrissen: Die ökonomische und politische Vormachtstellung der BRD in Europa endlich auch militärisch – in vollem Umfang – umzusetzen.

Ein letzter Punkt betrifft die im Zuge der Vereinigung entfachte »Asyldebatte«. Neu daran ist nicht der Versuch, das geltende Asylrecht Zug um Zug auszuhöhlen. Daran haben alle Regierungsparteien (einschließlich der Regierungen in Opposition) seit den 70er Jahren über alle Parteigrenzen hinweg mitgewirkt. Doch all diese Einschränkungen bzw. Verschärfungen vollzogen sich weitestgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Aufsehen und Schlagzeilen sind vermieden worden. Einen ganz anderen Charakter sollte die von der CDU als Wahlkampfthema ausgegebene »Asyldebatte« bekommen. Während sich Regierung und Opposition in Handlungsunfähigkeit übten, wurden die Regierungsgeschäfte ganz offen nach unten delegiert – ans »gesunde Volksempfinden«. Tage- und nächtelang konnten Pogrome gegen Flüchtlinge unter Schirmherrschaft von Politik, Medien und Polizei stattfinden, um aus den »berechtigten Sorgen und Ängsten« der VolksgenossInnen den Handlungsbedarf zu destillieren, der die endgültige Abschaffung des Asylrechts legitimieren sollte. Zum ersten Mal in der Geschichte Nachkriegdeutschlands geht eine rassistische/völkische Massenbasis auf die Straße, ein coming-out mit Unterstützung der Regierenden. Ein rassistischer Massenkonsens, der weit über die Mitgliederzahl faschistischer Parteien hinausreicht und seinen Kristallisationspunkt mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft gefunden hat. Dieses Zusammenwirken von Herrschaftspolitik von unten und Regierungspolitik von oben hat exemplarischen Charakter. Die Mobilisierung dieser völkisch/rassistischen Basis kann an jedem anderen Thema wiederholt werden – was auf lokaler Ebene z.B. mit der Ethnisierung der »Drogenproblematik« auch schon praktiziert wird.

Was tun?

Wir müssen Bedingungen schaffen, wo es für FaschistInnen und RassistInnen und eben nicht für Flüchtlinge und Menschen ohne deutschen Paß zur ständigen Gefahr wird, hier zu leben. Wir müssen es zum schmerzhaften Risiko machen, sich zur Herrenrasse zählen zu wollen, ob als Glatze, ob als Abgeordneter, ob als Brandstifter oder »Überfremdungs«-Politiker, ob mit Springerstiefeln oder mit Aktenkoffer, ob im Büro, in der Verwaltung, in den Dienstzimmern oder auf der Straße.

Wenn wir uns darin einig wären, müßten wir mehr tun als Faschos und Glatzen verjagen, faschistische Treffen verhindern und faschistische Führerfiguren verletzbar machen, damit sie diese Erfahrung dank ihrer autoritären, hierarchischen Strukturen an ihr Fußvolk weiterleiten.

Wir müßten eine militante Praxis entwickeln, die dem Wissen und der geschichtlichen Erfahrung gerecht wird, daß rassistisches und völkisches Handeln aus der Mitte dieser Gesellschaft kommt, daß es eine legale Mitte in den staatlichen Institutionen, in den demokratischen Parteien, in den Polizei- und Justizapparaten, in den medizinischen und kulturellen Denkfabriken gibt (von Eugenik angefangen, bis hin zu den Theoretikern der kulturellen Differenz). Zu all dem ist mehr notwendig als starkes Auftreten, geschlossene Reihen und Ketten, mutiges und unerschrockenes Vorgehen. Dazu gehört, unser Vorgehen und Umgehen miteinander nicht am Feind zu messen, sondern an emanzipatorischen Vorstellungen, die uns vom Feind erst unterscheidbar machen.

Dazu gehört, Militanz nicht mit breitbeinigem Machotum zu verwechseln, sondern als eine Lebenshaltung, in der sich Angst und Mut, Entschlossenheit und Zweifel, Herrschaftskritik und Selbstkritik nicht gegenüberstehen, sondern aufeinander beziehen. Dazu gehört ein solidarisches Verhältnis unter uns, zwischen Männern und Frauen – um es unmißverständlicher zu sagen: von Männern vor allem gegenüber Frauen –, das nicht von Sexismus und Selbstherrlichkeit geprägt ist, sondern von dem Wissen, daß der soldatische Mann dem Faschismus nicht im Weg steht, sondern auf ihn zuläuft. Dazu gehört, daß wir den Kampf gegen Rassismus und Faschismus nicht als einen Kampf um eine bessere Ideologie begreifen, sondern als einen sozialen Kampf um eine andere Wirklichkeit, in der unter uns erlebbar und spürbar wird, wofür es sich morgen noch lohnt zu kämpfen.

(Dezember 1993)

Ein Tag in Bonn

Nachfragen

Tag X war der 26. Mai 1993. Der Bundestag beschloß die »Änderung« des Grundgesetzartikel 16, in dem es unter anderem heißt: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht«.

Viel war geschrieben worden über die Bedeutung dieser faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl. Und lange war die Mobilisierungsphase auf die Blokkade des Bonner Bundestagsgebäudes hin.

Unrealistisches Ziel der zahllosen Bündnistreffen, vorbereitenden Veranstaltungen und Terminkalkulationen war ein hermetisches Blockieren aller Zugänge, um die Beschlußfähigkeit des Parlaments zu verhindern.

Im Frankfurter Aufruf zur Blockade des Bundestags »Neue Hausordnung – Betreten verboten« heißt es: »In der Grundgesetzänderung kulminieren die jahrelangen Debatten unter dem Motto ›Das Boot ist voll‹, die im Kontext der Vereinigung schließlich völkische Kategorien ansteuerten. Indem die Kompromißler von CDU/CSU, FDP und SPD politische Forderungen der Rechtsradikalen zum Interesse des Gemeinwohls erklärten, wird das historische Bewußtsein, für das der Artikel 16, Absatz 2, Satz 2 stand, endgültig zu zerstören versucht. Das in Bitburg und durch den Historikerstreit in Gang gesetzte kollektive Vergessen erhält normativen Charakter ...«

Ein rein demonstratives Vorgehen verbot sich, auch angesichts der nochmaligen materiellen Verschärfung der Bedingungen für Flüchtlinge, die aus den Vorgängen im Bundeshaus resultieren würde.

Die Blockade zu Lande gelang recht gut. Die ParlamentarierInnen erreichten aber letztlich dennoch, bis auf wenige, ihren Arbeitsplatz; die meisten unter Zuhilfenahme von Wasser- und Luftfahrzeugen. Die Polizeitaktik war nicht auf Konfrontation angelegt. Hinterher hatten viele, die im Vorfeld ackerten, das Gefühl, was Großes geleistet und wenig erreicht zu haben.

Wie jede bundesweite Mobilisierung auf einen Tag hin, hat auch der Tag X nicht die Alltagsstrukturen des Widerstands weiterentwickeln können. Nichtsdestotrotz kreuzten sich – wie bei größeren Bündnissen üblich – die Wege verschiedener Strömungen der an dieser Thematik agierenden bzw. publizierenden Linken. Da so etwas auch nicht alle Tage geschieht, ebenso wenig wie das frühmorgendliche Erscheinen von 6 000 aktionsbereiten Leuten im ekligen Bonn, folgten dem Tag X einige Erörterungen. Dazu brachte die Zeitschrift »links« einen Schwerpunkt in ihrer Ausgabe 7/8 im Sommer ’93. Anläßlich der

dort publizierten Meinungen formulierten auch wir ein paar Überlegungen und antworteten mit einem Patchwork-Artikel in der nächsten Ausgabe.

Unzufrieden mit der Begrenztheit unserer Textaussagen, stellten wir uns einige Fragen. Fragen, die auch in anderen Zusammenhängen auftauchen, die sich nicht erledigt haben, weil der Tag X vorbei und das Bündnis auseinandergegangen ist:

1. Unseres Erachtens hat gerade die Mobilisierung zum Tag X gezeigt, daß das Bündnisspektrum nicht mehr in der Lage ist, die Abschaffung des Asylrechts zu einem breiten Anliegen all jener zu machen, die ihr Engagement aus der Verteidigung von Grund- und Menschenrechten speisen. Gibt es nicht zu denken, daß die 300 000 in Berlin am 8.11.92 oder die 200 000 in Bonn am 14.11.92, die »ungezählte[n] Bürgerinnen und Bürger«, die gegen »Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß« demonstrierten, also all die, die mit dem Aufruf von Joachim Hirsch, Wolf Dieter Narr und Klaus Vack angesprochen werden sollten, am Tag X in überwältigender Mehrzahl zu Hause blieben bzw. pünktlich zur Arbeit gingen? Gibt es nicht zu denken – gleichermaßen den radikalen Linken wie dem Bündnis –, daß die Verteidigung von Grund- und Menschenrechten eher eine autonom/militante Angelegenheit geworden ist, als daß sie (noch) eine republikanische Selbstverständlichkeit ist?

Bei der kritischen Nachbetrachtung konnte nicht darüber hinweggegangen werden, daß sich die Proportionen überraschend verkehrt hatten: Nicht das Bündnis mobilisierte einen Großteil der TeilnehmerInnen, sondern das autonome/militante Spektrum.

Daraus leitet sich eine erste von vier zu erörternden Fragen ab: Die Verteidigung der Verfassung ist sicher nicht der Ansatzpunkt systemfeindlicher Politik. Das breite Bündnis hat andererseits im Vorfeld die Bundestagsblockade erst ermöglicht. Zudem hat die öffentliche Debatte um die Berechtigung der Grundgesetzänderung einen politischen Handlungsspielraum eröffnet. Die schnelle Ablehnung dieses Raums als reformistische Spielwiese ist hier wie so oft falsch. Die Verfaßtheit der Gesellschaft ist immer umkämpft. In sie haben sich in der Vergangenheit auch zahlreiche Kämpfe von links eingeschrieben, die zwangsläufig nicht unmittelbar revolutionär waren. Reformistisch ist die Verlängerung dieser Kämpfe in eine Strategie der schrittweisen Systemüberwindung.

Da wir von einem weiter sich verschärfenden gesellschaftlichen Klima, von härterem staatlichen Durchgreifen gegen Flüchtlinge und von einer anhaltenden Krise der fordistischen Produktionsweise ausgehen, stellt sich die Frage, ob es nicht ein Ansatz sein könnte, der bürgerlichen Demokratie ihre Demontage vorzuhalten, die Verfassung von denen einzuklagen, die vorgeben, ihre Patrioten zu sein? Um das zu klären, muß man/frau sich den materiellen Gehalt der bürgerlichen Demokratie vor Augen führen.

2. Im schon zitierten Aufruf der Herren Hirsch, Narr und Vack stand auch folgendes: »Soweit wir uns als aktive Demokraten verstehen, sind wir gefordert, den Bürgerinnen und Bürgern deutlich zu machen, daß sie beraubt werden, indem ihnen dem Anschein nach entgegengekommen wird.«

Rückblickend wäre also die Frage zu stellen: Lag demzufolge die geringe Teilnahme des »besseren Deutschlands« daran, daß die »aktiven Demokraten« in ihrer Aufklärungsarbeit versagt haben? Oder liegt dem Aufruf viel eher die Weigerung zugrunde, wahrhaben zu wollen, daß die Bürgerinnen und Bürger mit der Abschaffung des Artikels 16,2 nicht »beraubt«, sondern in ihrem Eigeninteresse verteidigt wurden? Ist nicht die Unmöglichkeit, die Millionen LichterkettenteilnehmerInnen, noch in entsprechender Anzahl die 300 000 der Berliner Manifestation für den Tag X zu mobilisieren, konsequenter Ausdruck davon, daß sich dieses Engagement im wesentlichen gegen den braunen, unkontrollierten Exzeß der Straße richtete, sich aber in der staatlichen Übernahme der Verfolgung derer, die hier »zuviel« sind, gut aufgehoben fühlt?

Wenn wir uns die Geschichte des Nationalsozialismus in Erinnerung rufen, dann ist die Annahme falsch und fatal, das »Volk« sei irregeführt oder gar »beraubt« worden, dem »Volk« sei nur dem »Anschein nach entgegengekommen« worden. Dann müßte sich endlich die Einsicht durchsetzen, daß die Mehrheit der deutschen Bevölkerung weder vor 1933 noch nach 1989 zur rassistischen, völkischen und imperialistischen Verteidigung ihrer Interessen gezwungen wurde, sondern sich dafür entschieden hat – eine Wahl hatte und gewählt hat!

Folgende Fragen stellen sich: Ist der vielzitierte, aber auch als verwaschen und unnötig polarisierend kritisierte Begriff des »rassistischen Konsens« von Regierung und Bevölkerungsmehrheit zutreffend? Welche sind die Konsequenzen aus der Analyse, die einen rassistischen Konsens sieht?

3. Gegen die Parolen »Grenzen dicht« und »Ausländer raus«, gegen das Projekt einer nach außen abgeschotteten Europäischen Union wurde von links die Forderung gesetzt: »Offene Grenzen – Bleiberecht für alle!« Uneindeutige Haltungen als Reaktion sind selten. Insbesondere was die offenen Grenzen angeht, erntet man/frau als Ablehnung häufig fassungsloses Kopfschütteln auch bei solchen Leuten, die keinesfalls hinter den lauten Parolen des neuen Deutschlands stehen. »Offene Grenzen« ist in der Ära der frei flotierenden Flutmetaphern und Überschwemmungsszenarien eine Provokation. So verwundern denn auch nicht die brüsken Reaktionen. Für die einen ist es der letzte Beweis, daß sich die Autonomen (mit denen die Forderung flugs identifiziert wird) politisch auf Sandkastenniveau befinden, für die anderen ist es eine Demonstration der Unfähigkeit, einer komplexen Realität gerecht zu werden, weil mit Hilfe einer einfachen Formel das Problem verleugnet werde. Gerade die Schärfe der Reak-

tionen sind den BefürworterInnen der Parole ein Indiz dafür, daß sie richtig liegen. Nerv getroffen, lautet ihre Diagnose. All die linken Nationalisten, all jene, die vor ihrem geistigen Auge die Privilegien der weißen Deutschen schwinden sehen – seht nur, wie sie schreien.

So sind die Dinge fein geregelt, denn beide Seiten sind jeweils überzeugt von der Bekloppheit der anderen. Da wir uns in den letzten Jahren angewöhnt haben, uns verunsichern zu lassen, sind wir, die wir uns die Forderung »Offene Grenzen – Bleiberecht für alle« per sozialer Übereinkunft und wie so oft nicht als Ergebnis einer Diskussion angeeignet haben, den Argumenten der GegnerInnen dieser Forderung nachgegangen.

4. Auf der Kundgebung in Bonn hatten wir in unserem Beitrag auch bestimmte Praktiken und Positionen einiger Organisationen des Bündnisses aufs Korn genommen: »Die Demokratie braucht den Protest, der sie nicht behindert, der sie nicht aufhält. Die Demokratie braucht den Protest, der an sie glaubt. Kurzum: Die Demokratie bietet Platz für alle. Für Millionäre und Sozialhilfeempfänger, für Völlegefühl und Hunger, für Immobilienbesitzer und Obdachlose, für eine rassistische Mehrheit und eine kleine Minderheit. Die Demokratie braucht den Protest, der alles am Platz läßt, und anständig fragt, ob er sich erheben darf.

Zum Beispiel, ein Protest, den man mit der Polizei zusammen kalkulierbar macht.

Zum Beispiel, eine Bannmeilenverletzung, die mit der Polizei abgesprochen ist.

Zum Beispiel, eine »Umzingelung« des Bundestags, die nicht so gemeint ist.

Zum Beispiel, SPD-Abgeordnete, die mit »Ja« stimmen wollen, aber in »persönlichen Erklärungen« testamentarisch beglaubigt sehen möchten, daß es eigentlich ein »Nein« ist. Man weiß ja nie ...«

Damit handelten wir uns eine Kritik in der schon erwähnten Ausgabe der »links« ein: »Ein Redebeitrag aus dem autonomen Spektrum brachte die Sache auf den Punkt. Für die eigene Befindlichkeit scheint es das wichtigste zu sein, die Mitdemonstranten mit in die rassistisch denkende ›legale Mitte‹ der Gesellschaft einzuordnen, so daß man allein als wahrer Antirassist übrig bleibt.«

Nun läßt sich der einigermaßen polemische Verweis auf unsere Befindlichkeit, die es nötig mache, als einzig wahrer Antirassist dazustehen, leicht als spekulative Motivforschung abtun, wo eine Auseinandersetzung mit unserer Kritik am Platz gewesen wäre. Nicht so leicht abschütteln läßt sich aber der Geruch des Elitären, die mitschwingende Behauptung, wir richteten unsere Analysen gern so aus, daß am Ende ganz wenig »Gute« übrig bleiben – und wir mitten drin.

Sobald man/frau aber die persönliche Ebene verläßt, rücken diverse, wahr-

lich nicht von uns erfundene Brüche der linken Grundlagen ins Blickfeld, die plausibel machen, wieso bestimmte Positionen 1994 äußerst minoritär sind. Das verweist im weiteren auf ein strategisches Problem linksradikaler Politik, dem wir uns, da es sich vorläufig nicht lösen läßt, zumindest nähern wollen.

I) Bürgerliche Grundrechte: Verteidigen oder Verlachen?

Spätestens mit der Vereinigung, allerspätestens im Zuge des zweiten Golfkriegs wurde überdeutlich, daß gerade jene, einst kritische Gegenöffentlichkeit (Ex-Linke, Intellektuelle, Grüne, taz ...) mit wehenden Deutschlandfahnen und samt ihrem Vokabular von »Zivilgesellschaft«, »zivilisatorischen Westen« und universalistischen Werten ins Lager der imperialistischen KriegsbefürworterInnen gewechselt war. Das 70er und 80er Modell kritischer Gegenöffentlichkeit ist in einem Maße zusammengebrochen, daß die wenigen, die sich dem Siegeszug des Kapitalismus – und den zu erwartenden Gewinnprämien in den Metropolen – verweigert haben, an einer Hand abzuzählen sind.

Um diese wenigen herum sind viele Positionen verwaist. Die Republik kritisch am demokratischen Ideal zu prüfen, die Gesellschaft am Entwurf einer offenen zu messen, ist zweifellos noch möglich. Auch wenn es etwas ungemütlicher ist als in früheren Jahren, in denen der neurechte Diskurs noch nicht hegemonial war.

Dahingestellt, welche Begrifflichkeiten die Veränderungen der letzten Jahre korrekt beschreiben – die platte Übersetzung des rassistischen Coming Outs, der inneren Sicherheitsoffensive und der Großmachtambitionen als Faschismus ist falsch.

Um es zu betonen: Die Weigerung, Zustände als faschistisch zu bezeichnen, heißt nicht, sie in irgendeiner Weise nicht so schlimm oder gar leidlich akzeptabel zu finden. Unterstellungen in diese Richtung sind der billige Versuch, sich auf Kosten anderer ganz radikal zu geben. Faschistisch ist ebenso wie rassistisch eine analystische Kategorie. Wenn also irgendjemand angesichts der Verhältnisse den Kanal voll hat und – angefüllt mit Wut – keine Differenzierungen mehr vornehmen mag, dann ist das verständlich. Uns geht es oft genauso. Das bezeugt aber keine höhere Wahrheit und widerlegt keine Analysen.

Also, weder am widerlichen Zustand andauernder Angriffe auf Flüchtlinge und MigrantInnen, die, genau wie vorhergesagt, als Meldung klein oder gar nicht mehr auftauchen, noch an der eifrigen Abschiebepraxis der Behörden läßt sich ein Faschismusvorwurf gegen diesen Staat festmachen.

Faschistisch sind jene Haltungen, die versuchen, das behauptete »zuviel« zu wenden, indem sie MigrantInnen aus Ortschaften oder aus dem Straßenbild vertreiben und dabei nicht vor Brandanschlägen und Mord zurückschrecken. Ihr Ziel ist die Reinigung des »Volkskörpers«. Ihre strategischen Angriffsobjekte

sind über Flüchtlinge und MigrantInnen hinaus Schwule und Lesben, Feministinnen, JüdInnen, Behinderte, Obdachlose und Linke. Die Handgreiflichkeit ihrer Mittel ist ihren derzeitig begrenzten Möglichkeiten geschuldet. Verschmelzen faschistische Positionen mit staatlicher Macht, tritt die Systematik des Apparats an die Stelle individueller Gewalt. Die etablierte faschistische Herrschaft ist um Lautlosigkeit bemüht.

Bürgerlich rassistische Positionen werben in bestimmtem Maß um Toleranz, und zwar in dem Maß, wie die Anwesenheit von MigrantInnen sozial nutzbar gemacht werden kann. Hinter dieser Schwelle werden dieselben Bürger reklamieren, daß man den Menschen im Lande nicht zuviel zumuten dürfe ... Für die derzeitige Politik heißt das: Die Migration nach Deutschland durch rigidere Abschottung unter Kontrolle bringen; die im Lande befindlichen MigrantInnen durch Ghettoisierung, Kasernierung und Datenerfassung extrem verfügbar machen für politisch-administrative Maßnahmen; möglichst viele abschieben und die Bedingungen für den überwiegenden Teil der Übrigen so gestalten, daß die rassistischen Verhältnisse sie möglichst nicht vollständig paralysieren.

Es gibt also auch auf dieser Ebene einen realen Widerspruch zwischen faschistischen und bürgerlichen Positionen. Er drückt sich in der partiellen Verfolgung faschistischer TäterInnen aus oder auch in der von Teilen der Medien praktizierten, wohlwollenden Berichterstattung über Unterstützungshandlungen gegen faschistische Angriffe.

Bürgerliche Positionen müssen sich gelegentlich an den Idealen des bürgerlichen Rechtsstaats messen lassen. Die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen werden auch vor dem ideologischen Hintergrund der Grund- und Menschenrechte geführt. Daß die Realität des bürgerlichen Staats geprägt wird durch patriarchale, ökonomische und rassistische Gewaltverhältnisse, und daß darin die strukturelle Nähe zum Faschismus offenkundig wird, ändert nichts am Bestand seiner Ideologie. Und diese Ideologie ist nicht nur Schein. Der bürgerliche Staat gewährt tatsächlich auch Schutz. Es gilt das Postulat der Gleichheit vor dem Gesetz. Klar: Linke können die Begrenztheit und Herrschaftsrationalität dieser »Freiheit und Gleichheit« routiniert auseinandernehmen; Feministinnen wissen die »Brüderlichkeit« bis auf ihren Männermachtanspruch zu entkleiden.

Zu leicht gerät dabei aus dem Blickfeld, daß zwar die Existenz von Zwangsarbeit im Knast oder die Rechtmäßigkeit von Vergewaltigung in der Ehe den humanistischen Gestus der bürgerlichen Ideologie zu diskreditieren vermag, daß aber der historische Fortschritt der Überwindung feudalistischer/diktatorischer Regime dem bürgerlichen Staat den entscheidenden Zugewinn an Stabilität verschafft hat. Die im selben historischen Kontext erlangte Regelhaftigkeit und Kalkulierbarkeit der Verhältnisse waren die notwendige Bedingung für den hochtechnisierten Kapitalismus. Die Kapitalfraktionen im modernen National-

staat suchen darüberhinaus in einigen Bereichen verstärkt die kreativen Potentiale der »freien Individuen« abzuschöpfen, um dem Kapitalprozeß technische Innovation zuzuführen. Gerade weil die meisten BürgerInnen nicht Angst um ihr Leben oder Sorge um die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse haben, setzen sie kreative Potentiale in der Suche nach Selbstverwirklichung im Beruf um. Ein durch keine Gewalt hervorzurufender, gleichwohl überaus lohnender Effekt. Auch wenn das immer nur für eine Minderheit gilt, so lebt die Verheißung davon, daß es tatsächlich möglich ist. Der Tagtraum von Sinn und Erfüllung bekommt so noch Macht über die, die in den vergangenen Jahrzehnten letztlich an Fließbändern und Frisierstühlen zu stehen hatten.

Das Versprechen der faschistischen Ordnung ist ein naturgegebener Platz in der Volksgemeinschaft. Das Versprechen, dazuzugehören, nicht das von Karriere und Aufstieg (Parteikarrieren außer acht gelassen).

Der bürgerliche Staat hält, entgegen der Faktizität der sozialen Schranken, das Versprechen der Durchlässigkeit aufrecht. So lebt auch die Abschöpfung der Produktivität von MigrantInnen davon, daß es einem Teil möglich gemacht wird, ohne permanente Angst und legal ihre Arbeitskraft zu Markte zu tragen, während gleichzeitig ein anderer Teil wahrhaft vogelfrei ist. Der mit Recht bloßgestellte Terror gegen viele MigrantInnen, der Rassismus der Verordnungen und Behörden darf nicht den Blick dafür trüben, daß es Schlupflöcher gibt – reale Gewährung von Menschenrechten. Das ist nicht nur wichtig, damit die materiellen Unterschiede zu faschistischer Herrschaft nicht verschwinden, sondern auch, um den immer auch – trotz hautnah verspürten Rassismus – funktionierenden Mechanismus der Integration zu verstehen (z.B. »Kommunale Ausländervertretung«, »Ausländer im Polizeidienst«). Selbst die jüngste massive Erschwerung des Zugangs zum Arbeitsmarkt für Nicht-EG-Ausländer läßt noch einen schmalen Durchgang, der Hoffnungen am Leben erhält, der Anlaß ist für Anstrengungen mit minimalen aber realen Chancen.

Auch in diesen Zeiten verstärkter Abschottung ist es nicht bürgerliche Politik, völkisch nationalistische Ausgrenzungspraktiken zu radikalisieren. Auf ökonomische Existenzvernichtung zielende Einkaufsboykott-Parolen werden nicht propagiert. Nicht wegen eines Rests bürgerlicher Anständigkeit (darauf sollte niemand setzen), sondern weil es der Logik des freien Westens entspricht, marginale Gruppen der nationalstaatlichen Gesellschaften an den Rand zu drücken (SaisonarbeiterInnen und Illegale bei Minilöhnen zu kasernieren), aber nicht systematisch über den Rand hinaus in den Abgrund zu stoßen. Gelegentlich allerdings, wenn die Stammtischgesinnung durchbricht, entfällt dies einzelnen bürgerlichen PolitikerInnen.

Zudem muß bürgerliche Abschottungspolitik, müssen die Diskriminierungen mit Worten begleitet werden, die »sauber« sind. Vokabeln wie »Minderwer-

tigkeit« sind tabu. Das ist weniger eine Geschmacksfrage als eine, der Reputation bei den westlichen Verbündeten. Die inzwischen berühmte Sorge vor der Reaktion des Auslands resultiert aus der Befürchtung, die Vorkommnisse legten den Schluß nahe, die rassistischen Widersprüche (die die Bündnispartner nur zu gut kennen) würden hierzulande unter offensichtlicher Preisgabe des Menschenrechtsparadigmas aufgelöst.

Daß das Ausland für manche Politiker zum zentralen Motiv geworden ist, nach faschistischen Anschlägen überhaupt noch zu reagieren, zeigte eindrucksvoll Außenminister Kinkel. Nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in Lübeck wünschte er sich den Auftritt der Lichterketten, um den »neuerlichen Ansehensverlust im Ausland zu mildern«.

Im Innern dieser Politikersubjekte verschränkt sich die mehr oder minder bröckelnde Verpflichtung auf die Ideale des bürgerlichen Staates, gestützt von der Einsicht in die Notwendigkeit kontrollierter Migration, mit einer grundsätzlich rassistischen Wahrnehmungs- und Denkweise.

Der Vorwurf der Heuchelei (»Heuchler! Heuchler!«) ist vordergründig und manchmal hilflos, denn der Zynismus der Kinkels wird damit verfehlt. Angesichts fortdauernder sozialer Ungleichheit per Rassismus mag die Bloßstellung einen denunziatorischen Effekt haben. Ebenso groß ist aber der Schaden, wiederum zu suggerieren, bürgerliche Politik könnte je antirassistisch sein.

Schon in der historischen Konstituierung des freien, gleichen und brüderlichen Bürgers waren die außereuropäischen Menschen beiderlei Geschlechts aus dem aufklärerischen Ideal von Mensch und Gesellschaft ausgegrenzt. Das entstehende Bürgertum des späten 18. Jahrhunderts benötigte die »Rassenlehre« als Legitimationsideologie der Kolonisation, das heißt, zur Durchsetzung ihrer Macht- und Finanzinteressen.

In der Wechselwirkung von Geschlechterverhältnis und den Ansätzen einer industrialisierten Warenökonomie etablierte sich, zunächst in Europa, die geschlechtliche Arbeitsteilung und mit ihr neue Bilder von Mann und Frau. Die biologistische Konstruktion zweier komplementärer Menschentypen schreibt »dem Mann« die Vernunft zu und sieht »das Weib« ihrem Körper und ihren Empfindungen ausgeliefert. Im Zuge dieses Prozesses wird das individualisierte Selbst – unabhängig, vernunftbegabt und naturbeherrschend – zum Idealbild des Menschen. Es ist exklusiv männlich. Der Egalitätsanspruch des aufklärerischen Denkens erstreckt sich also historisch allein auf den europäischen bürgerlichen Mann.

Der Politik, bürgerlichen Staaten heute die Differenz zwischen Gleichheitsideal und rassistischer Ausgrenzung bzw. Ausbeutung vorzuhalten, bezeugt zwar eine Wahrheit, suggeriert aber Verfehlungen bestimmter PolitikerInnen, wo doch die Tradition einer Herrschaftssystematik und ihre Ideengeschichte the-

matisiert werden müßten. Der bürgerliche Staat ist historisch aufs engste mit dem Rassismus und Sexismus der Moderne verknüpft. Die Befreiung von jeglicher Herrschaft weltweit setzt deren Überwindung voraus. Diese Erkenntnis ist nicht hintergehbar. Der bürgerlich aufklärerische Staat steht gegen Feudalherrschaft, gegen die mystische Herrschaftslegitimationen der Romantik, gegen völkischen Germanenkult, letztlich gegen die Zementierung der sozialen Ungleichheit als natürliche Ordnung in einer faschistischen Volksgemeinschaft. Das ist seine historische Substanz, mehr ist materiell in ihm nicht enthalten.

Nun tendiert der bundesrepublikanische Rechtsstaat vermehrt dazu, die materielle Substanz seiner bürgerlichen Ideologie Stück für Stück aufzuzehren. Zum Beispiel, indem er die rassistische Verfahrenspraxis bis ins Grundgesetz rückschlagen läßt. Ähnliches geschieht in anderen Bereichen. Das grundgesetzlich verankerte Trennungsgebot von Geheimdienst und Polizei (auch ein an der Erfahrung mit dem nationalsozialistischen Apparat geprägtes Rechtsgut) ist faktisch schon länger ausgehöhlt. Im Regierungsentwurf zum »Verbrechensbekämpfungsgesetz« soll die grundgesetzwidrige Praxis unter dem Banner des Kampfes gegen die »organisierte Kriminalität« ausgeweitet und verrechtlicht werden. Es finden aktuell Verschiebungen statt auf dem Terrain, das den Staat zum bürgerlichen macht: der nicht nur ideologischen Garantie eines Bestands an Rechtsstaatlichkeit, die in der Regel gewahrt werden mußte. Es ist sicherlich punktuell sinnvoll im Bereich dieser öffentlich debattierten Politik, bürgerlichen PolitikerInnen die Tendenz zur Aushöhlung des Rechtsstaats vorzuwerfen (nicht nur ihre rassistische und sexistische Grundhaltung).

Der große Lauschangriff bricht das Grundrecht auf die »Unverletzlichkeit« der Wohnung, die Out-of-Area-Einsätze der Bundeswehr lassen deren verfassungsmäßig festgelegten Aufgaben weit hinter sich, die Tarifautonomie wird demontiert und Schäubles Vorstoß für den Einsatz der Bundeswehr im Innern ist das Sahnehäubchen. Daraus soll nun nicht die neue Linie linksradikaler Forderungen – Beschränkung auf Bürgerrechte – abgeleitet werden. Angesichts der jahrzehntelangen Einschränkung der Bürgerrechte gegenüber genau dieser Opposition hieße das, die Selbstverleugnung auf die Spitze treiben. Aber die Ausweitung der extralegalen Praxis über die Arbeitsfelder der Repressionsorgane hinaus ist für die Alltagspolitik nicht gleichgültig. Im Kontext der Beteiligung relativ gut ausgestatteter und straff organisierter faschistischer Organisationen an verschiedenen gesellschaftlichen Kämpfen ist die aktuelle Verfaßtheit des Rechtsstaats (bzw. deren Tendenz) nicht »sowieso egal«, weil zum Beispiel eine breite programmatische Identität zwischen faschistischen Kadern und der Sozialadministration einen Einschnitt markieren würde. Einen Einschnitt, den es wahrzunehmen gilt, denn im Zeitalter der Hochtechnologien kommt es nicht zum klassischen Sturz der Republik. Zwar würde auch das nicht bedeuten, letzt-

lich alles Wissen über Bord zu werfen und doch noch zur Verteidigung des bürgerlichen Staats aufzurufen. Da es keine substantielle Sperre der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gegen den Übergang zum Faschismus gibt, wäre das in letzter Konsequenz der Versuch, den bürgerlichen Staat vor sich selbst zu retten. Aber das grundsätzlich vom Faschismus sich unterscheidende bürgerliche Prinzip, die sozialen Widersprüche nicht aufzuheben, sondern verfügbar zu machen, die soziale Ungleichwertigkeit nicht zur ideologischen Prämisse zu erklären, sondern als Spannung zu verwerten, läßt faktisch Lücken und Möglichkeiten für Dissidenz. Die radikale Kritik des bürgerlichen Staates darf nicht zur Ignoranz seiner materiellen Möglichkeiten führen in Zeiten, wo von links nicht mal kleinere Reformen durchgesetzt werden können. Das Interesse einzelner politischer Fraktionen, einen Prozeß der Aushebelung von Menschenrechten am laufen zu halten, schrittweise die Volksgemeinschaft als tatsächlich leitendes Denkmuster zur Auflösung gesellschaftlicher Widersprüche durchzusetzen, braucht und nutzt zunächst das Terrain des demokratischen Pluralismus. Es ist nicht einzusehen, wieso dieses Terrain, auf dem politische Absichten und Wendungen derzeit offen zu Tage treten, kampflos preisgegeben werden soll, allein weil es eine wohlbegründete linke Staatskritik gibt.

Manche politische Praxis – das hat die Tag X-Mobilisierung gezeigt – ist sinnvoll an der Nahtstelle zwischen völkischem Terror und Staatsräson anzusiedeln. Nicht, um dabei stehen zu bleiben, was Selbstverleugnung bedeuten würde, sondern um sich der tagespolitischen Brisanz einer Entwicklung entgegenzustellen, die sonst nur allzu leicht in der theoretischen Eindeutigkeit herrschaftsantagonistischer Postulate unterzugehen droht.

Hinzu kommt, daß bürgerliche Verhältnisse auch die Ausgangsbedingungen einer militanten linken Politik sind. Hoffentlich setzt niemand mehr ernsthaft auf Faschisierung als linken Mobilisierungsschub. Das Gegenteil ist richtiger: Es gibt neben aller Herrschaftslogik des Fortschritts auch einen realen Gehalt der in Grund- und Menschenrechte eingeflossenen Kämpfe. Auch wenn mit Recht die Behauptung einer Zwangsläufigkeit hin zum historischen Fortschritt (die Anhäufung kleiner Durchbrüche) zurückgewiesen wird, so ist umgekehrt die Rücknahme bürgerlicher Rechte noch lange nicht gleichgültig. Das galt auch für den Grundgesetzartikel 16: »Das einzige, was wir hier und heute verteidigen, ist das, was von DVU bis Grüne einträchtig als ›Asylmißbrauch‹ verfolgt wird. Für die Mehrheit der Flüchtlinge hier bot das Grundrecht auf Asyl nur insofern Schutz vor Verfolgung, daß es relativ lange Zeit dauerte, bis ihr Antrag auf Asyl letztinstanzlich abgelehnt wurde. Dieser lange Weg bis zur sicheren Ablehnung bot zumindest einigen Flüchtlingen die Möglichkeit, auf legale oder weniger legale Weise hier im Land zu bleiben bzw. sich der drohenden Abschiebung erfolgreich zu entziehen«. (Tag X, Demo-Rede)

Wenn auch die hehren Worte des Grundgesetzes nur dröge Herrschaftsverhältnisse in ein erhabenes Gewand kleiden, so hat doch jede Rücknahme von Rechten – auch die der ausgehöhlten – für die, die auf sie angewiesen sind, noch materielle Konsequenzen. Deswegen ist und war die Gegenwehr notwendig, und nicht, um die »beste aller möglichen Verfassungen« zu retten.

Nicht verwechselt werden soll dieses Anliegen mit dem häufig zu hörenden Vorschlag, endlich von links »Lösungen« zu formulieren, als Alternative zur angeblich nur noch hilflos Mißstände verwaltenden herrschenden Politik. Die Behauptung, es gäbe für irgendein Desaster dieser Zeit, für Rüstungsexport, Ökokollaps oder Wohnungsnot tatsächlich »Lösungen«, die dann auch wirkungsvoll als Alternativen zur Attraktivität rechter Parolen ins Feld zu führen wären, verkennt deren Mechanismus. Sie funktionieren nicht als Lösungsansatz für ein gesellschaftliches Problem, sondern als Versprechen der Auflösung sozialer Widersprüche in ewiger Ordnung und Hierarchie.

Das Formulieren von Lösungen ist naiv in dem Glauben, die knirschenden Destruktionen und oft ausweglosen Kämpfe gegen das »deutsche Volk« umgehen zu können. Und, nebenbei, es wäre wiedermal der erste Schritt zur grün-sozialdemokratischen Erneuerung.

Die gelegentliche Bezugnahme auf die in Deutschland besonders gefährlichen Demontagetendenzen am bürgerlichen Staat bedeutet weder, die »Massen abzuholen«, noch mit diesem Staat die soziale Befreiung zu versuchen. Sie ist schlicht notwendig, weil der systemantagonistische Kampf gegen Ausbeutung, Sexismus und Rassismus auf absehbare Zeit keine solche soziale Basis haben wird, daß der Zustand des bürgerlichen Staates unwichtig würde.

II) Rassistischer Konsens: Ein elitärer Befund?

Erschreckend war in den letzten Jahren nicht alleine die Häufung der Pogrome, der Anschläge und Vertreibungen, also die Bereitschaft zum handgreiflichen Vorgehen. Fast ungläubig registriert wurde auch die breite Übereinstimmung darüber, daß letztlich die AusländerInnen selbst die Ursache hierfür seien. Entweder, weil sie vorgeblich Schuld an diesem oder jenem gesellschaftlichen Mißstand hätten, oder einfach, weil sie »viele« sind.

Diese in Deutschland weit verbreitete Gewißheit, daß AusländerInnen das Problem sind, ihre Anwesenheit »hier« beendet werden muß oder allein über ihren ökonomischen Nutzen legitimiert werden kann, wurde und wird als »rassistischen Konsens« bezeichnet. Damit soll demaskiert werden, wie durchsetzt von Ausgrenzungsbereitschaft und Bootsmentalität das allgemeine Bewußtsein ist. Als analytischer und »scharfer« Begriff beschreibt rassistischer Konsens eine gesellschaftliche Verfaßtheit, die zu registrieren unumgänglich ist, um die Ereignisse der vergangenen Jahre zu verstehen.

Beschrieben ist damit ein Konsens, der nicht auf einer ähnlichen Vorgehensweise, sondern einer, der auf einem zentralen Merkmal der Sichtweise beruht: »Das mit den Ausländern ist ein Problem, (aber manche sind sehr nett und tüchtig)«.

Die höchst unterschiedlichen Konsequenzen, die aus dieser Sichtweise erfolgen: vom körperlichen Angriff über die Stammtischhetze bis zur Herausstellung des kulinarischen Werts der Exoten, zeigen die Notwendigkeit politischer Differenzierungen. Es ist dies keinesfalls ein faschistischer Konsens.

Dennoch, wenn vom rassistischen Konsens geredet wird, regt sich oft Widerspruch. Zu pauschal scheint der Begriff die Gesellschaft zu einer feindseligen Einheit zusammenzufassen. Es sollen und dürfen selbstverständlich nicht die verschiedenen politischen Positionen und Weltanschauungen in der Bevölkerung verwischt werden. Niemand will auch die unterschiedlichen Lebensbedingungen von MigrantInnen in Fascho-Hochburgen, geleckten Provinzstädtchen oder Großstadtvierteln mit hohem MigrantInnenanteil leugnen. Aber schon dieses Beispiel zeigt, wie schlecht es möglich ist, allein den Bereich des körperlichen Angriffs örtlich oder regional zu begrenzen. So unterschiedliche Orte wie Mölln, eine ordentliche Stadt im kühlen Norden, und Rostock-Lichtenhagen, das abgemeierte Viertel einer ostdeutschen Industriestadt, stehen für die brutalsten Exzesse auf diesem Gebiet.

Entgegen irriger Annahmen wird mit rassistischem Konsens aber nicht der Konsens der Handgreiflichen beschrieben. Zwar ist es richtig, daß, schaut man/frau sich die Liste der Anschläge, Pogrome, Vertreibungen und verhinderten Ansiedlungsversuche an, keine Region auszunehmen und jede soziale Schicht vertreten ist. Für Mannheim-Schönau haben wir exemplarisch beschrieben, wie Behörden, politische Vertretung und BürgerInnen reibungslos zusammenwirkten, mithin also lokal und situativ die Idee der Volksgemeinschaft realisierten. Der rassistische Konsens wird jedoch jenseits dieser Feindseligkeiten komplettiert, auf der Seite der »Gutwilligen«. Dort, wo den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern nahegelegt wird, sich zu zeigen, so zu zeigen, daß »ihre Kultur« goutierbar wird. Kultur bedeutet hier zunächst immer Speisen und Folklore.

Gleichzeitig möchten sie bitte damit und darüber hinaus dokumentieren, daß sie sich den Rahmenbedingungen anpassen, damit ihre Fremd-Körper nicht mehr provozieren. Die Ausländer (die uns in den vergangenen Jahren geholfen haben, dieses Wohlstandsniveau zu erreichen ...) sollen dem entgegenarbeiten, daß sie ein Problem darstellen.

Es mußte etwas getan werden, das den Nicht-MigrantInnen zeigt: Sie können eigentlich mit diesem Problem leben. Und es wurde getan: Freundschaftswochen, arabische Nächte usw. usf.

Insoweit sich die am »friedlichen Zusammenleben der Kulturen« Interessierten auch an die Bevölkerung der Deutschstämmigen wenden, werben sie um mehr Toleranz. Das paßt dann ganz genau ins Bild. Denn Toleranz wird gemeinhin dann verlangt, wenn der Fehler bei der Gegenseite liegt. An diesem Punkt angelangt, ist es Verhandlungssache, wo die Grenze des Aushaltbaren liegt. Schon, wenn »sie« auf öffentlichen Plätzen ihre Zeit verbringen, oder erst, wenn »sie« kriminell werden? Manche haben auch gar keinen Bock, tolerant zu sein. Werden diese dann aktiv, sind zumindest manche der »Gutwilligen« ehrlich entsetzt. Was die Sache nicht einfacher macht, denn ein chronisch gutes Gewissen ist der Selbsterkenntnis oft im Wege.

Geht es dann um die Bewertung der Taten derer, die nicht tolerant sein mochten, ist es wiederum das anständige Deutschland, das sich am großen Entschuldigungsdiskurs mit der entsprechenden akademischen Reife soziologisierend und psychologisierend beteiligt. Der sonst im Kontext der Kritik am Strafsystem nur mit größter Anstrengung in die öffentliche Diskussion zu bringende Gedanke, daß neben der individuellen Verantwortung auch die gesellschaftlichen Hintergründe der TäterInnenbiographien mitzudiskutieren seien, wurde – beschränkt auf die Hintergründe – zur Maxime fast jeder Erörterung über rassistische Angriffe. Die TäterInnen konnten mit Verständnis, gar Mitleid rechnen, lange bevor ihre Schuld gesellschaftlich, politisch oder juristisch sanktioniert wurde. Die von allen Seiten aufgestellten Thesen, wie es denn zu den Untaten kommen konnte, zeichneten sich regelmäßig durch den Versuch aus, rassistische Motive und Praktiken einzugrenzen, letztlich auf einen Sektor der Gesellschaft zu begrenzen. Auch wenn die Ereignisse eine andere Sprache sprachen. Und sprechen, nach wie vor.

Rassistische Angriffe sind wie ehedem nicht hinreichend erklärbar als Reaktion verunsicherter und schlagartig perspektivlos gewordener Jugendlicher in der abgewickelten DDR. Sie sind natürlich auch nicht einfach der entfremdete Protest der im Zuge der Wirtschaftskrise Marginalisierten und Überflüssiggewordenen.

Auch der gerade andersherum funktionierende Erklärungsansatz des Wohlstandschauvinismus, der Besitzstandswahrung der Begüterten im Ansturm der Verarmten, verfehlt diese Realität und bedient sich dabei noch verdächtiger Stereotypen. Auch die Erklärung, derzufolge die weißen Eliten, die HERRschenden, die rassistische Hetze als Spaltungsinstrument schüren und die eigentlich mit ähnlichen Schicksalen Geschlagenen gegen ihre eigenen Interessen Jagd aufeinander machen lassen (zu beachten ist der Verlust der Eindeutigkeit, wer wen), findet sich in den Straßen deutscher Städte und Dörfer kaum zurecht. Allein die Verunsicherung des eigenen Herrschaftsverständnisses läßt sich damit bekämpfen. An den Pogromen, Hetzreden, verweigerten Warnungen und un-

terlassenen Hilfeleistungen, Brandanschlägen und Drohbriefen waren Mann und Frau, Arme und Reiche, Dumme und Schlaue beteiligt. Wir halten es für politisch notwendig, dem permanenten medialen Druck, der Rassismus über den Erklärungsansatz marginalisiert, der ein soziales Gewaltverhältnis zum Randgruppenproblem zu verkleinern sucht, nicht nachzugeben. Dieser »ansonsten intakten Gesellschaft« sind diese »Auswüchse« ungefähr so fremd wie der Krake die Arme.

Die Einigkeit derer, die ihre Nöte haben mit den aus »Hoffnungs- und Orientierungslosigkeit gezeugten ausländerfeindlichen Taten einiger weniger« und die mutig darauf beharren, daß das »Asylproblem so nicht zu lösen ist«, ist mit rassistischem Konsens zureichend beschrieben. Denn indem sie sich mühen, ihr »Problem« zu lösen, produzieren sie wieder und wieder Ausgrenzung. Um es nochmal zu betonen: Dieser Begriff soll nicht die Ungleichzeitigkeiten und ideologischen Widersprüche in vielen anderen Fragen innerhalb der Gesellschaft oder auch nur innerhalb der neurechten Hegemonie leugnen. Selbst zwischen Nazischläger-Organisationen, dem Rep-Populismus und den Elitezöglingen der »Jungen Freiheit« gilt es Unterschiede zu registrieren. Rassistisch ist der Konsens, daß es »hier« ein Ausländerproblem gibt. Konkret: daß das Problem dort beginnt, eins zu sein, wo die RepräsentantInnen des »wir« oder »hier« auf »andere« – in ihren Augen: TrägerInnen von Fremdheit – treffen. Und sei es auch nur medial.

Das Problem liegt woanders. Etwa dort, wo das völkische Recht des deutschen Blutes in eine postfaschistische Verfassung geschrieben wurde. Dort, wo mit der globalen Durchsetzung des kapitalistischen Marktes Lebensgrundlagen zerstört werden. Dort, wo eine nationale Ökonomie »Arbeitskräfte« aus ärmeren/armgemachten Ländern importierte und sich ein paar Jahre später entsetzt, daß Menschen kamen – und blieben. Dort, wo Diskriminierungsgesetze wie das Ausländergesetz Zug um Zug verschärft werden, dort, wo Sprach- und Denkweisen folgerichtig durchsetzt sind mit Stereotypen wie der vom »schwarzen Mann«. Dort, wo unter die Barbarei eines kollektiven National(sozial)ismus Schlußstriche gezogen werden.

Vielleicht verhelfen die vorausgegangenen Erörterungen dazu, den Kampf gegen den rassistischen Konsens richtig einzuschätzen. Er rührt an die Grundlagen von Staat und Gesellschaft. Entsprechend gering ist die Zahl der StreiterInnen. Der rassistische Konsens basiert auf zentralen Strukturen dieses bürgerlich-kapitalistischen Nationalstaats. Die politischen und ökonomischen Veränderungen im Schatten der Vereinigung der zwei deutschen Staaten und der Auflösung des Staatskapitalismus nährten ihn, und es kristallisierten sich aus der Latenz die ewigen Rituale der »Reinigung des Volkskörpers«. Nachdem letztlich niemand

mehr den apokalyptischen Bildern vom »Ansturm« und dem »Ende der Belastungsgrenze« widersprach, wurde das als Legitimation verstanden. Es sind ja auch zuviele. Ausgestattet mit dem identifikatorischen Muster des »Deutschseins«, einer Selbstvergewisserung durch Partizipation an einer imaginären nationalen Identität und der gesellschaftlichen Anerkennung solcher Ideologeme wie »deutsch fühlen« erwuchs aus der allgemeinen Praxis, »die Ausländer« als Problem zu diskutieren, eine ungeheure individuelle Macht. Die Macht – zeitweise unbedrängt – mit der individuell bevorzugten Methode, den völkischen Ausschluß von MigrantInnen und Flüchtlingen zu exekutieren.

Die Erweiterung des rassistischen Konsens um das »zuviele« korrespondiert mit den geschichtsrevisionistischen und militaristischen Bemühungen. Die schon seit Mitte der 80er Jahre betriebene Relativierung der nationalsozialistischen Vergangenheit eskalierte im Zuge der nach 1989 veränderten materiellen (Grenz-)Verhältnisse zur offensiven Propagierung der historischen Einebnung. Die propagandistische Offensive mündete in den Anspruch auf verstärkten militärpolitischen Einfluß in der einen Welt. Dieser mit Vehemenz vorgetragene Machtanspruch unterstreicht wiederum die Berechtigung des »Stolzes auf Deutschland«. So ist aus der Übereinkunft, daß die Deutschen ein Asyl- oder Ausländerproblem haben, im Prozeß der »nationalen Erneuerung« ein variabler, von den Begleiterscheinungen dieser Jahre genährter und um einige Aspekte erweiterter rassistischer Konsens entstanden.

Einige dieser diskursiven Nährstoffe sollen hier nun aufgefächert werden. Immer in der Absicht, die inhaltlichen Möglichkeiten des Einbruchs in den Konsens zu erweitern.

Da ist der allseits bekannte, durch die Eskalation der »Asyldebatte« endlich gezeugte »Asylkompromiß«. Natürlich hat die verstärkte Abschottung nicht die lang beschworene Bedrohung bannen können. Vielmehr wurde mit den Pauschalbegriffen »Nichtverfolgerländer« und »sichere Drittstaaten«, die die höheren Weihen der Aufnahme in Gesetzestexte erhielten, der Vokabel »Scheinasylant« die volle staatspolitische Absolution erteilt. Ein Verfolgter aus einem Nichtverfolgerland kann nur ein Scheinverfolgter sein.

Rassismus wird durch Worte und Handlungen reproduziert. Durch Handlungen, weil durch sie Fakten geschaffen werden, an denen sich leicht orientieren läßt. Diese Erlebbarkeit sozialer Differenzierung fließt mittelbar als interpretierte wieder in die Diskurse ein. Die erweiterte Abschottungs- und die verschärfte Abschiebepraxis sind in diesem Sinn (auch) Lesarten. Die logistische und personelle Aufrüstung der Grenzen, die Kriminalisierung von Flüchtlingen durch die Einrichtung von Abschiebeknästen demonstrieren die Gefahr, die »unserem Land« fortwährend droht. Kein Wunder, daß die Rede vom Ausländer unmittelbar an die andere Sphäre andauernder Bedrohungsszenarien ge-

knüpft ist, an die der Kriminalität. Das Problem der inneren Sicherheit, jenes Flaggschiff aller Superwahljahrkämpfe, bietet eine ungeheure assoziative und projektive Fläche. Die vielfältigen Möglichkeiten, durch Andeutungen auf der Klaviatur der existenten Stereotypen neue Assoziationsketten auszulösen, werden gerne benutzt. Straßenraub, Straßendeal, auf offener Straße erschossen; inzwischen braucht die Staatsangehörigkeit nicht mehr genannt werden. Die dunklen Geschäfte, die zwielichtigen Vorgänge in den (groß-)städtischen Straßen »gehören« den gebrochen Deutsch sprechenden Gestalten. Rivalisierende Banden. Ihre jeweilige Herkunft wird in dem Maß egal, wie sie als Angehörige eines bedrohlich wuchernden Schattenreichs kenntlich werden.

Ein anderes mächtiges Gedankengebäude, das den rassistischen Konsens nährt, ist der Nationalismus. Der Konstituierung des Staats als nationale Gemeinschaft folgte im Zuge der Einwanderungen aus den Kolonien und der später in Gang gesetzten Arbeitsmigration in die reichen Staaten Mittel- und Nordeuropas eine ethnische (Selbst-)Definition der »eigentlichen Nation«. So schützt etwa die in Frankreich geborenen Nachkommen algerischer MigrantInnen die automatische Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft nicht vor Ausgrenzung und Verfolgung durch »echte« Franzosen. Die hierbei leitende völkische Abstammungsideologie ist in Deutschland sogar (Grund-)Gesetz. Ungebremst aktiviert daher die politische Betonung der Nation hierzulande die gesammelten Ressentiments der Dichter und Denker gegen den kulturlosen Rest der Welt.

Aber wen schert das schon. Jede Kleingartenkolonie hißt die Fahne und keine/r der nationalen IdentifikationssportlerInnen denkt daran, der vor Stolz tobenden Gemeinde den Rücken zu kehren. Nun, sie wissen, was sie tun. Und außerdem machen ja alle mit. Konjunkturritter jedweder Couleur stellen die nationale Frage. Es ackern Liberale und Grün-Liberale, PDS und SPD und sowieso die taz beim Versuch, das Thema »zu besetzen«. Gebannt verfolgen wir, wie mit rechten Inhalten linke Mehrheiten entstehen.

In der Tarifauseinandersetzung der Metallindustrie kann die Arbeitgeberseite mit Plakatwänden »Säg' nicht am Ast, auf dem wir alle sitzen« ihre Kapitalinteressen hinter einem Baum als Volk verstecken, und die Gewerkschaften hauen ihnen das völkische Emblem nicht etwa um die Ohren, sondern forcieren vielmehr selber die Phrase von den »Lasten der Einheit«, die gerechter verteilt werden müßten. Nichts läßt erahnen, daß sie je hörten von einer Weltwirtschaftsordnung, die die Lasten generell woanders ablädt. Aber gut, das ist naiv. Wahrscheinlich ist das Wissen von den internationalen Zusammenhängen die Grundlage ihres Beitrags zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit des Standorts Deutschland. Hoch die nationale Solidarität!

Keinesfalls ist es mehr eine linke Selbstverständlichkeit, als Antwort auf die nationale Frage in Hohnlachen auszubrechen. Vielleicht muß man/frau zur

Klärung der Frage: Wer ist heute links, soweit gehen wie der Zeitgenosse, der vorschlug, nur diejenigen Linke zu nennen, die nicht mit den Rechten reden. (»Mit den Rechten reden« lautete ein Kampagnentitel der taz.) Es fällt auf, mit welcher Entschlossenheit ehemals Linke aktiv an der Modernisierung der Rechten mitwirken und zum Beispiel die Diskussion über die sogenannte nationale Identität mit ihrer energischen Teilnahme aufwerten. So sehr, daß beinahe der Eindruck entsteht, da gäbe es tatsächlich etwas zu diskutieren.

Es bleibt festzuhalten: Eine der vornehmsten Aufgaben linker Opposition dieser Tage ist der Antinationalismus. Es gibt absolut kein befreiendes Moment in der Unterdrückung der sozialen Widersprüche hinter nationalen Worthülsen. Jede Teilnahme etwa an den Differenzierungsbemühungen zwischen »übersteigertem Nationalismus« und »gesundem Nationalgefühl« setzt das Einverständnis voraus, in der deutschen Staatsangehörigkeit mehr als ein zufälliges Privileg und im deutschen Wesen anderes als das traditionelle Identitätsprojekt der Menschenjäger zu sehen. Der rassistische Konsens wird von jeder Diskussion, die ein berechtigtes nationales Interesse oder ähnliches unterstellt, automatisch mitbedient. Solche Diskussionen sorgen dafür, daß die AusgrenzerInnen immer wieder eine innere Berechtigung empfinden, wo ihre Handlungen allein auf der Macht der Stärkeren beruhen. Solange sie es denn sind.

Der rassistische Konsens ist also gut genährt. Oder, um es kämpferischer auszudrücken: Er greift an, jedenfalls mächtiger, als er angegriffen wird. Ein damit einhergehendes Problem heißt Anpassungsdruck. Die Kritik des Nationalismus aufrechtzuerhalten, wenn auch Bündnispartner nationalistisch argumentieren, braucht Stehvermögen und ein dickes Fell. Rassistische Stereotypen in einer Diskussion mit »Gutwilligen« anzuprangern, ist auch ein Kampf gegen das eigene Harmoniestreben.

Sollte allerdings durch häufige Anpassung das analytische Instrumentarium zur Demaskierung und die Begrifflichkeit zum Begreifen unverfügbar geworden sein, dann kann auch linke Praxis nur noch reflexhaft dieses kritisieren und assoziativ jenes unterstützen.

Wir haben bereits einige diskursive Praktiken als stärkende Momente des rassistischen Konsens ausgemacht. Uns ist bewußt, daß es keinesfalls ausreicht, auf der diskursiven Ebene gegenzuhalten. Aber es ist unverzichtbar, auch in das Feld der Produktion von Wahrheiten zu intervenieren. Die Art und Weise, wie sich Linke am bereits erwähnten Entschuldigungsdiskurs beteiligen, ist allerdings oftmals verheerend. Typischerweise stricken auch hier Linke am rechten Faden, natürlich mit anderen Motiven. In neurechten Publikationen wird sich oftmals von rassistischen GewalttäterInnen distanziert. Die Tat selbst aber wird eingeordnet in die rassistische Ideologie, nach der das Überschreiten einer ominösen Belastungsgrenze quasi bio-logisch elementare Gewalten im »Volk«

provoziert und somit die Kraft des »völkischen Selbsterhaltungstriebs« zum Tragen kommt.

In gesellschaftskritischen Positionen der Linken wird die Verantwortung an den gesellschaftlichen Mißständen, an der Delinquenz der sozial Benachteiligten zumeist den Mächtigen, den VertreterInnen kapitalistischer Interessen zugewiesen. So erkenntnisstiftend die Frage nach den politischen Hintergründen und sozialen Bedingungen generell ist, im Kontext der Motivsuche bei WohnhausbrandstifterInnen paßt sie sich auf fatale Weise in das herrschende Schema ein, in dem die Verantwortung am Geschehen von den TäterInnen genommen und direkt oder auf Umwegen den Opfern zugeschoben wird. Zwei zentrale Momente rassistischer Gewalt werden hierbei verdeckt:

Zum einen agieren die TäterInnen vor dem Hintergrund von allgemein akzeptierten Ausgrenzungspraktiken, von »starken«, gleichwohl druckreifen Worten bürgerlicher PolitikerInnen, von im demokratischen Konsens zustandegebrachten Diskriminierungsgesetzen. Das heißt, die TäterInnen sind keinesfalls orientierungslos. Sie orientieren sich vielmehr an den, von ihnen völlig richtig verstandenen, Signalen des erfolgreichen Deutschlands. Ihre Handlungen verhalten sich zum Legalismus bürgerlicher Ausländerbehandlung nicht wie eine Perversität zur Norm, sondern wie eine Übertreibung zur Richtschnur. Insofern besteht kein Anlaß, hektisch nach extremer Delinquenz zu suchen, so außerordentlich verschieden vom Durchschnitt der BürgerInnen können die TäterInnen nicht sein.

Zum anderen: Die Absicht – bleiben wir bei dem Beispiel – einer Brandlegung im Wohnhaus von MigrantInnen ist ein loderndes Feuer. Bestenfalls kann den TäterInnen unterstellt werden, daß es ihnen egal ist, ob die BewohnerInnen dem Fanal noch entkommen. In der Regel muß aber von einem Vernichtungswillen ausgegangen werden. Der Zusammenhang zwischen Absicht, Plan und Tat verbietet es, sogleich in psychopathologisierender Manier die TäterInnen für annähernd unzurechnungsfähig zu erklären. Nichts anderes geschieht aber, wenn unmittelbar im Anschluß an eine Festnahme allein von zerrütteten Familienverhältnissen und sozialer Überforderung die Rede ist. Tat und Absicht lösen sich in einer Vorgeschichte auf. Ja, der/die TäterIn wird zum willenlosen Instrument seiner/ihrer sozialen »Entartung«. In diesem Zusammenhang steht auch die häufige »Feststellung« der EinzeltäterInnenschaft und die gewöhnlich »auszuschließende« Organisierung in neofaschistischen Gruppierungen. Artikuliert sich nämlich die mörderische Absicht zusätzlich noch in der Entscheidung für eine politische Programmatik, ist es ein gutes Stück schwerer, ausschließlich die Verhältnisse im Elternhaus im Blick zu behalten.

Es wäre wohlwollend, der linken Beteiligung am Entschuldigungsdiskurs zu unterstellen, sie folge primär dem Interesse der Denunziation der Schreib-

tischtäterInnen und DrahtzieherInnen. Offenkundig ist der Desillusionierungsprozeß gegenüber den »kleinen Leuten« noch lange nicht beendet, und aus der historisch geübten Bezugnahme auf das Proletariat erwächst eine hartnäckige Gesundbeterei. Die Entlarvung der Verhältnisse unter Auslassung der direkten Tatverantwortung funktioniert so gut, daß linkerseits die Herkunft der rechten TäterInnen gerne ausschließlich (und wahrheitswidrig) bei den sozial Deklassierten verortet wird.

Im folgenden soll exemplarisch gezeigt werden, wie »fein« sich oft der kritische, der linke Anteil am Entschuldigungsdiskurs formuliert. Die in der ersten Textzeile des folgenden Zitats erwähnten »Schreibtischtäter« sind im Absatz zuvor eindeutig in den Zusammenhang »Thema Asyl« gestellt worden. Der Textausschnitt entstammt dem Artikel »Geschlossene Gesellschaft – und ihre Feinde?«, erschienen in der Zeitschrift »links« 7/8, 1993:

»Die Strategie der Schreibtischtäter wäre nicht aufgegangen, würde nicht ihrer Demagogie etwas aus der Bevölkerung heraus entgegenkommen. Wo dies von linker Seite mit der Unterstellung eines quasi-ontologischen Rassismus zu erklären versucht wird, wird jedoch das Problem nur spiegelbildlich verfehlt. Fatal ist es, die subjektive Seite, die Bedeutung und die destruktive Macht der Ängste zu unterschätzen, die von Mitte-Rechts bis Ganz-Rechts in populistischer Manier ausgeschlachtet werden. Diese subjektive Seite verweist auf einen Zustand der Gesellschaft, in der die Angst, aus dem sozialen Gefüge herauszufallen, angesichts einer immer irrationaleren Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht, buchstäblich überwältigend wird. Nur so läßt sich vielleicht dem Phänomen auf die Spur kommen, daß die neuen Feindbilder und die dahinterstehenden Bedrohungsvorstellungen so leicht aufgegriffen werden und in allen Medien ihre Spuren hinterlassen.«

Ist da wer? Kein leibhaftiges Subjekt findet sich jenseits der »Schreibtischtäter«, nur ein »Zustand der Gesellschaft«, eine »immer irrationalere Entwicklung«. Und doch heißt es nicht, den Text mißzuverstehen, wenn in jenen Namenlosen, die unter der »destruktiven Macht der Ängste« stehen, die PogromistInnen und BrandstifterInnen der Zeitungsmeldungen identifiziert werden. Nur haben sie vollständig Namen und Gestalt verloren. Sie sind aufgegangen in der Gesellschaft, verschwunden ist ihr höchst eigener Wille, ihr Entschluß.

Dem, was ihr Handeln ausmacht, ergeht es ähnlich. Der eigentliche Vorgang, die Tat, kommt buchstäblich mit keinem Wort mehr vor. Aber »etwas« ist da. »Etwas«, das der »Strategie der Schreibtischtäter ... aus der Bevölkerung heraus entgegen« kommt.

Eigentlich ist das der einzig deutliche Hinweis, daß wir hier richtig sind, vom gleichen Thema sprechen. Dieses entgegenkommende Etwas ist der Überhang. Das initiativwerdende Mehr an Entschiedenheit. Die Bereitschaft, über die in-

stitutionalisierten Demütigungen hinaus Aktivität zu entwickeln. Nicht gemeint sein kann mit dieser Formulierung der normale Gehorsam subalterner Grenzschutzbeamter, das eifrige wortgenaue Auslegen der Erlasse durch den/die SachbearbeiterIn auf dem Amt. Dafür bedarf es keine Strategie irgendwelcher Schreibtischtäter.

Das alles bleibt ungesagt, weil zuallererst erklärt wird, wie die Erklärung, was da »entgegen« kommt, fehlgehen kann. »Fatal« scheint uns dabei weniger, »die subjektive Seite« zu unterschätzen, als vielmehr der aufgebaute Gegensatz zwischen »quasi ontologischem Rassismus« und der »Macht der Ängste«. Danach ist nämlich von Rassismus keine Rede mehr (auch nicht von einem weniger quasi ontologischen). Umso heftiger ergießt sich das Füllhorn subjektiver Bedrohungs- und Angstszenarien über den/die LeserIn. Die Botschaft ist einfach: Mit solch harten Bandagen wie dem Rassismusvorwurf wird man/frau dem »Zustand der Gesellschaft« nicht gerecht. Einer ihrer Zustände ist der, »in der die Angst, aus dem sozialen Gefüge herauszufallen, angesichts einer immer irrationaleren Entwicklung in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht, buchstäblich überwältigend wird«.

Das einzige Wort, das ein unmittelbares Gefühl benennt und darüber leibhaftige Menschen einführt, lautet »Angst«. Das erste und einzige Mal, daß Motiv und Individualität aufscheinen, ist der Moment der Beschreibung rechtfertigender Zustände der TäterInnen. Die Subjekte, die keinen Namen haben, denen keine Tat zugeordnet wird, sind überwältigt von Angst angesichts der irrationalen Entwicklung. Soviel ist sicher. Mehr noch, sie sind »buchstäblich überwältigt«! Zynischerweise sind hier nicht jene MigrantInnen und Flüchtlinge gemeint, die mitunter so buchstäblich überwältigt werden, daß sie unter die Erde gebracht werden. Hier sind die TäterInnen gemeint, die buchstäblich überwältigt, also Opfer sind. Operation beendet.

Zugleich ist dieses Argument himmelschreiend offen für die der TäterInnenentlastung häufig folgenden Wendung hin zur Subsumierung der Flüchtlingsströme unter die »immer irrationalere Entwicklung«. Letztlich also zur Rechtfertigung der Angst vorm Überschreiten der ökologisch vertretbaren Besiedlungsgrenze oder der Angst vor Überfremdung.

Wohlgemerkt, nicht dem Autor sei dies unterstellt; die inhaltliche Dynamik des Diskurses zieht solchermaßen offene Argumente mühelos mit in die eben paraphrasierte völkische Weltsicht.

Der letzte Satz des Zitats dokumentiert einen Anpassungsprozeß von der Art, wie wir ihn oben beschrieben haben. Offenkundig sucht der Autor nach einer Erklärung, warum »die neuen Feindbilder und die dahinterstehenden Bedrohungsszenarien so leicht aufgegriffen werden«. Aus dem Umstand, daß sie »in allen Medien ihre Spuren hinterlassen«, zog er den Schluß, daß die Bedro-

hungen wahrhaftig vorhanden sind und interpretiert sie als »Angst, aus dem sozialen Gefüge herauszufallen«. Die Feindbilder werden dabei zur logischen Fortentwicklung der dahinterstehenden Bedrohungsvorstellungen. Diese Logik aber, als bereits einer rassistischen Ideologie zugehörige zu begreifen, ist ein Kernbestand antirassistischen Denkens.

Um einer geläufigen Unterstellung vorzubeugen: Es ist uns nicht entgangen, daß sich die ökonomischen Bedingungen verschärft haben. Die parallel laufende Betonung sozialer Entfremdungsprozesse hat eine erstaunliche Konjunktur. Nicht, daß wir denken, das Soziale würde nicht immer wieder zerstört und neu formiert, nur ist das ein Dauerphänomen kapitalistischer Vergesellschaftung, das der ökonomisch ausgerichteten Theorie-Linken jahrelang ziemlich egal war. Wenn es jetzt ins Feld geführt wird, ausgerechnet in einem Zusammenhang, wo sich selbiges Phänomen argumentativ gegen Flüchtlinge richtet, deren Sozialzusammenhänge per se zerfetzt sind, mutet das etwas makaber an.

Was die Verarmung und damit einhergehende Deklassierung angeht, verblüfft die Bereitschaft, mit für rassistische Schlußfolgerungen offenen Argumenten zu hantieren. Warum gilt es als ausgemacht, daß ein/e arbeitslos Gewordene/r empfänglicher für rassistische Propaganda ist? Warum ist es so naheliegend, daß in Stadtteilen, die umstrukturiert werden, AusländerInnen vermehrt Anfeindungen ausgesetzt sind?

Ist die Verklammerung von schlechterwerdender sozialer Lage mit einem in seinem Bezug zu dieser Lage höchst abseitigen Feindbild nicht ein bißchen viel linke Bereitwilligkeit für ein rechtes Ideologieprojekt?

Die Behauptung der Determiniertheit von Rassismus, daß er in persönlichen Krisensituationen reflexhaft auftritt, erklärt rein gar nichts. Solche Behauptungen nehmen nur die Hegemonie derjenigen vorweg, die »wissen«, daß ihr Volk gegen zuviel fremde Einflüsse rebelliert. Vor nicht allzu langer Zeit war es auf ähnliche Art logisch, daß Stadtsanierungsprojekte den Widerstand »der Leute« hervorrufen und sie dadurch zu »uns« getrieben werden. Wahrscheinlich spiegelt sich die Verbreitung der damaligen Fehleinschätzung in der heutigen Darstellung dessen, was »logisch« ist. Linke vermögen wohl nur schwer zu akzeptieren, daß auch Massen-Subjekte individuelle Entscheidungen treffen, für die sie – so oder so – die Verantwortung haben.

Sicherlich ist es notwendig, die politischen und sozialen Bedingungen dieser Entscheidungen zu untersuchen. Überhaupt darf diese Kritik nicht als Ablehnung sozialpsychologischer Analysen verstanden werden. Entscheidend ist doch: Wir haben es hier mit einem Bereich gesellschaftlicher Kämpfe zu tun, der historisch (in Kolonialismus und Imperialismus) verwurzelt ist, dessen dominante Prinzipien maßgeblich die Strukturen dieser Gesellschaft prägen und der eng verzahnt ist mit der globalen Arbeitsteilung. Wegen diesem mächtigen Bedeu-

tungsgehalt wird die individuell an Flüchtlingen vollzogene Gewalt, die die abstrakte Gewalt des Apparats blitzartig versinnlicht, in der Gestalt der TäterInnen verkleinert – bis zur Banalität: »Skinheadbuben« (Martin Walser).

Erst mit der Feststellung der konkreten Verantwortung und nachfolgenden Sanktionierung können soziale Hintergründe, die die Tat begünstigen, thematisiert werden. Ohne diese öffentliche Feststellung führt die Diskussion der schlimmen Jugend, unter Umgehung der persönlichen Verantwortung, zur Klage über den Werteverfall in unserer Gesellschaft und von dort zur Krise westlicher Demokratien allgemein, als da wären: Arbeitslosigkeit, Kriminalität, Ausländer ...

III) Offene Grenzen: Provokation oder Forderung?

Wir beschränken uns auf die Erörterung von Einwänden gegen die Forderung nach offenen Grenzen. Tatsächlich ist das »Bleiberecht für alle« nicht annähernd vergleichbar umstritten. Die Propagierung einer politisch motivierten Einwanderungskontrolle von abstrakten Flüchtlings»strömen« scheint weniger heikel zu sein, als die Abschiebung konkreter Einzelner zu fordern, die an den bestehenden Kontrollen vorbei ins Land gekommen sind.

Der erste Einwand ist einer aus dem politischen Alltagsgeschäft. Er lautet einfach: Was soll das? Die wenigsten Flüchtlingsgruppen sind logistisch in der Lage, an den Grenzen »Schleusungen« durchzuführen, politisch reicht es hinten und vorne nicht, Flüchtlinge vor den Übergriffen durch Recht und Gesetz zu schützen (vor anderen auch nicht), und da wird mal eben nicht weniger als die Abschaffung eines konstitutiven Elements des Nationalstaats gefordert.

Kein Zweifel, die Forderung nach offenen Grenzen ist weder durchsetzbar noch wird um ihre Durchsetzung tatsächlich gekämpft. Es ist auch überhaupt nicht sicher, ob die Propagierung solch hehrer Ziele (auch: Für eine Gesellschaft ohne Knäste) Sinn macht, wenn die PropagandistInnen nicht in der Lage sind, auch nur einen Menschen zu einem von ihnen gewählten Zeitpunkt aus dem Knast zu holen oder auch nur eine Stunde die Durchlässigkeit der Landesgrenze zu gewährleisten. Umgekehrt ist es jedoch denkbar, daß die Formulierung einer inhaltlichen Position als Forderung weiter dringt als die Abfassung in Flugblattprosa. Dieser Streit um Vorteil und Makel des Plakativen währt lange und führt letztlich zur Frage, wie Bewußtseinsveränderung vonstatten gehen kann.

Das zu diskutieren, führt zu weit; festzuhalten bleibt: Ist die Vollmundigkeit der Parole Ersatz für die Mühe minimalster praktischer Fortschritte, hat die Kritik immer recht. Das ist dann aber kein Argument gegen die spezielle Forderung nach »Offenen Grenzen«, denn unrealistische Forderungen werden zur Konturierung eigener Positionen häufiger verwandt, auch ohne jede Chance zur Durchsetzung.

Der Doppelcharakter der Parole »Offene Grenzen« als Forderung und als politische Aussage wird in anderen Einwänden ebenfalls gerne übersehen. Dann heißt es etwa: Wenn die Bevölkerung Politik unmittelbar gegen ihre eigenen Interessen gerichtet sieht, verstärkt das die Bereitschaft zur Akzeptanz reaktionärer Abschottungsideologien. Zunächst ist zu bezweifeln, ob die Forderung nach offenen Grenzen sich unmittelbar gegen BürgerInnen dieses Staates richtet. Entgegen der verbreiteten Bilder sind »die Schwarzen« keine Kinderfresser und »die Moslems« keine Fanatiker. »Bedrohte Eigeninteressen« sind nach dem Boom der Bilder, die den Untergang im Ansturm der Flüchtlinge zeichneten, nicht mehr wertneutrale Bezugsgrößen. Außerdem »droht« offenkundig alles andere als die Schleifung der Grenzanlagen. Das Gegenteil, die politisch und gesellschaftlich breit getragene Abschottung verlangt nach einer entschiedenen Gegenposition. Dazu gehört, mit der Zuspitzung des Denkbaren erst wieder die politische Idee der Öffnung von Grenzen in die Diskussion zu tragen, um die Illegitimität von Immigrationskontrolle in Erinnerung zu rufen. Die Etablierung einer Vorstellung vom Leben ohne nationale Identität, ohne Absicherung des zum reichen Land akkumulierten Kapitals aus den kolonialen und imperialen Ausbeutungszyklen, ohne die Selbstverständlichkeit der Abgrenzung »unseres Landes« gegen die »arme Welt« ist die politische Stoßrichtung der Forderung.

Sie würde – breiter publiziert – zweifellos zu Konfrontationen mit dem vorherrschenden Bewußtsein führen. Nur kann die vermutete Reaktion großer Teile der Bevölkerung angesichts solchen Ansinnens nicht zum Gegenargument werden, nach dem Motto: Überlegt euch was anderes, da zieht die Basis nicht mit. Die Anwendung des Prinzips der Basisdemokratie beim Thema Migration führt Linke zielsicher nach rechts, wie sich leicht feststellen läßt. Der oben genannte Einwand enthält implizit die Aussagen: Die deutsche Bevölkerung wird umso empfänglicher für reaktionäre Ideen, je mehr Flüchtlinge ins Land kommen.

Die deutsche Bevölkerung wird auch schon empfänglicher dafür, wenn sich eine marginale Linke dafür stark macht. Lieber die Einwanderung ordentlich kontrollieren und der Bevölkerung entgegenkommen, damit sich vielleicht die Akzeptanz gegenüber den vorhandenen MigrantInnen wieder erhöht.

Aussagen, die in ihrer republikanischen Einfachheit beeindrucken. Wie gut die staatsmächtige Abschottung (durch die Abschaffung des Grundrechts auf politisches Asyl) die rassistische Eskalation zurückzudrängen vermochte, war drei Tage nach Bonn in Solingen zu sehen. Und seitdem in verschiedenen Formen und unterschiedlicher Intensität jeden Tag. Die Gleichung: Mehr Abschottung = weniger Akzeptanz für reaktionäre Abschottungsideologien, ist offenkundiger Humbug. Jede Hinnahme einer wie auch immer unterschwelligen Behauptung, daß Flüchtlinge selbst die Ursache für rassistische Haltungen in der deutschen

Bevölkerung seien, führt weiter weg von einer angemessenen politischen Antwort.

Abschottungsideologien werden verstärkt über die andauernde Suggerierung eines scheinbar von der Welt verschiedenen intakten Innenraums Deutschland, der Resultat des Fleißes und der Anstrengung seiner Eingeborenen ist. Je mehr Deutschland (oder Europa) als zu rettende Insel in einem Meer von Armut und Krieg gezeichnet wird, desto unzureichender muß die Grenzsicherung erscheinen – und desto zwingender wird eine reale soziale Deklassierung an das Szenario des drohenden Niedergangs der Heimat im Angesicht weltweiter Migration gekoppelt. Die Krise der fordistischen Produktionsweise, die Verschuldung von Staat und Kommunen, die Sozialisierung von Unternehmensverlusten bei gleichzeitiger Investition in Hochtechnologie-Sektoren wie Gentechnik, Verkehrs- und Kommunikationssysteme – also Entwicklungen, die gegen die Interessen großer Teile der Bevölkerung gerichtet sind – verstärken seltsamerweise nicht die Bereitschaft, den Kapitalismus auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Hinzu kommt, daß die globale Ordnung am anderen Ende der Welt ganze Landstriche, ganze Bevölkerungsmajoritäten aus der Ausbeutung in den Hungertod »entläßt«. Flüchtlingsbewegungen aus diesen, aber auch aus anderen Regionen der Welt sind nur das Tüpfelchen auf dem i der Illegitimität der sozialen und ökonomischen Weltordnung. Schon gut, schon gut, die Welt ist böse. Und der autonome Idealismus macht sie nicht besser. In der Tat funktionieren die Köpfe – nicht nur – der hiesigen Bevölkerung anders.

Vor diesen nicht durchzusetzenden Überlegungen steht unter anderem die mächtige Konstruktion des Nationalstaats. »Erst jüngst haben uns die Franzosen den Milliardenauftrag für einen Hochgeschwindigkeitszug in Südkorea weggeschnappt. Wenn die technologische Spitzenforschung in Deutschland von Bedenkenträgern gefährdet wird und die hohen Lohnkosten nicht gesenkt werden können, ist der Standort ...« Die Transformation von Wirtschaftsinteressen in »nationale Interessen« ist nicht nur ideologische Verschleierung. Der moderne Nationalstaat verfügt über die Bedingungen der Reproduktion und der Aufzucht seiner BürgerInnen, er zwingt sie zum Militärdienst oder ähnlichem, er fordert Abgaben und Steuern, und er gewährt Schutz und organisiert Sozialkassen, die den Lebensunterhalt gewährleisten sollen. Er tritt als Agent des heimischen Marktes indirekt in Konkurrenz mit anderen Staaten.

Staatsinteresse und Einzelinteresse decken sich partiell, die häufigen Interessensgegensätze liegen im Schatten der ideologischen Verlängerung dieser materiell begründeten Identifikation zum Nationalstolz. Die Frage lautet daher: Müssen Linke die Nationalstaatlichkeit, die Verfaßtheit der Menschen als StaatsbürgerInnen allein als Ausgangssituation zur Kenntnis nehmen, oder müssen sie sie akzeptieren, die Idee des Nationalstaats übernehmen und auf der Ba-

sis verbreiteten Nationalbewußtseins für Revolte und Befreiung kämpfen? Die Antwort sollte nicht schwerfallen: Keine Emanzipation ohne die Zerstörung der Illusion von Vater Staat. Keine Solidarität unter den Bedingungen der organisierten Konkurrenz. Keine Befreiung, solange noch jeder nationale Markt vom Weltmarkt durchdrungen und zugerichtet werden kann.

Das sind Essentials. Keine noch so defensive Lage rechtfertigt es, sie über Bord zu werfen. Zur Diskussion steht daher nur, ob aus taktischen Gründen die nationale Bedrohung durch Flüchtlinge in linken Argumenten auftauchen darf, ob aus taktischen Gründen der Imagination der Nation als Schicksalsgemeinschaft an diesem Punkt zu folgen ist, in der Hoffnung, für konkrete Flüchtlinge praktische Zugangsvereinfachungen zu erlangen. Das beinhaltet auch, den Binnenmarkt als interesseleitende Größe zu akzeptieren. Daß »alle« das machen, ist ein Hinweis auf die Macht der Ideologie und wäre der Grund für die taktische Anpassung, mehr nicht. Wer sagt: Das Nationalstaatsdenken ist Realität, deshalb muß auf dieser Ebene argumentiert werden, der entscheidet sich nicht nur für das Ernstgenommenwerden, sondern auch gegen die Infragestellung und für die Stärkung dieser Herrschaftsideologie. Die Hoffnung auf pragmatische Fortschritte zugunsten von Flüchtlingen wird allerdings an der Logik der Nation zerschellen. Legale Flüchtlinge werden immer nur soviel Rechte bekommen, daß sie noch klar von der Nation zu scheiden sind, schließlich sind sie auf dem Gnadenweg »hereingekommen«, und Gnade kann entzogen werden. Die Kriterien der Einwanderungskontrolle werden von der »vertretbaren Anzahl« dominiert, werden mühsam mit dem Bedürftigkeits- oder dem Verfolgungsgrad verrechnet. Illegale Flüchtlinge sind Freiwild, denn es ist »in unser aller Interesse«, nicht die Kontrolle über die Immigration zu verlieren. Die Inhalte des nationalen Interesses werden zwischen den Erfordernissen des freien Markts und den Ressentiments der Kleinbürger ausgehandelt. Die politischen Möglichkeiten der Taktik bestehen darin, den aufgeklärten Vertretern des erstgenannten Pols zur Durchsetzung zu verhelfen.

Der häufigste Einwand gegen die Forderung nach offenen Grenzen hat sich die Logik des nationalen Interesses ganz zu eigen gemacht, jedoch ohne die inhaltliche Distanz, die eine nur taktische Anpassung noch enthält. Dieser Einwand behauptet, offene Grenzen zu fordern sei naiv und verdränge die Wirklichkeit durch Moral. Denn: Freie Zuwanderung bedeutet Deregulierung des Arbeitsmarkts, öffnet die Schere zwischen arm und reich, treibt den Sozialstaat endgültig in den Ruin, beschleunigt das Ende geregelter Arbeitsverhältnisse. Kurz gesagt: Freie Zuwanderung bei offenen Grenzen läßt den Frühkapitalismus zurückkehren! Oh Schreck!

Diesen Einwänden – man/frau spürt es deutlich – liegt eine Vision zugrunde. Die ganze Welt bleibt, wie sie ist, nur Deutschlands Grenzen sind gefallen. Egal,

ob es von BefürworterInnen der »offenen Grenzen« je so gemeint war, folgen wir dieser Vision eines hoffnungslos Leck geschlagenen Tankers, in den das Wasser einströmt ohn' Unterlaß. Bevor nicht drinnen wie draußen der gleiche Druck herrscht, hört das nicht mehr auf. Angesichts des Elends in der Welt kann das nur heißen, Deutschland zerfällt in ein paar São Paulos mit Slumgürtel bis sonstwohin. Die KapitalistInnen sind immer noch am Drücker, mit mieseren Arbeitsbedingungen und lächerlicheren Löhnen als je zuvor. Das Armutsgefälle ist eines zwischen Villenviertel und Elendsviertel. Der Kapitalismus ist kaum mehr staatlich kontrolliert, und die Polizei blickt auch nicht mehr durch. In manchen Gebieten gar nicht und in anderen nur mit äußerster Gewalt. Bezahlte und unbezahlte Banden verfolgen Partikularinteressen. Soziale Systeme und die Gesundheitsversorgung brechen zusammen, die Tarifautonomie – perdu. Ausgeklügelte Sicherheitssysteme schützen die Produktionsstätten. Die Grenzen der Reichenviertel sehen so martialisch aus wie nur wenige Staatsgrenzen je zuvor. Grenzen auf, hatten wir gesagt ...

Es gibt nun zwei Möglichkeiten zu antworten. Die eine ist, die Vision zu akzeptieren und die entstehenden Vorteile aufzulisten: Nie wieder ein funktionsfähiger, gefährlicher Nationalstaat Deutschland. Die von den Alliierten versäumte Zerschlagung des Ausgangspunkts der Shoah und des Zweiten Weltkriegs ist doch noch ins Werk gesetzt. Ebenso wie der Niedergang eines der reichen Länder des Nordens, deren Binnenökonomie immer wieder auch die Voraussetzungen zur Ausbeutung des Trikonts erneuern.

Diese etwas provokante Antwort hätte einen Vorteil. Sie macht unmißverständlich deutlich, daß, wenn schon gedankenspielerisch unter Beibehaltung aller anderen Verhältnisse ein Nationalstaat der »G 7«-Gruppe draufgehen soll, Deutschland allererste Wahl ist.

Die andere mögliche Antwort besteht in der Zurückweisung der Vision. Sie unterstellt, daß diejenigen, die heute offene Grenzen fordern, sich als Opposition durchsetzen können, daß sie Wesensmerkmale der nationalstaatlichen Souveränität nur so wegfegen können. Wenn das so wäre, hätte die ansässige Kapitalistenklasse allerdings auch nichts mehr zu Lachen. Nichts gegen Optimismus, aber die Abschaffung des Staates würde nur mit seiner vollen Einwilligung und tätigen Mithilfe gelingen. Genau daraus wird, was offene Grenzen angeht, nichts werden. Auch wenn aus der scheinbaren Befürwortung einer Grenzöffnung seitens einiger neoliberaler Wirtschaftsfunktionäre ein Interesse von Kapitalfraktionen an der Überwindung des Nationalstaates abgelesen wird. Völlig übersehen wird dabei, daß eine disponible Arbeitskräftereserve zum Zwecke der Flexibilisierung zwar dem Lohndumping sehr förderlich ist, daß diese Arbeitskräftereserve aber existiert und ihr unsteuerbares Anwachsen bis hin zur Wirkungslosigkeit staatlicher Lenkungsmaßnahmen für die Rahmenbedingungen

moderner Industriestandorte bedrohlich ist. Konkurrenzfähige Produktionsabläufe benötigen z.B. immense Transportkapazitäten, weil die Lagerhaltung minimiert ist. Das heißt, daß neben allerneuster Kommunikationstechnologie (inkl. Infrastruktur) auch eine extrem leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur bereitstehen und erhalten werden muß. Zählt man/frau das für die Expansionssektoren Bio- und Strahlentechnologie notwendige Innovationsklima (durchlässiges Bildungssystem, Begabtenförderung, Raum für Kreativität) noch hinzu, wird deutlich, wie wichtig gesellschaftliche Ordnung, politische Berechenbarkeit und die Stabilität der Verhältnisse auch jenseits der imaginierten Reichenviertel sein wird.

Letztlich vollzieht die Liste des Schreckens der Deregulierung durch Flüchtlinge nur ein bekanntes Argumentationsmuster auf höherem Niveau. Es ist der Wechsel der Perspektive, das Hineinschlüpfen in die Rolle des/der VertreterIn der Gemeinschaft: Wer oder was dereguliert den Arbeitsmarkt? Die Interessen des Kapitals bewirken, vermittelt über gesetzliche Regelungen und Tarifvereinbarungen (bzw. deren Bruch), Deregulierung. Abhängig Arbeitende lassen sich deregulieren. Oder soziale Kämpfe verhindern bzw. behindern Deregulierung. Flüchtlinge können zu einem Instrument der vom Kapital betriebenen Deregulierung werden. Oder soziale Kämpfe verhindern dies. Die Variante, lieber die Flüchtlinge am Hiersein zu hindern, läuft darauf hinaus, die Hausfrauen, die stundenweise bei Aldi hinter der Kasse sitzen und dabei Instrument der Deregulierung sind, vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Kontrolle von Hausfrauen an der Wohnungsgrenze!

Offensichtlich geschieht all das, was bei Öffnung der Grenzen so viel schlimmer würde, ohnehin schon. Ein minimaler Tribut an die Aufrichtigkeit wäre es, die Ursache dafür – weitgehendes Scheitern der hiesigen ArbeitnehmerInnenvertretung im Kampf gegen die Interessen des Kapitals – nicht gegen Flüchtlinge zu wenden, von denen die wenigsten bislang in den Genuß kamen, ArbeitnehmerInnenorganisationen zu bilden. Daß sich die ökonomische Logik derzeit fast mühelos gegen die Lohnabhängigen durchsetzt, kann nicht der Grund sein, die kapitalistische Logik zur Richtschnur des linken politischen Handelns zu machen.

Es soll nicht der Eindruck erweckt werden, konkrete politische Arbeit unter dem Label »offene Grenzen« sei widerspruchsfrei, nur weil den üblichen Einwänden unbedingt widersprochen werden muß. AntirassistInnen, besonders wenn sie vom Humanismus getrieben sind, verlieren manchmal aus den Augen, daß das »freie Fluten« so frei nicht ist, solange die Gesetze des Marktes unbeschränkt wirken können. Den vielen verschiedenen Gründen für Flucht und Migration stehen nicht annähernd soviel Orte auf der Weltkarte gegenüber, die ein irgendwie erträgliches Leben zu verheißen scheinen. Bei Flucht und Migration

geht es im übrigen genauso ungerecht zu wie überall. Gegen jede Idealisierung von Flüchtlingsbewegungen, die sich aus der Armut heraus auf den Weg gemacht hätten, den ihnen zustehenden Anteil in der Ersten Welt abzuholen, sei gesagt: Die Ärmsten kommen ohnehin nicht bis Europa, und vielen Flüchtlingen gehen solche Gerechtigkeitsanwandlungen eher ab. Wieso auch nicht.

Migration ist ein globales Phänomen, und jedes Handeln, das letztlich von den Bedingungen des jeweiligen kapitalistischen Nationalstaates ausgehen muß, wird sich an der grundsätzlichen Eindeutigkeit der Forderung in Widersprüche verwickeln. Ein Beispiel: Die legalen Beschäftigungsformen der ArbeitsmigrantInnen aus Osteuropa lassen sich in vier Bereiche aufteilen: Gastarbeiterstatus, Saisonarbeiterstatus, Grenzgängervereinbarungsstatus und Werksvertragsstatus. Die rigorose Beschränkung der Aufenthaltsdauer soll insbesondere bei den letzten drei Kategorien verhindern, daß die Leute mehr machen als ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Äußerst schlechte Unterbringungsbedingungen und keine soziale Absicherung umreißen die ihnen zugewiesene Funktion: LückenbüßerInnen des hiesigen Produktionsprozesses. Diese krassen Ausbeutungsverhältnisse, besonders in den Bereichen Baugewerbe, Landwirtschaft und Gaststättengewerbe müssen thematisiert werden, mit dem Ziel, diese peripheren Arbeitsverhältnisse, wie sie derzeit rechtlich möglich sind, auszuschließen. Die Zustände in den Herkunftsländern, z.B. GUS, Rumänien oder Polen, sind so schlecht, daß selbst miserable Arbeitsbedingungen wie die genannten für die MigrantInnen eine Verbesserung darstellen. Der deutsche Arbeitsmarkt nimmt sie am Rande auf. Könnten tatsächlich periphere Arbeitsverhältnisse zurückgekämpft werden zugunsten solcher mit sozialer Absicherung, werden – da die UnternehmerInnen daran nicht interessiert sind – am Rande des Markts nur noch illegale Beschäftigungsverhältnisse möglich sein. Mit allen Konsequenzen für die, die sich ihnen ausliefern müssen.

Das ist kein Grund, hilflos die Achseln zu zucken, es zeigt nur, daß Flucht und Migration auf der Ebene nationaler Politik nicht annähernd widerspruchsfrei begegnet werden kann.

Die Forderung nach offenen Grenzen und Bleiberecht für alle unterläuft die inzwischen selbstverständliche Haltung, die Anwesenheit von Flüchtlingen erstmal zu rechtfertigen. Sie widersetzt sich zugleich der »humanen« Geste, die Anwesenheit weniger über den gemeinsamen Nutzen (aller Deutscher) zu legitimieren – ob als wirtschaftlicher Gewinn oder als kulturelle Bereicherung. Darüber hinaus ist mit »Offenen Grenzen« nichts gesagt darüber, woher die Destruktionen der einen Welt rühren, welche Mechanismen Herrschaft immer wieder perpetuieren und wie ihnen zu begegnen ist.

IV) Autonome Gruppen: Bewegung oder Antirassismus?

Allgemein bekannt, vielfach am eigenen Leib erfahren, gleichwohl keineswegs weggesteckt ist die massive Rechtsentwicklung in Deutschland, nachdem dieses im Sog des Zusammenbruchs des Warschauer Pakts auch wieder so heißt. Materiell bewirkte die wachsende Durchsetztheit öffentlicher Diskussionen mit nationalistischen, chauvinistischen und aggressiv-dümmlichen Argumenten, beim gleichzeitigem Auszug linksliberaler Intellektueller ins gelobte (Heimat-)Land, eine verkleinerte Basis, auf der überhaupt noch Kritik und Reflexion stattfanden.

Dieser Vorgang stand in Wechselwirkung mit einer Reihe von zum Teil recht schmerzhaften Erkenntnissen über die Leerstellen linker Theorie und Praxis sowie über die Dynamik sozialer Bewegungen. So hat es z.B. die Diskussion über Rassismus in der autonomen Linken vor '89 nicht gegeben. Mit dieser Aussage wird nicht einmal den wenigen SpezialistInnen Unrecht getan, denn Diskussion wäre Öffentlichkeit, wäre die Überwindung des Steckenpferdcharakters des Themas gewesen. Dieser Mangel hatte nicht nur die Unfähigkeit zur Folge, rassistische Gewalt im Alltag wahrzunehmen, es bedeutete auch die Unkenntnis zentraler Mechanismen der Vergesellschaftung »weißer« Deutscher. Ähnlich beeindruckend die theoretische Leere im Bereich völkischer Ideologie und Geschichtsmächtigkeit. Die obligatorische Form der Auseinandersetzung mit dem Nazi-Faschismus berührte diesen Bereich höchstens am Rande, so daß für die meisten keine Klarheit darüber herrschte, mit welcher Hypothek die Idee der »Volksbefreiung« in Europa belastet ist. Wie, insbesondere in Deutschland, diese »Befreiung« an die Motive und Denkfiguren des Antisemitismus geknüpft ist. Fast selbstverständlich wurde der Gehalt des Begriffs, vor allem aus den Kämpfen der Linken in Lateinamerika, übernommen. Dort steht er in erster Linie für Landreform und soziale Gerechtigkeit. Die rassistische Struktur, die sich an den Volksbegriff auch knüpft, wurde hier nicht zur Kenntnis genommen: jene mit der Konstruktion von Völkern als ethnisch homogene Kollektiven einhergehenden Ausgrenzungs- und Unterdrückungspraktiken. Die Unbedarftheit, mit der z.B. die Bemühungen, über ethnische Kriterien ein kurdisches Volk einzugrenzen, von Soligruppen unterstützt werden, verweist auf die typische Haltung zu Volk und Völkischem hierzulande: Ist die Sache eine gerechte, interessieren die Kategorien, der sie sich bedient, nicht im Geringsten.

Ähnlich, wenn nicht komplizierter, liegen die Verhältnisse bei der Kritik des Nationalismus. Die militante Linke kennt und unterstützt seit Jahrzehnten nationale Befreiungskämpfe. Der Anspruch des postulierten Internationalismus erschöpft sich im Bereich der Solidaritätsbewegungen oft mit der ideologischen Verknüpfung von Imperialismuskritik an den Metropolen und den jeweiligen nationalen Befreiungskämpfen. Ein Inter-Nationalismus also.

An nationaler Befreiung ausgerichtete Kämpfe sind von ihren Ausgangsbedingungen oft zuallererst legitime Versuche, unerträgliche soziale Verhältnisse umzustürzen. Solidarität ist naheliegend und notwendig. Als Reflex auf die durch nationale Oligarchien repräsentierte und vollzogene Unterdrückung zielen die meisten der entwickelten Kämpfe auf die Eroberung der Staatsmacht. Soziale Forderungen werden mit nationalem Pathos zu einer Ideologie vermengt. Die ökonomische Basis der bekämpften Regimes – Macht und Einfluß multinationaler Konzerne und internationaler Wirtschaftsgremien – taucht in den Kommuniqués der Bewegung primär als den Freiheitskampf erschwerende Bedingung auf und nicht als ihn überdauernde. Daß sich unter diesen Umständen nationale Befreiung recht schnell zur effektiveren Umsetzung exportorientierter Produktions- und Investitionsprogramme nutzen läßt, verlangt(e) eine Zäsur der Revolutionstheorie. Aber je stärker der Widerstand in irgendeiner Region der Welt wird, je entschiedener sich eine Organisation der nationalen Befreiung zu Wort meldet, je brutaler die – zumeist vom Westen gestützte – Repressionsmaschinerie zuschlägt, desto eher gilt es als ketzerisch, den Zweifel, ob diese Methode der Befreiung ihren Namen noch verdient, auszusprechen. Wie die Made im Speck leben und gleichzeitig das Kampfziel der revolutionären Massen in Frage stellen – diese verbreitete Art, Widersprüche zu moralisieren, sorgt mit dafür, daß das Grundproblem undiskutiert bleibt. Die allgemein besseren Lebensbedingungen sowie die Schwäche revolutionärer Kräfte bringen es mit sich, daß die hiesige Linke, ohne Chance zur Umwälzung, der Kritik an nationaler Befreiung keine konkret umsetzbaren Konsequenzen folgen lassen muß. Das spricht gegen Arroganz und Selbstüberschätzung und nicht gegen inhaltliche Genauigkeit der Kritik. Aber so gut wie alle, die noch auf die Solidaritätmit-Demos gehen, schlucken wie selbstverständlich die regelmäßige Wiederkehr eines »guten« Nationalismus. Denn: In den befreiten Staaten werden die fortdauernde geschlechtliche Arbeitsteilung, Rassismus und soziale Ungleichheit als trauriges Resultat westliche Ausbeutungsinteressen und konterrevolutionärer Umtriebe angesehen. Der Verzicht auf die Kenntnisnahme der Widersprüche innerhalb noch jedes Nationalstaats zugunsten einer globalen Täter-Opfer-Metaphorik ist weniger solidarisch als hausbacken. Solche Darstellungsweisen, die den nationalen Eliten jegliches Kalkül und jeglichen Handlungsspielraum in Abrede stellen (und dahinter den Automatismus verbergen, daß Staatsmacht Herrschaft heißt), haben einige unerträglich platte Statements zuletzt beim 2. Golfkrieg hervorgebracht.

Nicht allein die Wahrnehmung der siegreichen nationalen Befreiungskämpfe läßt es geraten erscheinen, nicht allzu sehr zwischen gutem und schlechtem Nationalismus zu unterscheiden. Hinzu kommt, daß der Kampf gegen hiesige Verhältnisse antinationale Positionen dringend erforderlich macht. Viel zu oft

noch wird die Bezugnahme auf das »nationale Gesamtinteresse« von links nur dann bekämpft, wenn sie als faschistische erkennbar ist. Kaum eine Diskussion kreist um die Möglichkeiten der Erschütterung solcher Selbstverständlichkeiten wie der Liebe zur Heimat.

Über die Bedeutung der Polarisierung an der »Deutschlandfrage« gehen die Meinungen weit auseinander. SkeptikerInnen fürchten, die (Über-)Betonung antideutscher Positionen erhält die Kategorien des Nationalen, verdoppelt ihre Bedeutung noch in der Negation. BefürworterInnen sehen diese Negation als unumgängliche Destruktionsarbeit am Deutschtum. Unumkehrbar – so hoffen wir – ist auf jeden Fall die Erkenntnis, daß sich linke Strategie keinesfalls mehr auf die »eigentlich« Mächtigen beschränken darf. Daß, wie die Frauenbewegung schon vor Jahren formulierte, Herrschaft auch von »kleinen Leuten« alltäglich exekutiert wird.

Dahingestellt, einen wie komplexen Herrschaftsbegriff sich ein/e jede/r zugelegt hat, fest steht jedenfalls, daß all die klaren Feindidentifikationen, die in den 80ern noch ziemlich gut durchliefen, heute nur mit erheblicher Verdrängungsleistung aufrecht erhalten werden können. Weder war der schnöde US-Imperialismus der alleinige Bösewicht im 2. Golfkrieg, noch konnte die weiße Frauenbewegung die Männer als universellen Gegner ihren schwarzen Schwestern gegenüber durchsetzen. Auch das internationale Kapital fällt als Schaltstelle sämtlicher Schweinereien flach, seit feststeht, daß Pogrome und Straßenterror gegen Flüchtlinge auch ohne Steuerung von Bonzen und Banken funktionieren.

Daß heute Herrschaft vermehrt als Herrschaftsfunktion, als Durchdringung des Sozialen mit Machtmechanismen begriffen wird, eine Systematik, die sich in vielfältiger Weise in Subjekte einschreibt, ist zu begrüßen. Die Skepsis, Herrschaft würde gänzlich ortlos, hat, was einen Automatismus angeht, Unrecht. Die Machtfülle der Deutschen Bank (Zentrale Frankfurt/M., Taunusanlage 12) gerät nicht schon deshalb aus dem Blick, weil die begeisterte Teilhabe ihrer KundInnen an der Kapitalakkumulation endlich auch Erwähnung findet.

Die BesitzerInnen ewiger Wahrheiten sagen gerne, die Metropolenlinke hätte zuviel Zeit zum Grübeln und Reflektieren, daher käme sie zu nix außer zum Zweifeln an ihrer Geschichte. Das anklingende Klischee von der Suche nach der allerbesten Politik führt am Problem vorbei. Nicht so sehr die Schwierigkeit, die einzig wahre Strategie zu finden, erschwert die politische Praxis, sondern die Anstrengung der Vermeidung klassischer Fehler. Nicht der Perfektionismus hindert am Losschlagen, eher das allemal notwendige Mindestmaß an Aufrichtigkeit gegenüber dem Erschrecken über die Anschlußfähigkeit der aktuell populären rechten Ideologien an linke Themen.

Heute steht linker Systemkritik nicht mehr in erster Linie Indifferenz, Bequemlichkeit, Arrangement oder Resignation gegenüber, sondern ein feindseli-

ger Nationalismus und ein rassistischer Konsens, das heißt, eindeutige Gegnerschaft (zumindest soweit, wie sich Linke nicht anpassen).

Die unübersehbare Bereitschaft einer satten Masse, ihren antibürgerlichen Affekt rechts vertreten zu lassen, statt sich selbst zu emanzipieren, ist nicht nur deshalb ein Problem, weil kein einfach zu korrigierender Irrtum vorliegt. Über dieses Problem, das linke PopulistInnen permanent versucht sind zu bagatellisieren, ragt ein anderes hinaus. An die linken Kampagnen und Bewegungen vergangener Tage, an Inhalte und Denkfiguren gibt es zahlreiche Anknüpfungspunkte für die »neuen« Rechten:

– Weitgehend unbehelligt lebte im linken Antiimperialismus der Antiamerikanismus fort. Die Ablehnung von in Deutschland stationierten GIs ließ sich mit einem lässigen Verweis auf die Barbarei der US-amerikanischen Militärmaschinerie im Trikont begründen. Unter den Tisch fiel die Geschichte dieser speziellen Besatzung in Deutschland. Das Manko der linken Kritik an der Präsenz amerikanischer Streitkräfte bestand im Erhalt der Zweideutigkeit, ob die Besatzer an sich gemeint waren oder als Betreiber von Militärstützpunkten im Rahmen imperialistischer Strategien. Ob bewußt oder unbewußt zielte diese Uneindeutigkeit populistisch auf jene Zustimmung, die auf den verbreiteten Ressentiments gegen die allierten Siegermächte in Deutschland basierte. Eine offensive Stellungnahme, die die Notwenigkeit der militärischen Niederschlagung des Naziregimes durch die Alliierten hervorhebt und daraus die Berechtigung der amerikanischen Besatzung ableitet, hätte sich für die Kritik der amerikanischen (Militär-)Politik eine differenzierte Basis geschaffen, die keinen Applaus von der falschen Seite bekommen hätte. So aber konnte rechte Propaganda schon sehr früh vom linken Antiimperilismus profitieren. Der Linken ähnliche Yankee-go-home-Mobilisierungen der Rechten waren die Folge. Die inhaltliche Nähe zeigt das »Mißverständnis«, als ein faschistischer Anschlag auf Privatfahrzeuge von GIs zunächst den RZ zugeschrieben wurde. (Eine Kritik des linken Antiamerikanismus formulierten die RZ 1983 in »Beethoven gegen Mc Donald«, nachzulesen in: »Die Früchte des Zorns«, Edition ID-Archiv 1993).

Das Ressentiment des Antiamerikanismus schlechthin ist der Hinweis auf die amerikanische Kulturlosigkeit: Der Affront des deutschen Reinheitsgebots gegen die Vermischungen der Coca-Cola-Kultur. Man/frau kann Formen der Fast-Food-Industrie ebenso wie die Glattheit vieler Hollywoodfilme ablehnen. Tückisch ist jedoch die mitlaufende Assoziation, daß ein typisch deutsches Mittagessen auf eine tiefere Empfindungsfähigkeit und Heinz Rühmann oder der neue deutsche Film auf die Teilhabe an einer überlegenen Kulturtradition rausläuft.

Heute beschwören National»revolutionäre« erfolgreich die Werte des europäischen Abendlandes in Abgrenzung zum westlichen Liberalismus amerika-

nischer Prägung. Die linke Kritik am US-Imperialismus kann zumindest nicht von sich behaupten, dieser Wendung im Weg gestanden zu haben.

– Die Ökologiebewegung war von Anfang an auch ein Ort des politischen Aufbruchs der Rechten. Das nur zur Erinnerung für die, die Themen als von rechts »rumgedreht« sehen. Die persönliche Kontinuität, etwa eines Herrn Gruhl, hat inhaltliche Parallelen im Kampf um den Erhalt deutscher Wälder und Felder, soweit sie auf Heimattreue und der Liebe zur Scholle basieren. Die braun-grüne Variation des mit voller links-alternativer Kraft etablierten Themas Ökologie summiert Flüchtlinge und MigrantInnen gerade noch unter die Schadstoffe und schlägt ansonsten denselben weihevollen und schicksalsschweren Ton an, der der Rede von der »Zukunft unserer Erde« seit jeher innewohnt. Es geht nicht primär um Fehler in der Bündnispolitik und mangelnde Abgrenzung. Es geht darum, wie bewußtlos die industriekritische Theorie und die auf Großprojektverhinderung zielende Praxis der völkisch romantischen Reinerhaltungs-Ideologie Tür und Tor geöffnet bzw. offen gehalten hat.

– Die Autonomen – ganz militante WAA-GegnerInnen – stifteten sich ihren Mythos vom »Oberpfälzer«. Genau wie im Nationalismus spendet auch die Behauptung einer regionalen Wesensart ein identifikatorisches Muster, hinter dem die sozialen Widersprüche zum Verschwinden gebracht werden. Regionalismen sind daher auch kein Widerspruch zur nationalisierenden Denkungsart; gelegentlich mündet das eine ins andere.

Ein atomares Betroffenheitsszenario, das statistisch soundsoviel Tote im Umkreis von 80 Kilometern ankündigt, schließt logisch an das »wir« des Regionalismus an. Allein diese apokalyptische Vision entspricht der behaupteten Gleichheit vor der Strahlung. Die Normalität von Störfall und Betrieb industrieller Anlagen verstärkt jedoch eher die unterschiedlichen Möglichkeiten, sich davor schützen und entziehen zu können, von den auf dem Feld und den beim Tennis Schwitzenden. Die Betroffenheit »der Oberpfälzer« durch den Bau der WAA stellte das neu her, was auf der Ebene von »Kultur« und »Abstammung« schon vorhanden war: eine alle soziale Antagonismen einebnende Konstruktion von Gruppenidentität. Die Betonung des Regionalismus als schützenswerte Kollektividentität findet sich heute wieder im »Europa der Regionen«, einer keimfreien Umschreibung für Apartheid und Rassismus im Programm der Haider und Konsorten. Die Konstruktion ließ sich im vorliegenden Fall zudem noch mit langentbehrten Eigenschaften auffüllen: der »Oberpfälzer« hat – aufgrund bäuerlicher Lebensart, wer weiß – zur Gewaltfrage ein natürliches Verhältnis. Seite an Seite mit diesem einfachen Volk kämpfend, fasziniert davon, wie unwichtig die Gewaltfrage sein konnte, wurden autonome Gruppen für jahrelanges Mißtrauen und Ablehnung seitens des bürgerlichen Spektrums entschädigt. Gegen die Beeinträchtigung des Grundbedürfnisses auf eine saubere Heimat wurde

in der Oberpfalz bald auch in anderer Hinsicht angegangen: Schon vor '89 wurde in Schwandorf ein Haus, bewohnt von MigrantInnen, in Brand gesteckt. Leider ist es nicht so einfach von der Hand zu weisen, daß die autonomerseits propagierte und praktizierte Gewalt von unten, in Verbindung mit der durch Mythen verstärkten Legitimierung bäuerlicher Radikalität und oberpfälzer Dickköpfigkeit, auch als Initialzündung dafür wirkte, die bürgerlichen Normen der Ausländerbehandlung außer Kraft zu setzen.

– Unbedingt erwähnt werden müssen auch die zahllosen Flugblätter, die, aus didaktischen Gründen ein bißchen verflacht, die Kapitalverhältnisse in Gestalt eines dicken Herrn mit Zigarre und einer außergewöhnlichen Nase angreifen. Nach der Teilnahme an solch sorgfältiger Erhaltungsarbeit nutzen nun andere vermehrt das historische Gemäuer. Die offensiven Antisemiten von heute – jene, bei denen sich vielleicht sogar Linke, die sonst das »Totschlagargument« fürchten, einig wären – behaupten, die Schuldgefühle vieler Deutscher würden schamlos ausgenutzt, der Einfluß der Jüdischen Gemeinde nehme überhand und Israel solle vor der eigenen Haustür kehren. Das klingt alles ziemlich bekannt.

Einer gern geführten Rede gegen all diese Beispiele soll hier gleich widersprochen werden: Es ist nicht allein eine Frage der (diskursiven) Stärke, wer ein Thema »besetzt«. Der Verweis auf die Macht bzw. die linke Ohnmacht soll entlasten. Aber wer Antikapitalismus zum Kampf gegen die Bosse verengt, der führt einen falschen Kampf. Und wer aus Gründen der Vereinfachung die lokalen VertreterInnen der Kapitalistenklasse zum alleinigen Problem erklärt, weil das alles sonst zu kompliziert und abstrakt würde, dem ist die Emanzipation als notwendiger Teil des Kampfes (eben gegen interessierte Verdummung und gegen Dummheit) anscheinend egal. Damit ist aber nichts weniger als der Kampf um die Veränderung, die wir meinen, sabotiert. Ein Antikapitalismus, der die Prinzipien der Ware-Geld-Ökonomie (mit Einheit und Disziplin) nur in Personen bekämpft, bekommt nicht zufällig Konkurrenz von nationalen Sozialisten.

So war auch das kurzzeitige Auftauchen einer Staffel der faschistischen Wiking-Jugend im Taxöldener Forst (WAA-Baustelle) nicht einfach nur ein absurder Versuch von durchgeknallten Rechten, der für die Bewegung nicht der Anlaß sein konnte, nach Hause zu gehen. Es war vielmehr ein Indiz, ein Zeichen für inhaltliche Schwächen. Damit soll keineswegs die ganze Bewegung diskreditiert werden. Überhaupt wäre es albern und unangemessen, wegen der Kenntnis der Weiterentwicklung von einzelnen Teilen der linken Geschichte sich einfach zu distanzieren. Zu bequem wäre es aber, die Bewegungskämpfe nur noch von ihrer Fähigkeit zur Massenmobilisierung her zu betrachten. Kritisch untersucht werden müßte, welche weniger linken Anteile auch Platz hatten. Entweder geduldet, entschuldigt und übersehen oder aber auch: begrüßt, betont und forciert.

Die Friedensbewegung Anfang der 80er Jahre ist wahrscheinlich das bekannteste Beispiel für eine Mobilisierung, die deswegen so breit war, weil sich auch Leute gut aufgehoben fühlten, die in diesem Land alles lassen wollten, wie es war. Die drohende Mittelstreckenraketenstationierung, die ein Schlachtfeld Deutschland theoretisch möglicher machte, brachte unzählige Leute auf die Beine, von denen sich die wenigsten um die Ausrüstung der Kriege durch die deutsche Rüstungsindustrie, die weit ab immer stattfanden, scherten. Der Schritt von der persönlichen »Betroffenheit« zum Eingeständnis, am imperialistischen Gefälle selbst zu profitieren und daraus eine politische Konsequenz zu ziehen, ist nicht nur groß, sondern vor allem ein durchaus unwahrscheinlicher. Einige GenossInnen, die damals als Teil der Mobilisierung agierten, versuchten, antiimperialistische und antikapitalistische Positionen innerhalb der Bewegung zu formulieren. Sie waren wahrscheinlich in stärkerem Maße GegnerInnen dieser Betroffenenbewegung, als sie das je geglaubt haben.

Interessant ist die Vergegenwärtigung, welche Schwerpunkte heute, unter dem Eindruck einer völkischen Massenbasis (die ja auch nicht vom Himmel fiel), von linken Bewegungen anders gesetzt werden müßten. Und, welche Konsequenzen das für den Verlauf der Mobilisierungen möglicherweise gehabt hätte. Für ersteres gilt: Teil jeder Mobilisierung, jedes Bewegungsansatzes muß eine Frontstellung gegen Rassismus und Deutschtümelei sein. Ob es um Hochschulpolitik oder ein Straßenbauprojekt geht, Indifferenz an diesem Punkt ist heute ein durch nichts zu entschuldigender Fehler.

Ohne große hellseherische Fähigkeiten läßt sich anfügen: In der Sache hart vorgetragene Kritiken an antisemitischen, nationalistischen oder regionalistischen Implikationen hätten – genau wie bei den gelegentlichen antisexistischen Konfrontationen – eine Diskussion polarisiert bzw. einen erheblichen Teil der Basis »verschreckt« – oder die KritikerInnen isoliert. Wären an den genannten Punkten schärfere Auseinandersetzungen geführt worden, hätte das Auswirkungen auf die Geschlossenheit, das heißt auch auf die zur Schau gestellte Stärke gehabt. Die politischen Erfolge von Bewegungen basieren auf einem Konzept von Massenkonsens, dem Zurückdrängen von Widersprüchen zugunsten eines konkreten, gemeinsamen Ziels. Diesen Massenkonsens »qualifizieren« zu wollen, heißt im traditionellen Politikverständnis, Verluste bei den Stärken von Bewegungen (Masse und Spontaneität) hinnehmen zu müssen.

Auf der Ebene konkreter Projektverhinderung sind Erfolge eingebettet in die Logik von Macht und Gegenmacht. Eine andere Idee, eine andere Methode der Unterminierung der Verhältnisse bis hin zur erfolgreichen, materiellen Veränderung, die außerparlamentarisch, aber jenseits von Massenmacht funktioniert, ist nicht in Sicht. Heute stellt sich die Frage, ob die Chance der Verhinderung eines industriellen oder militärischen Großprojekts es rechtfertigt, solch heikle The-

men wie Ökofaschismus oder Nationalismus derart einem »Teilerfolg« unterzuordnen. Vielleicht wäre aus einer Bewegungspolitik, die mehr auf langfristigen Kampf und auf die Veränderung der Beteiligten in diesem Kampf setzt und weniger auf den saisonal-politischen Erfolg eine bessere Ausgangsbasis für fundierten Antifaschismus erwachsen. Wenn die Schlußfolgerung stimmt, daß Bewegungen per se kontinuitätslose, von Betroffenheitsszenarien dominierte Mobilisierungsphasen sind – mithin ungeeignet für Auseinandersetzungen, die tiefe und mächtige Zurichtungen wie Sexismus und Rassismus angreifen –, dann wären die gelegentlich ausgedrückten Hoffnungen auf ein Wiederaufflackern allerdings blamiert. Denn, wenn auch die Zeit der sozialen Bewegungen vorbei zu sein scheint, spukt dennoch bei vielen die Hoffnung durchs Hirn, urplötzlich könnte es »wieder losgehen« und »wir« kämen wieder in die Offensive.

Was hier hinter dem Wunsch, die gesellschaftliche Entwicklung gehorche einem Phasenmodell, verborgen bleibt, ist ein politisches Dilemma. Höchst unpopuläre Positionen, die selbst in weiten Teilen der Linken kontrovers verhandelt werden, sind inhaltlich zentral für den Widerstand gegen die mächtigen Tendenzen der 90er: Ethnifizierung und Biologisierung des Sozialen, Wende zum autoritär/faschistischen Staat, Bekämpfung der Armen.

In einer auf vielfache Weise an völkische Traditionen anknüpfenden Gesellschaft ist die Stelle der »dreckigen Bastarde« einzunehmen, um in den sozialen Kämpfen unzweideutig Stellung zu beziehen. Denn das macht die Situation erst zum Dilemma: Die Einsicht in die Verhältnisse fordert an vielen Orten Widerstand, oder zumindest Widerspruch und Einmischung. Diese notwendigen Aktivitäten gehen umso schwieriger von der Hand, wie sie kaum aus dem Pool des schonmal Praktizierten schöpfen können. Wer stand bis 1990 je vor der Anforderung, einem Pogrom entgegentreten zu müssen.

Hinzu kommt, daß die autonome Tradition der Schaffung und Nutzung von gesellschaftlichen Freiräumen als materielle Basis für widerständische Strukturen zunehmend abstirbt. Hausbesetzungen und Wagendörfer sind kaum mehr durchzusetzen bzw. zu halten; und die drastischen Einschränkungen der staatlichen Sozialleistungen zwingt auch StaatsfeindInnen vermehrt in Jobs und Regelstudienzeiten. Die zahlenmäßige Schwäche und inhaltliche Defensive begrenzt die politische Durchsetzungsfähigkeit ganz erheblich. Angesichts der Verhältnisse stellt sich jedoch ein immer brennenderer Wunsch nach Wirksamkeit ein. Zunehmend unerträglich ist es, den Raum des Symbolischen oder der Analyse selten zu verlassen. So verdoppelt sich das Problem der Marginalität. Gerade da, wo sich jemand den unverstellten Blick zumutet, entstehen angesichts der eigenen Ohnmacht massive innere Spannungen. Ihre Artikulation mithilfe auch politischer Begriffe wäre ein Schutz vor Rückzug, individueller Schuldzuweisung und Fraktionsabgrenzung. Doch die typische Schwäche der

Szene, vollmundige Absichtserklärungen mit sozialer Bezuglosigkeit zu paaren, bringt nicht jene verbindlichen Verhältnisse hervor, in denen die offene Diskussion über die veränderten Bedingungen gelingt. Abgrenzung und Separierung in kleine Einheiten kennzeichnen denn auch das großstädtische Szeneleben. Der erhöhte Druck der Verhältnisse führt nicht zum Zusammenrücken, sondern verschärft noch die kleinsten Widersprüche zu Grundsatzfragen. Und es treten – wie beschrieben – durchaus auch bedeutendere Widersprüche auf.

Gleichzeitig bedarf es einigen Aufwandes, soll wenigstens eine minimale politische Infrastruktur, bestehend aus Zentren, Infoläden und Cafés, weiter funktionieren, trotz Finanzkrise und Personalmangel.

Somit erleben nicht wenige die Bedingungen der gesellschaftlichen Marginalität als persönliche Krise. In der Anstrengung, die massenmedial permanent angegriffenen abweichenden Sichtweisen aufrechtzuerhalten, und dem Gefühl, daß die GenossInnen die wiederkehrende Verzweiflung lieber nicht bemerken wollen, eskaliert die Tatsache der politischen Minorität zum biographischen Problem, auf das nur individuell eine Antwort möglich scheint.

Fazit: Die Verhältnisse fordern – von welcher Seite man/frau es auch betrachtet – eine schlagkräftige Radikalopposition. Ein Bündnis der »Volksschädlinge«, das sich als Ausweg anzubieten scheint, ist ein Produkt der Schreibtischstrategie. Die jeweiligen sozialen Gruppen stehen mehr oder minder unter Druck. Zudem erleben sie ihre gesellschaftliche Situation und ihren Alltag wegen einer vergleichbaren Stellung innerhalb der völkischen Ausgrenzungsideologie noch lange nicht ähnlich. Und erst recht ist darin noch kein Automatismus der Solidarität angelegt. Die autonome Linke steckt, was die Eroberung von Freiräumen und die Teilnahme an sozialen Bewegungen (Massenmilitanz) angeht, in der Sackgasse. Der traditionelle linke Notanker zur Erlangung vermehrten politischen Einflusses: breites Bündnis mit kleinstem gemeinsamen Nenner, verbietet sich angesichts der inhaltlichen Schwächen gegenüber den strategischen Projekten der »neuen« Rechten. Die Massenwirksamkeit national»revolutionärer« Kräfte in weiten Teilen Europas, in Deutschland auf sehr typische Art begleitet von völkisch-pogromistischen Tendenzen, verweist auf die ungebrochene Herrschaftsförmigkeit des sozialen Aufbegehrens. Die unumgängliche inhaltlich genaue und politisch entschiedene Konfrontation von rassistischen Einstellungen, nationalistischen Selbstverständlichkeiten, antisemitischen Stereotypen und biologistischen Sexismen sprengt noch jedes der üblichen linken/linksliberalen Bündnisse. Es gibt, und das ist Folge der gesellschaftlichen Entwicklung, kein Gegenmachtprojekt. Das Ganze ist ein strategisches Problem, und da wir nicht nur StrategInnen sind, ein Dilemma. Daß es eine pralle Lust ist, darin zu agieren, ist ein Irrtum.